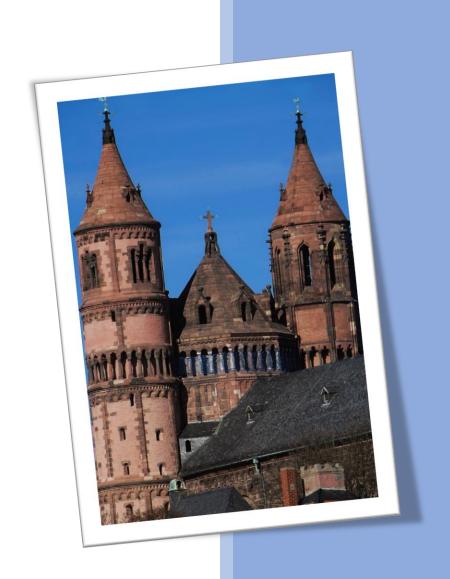


2017

Beteiligungsbericht der Stadt Worms



Inhaltsverzeichnis

1	Vor	wort.		3
2	Einf	ühruı	ng	4
	2.1	Allg	emeines	4
	2.2	Inha	altliche Mindestanforderungen	4
	2.3	Not	wendigkeit der wirtschaftlichen Beteiligungen	4
	2.4	Verv	waltung und Steuerung der Beteiligungen	5
	2.5	Wes	sentliche Änderungen im Berichtsjahr 2017	5
	2.6	Ann	nerkungen	6
3	Ges	amtü	bersicht	7
4	Bet	eiligu	ngen der Stadt Worms	8
	4.1	Hold	dinggesellschaften der Stadt Worms	8
	4.1.	1	Stadt Worms Beteiligungs-GmbH	8
	4.1.	2	EWR Dienstleistungen GmbH & Co. KG	16
	4.1.	3	EWR Verwaltungs GmbH	23
	4.2	Ver-	und Entsorgung, Energie, Verkehr	27
	4.2.	1	Entsorgungsgesellschaft Worms mbH	27
	4.2.	2	EWR AG	34
	4.2.	3	EWR Netz GmbH	51
	4.2.	4	EWR Neue Energien GmbH	70
	4.2.	5	Flugplatz GmbH Worms	78
	4.2.	6	GML – Gemeinschafts-Müllheizkraftwerk Ludwigshafen GmbH	85
	4.2.	7	Hafenbetriebe Worms GmbH	93
	4.2.	8	Mainz Worms Energiebündnis GmbH	103
	4.2.	9	Parkhausbetriebs GmbH Worms	109
	4.2.	10	Rhenania Worms AG	117
	4.2.	11	WSW-Wärme-Service-Worms-GmbH	128
	4.3	Imm	nobilien- und Wohnungswirtschaft, Wirtschaftsförderung	135
	4.3.	1	Liebenauer Feld GmbH	135
	4.3.	2	Wirtschaftsförderungsgesellschaft für die Stadt Worms mbH	142
	4.3.	3	Wohnungsbau GmbH Worms	150
	4.4	Sozi	ales, Gesundheit	166
	4.4.	1	Integrations- und Dienstleistungsbetrieb gGmbH der Stadt Worms	166
	4.4.	2	Klinikum Worms gGmbH	175
	4.4.	3	Medizinisches Versorgungszentrum Klinikum Worms gGmbH	190
	4.5	Kult	ur und Freizeit	199
	4.5.	1	Freizeitbetriebe Worms GmbH	199

4.5.2	Kultur und Veranstaltungs GmbH Worms	209
4.5.3	Nibelungenfestspiele gGmbH der Stadt Worms	217
4.6 Eige	n- und Regiebetriebe	224
4.6.1	Entsorgungs- und Baubetrieb der Stadt Worms	224
4.6.2	Integrationsbetrieb Friedhof	244
4.6.3	Integrations- und Dienstleistungsbetrieb	252
4.6.4	Sondervermögen Vermietung und Verpachtung	260

1 Vorwort

Die Stadt Worms hat aus wirtschaftlichen Gründen einen Teil des kommunalen Aufgabenspektrums auf eigenständige Unternehmen übertragen, an denen sie in unterschiedlicher Form, überwiegend als Mehrheits- oder Alleingesellschafterin, beteiligt ist.

Zum 31.12.2017 war die Stadt Worms an 23 Unternehmen mit mehr als 5 % beteiligt. Es handelte sich um 20 Beteiligungen an Gesellschaften mit beschränkter Haftung (GmbH), zwei an Aktiengesellschaften (AG), einer an einer GmbH & Co. KG, hinzu kommen außerdem 3 Eigenbetriebe.

Ihr vielfältiges Aufgabenspektrum umfasst die Bereiche der Daseinsvorsorge wie Energieversorgung, Abfallbeseitigung, Wohnungswesen, Sozial- und Gesundheitswesen, den Bereich Kultur, Flugplatz, Parkhäuser und Freizeitbetriebe (Bäder und Tiergarten) sowie die Förderung des Wirtschaftsstandortes Worms.



Dass diese Konzernstruktur und generell die Übertragung kommunaler Aufgaben in privatwirtschaftliche Unternehmen einer regelmäßigen Überprüfung im Hinblick auf deren wirtschaftliche Auswirkungen unterliegen, wird an zahlreichen Änderungen innerhalb dieser Struktur deutlich. So wurde beispielsweise mit der Wärme-Service-Worms GmbH die zuvor in der Liebenauer Feld GmbH verortete Fernwärmeversorgung in eine eigenständige GmbH ausgegliedert, um die betrieblichen Prozesse zielgerichteter steuern zu können. Der als Eigenbetrieb geführte Integrationsbetrieb wurde in die Rechtsform einer gemeinnützigen GmbH überführt, gleichzeitig wurde der als integrativer Eigenbetrieb geführte Friedhofsbetrieb aufgelöst und damit in den kommunalen Haushalt zurückgeführt. Auch in den kommenden Jahren stehen weitere grundlegende Veränderungen an, die zur wirtschaftlichen Optimierung und zur Stärkung des städtischen Haushalts beitragen sollen.

Der hier vorliegende Beteiligungsbericht der Stadt Worms für das Wirtschaftsjahr 2017 stellt die wesentlichen Daten der Gesellschaften zusammen, wie sie sich aus deren Berichts- und Rechnungswesen ergeben. Der Bericht basiert auf den Daten der geprüften Jahresabschlüsse für das Geschäftsjahr 2017.

Damit ist der Beteiligungsbericht eine wichtige Informations- und Entscheidungsgrundlage für den Stadtrat und macht die Bedeutung der städtischen Beteiligungen als Teil des "Konzerns Stadt Worms" deutlich.

Ich danke allen, die an der Erarbeitung dieses informativen und übersichtlichen Berichtes mitgearbeitet haben.

Worms, im Juli 2019

Adolf Kessel Oberbürgermeister

2 Einführung

2.1 Allgemeines

Seit dem Jahr 1999 sind die rheinland-pfälzischen Gemeinden aufgrund des § 90 Abs. 2 der Gemeindeordnung (GemO) dazu verpflichtet, dem Stadtrat (gemäß Neufassung GemO mit dem geprüften Jahresabschluss) einen Bericht über ihre Beteiligungen an Unternehmen in einer Rechtsform des privaten Rechts, an denen sie mit mindestens 5 % unmittelbar oder mittelbar beteiligt sind, vorzulegen.

2.2 Inhaltliche Mindestanforderungen

Der Beteiligungsbericht soll gem. § 90 GemO insbesondere Angaben enthalten über:

- 1. den Gegenstand des Unternehmens, die Beteiligungsverhältnisse, die Besetzung der Organe und die Beteiligungen des Unternehmens,
- 2. den Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen,
- 3. die Grundzüge des Geschäftsverlaufs (Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung), die Lage des Unternehmens (Lagebericht), die Kapitalzuführungen und entnahmen durch die Stadt Worms und die Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft und die gewährten Gesamtbezüge der Mitglieder der Geschäftsführung und des Aufsichtsrats oder der entsprechenden Organe des Unternehmens für jede Personengruppe sowie
- 4. das Vorliegen der Voraussetzungen des § 85 Abs. 1 GemO für das Unternehmen, welche wie folgt lauten: "Die Gemeinde darf wirtschaftliche Unternehmen nur errichten, übernehmen, oder wesentlich erweitern, wenn
 - 1. der öffentliche Zweck das Unternehmen rechtfertigt,
 - 2. das Unternehmen nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zu der Leistungsfähigkeit der Gemeinde und dem voraussichtlichen Bedarf steht und
 - 3. [...] der öffentliche Zweck nicht ebenso gut und wirtschaftlich durch einen privaten Dritten erfüllt wird oder erfüllt werden kann."

2.3 Notwendigkeit der wirtschaftlichen Beteiligungen

Ein großer Teil der kommunalen Aufgaben wird außerhalb der "Kernverwaltung" in wirtschaftlich geführten Unternehmen wahrgenommen. Dies resultiert aus der Tatsache, dass durch eine eindeutige Abgrenzung zur "Kernverwaltung" eine effizientere Überwachung und Steuerung dieser Bereiche vorgenommen werden kann. Dieser Prozess wird verstärkt durch veränderte Rahmenbedingungen, wie z. B. die Verringerung des kommunalen Handlungsspielraumes im Bereich der Investitionstätigkeit und die Belastung der kommunalen Haushalte aufgrund zusätzlich übertragener Aufgaben.

Gerade in der aktuellen Finanzsituation gewinnt die Frage an Bedeutung, inwieweit eine Kommune in der Lage ist, ihre begrenzten Ressourcen so zu verteilen, dass die Erfüllung der vielfältigen kommunalen Aufgaben so ökonomisch wie möglich durchgeführt wird.

Insbesondere organisatorische und steuerliche Vorteile bilden die Grundlage für die Entscheidung der Gemeinde, sich bei der Erfüllung ihrer Aufgaben an privatrechtlichen Unternehmen zu beteiligen bzw. diese zu gründen.

2.4 Verwaltung und Steuerung der Beteiligungen

Durch die Ausgliederung verschiedener Teilbereiche der ursprünglichen Verwaltung und die Gründung von Eigengesellschaften sowie die Beteiligung an Unternehmen, ist die Kommune zur Steuerung und Kontrolle dieser Beteiligungen verpflichtet.

Die Gemeinde hat insbesondere sicherzustellen, dass die Erfüllung des öffentlichen Zweckes durch das Unternehmen weiterhin gesichert ist. Hierzu sind entsprechende gesetzliche Vorgaben zu beachten, die sich vor allem bei der Gestaltung des Gesellschaftsvertrages als auch bei der Besetzung der Entscheidungsorgane, insbesondere jedoch in der tatsächlichen Geschäftsführung niederschlagen. Aus der Finanzverantwortung der Gemeinde resultiert die Verpflichtung, die Erfüllung des öffentlichen Zweckes im Sinne einer ökonomischen Umsetzung laufend zu überwachen und eventuell steuernd einzugreifen.

Die verantwortliche Führungsebene und die politischen Gremien benötigen daher Instrumente, mit deren Hilfe die genannten Unternehmen sinnvoll gesteuert und kontrolliert werden. Daneben sollen entstandene Chancen erkannt und ausgenutzt sowie bestehenden und drohenden Risiken entgegengewirkt werden.

Ein zielgerichtetes Instrument bildet hierbei das Beteiligungsmanagement mit seinen Bereichen Beteiligungsverwaltung, Mandatsbetreuung und Beteiligungscontrolling.

Das Beteiligungsmanagement zur Überwachung und Steuerung des Konzerns "Stadt Worms" wurde im Jahr 2016 für den gesamten Konzern auf die Stadt Worms Beteiligungs-GmbH übertragen.

2.5 Wesentliche Änderungen im Berichtsjahr 2017

Im Jahr 2017 erfolgte die Neugründung der Integrations- und Dienstleistungsbetrieb gGmbH der Stadt Worms und damit einhergehend die Auflösung des bis dahin als Regiebetrieb geführten Integrations- und Dienstleistungsbetriebes. Die neue gGmbH übernahm alle Aufgaben und das Personal des vormaligen Regiebetriebs, es fand ein Betriebsübergang i.S.d. § 613a BGB statt. Auch der als Regiebetrieb geführte Integrationsbetrieb Friedhof wurde 2017 aufgelöst und in die Stadtverwaltung zurückgeführt.

Weiterhin firmieren die vormalige Stadt Worms Verkehrs-GmbH seit 2017 als Hafenbetriebe Worms GmbH und die GML Abfallwirtschaftsgesellschaft mbH als GML – Gemeinschafts-Müllheizkraftwerk Ludwigshafen GmbH.

2.6 Anmerkungen

Bezüge der Geschäftsführung und der Mitglieder der Aufsichtsgremien

Angaben zu den Gesamtbezügen der Mitglieder der Geschäftsführung, des Aufsichtsrates usw. können gemäß § 286 Abs. 4 des Handelsgesetzbuches (HGB) (i. V. m. § 285 Nr. 9 a HGB) in den Erläuterungen der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung der Unternehmen unterbleiben, wenn anhand dieser Angaben die Bezüge eines Mitgliedes dieser Organe festgestellt werden kann.

Organe der Gesellschaften mit beschränkter Haftung (GmbHs)

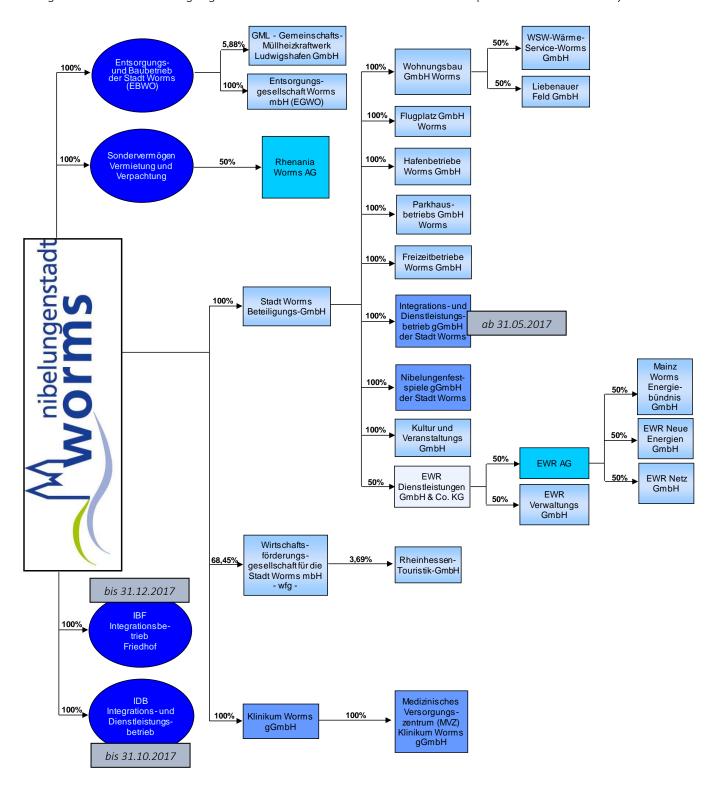
Nach dem GmbH-Gesetz sind als Organe der GmbH die Geschäftsführung sowie die Gesellschafterversammlung verpflichtend. Die Bildung eines Aufsichtsrates ist in der Rechtsform der GmbH grundsätzlich fakultativ.

Änderungen der Darstellungsweise im Vergleich zum Beteiligungsbericht 2016

Im Vergleich zum Bericht 2016 wurde der Aufbau und die Gliederung des Berichtes 2017 verändert. In der Vergangenheit wurden die Beteiligungsgesellschaften nach den Beteiligungsverhältnissen der Stadt Worms an den jeweiligen Gesellschaften gegliedert. Von dieser Darstellungsweise wurde in diesem Bericht Abstand genommen und stattdessen eine Untergliederung nach Tätigkeitsspektrum gewählt.

3 Gesamtübersicht

%-Angaben stellen die Beteiligungsverhältnisse aus Sicht der Stadt Worms dar (unmittelbar + mittelbar)



4 Beteiligungen der Stadt Worms

4.1 Holdinggesellschaften der Stadt Worms

4.1.1 Stadt Worms Beteiligungs-GmbH

Allgemeines

Rechtsform: GmbH

Gründung: 03.11.2004 **Satzungsdatum**: 06.12.2006

Wirtschaftsjahr: Kalenderjahr

Stammkapital am Ende des Wirtschaftsjahres 2017: 13.051.000,00 €

Veränderung im Berichtsjahr: keine



Gegenstand des Unternehmens / Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks

(§ 90 Abs. 2 Satz 2 Nr. 1 und Nr. 2 GemO)

Das Halten und Verwalten von Beteiligungsgesellschaften der Stadt Worms, die Erzeugung, der Handel und die öffentliche Versorgung der Bevölkerung der Stadt Worms und ihrer Versorgungsgebiete mit Elektrizität, Gas, Wasser und Wärme, die Informationsverarbeitung und Kommunikationstechnik, die Planung, Errichtung und der Betrieb von Telekommunikationseinrichtungen, der Erwerb, die Verwertung, Nutzung und Verwaltung von Grundstücken, die Grundstücksbewirtschaftung und das Gebäudemanagement, die Beförderung von Personen und Gütern, der Betrieb der Rheinhäfen, die Bewirtschaftung der Freizeitbetriebe der Stadt Worms (Bäder, Tiergarten), die Bewirtschaftung von Parkhäusern in der Stadt Worms sowie die Beratung Dritter in diesen Bereichen, die Errichtung, der Erwerb, die Erweiterung und der Betrieb der diesen Zwecken dienenden Anlagen sowie dazugehörige und ähnliche Geschäfte. Die vorgenannten Tätigkeiten gehören aber nur insoweit zum Gegenstand des Unternehmens, als eine kommunale Zuständigkeit für die Aufgabenwahrnehmung gegeben ist. Daneben kann es andere Aufgaben von der Stadt Worms übernehmen.

Der Gegenstand des Unternehmens ist eine wirtschaftliche Betätigung (§ 85 Abs. 1 GemO).

Beteiligungsverhältnisse

(§ 90 Abs. 2 Satz 2 Nr. 1 GemO)

Am Stammkapital des Unternehmens sind beteiligt:

• die Stadt Worms zu 100 %

Unmittelbare Beteiligungen des Unternehmens:

- Hafenbetriebe Worms GmbH zu 99%
- Freizeitbetriebe Worms GmbH zu 100%
- Parkhausbetriebs GmbH Worms zu 100%
- EWR Dienstleistungen GmbH & Co. KG zu 50%
- EWR Aktiengesellschaft zu 2,5%
- Flugplatz GmbH Worms zu 94,9%

- Integrations- und Dienstleistungsbetrieb gGmbH der Stadt Worms zu 100%
- Nibelungenfestspiele gGmbH der Stadt Worms zu 100%
- Kultur und Veranstaltungs GmbH der Stadt Worms zu 94,9%
- Wohnungsbau GmbH Worms zu 94,9%

Mittelbare Beteiligungen des Unternehmens:

- EWR AG zu 47,5 %
- Liebenauer Feld GmbH zu 47,45 %
- WSW Wärme-Service-Worms GmbH zu 47,45%

Die Beteiligungen haben sich im Berichtsjahr wie folgt verändert:

Die Integrations- und Dienstleistungsbetrieb gGmbH der Stadt Worms wurde zum 31.05.2017 neu gegründet. Die ehemalige Stadt Worms Verkehrs GmbH firmiert nun als Hafenbetriebe Worms GmbH.

Besetzung der Organe im Geschäftsjahr 2017

(§ 90 Abs. 2 Satz 2 Nr. 1 GemO)

Gesellschafterversammlung 2017:

• Stadt Worms: Oberbürgermeister Michael Kissel

Aufsichtsrat 2017:

• Vorsitzender: Oberbürgermeister Michael Kissel

Mandatsträger:

- Adolf Kessel
- Alfred Haag
- Dr. Jürgen Neureuther
- Dr. Klaus Karlin
- Hans-Peter Weiler
- Katharina Schmitt
- Mathias Englert
- Michaela Langner
- Monika Weber
- Patricia Sonek
- Raimund Sürder
- Richard Grünewald
- Sebastian Knopf
- Dirk Beyer
- Timo Horst
- Uwe Gros
- Volker Janson

Geschäftsführung 2017:

- Geschäftsführer: Michael Baumann, Andreas Soller
- Handlungsbevollmächtigte: Karl-Heinz Adelfinger, Stefanie Eller (bis 19.06.), Julia Heidt (ab 18.01.)

Personalentwicklung		
	2017	2016
Anzahl der Mitarbeiter	14,00	13,95
(nach § 267 Abs. 5 HGB)		

Laufende Gesamtbezüge der Geschäftsführung

(§ 90 Abs. 2 Satz 2 Nr. 3 GemO)

(Gesamtbezüge der Mitglieder der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates oder der entsprechenden Organe)

Gem. § 286 Abs. 4 HGB wird auf eine Nennung der Bezüge der Geschäftsführung verzichtet. Die Aufwendungen für den Aufsichtsrat belaufen sich auf 2.950,00 € im Jahr 2017.

Kapitalzuführungen/-entnahmen

(§ 90 Abs. 2 Satz 2 Nr. 3 GemO)

Kapitalzuführungen/-entnahmen sind nicht erfolgt.

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft der Stadt Worms

(§ 90 Abs. 2 Satz 2 Nr. 3 GemO)

Kapitalzuführungen durch die Stadt Worms in den letzten 3 Jahren:

2017: 0,00 € 2016: 0,00 €

2015: 119.981.237,00 € (Einbringung Wohnungsbau GmbH)

Gewinnabführungen an die Stadt Worms in den letzten 3 Jahren:

2015 - 2017: 0,00 €

Vom Unternehmen gezahlte Steuern an die Stadt Worms in den letzten 3 Jahren:

2017: 278,68 € 2016: 278,68 € 2015: 278,68 €

Vom Unternehmen gezahlten Konzessionsabgaben an die Stadt Worms in den letzten 3 Jahren:

2015 - 2017: 0,00 €

Vorliegen der Voraussetzungen des § 85 Abs. 1 GemO

(§ 90 Abs. 2 Satz 2 Nr. 4 GemO)

Die Gemeinde darf wirtschaftliche Unternehmen nur errichten, übernehmen oder wesentlich erweitern, wenn

- 1. **der öffentliche Zweck das Unternehmen rechtfertigt** (§ 85 Abs. 1 Nr.1 GemO): Die notwendigen Angaben erfolgten hierzu unter "Gegenstand des Unternehmens".
- 2. das Unternehmen nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zu der Leistungsfähigkeit der Gemeinde und dem voraussichtlichen Bedarf besteht. (§ 85 Abs. 1 Nr. 2 GemO): Die notwendigen Angaben erfolgten hierzu unter "Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft".
- 3. der öffentliche Zweck nicht ebenso gut und wirtschaftlich durch einen privaten Dritten erfüllt wird oder erfüllt werden kann.
- ✓ Im Berichtsjahr gab es keinen Anlass, die bisherige Bewertung zu ändern.

Bilanz zum 31.12.2017

AKTIVA	31.12.2017	31.12.2016
	EUR	EUR
A. Anlagevermögen	140.882.880,18	140.923.748,18
I. Sachanlagen	811.263,00	877.131,00
II. Finanzanlagen	140.071.617,18	140.046.617,18
B. Umlaufvermögen	7.110.529,37	5.237.297,07
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	7.110.379,37	5.237.147,07
II. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	150,00	150,00
C. Rechnungsabgrenzungsposten	451,93	291,12
Bilanzsumme	147.993.861,48	146.161.336,37
PASSIVA	31.12.2017	31.12.2016
	EUR	EUR
A. Eigenkapital	125.880.836,18	122.503.062,13
I. Gezeichnetes Kapital	13.051.000,00	13.051.000,00
II. Zweckgebundene Rücklagen	2.190.618,40	2.190.618,40
III. Kapitalrücklage	119.931.237,00	119.931.237,00
IV. Gewinnrücklagen	5.958.928,78	5.958.928,78
V. Verlustvortrag	-18.628.722,05	-14.469.626,63
VI. Jahresergebnis	3.377.774,05	-4.159.095,42
B. Rückstellungen	4.228.036,64	2.524.918,89
C. Verbindlichkeiten	17.881.517,69	21.129.884,38
D. Rechnungsabgrenzungsposten	3.470,97	3.470,97
Bilanzsumme	147.993.861,48	146.161.336,37

Gewinn- und Verlustrechnung zum 31.12.2017

	31.12.2017	31.12.2016
	EUR	EUR
1. Umsatzerlöse	109.274,79	131.500,10
2. Sonstige betriebliche Erträge	6.486.496,89	3.202.993,17
3. Materialaufwand Aufwendungen für bezogene Leistungen	-35.354,51	-44.675,22
4. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	-684.895,96	-708.859,54
 b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Alters- versorgung und Unterstützung 	-224.174,56	-196.131,45
5. Abschreibung auf Sachanlagen	-64.702,47	-66.139,50
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-1.719.070,58	-1.725.613,36
7. Erträge aus Beteiligungen	10.002.140,57	3.944.098,86
8. Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	45.498,24	245.973,20
9. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	76.011,90	97.420,10
10. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-173.477,36	-216.981,18
11. Aufwendungen aus der Verlustübernahme	-7.616.687,70	-7.047.276,17
12. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-2.823.006,52	-1.775.125,75
13. Ergebnis nach Steuern	3.378.052,73	-4.158.816,74
14. Sonstige Steuern	-278,68	-278,68
15. Jahresergebnis	3.377.774,05	-4.159.095,42

Kennzahlen zum 31.12.2017

Finanzkennzahlen			
EBITDA (in EUR)	6.016.272,46		
	Jahresergebnis + Steueraufwand - Steuererträge +/- Finanzergebnis + außerordentliche Erträge + Abschreibungen auf das Anlagevermögen - Zulagen auf das Anlagevermögen		
Wirtschaftlichkeit (in %)	241,76		
(111 70)	Ertrag (bzw. Leistung) : Aufwand (bzw. Kosten) x 100		

Vermögenskennzahlen			
Eigenkapitalquote	85,06		
(in %)	(Eigenkapital x 100) : Gesamtkapital		
Fremdkapitalquote	14,94		
(in %)	(Fremdkapital x 100) : Gesamtkapital		
Personalkennzahl			
Personalaufwandsquote	13,78		
(in %)	Personalaufwand : Gesamtleistung x 100		

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2017

1. Geschäfts- und Rahmenbedingungen

Gegenstand des Unternehmens ist vor allem das Halten und Verwalten von Beteiligungsgesellschaften der Stadt Worms. Derzeit hält die Gesellschaft folgende Beteiligungen:

	<u>Anteil</u>
Hafenbetriebe Worms GmbH (1 % wird direkt durch die Stadt Worms gehalten)	99%
Freizeitbetriebe Worms GmbH	100%
Integrations- und Dienstleistungsbetrieb gGmbH der Stadt Worms	100%
Parkhausbetriebs GmbH Worms	100%
EWR Dienstleistungen GmbH & Co. KG (diese hält wiederum 95 % der Anteile an der EWR Aktiengesellschaft)	50%
EWR Aktiengesellschaft	2,5%
Flugplatz GmbH Worms (5,1 % werden direkt durch die Stadt Worms gehalten)	94,9%
Nibelungenfestspiele gGmbH der Stadt Worms	100%
Kultur und Veranstaltungs GmbH der Stadt Worms (5,1 % werden direkt durch die Stadt Worms gehalten)	94,9%
Wohnungsbau GmbH Worms (5,1 % werden direkt durch die Stadt Worms gehalten)	94,9%

Zwischen der Gesellschaft und der Hafenbetriebe Worms GmbH, der Freizeitbetriebe Worms GmbH, der Parkhausbetriebs GmbH, der Flugplatz GmbH Worms und der Kultur und Veranstaltungs GmbH bestehen Ergebnisabführungs- und Beherrschungsverträge. Die Gesellschaft ist insoweit Organträgerin einer körperschaftund gewerbesteuerlichen Organschaft; daneben besteht eine umsatzsteuerliche Organschaft zur Stadt Worms.

2. Ertragslage

Die Gesellschaft schließt das Geschäftsjahr 2017 mit einem Jahresüberschuss in Höhe von TEUR 3.378. Im Vorjahr wurde ein Jahresfehlbetrag von TEUR -4.159 erzielt.

Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit verbesserte sich deutlich auf TEUR 6.201 (im Vj.: TEUR - 2.384).

Bei den Erträgen aus Beteiligungen handelt es sich um die Gewinnausschüttung der EWR Dienstleistungen GmbH & Co. KG für das Jahr 2016 in Höhe von TEUR 10.002.

Die Übernahme der Jahresverluste einzelner Tochtergesellschaften, welche aufgrund der eingangs erwähnten Ergebnisabführungsverträge erfolgen, beeinflussten die Ergebnissituation der Gesellschaft in entscheidendem Maße.

Das Personal der Hafenbetriebe Worms GmbH, der Flugplatz GmbH Worms und der Parkhausbetriebs GmbH ist (teilweise) bei der Stadt Worms Beteiligungs-GmbH beschäftigt. Im Rahmen von Verrechnungen werden die Personalaufwendungen verursachungsgerecht an die Gesellschaften weiterbelastet (im Berichtsjahr TEUR 612) und in den sonstigen betrieblichen Erträgen abgebildet.

3. Finanzlage

Zur Liquiditätssicherung der Konzerngesellschaften existiert ein Cash-Management-Vertrag zwischen der Stadt Worms und der Stadt Worms Beteiligungs-GmbH sowie zwischen der Stadt Worms Beteiligungs-GmbH und deren Tochtergesellschaften. Im Rahmen dieses Vertrages wird das gesamte Liquiditätsmanagement durch die Stadt Worms abgewickelt. Sie erhält dafür vertraglich vereinbarte Zinsvergütungen von den Gesellschaften.

Wenngleich die Beteiligungserträge im Geschäftsjahr 2017 deutlich höher als in den Vorjahren ausfielen, ist mittelfristig davon auszugehen, dass die Beteiligungserträge nicht ausreichen werden, um die Aufwendungen der Verlustübernahmen zu decken. Die Liquidität der Gesellschaft wird daher auch zukünftig über diesen Cash-Pools gesichert werden müssen.

4. Vermögenslage

Das Vermögen der Gesellschaft ist vor allem geprägt durch das Halten der Beteiligungen. Der Beteiligungsbuchwert beträgt zum 31.12.2017 TEUR 140.072.

Aus dem oben beschriebenen Cash-Management-Vertrag resultieren Forderungen gegen die teilnehmenden Gesellschaften, ebenso wie korrespondierende Verbindlichkeiten gegenüber der Gesellschafterin.

Die Passivseite zeigt eine Eigenkapitalquote von 85,1%.

Die Verbindlichkeiten in Höhe von TEUR 17.882 bestehen nahezu ausschließlich gegenüber der Gesellschafterin. Die Verbindlichkeiten gegenüber den verbundenen Unternehmen, die aus den Verlustübernahmeverpflichtungen bestehen, wurden mit den Forderungen aus dem Cash-Management saldiert.

5. Risikoberichterstattung

Zwischen der Stadt Worms Beteiligungs-GmbH und ihren Beteiligungsgesellschaften erfolgt ein regelmäßiger Austausch über die Geschäftsentwicklung durch detaillierte Quartalsberichte mit Erläuterungen und Zukunftsprognosen. Einzelprobleme mit ergebnisbeeinflussendem Charakter werden gemeinschaftlich erörtert und notwendige Steuerungsmaßnahmen diskutiert.

Durch die gute Eigenkapitalausstattung kann die Geschäftsführung derzeit keine Bestandsgefährdung erkennen, auch wenn mittelfristig eher mit jährlichen Verlusten zu rechnen ist.

Um dem zunehmenden Konkurrenzdruck auf dem Markt der Energieversorgung zu begegnen, stehen die Gesellschaft und die weiteren Aktionäre der EWR AG seit mehr als zwei Jahren in Verhandlungen mit den Gesellschaftern der e-rp GmbH Alzey, um die Möglichkeiten einer Unternehmensfusion auszuloten. Die Geschäftsführung geht zum aktuellen Zeitpunkt davon aus, dass diese Fusion im Laufe des Jahres 2018 vollzogen wird. Wenngleich davon auszugehen ist, dass die Gewinnausschüttungen aufgrund der fusionsbedingten Belastungen anfänglich auf dem Niveau der bisherigen Ausschüttung der vergangenen Jahre liegen werden, geht die Geschäftsführung perspektivisch von spürbaren Ergebnisverbesserungen aus.

6. Prognose

Derzeit wird, unter der Annahme eines Betriebskostenzuschusses in Höhe von 5.700 TEUR durch die Gesellschafterin, für das Jahr 2018 mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von TEUR 1.160 gerechnet. Aufgrund steuerlich nicht anrechenbarer Verlustübernahmen rechnet die Geschäftsführung mit einer Ertragssteuerbelastung in Höhe von rund TEUR 1.171.

Die Ertragssituation der Gesellschaft wird wesentlich beeinflusst von der Entwicklung der Jahresergebnisse der Tochtergesellschaften. Neben dem erwarteten Beteiligungsertrag von der EWR Dienstleistungen GmbH & Co. KG für das Geschäftsjahr 2017 in Höhe von TEUR 4.767 wird mit Aufwendungen für die übrigen Tochtergesellschaften in Höhe von TEUR 8.363 gerechnet.

Worms, den 20.04.2018	
Stadt Worms Beteiligungs-GmbH	
Michael Baumann	Andreas Soller
(Geschäftsführer)	(Geschäftsführer)

4.1.2 EWR Dienstleistungen GmbH & Co. KG

Allgemeines

Rechtsform: GmbH & Co. KG

Gründung: 14.01.1999 **Satzungsdatum**: 27.05.2005

ribelungenstadt WORMS

EWR Dienstleistungen GmbH & Co. KG

Wirtschaftsjahr: Kalenderjahr

Stammkapital am Ende des Wirtschaftsjahres 2017: 127.437.448,71 €

Veränderung im Berichtsjahr: keine

Gegenstand des Unternehmens / Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks

(§ 90 Abs. 2 Satz 2 Nr. 1 und Nr. 2 GemO)

Gegenstand des Unternehmens ist das Erbringen kaufmännischer Dienstleistungen für Beteiligungsgesellschaften der Stadt Worms, das Erbringen von Dienstleistungen bei der Durchführung des "Anruf-Taxi"- Betriebes in der Stadt Worms, der Betrieb eines Ticket-Service in der Stadt Worms sowie das Halten von Beteiligungen an der EWR Aktiengesellschaft sowie der EWR Verwaltungs GmbH, beide mit Sitz in Worms, und deren Verwaltung. Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, durch die der Gesellschaftszweck gefördert werden kann.

Der Gegenstand des Unternehmens ist eine wirtschaftliche Betätigung (§ 85 Abs. 1 GemO).

Beteiligungsverhältnisse

(§ 90 Abs. 2 Satz 2 Nr. 1 GemO)

Am Stammkapital des Unternehmens sind beteiligt:

- die Stadt Worms Beteiligungs-GmbH zu 50 %
- die RWE Rheinhessen Beteiligungs-GmbH zu 50 %

Unmittelbare Beteiligungen:

- EWR AG zu 95 % 2 Aktien
- EWR Verwaltungs GmbH zu 100 %

Die Beteiligungen haben sich im Berichtsjahr nicht verändert.

Besetzung der Organe im Geschäftsjahr 2017

(§ 90 Abs. 2 Satz 2 Nr. 1 GemO)

Gesellschafterversammlung 2017:

- EWR Verwaltungs-GmbH als Komplementärin: Andreas Soller
- Stadt Worms Beteiligungs-GmbH als Kommanditistin: Michael Baumann
- RWE Rheinhessen Beteiligungs-GmbH als Kommanditistin: Frank Grone, Katja van Doren

Geschäftsführung 2017:

- Geschäftsführer: Andreas Soller als Geschäftsführer der EWR Verwaltungs-GmbH
- Prokurist: Michael Baumann

Personalentwicklung		
	2017	2016
Anzahl der Mitarbeiter (nach § 267 Abs. 5 HGB)	12,00	12,00

Laufende Gesamtbezüge der Geschäftsführung

(§ 90 Abs. 2 Satz 2 Nr. 3 GemO)

(Gesamtbezüge der Mitglieder der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates oder der entsprechenden Organe)

Gem. § 286 Abs. 4 HGB wird auf eine Nennung der Bezüge der Geschäftsführung verzichtet.

Kapitalzuführungen/-entnahmen

(§ 90 Abs. 2 Satz 2 Nr. 3 GemO)

Kapitalzuführungen/-entnahmen sind nicht erfolgt.

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft der Stadt Worms

(§ 90 Abs. 2 Satz 2 Nr. 3 GemO)

Kapitalzuführungen durch die Stadt Worms in den letzten 3 Jahren:

2015 - 2017: 0,00 €

Gewinnabführungen an die Stadt Worms in den letzten 3 Jahren:

2015 - 2017: 0,00 €

Vom Unternehmen gezahlte Steuern an die Stadt Worms in den letzten 3 Jahren:

2017: 1.228.422,00 € 2016: 887.300,00 € 2015: 973.917,00 €

Vom Unternehmen gezahlten Konzessionsabgaben an die Stadt Worms in den letzten 3 Jahren:

2015 - 2017: 0,00 €

Vorliegen der Voraussetzungen des § 85 Abs. 1 GemO

(§ 90 Abs. 2 Satz 2 Nr. 4 GemO)

Die Gemeinde darf wirtschaftliche Unternehmen nur errichten, übernehmen oder wesentlich erweitern, wenn

- 1. **der öffentliche Zweck das Unternehmen rechtfertigt** (§ 85 Abs. 1 Nr.1 GemO): Die notwendigen Angaben erfolgten hierzu unter "Gegenstand des Unternehmens".
- 2. das Unternehmen nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zu der Leistungsfähigkeit der Gemeinde und dem voraussichtlichen Bedarf besteht. (§ 85 Abs. 1 Nr. 2 GemO): Die notwendigen Angaben erfolgten hierzu unter "Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft".
- 3. der öffentliche Zweck nicht ebenso gut und wirtschaftlich durch einen privaten Dritten erfüllt wird oder erfüllt werden kann.
- ✓ Im Berichtsjahr gab es keinen Anlass, die bisherige Bewertung zu ändern.

Bilanz zum 31.12.2017

AKTIVA	31.12.2017	31.12.2016
	EUR	EUR
A. Anlagevermögen	127.468.336,70	127.471.142,70
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	0,00	1.533,00
II. Sachanlagen	5.888,00	7.161,00
III. Finanzanlagen	127.462.448,70	127.462.448,70
B. Umlaufvermögen	13.995.355,50	22.501.591,90
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	13.429.490,57	21.968.977,83
II. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	565.864,93	532.614,07
C. Rechnungsabgrenzungsposten	20,25	101,25
Bilanzsumme	141.463.712,45	149.972.835,85
PASSIVA	31.12.2017	31.12.2016
	EUR	EUR
A. Eigenkapital	140.141.268,05	147.781.027,68
I. Gezeichnetes Kapital	127.437.448,71	127.481.161,22
II. Kapitalrücklage	0,00	0,00
III. Gewinnrücklage	0,00	0,00
IV. Gewinnvortrag / Verlustvortrag (-)	0,00	0,00
V. Jahresüberschuss	12.703.819,34	20.299.866,46
B. Ausgleichsposten für aktivierte Anteile gem.		
§ 264c Abs. 4 HGB	25.000,00	25.000,00
C. Rückstellungen	132.262,44	82.216,95
D. Verbindlichkeiten	1.165.181,96	2.084.591,22
Bilanzsumme	141.463.712,45	149.972.835,85

Gewinn- und Verlustrechnung zum 31.12.2017

		31.12.2017	31.12.2016
		EUR	EUR
1.	Umsatzerlöse	633.759,88	623.199,96
2.	Sonstige betriebliche Erträge	124.997,56	134.075,25
3.	Materialaufwand Aufwendungen für bezogene Leistungen	-70.161,41	-60.007,73
4.	Personalaufwand		
	Löhne und Gehälter	-532.984,12	-471.648,27
(b)	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	-91.324,34	-97.115,67
5.	Abschreibungen auf immaterielle Vermögens-		
	gegenstände des Anlagevermögens und Sach- anlagen	-4.397,23	-4.545,53
6.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	-90.018,84	-110.392,15
7.	Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	15.393.186,02	22.890.603,58
8.	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1.033,82	2.222,96
9.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,00	-25,94
10.	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-2.660.000,00	-2.606.500,00
11.	Ergebnis nach Steuern	12.704.091,34	20.299.866,46
12.	Sonstige Steuern	-272,00	0,00
13.	Jahresüberschuss	12.703.819,34	20.299.866,46

Kennzahlen zum 31.12.2017

Finanzkennzahlen			
EBITDA (in EUR)	15.367.454,75		
	Jahresergebnis + Steueraufwand - Steuererträge +/- Finanzergebnis + außerordentliche Erträge + Abschreibungen auf das Anlagevermögen - Zulagen auf das Anlagevermögen		
Wirtschaftlichkeit (in %)	96,18		
(11170)	Ertrag (bzw. Leistung) : Aufwand (bzw. Kosten) x 100		

Vermögenskennzahlen		
Eigenkapitalquote (in %)	99,07	
(111 70)	(Eigenkapital x 100) : Gesamtkapital	
Fremdkapitalquote	0,93	
(in %)	(Fremdkapital x 100) : Gesamtkapital	
Personalkennzahl		
Personalaufwandsquote	82,28	
(in %)	Personalaufwand : Gesamtleistung x 100	

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2017

Vorwort

Die Gesellschaft ist eine Kommanditgesellschaft in Firma EWR Dienstleistungen GmbH & Co. KG. Persönlich haftende Gesellschafterin ist die EWR Verwaltungs GmbH, Worms (gleichzeitig auch geschäftsführende Gesellschafterin). Kommanditisten sind die Stadt Worms Beteiligungs-GmbH und die RWE Rheinhessen Beteiligungs GmbH mit einer Hafteinlage von je EUR 13.000.000.

Zwischen der EWR Aktiengesellschaft und der EWR Dienstleistungen GmbH & Co. KG wurde mit Wirkung zum 1. Januar 2005 ein Ergebnisabführungsvertrag abgeschlossen. Insoweit besteht seit 2005 eine körperschaftund gewerbesteuerliche Organschaft.

Weiterhin besteht zwischen der EWR Dienstleistungen GmbH & Co. KG und der EWR Aktiengesellschaft eine Umlagevereinbarung zur Gewerbesteuer. Laut § 2 des Umlagevertrags ist die Gewerbesteuer auf den Gewerbeertrag der EWR Dienstleistungen GmbH & Co. KG auf die EWR Aktiengesellschaft umzulegen.

Geschäfts- und Rahmenbedingungen

Gegenstand des Unternehmens ist das Erbringen kaufmännischer Dienstleistungen für Beteiligungsgesellschaften der Stadt Worms sowie das Halten von Beteiligungen an der EWR Aktiengesellschaft und der EWR Verwaltungs GmbH, beide mit Sitz in Worms, und deren Verwaltung. Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, durch die der Gesellschaftszweck gefördert werden kann.

Das Personal der Gesellschaft ist ausschließlich im Geschäftsbereich "Konzerndienstleistung" tätig.

Im Berichtsjahr bestanden in Summe 16 Verträge über die Erbringung kaufmännischer Dienstleistungen.

Ertragslage

Die Gewinn- und Verlustrechnung schließt im Berichtsjahr mit einem Jahresüberschuss in Höhe von TEUR 12.704 (i.Vj. TEUR 20.300) ab.

Die Ertragslage wird im Wesentlichen beeinflusst durch Erträge aus dem Gewinnabführungsvertrag mit der EWR Aktiengesellschaft. Dieser Ergebnisabführungsvertrag führte im Berichtsjahr zu einem Ertrag in Höhe von TEUR 15.393 (i.Vj. TEUR 22.891), welcher sich aus dem abzuführenden Jahresergebnis von TEUR 12.733 und einem Ertrag von TEUR 2.660 aus der oben genannten Umlagevereinbarung zur Gewerbesteuer ergibt.

Im Lagebericht des Vorjahres wurde von einem geplanten abzuführenden Ergebnis von TEUR 9.904 ausgegangen. Die Abweichung zum tatsächlich abzuführenden Jahresergebnis von TEUR 5.489 ergibt sich im Wesentlichen aus der Ergebnisverbesserung gegenüber der ursprünglichen Planung auf Ebene der EWR Aktiengesellschaft und einer damit verbundenen höheren Ausschüttung.

Sämtliche weiteren Posten der Gewinn- und Verlustrechnung stehen im Zusammenhang mit den Konzerndienstleistungen. Dabei handelt es sich insbesondere um Erträge aus Geschäftsbesorgungsverträgen. Korrespondierend entstanden zu diesen Leistungen entsprechende Aufwandsposten.

Finanzlage

Die Finanzlage ist im Wesentlichen geprägt durch die liquiditätswirksame Vereinnahmung der Abführung aus dem Ergebnisabführungsvertrag. Außerdem hängt die finanzielle Ausstattung der Gesellschaft vom Gewinnverwendungsbeschluss der Gesellschafter ab. Ziel ist es, die vereinnahmten Ergebnisse der EWR Aktiengesellschaft an die Kommanditisten auszuschütten. In der Gesellschaft verbliebene flüssige Mittel von TEUR 566 resultieren aus den übrigen Geschäftsfeldern.

Vermögenslage

Die Bilanz ist im Anlagevermögen vor allem gekennzeichnet durch die Beteiligung an der EWR Aktiengesellschaft mit insgesamt 60.798 Aktien und einem daraus resultierenden Beteiligungsbuchwert von TEUR 127.437.

Das Umlaufvermögen beinhaltet eine Forderung gegen die EWR Aktiengesellschaft von TEUR 13.344. Hierbei handelt es sich um die anstehende Auszahlung des Ergebnisses der EWR Aktiengesellschaft gemäß Ergebnisabführungsvertrag, saldiert mit Verbindlichkeiten aus dem Gewerbesteuerumlagevertrags und Verbindlichkeiten aus Dienstleistungen.

Die Passiv-Seite weist eine Eigenkapitalquote in Höhe von 99,1% auf. Dabei besteht das Eigenkapital aus einem Festkapitalkonto I (jeweils TEUR 13.000 je Kommanditist), Festkapitalkonten II (entsprechend der erbrachten Kapitalrücklage) sowie dem Bilanzgewinn. Die variablen Kapitalkonten wurden im Geschäftsjahr 2017 ausgekehrt und als Forderungen bzw. Verbindlichkeiten ausgewiesen.

Insgesamt ist die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage als gut zu bezeichnen.

Mitarbeiter

Die Gesellschaft beschäftigte im Durchschnitt insgesamt 12 Mitarbeiter, die im Bereich von Konzerndienstleistungen eingesetzt werden.

Risikoberichterstattung

Zwischen der EWR Aktiengesellschaft sowie der EWR Dienstleistungen GmbH & Co. KG in Verbindung mit der Stadt Worms Beteiligungs-GmbH und RWE Rheinhessen Beteiligungs GmbH erfolgt ein regelmäßiger Austausch über die Geschäftsentwicklung durch detaillierte Quartalsberichte mit Erläuterungen und Zukunftsprognosen. Weiterhin finden regelmäßig Konsortialgespräche zwischen den Partnern statt. Einzelprobleme mit ergebnisbeeinflussendem Charakter werden gemeinschaftlich erörtert und notwendige Steuerungsmaßnahmen diskutiert. Bestandsgefährdende Risiken sind derzeit aus unserer Sicht nicht erkennbar.

Prognose

Als Ergebnis mehrjähriger Verhandlungen geht die Geschäftsführung davon aus, dass die e-rp GmbH, Alzey, im laufenden Jahr 2018 auf die EWR Aktiengesellschaft verschmolzen wird. In diesem Zusammenhang würde die Gesellschaft die bisherigen Gesellschafter der e-rp GmbH als weitere Kommanditisten aufnehmen.

In 2018 wird mit einem Ergebnis vor Steuern in Höhe von TEUR 22.360 gerechnet. Ausschlaggebend für diese Ergebnisentwicklung ist vor allem die geplante Vereinnahmung des Beteiligungsertrages 2018 von der EWR Aktiengesellschaft aufgrund des Ergebnisabführungsvertrages, welche aufgrund der vorgenannten Fusion ab diesem Jahr deutlich höher ausfallen wird. In den übrigen Geschäftsbereichen (Konzerndienstleistungen) wird für das Jahr 2018 wieder mit einem leicht positiven Ergebnis gerechnet.

Für Geschäftsjahre ab 2018 wird auf Basis der Mittelfristplanung der EWR AG welche die geplante Verschmelzung allerdings noch nicht berücksichtigt, mit schwankenden, tendenziell jedoch höheren Beteiligungserträgen gerechnet.

Zusammenfassung

Die derzeitige Organisationsform und die Ertragslage der Beteiligungen lässt die Geschäftsführung keine Bestandsgefährdung erkennen. Die finanzielle und wirtschaftliche Grundlage ist solide.

Worms, im Mai 2018

EWR Dienstleistungen GmbH & Co. KG

4.1.3 EWR Verwaltungs GmbH

Allgemeines

Rechtsform: GmbH

Gründung: 03.12.2004 **Satzungsdatum**: 03.12.2004

Wirtschaftsjahr: Kalenderjahr

Stammkapital am Ende des Wirtschaftsjahres 2017: 25.000,00 €

Veränderung im Berichtsjahr: keine



Gegenstand des Unternehmens / Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks

(§ 90 Abs. 2 Satz 2 Nr. 1 und Nr. 2 GemO)

Gegenstand des Unternehmens ist die Beteiligung als persönlich haftende, geschäftsführende Gesellschafterin an der EWR Dienstleistungen GmbH & Co.KG Worms. Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, durch die der Gesellschaftszweck gefördert werden kann. Als Komplementär haftet sie persönlich in Höhe der von ihr eingebrachten Stammeinlage.

Der Gegenstand des Unternehmens ist eine wirtschaftliche Betätigung (§ 85 Abs. 1 GemO).

Beteiligungsverhältnisse

(§ 90 Abs. 2 Satz 2 Nr. 1 GemO)

Am Stammkapital des Unternehmens sind beteiligt:

die EWR Dienstleistungen GmbH & Co. KG zu 100 %

Die Beteiligungen haben sich im Berichtsjahr nicht verändert.

Besetzung der Organe im Geschäftsjahr 2017

(§ 90 Abs. 2 Satz 2 Nr. 1 GemO)

Gesellschafterversammlung 2017:

• EWR Dienstleistungen GmbH & Co. KG: Andreas Soller

Geschäftsführung 2017:

• Geschäftsführer: Andreas Soller

Personalentwicklung		
	2017	2016
Anzahl der Mitarbeiter	0	0
(nach § 267 Abs. 5 HGB)		

Laufende Gesamtbezüge der Geschäftsführung

(§ 90 Abs. 2 Satz 2 Nr. 3 GemO)

(Gesamtbezüge der Mitglieder der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates oder der entsprechenden Organe)

Gem. § 286 Abs. 4 HGB wird auf eine Nennung der Bezüge der Geschäftsführung verzichtet.

Kapitalzuführungen/-entnahmen

(§ 90 Abs. 2 Satz 2 Nr. 3 GemO)

Kapitalzuführungen/-entnahmen sind nicht erfolgt.

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft der Stadt Worms

(§ 90 Abs. 2 Satz 2 Nr. 3 GemO)

Kapitalzuführungen durch die Stadt Worms in den letzten 3 Jahren:

2015 - 2017: 0,00 €

Gewinnabführungen an die Stadt Worms in den letzten 3 Jahren:

2015 - 2017: 0,00 €

Vom Unternehmen gezahlte Steuern an die Stadt Worms in den letzten 3 Jahren:

2015 - 2017: 0,00 €

Vom Unternehmen gezahlten Konzessionsabgaben an die Stadt Worms in den letzten 3 Jahren:

2015 - 2017: 0,00 €

Vorliegen der Voraussetzungen des § 85 Abs. 1 GemO

(§ 90 Abs. 2 Satz 2 Nr. 4 GemO)

Die Gemeinde darf wirtschaftliche Unternehmen nur errichten, übernehmen oder wesentlich erweitern, wenn

- 1. **der öffentliche Zweck das Unternehmen rechtfertigt** (§ 85 Abs. 1 Nr.1 GemO): Die notwendigen Angaben erfolgten hierzu unter "Gegenstand des Unternehmens".
- 2. das Unternehmen nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zu der Leistungsfähigkeit der Gemeinde und dem voraussichtlichen Bedarf besteht. (§ 85 Abs. 1 Nr. 2 GemO): Die notwendigen Angaben erfolgten hierzu unter "Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft".
- 3. der öffentliche Zweck nicht ebenso gut und wirtschaftlich durch einen privaten Dritten erfüllt wird oder erfüllt werden kann.
- ✓ Im Berichtsjahr gab es keinen Anlass, die bisherige Bewertung zu ändern.

Bilanz zum 31.12.2017

AKTIVA	31.12.2017	31.12.2016
	EUR	EUR
A. Anlagevermögen	0,00	0,00
B. Umlaufvermögen	56.641,15	54.273,95
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	18.029,96	15.025,02
II. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	38.611,19	39.248,93
Bilanzsumme	56.641,15	54.273,95
PASSIVA	31.12.2017	31.12.2016
	EUR	EUR
A. Eigenkapital	55.812,60	53.349,68
I. Stammkapital	25.000,00	25.000,00
II. Kapitalrücklage	0,00	0,00
III. Gewinnvortrag / Verlustvortrag (-)	28.349,68	25.000,62
IV. Jahresüberschuss	2.462,92	3.349,06
B. Rückstellungen	828,55	924,27
C. Verbindlichkeiten	0,00	0,00
Bilanzsumme	56.641,15	54.273,95

Gewinn- und Verlustrechnung zum 31.12.2017

		31.12.2017	31.12.2016
		EUR	EUR
1.	Umsatzerlöse	0,00	0,00
2.	Sonstige betriebliche Erträge	9.432,81	9.436,66
3.	Materialaufwand	0,00	0,00
4.	Personalaufwand	0,00	0,00
5.	Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	0,00	0,00
6.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	-6.509,72	-6.480,76
7.	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	2,86	1.112,98
8.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,00	0,00
9.	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-463,03	-629,82
10.	Ergebnis nach Steuern	2.462,92	3.439,06
11.	Sonstige Steuern	0,00	0,00
12.	Jahresüberschuss	2.462,92	3.439,06

Kennzahlen zum 31.12.2017

Finanzkennzahlen		
EBITDA (in EUR)	9.432,81	
(III EOR)	Jahresergebnis + Steueraufwand - Steuererträge +/- Finanzergebnis + außerordentliche Erträge + Abschreibungen auf das Anlagevermögen - Zulagen auf das Anlagevermögen	
Wirtschaftlichkeit	144,90	
(in %)	Ertrag (bzw. Leistung) : Aufwand (bzw. Kosten) x 100	
Vermögenskennzahlen		
Eigenkapitalquote	98,54	
(in %)	(Eigenkapital x 100) : Gesamtkapital	
Fremdkapitalquote	1,46	
(in %)	(Fremdkapital x 100) : Gesamtkapital	
Personalkennzahl		
Personalaufwandsquote	0,00	
(in %)	Personalaufwand : Gesamtleistung x 100	

4.2 Ver- und Entsorgung, Energie, Verkehr

4.2.1 Entsorgungsgesellschaft Worms mbH

Allgemeines

Rechtsform: GmbH

Gründung: 08.10.1992 Satzungsdatum: 28.02.2007

egwo

Wirtschaftsjahr: Kalenderjahr

Stammkapital am Ende des Wirtschaftsjahres 2017: 26.000,00 €

Veränderung im Berichtsjahr: keine

Gegenstand des Unternehmens/Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks

(§ 90 Abs. 2 Satz 2 Nr. 1 und Nr. 2 GemO)

Gegenstand des Unternehmens ist:

- die Entsorgung von Abfällen, insbesondere hausmüllähnlichen Abfällen, aus dem gewerblichen und industriellen Bereich im Gebiet der Stadt Worms
- die Verwertung von Sekundärrohstoffen aus Abfällen
- die Anrechnung der Entsorgung von Abfällen im Auftrag der Stadt Worms
- die Unterhaltung der öffentlichen Verkehrsflächen im Gebiet der Stadt Worms, soweit diese Aufgaben nicht von dem Eigenbetrieb Entsorgungs- und Baubetrieb der Stadt Worms wahrgenommen werden
- die Durchführung gartenbaulicher und gärtnerischer Leistungen, insbesondere die Unterhaltung der öffentlichen Grünflächen einschließlich der Spiel- und Sportplätze, im Gebiet der Stadt Worms, soweit diese Aufgaben nicht von dem Eigenbetrieb Entsorgungs- und Baubetrieb der Stadt Worms wahrgenommen werden
- die Unterhaltung der Liegenschaften (Gebäude und Außenanlagen) der Stadt Worms und ihrer Gesellschaften im Gebiet der Stadt Worms sowie die Durchführung sonstiger technischer Leistungen, soweit diese Aufgaben nicht von dem Eigenbetrieb Entsorgungs- und Baubetrieb der Stadt Worms wahrgenommen werden.

Der Gegenstand des Unternehmens ist eine wirtschaftliche Betätigung (§ 85 Abs. 1 GemO)

Beteiligungsverhältnisse

(§90 Abs. 2 Satz 2 Nr. 1 GemO)

Am Stammkapital des Unternehmens sind beteiligt:

• Stadt Worms zu 100 %

Die Beteiligungen haben sich im Berichtsjahr nicht verändert.

Besetzung der Organe im Geschäftsjahr 2017

(§ 90 Abs. 2 Satz 2 Nr. 1 GemO)

Gesellschafterversammlung 2017:

• Stadt Worms: Bürgermeister Hans-Joachim Kosubek

Gesellschafterausschuss 2017:

Vorsitzender: Hans-Joachim Kosubek (Bürgermeister der Stadt Worms)

Mandatsträger:

- Uwe Gros
- Karlheinz Henkes (bis 27.06.2017)
- Patricia Sonek (ab 28.06.2017)
- Hans-Jürgen Müsel
- Johann Nock
- Markus Centmeyer (bis 19.12.2017)
- Kurt Lauer (ab 20.12.2017)
- Karl Müller

Geschäftsführung 2017:

Geschäftsführer: Alfred König (bis 30.09.2017), Hans-Dieter Gugumus (ab 01.10.2017)

Personalentwicklung			
	2017	2016	
Anzahl der Mitarbeiter (nach § 267 Abs. 5 HGB)	3 (gfB)	3 (gfB)	

Laufende Gesamtbezüge der Geschäftsführung

(§ 90 Abs.2 Satz 2 Nr. 3 GemO)

(Gesamtbezüge der Mitglieder der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates oder der entsprechenden Organe)

Gem. § 286 Abs. 4 HGB wird auf eine Nennung der Bezüge der Geschäftsführung verzichtet. Die Aufwendungen für den Gesellschafterausschuss belaufen sich auf 1.650,00 € im Jahr 2017.

Kapitalzuführungen/-entnahmen

(§ 90 Abs. 2 Satz 2 Nr. 3 GemO)

Kapitalzuführungen und -entnahmen sind nicht erfolgt.

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft der Stadt Worms

(§ 90 Abs. 2 Satz 2 Nr. 3 GemO)

Kapitalzuführungen durch die Stadt Worms in den letzten 3 Jahren:

2015-2017: 0,00€

Gewinnabführungen an die Stadt Worms in den letzten 3 Jahren:

2015-2017: 0,00€

Vom Unternehmen **gezahlte Steuern an die Stadt Worms** in den letzten 3 Jahren:

2017: 35.651,65 € 2016: 1.730,65 € 2015: 4.741,65 €

Vom Unternehmen gezahlten Konzessionsabgaben an die Stadt Worms in den letzten 3 Jahren:

2015 - 2017: 0,00 €

Vorliegen der Voraussetzungen des § 85 Abs. 1 GemO

(§ 90 Abs. 2 Satz 2 Nr. 4 GemO)

Die Gemeinde darf wirtschaftliche Unternehmen nur errichten, übernehmen oder wesentlich erweitern, wenn

- 1. **der öffentliche Zweck das Unternehmen rechtfertigt** (§ 85 Abs. 1 Nr.1 GemO): Die notwendigen Angaben erfolgten hierzu unter "Gegenstand des Unternehmens".
- 2. das Unternehmen nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zu der Leistungsfähigkeit der Gemeinde und dem voraussichtlichen Bedarf besteht. (§ 85 Abs. 1 Nr. 2 GemO): Die notwendigen Angaben erfolgten hierzu unter "Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft".
- 3. der öffentliche Zweck nicht ebenso gut und wirtschaftlich durch einen privaten Dritten erfüllt wird oder erfüllt werden kann.
- ✓ Im Berichtsjahr gab es keinen Anlass, die bisherige Bewertung zu ändern.

Bilanz zum 31.12.2017

AKTIVA	31.12.2017	31.12.2016
	EUR	EUR
A. Anlagevermögen	848.191,19	725.423,31
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	2,00	2,00
II. Sachanlagen	848.189,19	725.421,31
B. Umlaufvermögen	1.931.669,23	1.666.739,00
I. Vorräte	2.661,27	2.863,36
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	215.362,14	1.358.941,56
III. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	1.713.645,82	304.934,08
C. Rechnungsabgrenzungsposten	499,38	498,85
Bilanzsumme	2.780.359,80	2.392.661,16
PASSIVA	31.12.2017	31.12.2016
	EUR	EUR
A. Eigenkapital	2.378.943,66	2.216.289,81
I. Gezeichnetes Kapital	26.000,00	26.000,00
II. Kapitalrücklage	873.101,89	873.101,89
III. Gewinnrücklage	482.282,83	482.282,83
IV. Gewinnvortrag / Verlustvortrag (-)	834.905,09	798.532,46
V. Jahresüberschuss	162.653,85	36.372,63
B. Rückstellungen	77.013,00	18.254,00
C. Verbindlichkeiten	324.403,14	158.117,35
Bilanzsumme	2.780.359,80	2.392.661,16

Gewinn- und Verlustrechnung zum 31.12.2017

		31.12.2017 EUR	31.12.2016 EUR
1.	Umsatzerlöse	1.500.906,49	1.323.520,85
2.	Sonstige betriebliche Erträge	2.717,00	1.889,89
3.	Materialaufwand		
a)	Aufwendungen für Hilfs- und Betriebsstoffe für bezogene Waren	-51.383,49	-41.979,25
b)	Aufwendungen für bezogene Leistungen	-1.045.071,35	-1.054.864,32
4.	Personalaufwand		
- ,	Löhne und Gehälter Soziale Abgaben und Aufwendungen für Alters-	-7.855,35	-8.614,00
IJ,	versorgung und Unterstützung	-2.506,30	-1.986,97
5.	Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sach-		
	anlagen	-82.160,42	-102.245,79
6.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	-78.746,02	-74.719,07
7.	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	802,01	1.541,33
8.	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-71.206,07	-3.327,39
9.	Ergebnis nach Steuern	165.496,50	39.215,28
10.	Sonstige Steuern	-2.842,65	-2.842,65
11.	Jahresüberschuss	162.653,85	36.372,63

Kennzahlen zum 31.12.2017

Finanzkennzahlen		
EBITDA (in EUR)	318.060,98	
	Jahresergebnis + Steueraufwand - Steuererträge +/- Finanzergebnis + außerordentliche Erträge + Abschreibungen auf das Anlagevermögen - Zulagen auf das Anlagevermögen	
Wirtschaftlichkeit (in %)	118,61	
(/)	Ertrag (bzw. Leistung) : Aufwand (bzw. Kosten) x 100	

Vermögenskennzahlen		
Eigenkapitalquote	85,56	
(in %)	(Eigenkapital x 100) : Gesamtkapital	
Fremdkapitalquote	14,44	
(in %)	(Fremdkapital x 100) : Gesamtkapital	
Personalkennzahl		
Personalaufwandsquote	0,69	
(in %)	Personalaufwand : Gesamtleistung x 100	

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2017

Wie bereits in den vergangenen Jahren war die Altpapiersammlung in Verbindung mit der Mitbenutzung des Sammelsystems durch die dualen Systembetreiber finanziell der prägende Geschäftsbereich.

Das Geschäftsjahr 2017 schließt mit einem Jahresüberschuss (nach Steuern) in Höhe von 162.653,85 € (im Vorjahr +36.372,63 €) ab.

Leistungen im Rahmen der Verpackungsverordnung

Wie bereits im Vorjahr gab es hinsichtlich der Vertragsgestaltung für die Mitbenutzung unseres PPK Sammelsystems (Papier, Pappe und Kartonage) durch die Dualen Systeme nur wenige intensive Diskussionen. Die meisten Verträge sind entfristet oder wurden zu unveränderten Konditionen verlängert. Alle ausgehandelten Leistungsentgelte entsprechen unseren Erwartungen. Lediglich der Systembetreiber RKD (Recycling Kontor Dual GmbH & Co. KG, Köln), der allerdings nur einen geringen Anteil von ca. 5% aller Systembetreiber hält, war nicht mehr zu einem Vertragsabschluss zu bewegen. Eine Einigung für 2017 steht noch aus.

Altpapiervermarktung

Die Sammellogistik für Altpapier ist nach wie vor unverändert. Die Sammelmengen liegen allerdings noch unter dem niedrigsten Wert der vergangenen zehn Jahre (siehe Anlage 2 zum Anhang). Zur Verringerung der grafischen Papiere trägt unstrittig ein sich veränderndes Mediennutzungsverhalten bei. Andererseits steigt gleichzeitig der Verbrauch von Verpackungspapieren.

Sehr positiv war dagegen erneut die Entwicklung der Vermarktungserlöse. Im Durchschnitt konnten rund 134,00 €/Mg (geplant waren 110,00 €/Mg) erzielt werden. Trotz niedriger Sammelmengen führte das in Summe zu Mehreinnahmen gegenüber den Planwerten von über 120.000,00 €. Insgesamt sind für Leistungen im Rahmen der Verpackungsverordnung und im Bereich der Altpapiervermarktung Umsatzerlöse in Höhe von 936.259,00 € (im Vorjahr 830.474,00 €) erwirtschaftet worden.

Nach Auslaufen des Vermarktungsvertrages wurden die Leistungen in 2017 öffentlich und europaweit ausgeschrieben. Der neue Vertrag, zu verbesserten Konditionen, ist erneut indexorientiert und hat eine Laufzeit von mind. zwei Jahren, mit der Option einer jährlichen Vertragsverlängerung in beiderseitigem Einvernehmen bis zum 31.12.2024.

Altmetallvermarktung/ Elektroaltgeräte

Das Geschäftsfeld der Schrotteinsammlung und –vermarktung hat sich nach Einbußen im Vorjahr wieder deutlich besser entwickelt. Bei fast identischen Sammelmengen konnten die Vermarktungserlöse im Vergleich zum Vorjahr um 53.795,00 € auf 174.114,00 € gesteigert werden. Darüber hinaus reduzierten sich die Ausgaben für Behandlung und Logistik um weitere 22.148,00 €.

Altkleider

Die vierteljährliche Altkleidersammlung wurde 2015 erstmals auf ganz Worms ausgedehnt. Die Sammelmengen sind mit knapp 90 Mg (2015), 57 Mg (2016) und 56 Mg (2017) bescheiden geblieben. Aber auch der Aufwand hält sich in Grenzen und die Bürger nehmen den Service gerne an. Die gewünschten Effekte (sauberes Stadtbild, Verdrängung der illegalen Sammlungen) sind weitestgehend eingetreten. Die Umsatzerlöse und die gleichen Vermarktungserlöse sind bei fast identischen Sammelmengen unverändert geblieben. Aufgrund der niedrigen Sammelmengen werden in 2018 nur noch drei Sammeltermine angeboten.

Gewerbeabfallabfuhr mit Umladestation

Die Umsatzerlöse der Gewerbeabfallabfuhr und der Umladestation sind gegenüber dem Vorjahr leicht um 6.427,00 € auf 150.322,00 € (Vorjahr, 143.895,00 €) angestiegen.

Baubetrieb

Im Bereich des Baubetriebes gingen in 2017 die Umsätze zurück. Der Jahresumsatz für diese Leistungen betrug 27.656,00 € (im Vorjahr 44.352,00 €).

Investitionen

Neben den üblichen Ersatzbeschaffungen für Altpapiergefäße (33.239,00 €) erfolgte abnutzungsbedingt eine weitere Investition in eine neue Abfallpresse (11.624,00 €). Die Anlieferung des neuen Altpapiersammelfahrzeugs kam erst zum Jahresende (am 30.12.2017) zustande. Aus diesem Grund konnte die Anmeldung erst im Januar 2018 stattfinden.

Mitarbeiter

Nach der Pensionierung des bisherigen Geschäftsführers, Herrn Alfred König, wurde Herr Hans-Dieter Gugumus zum neuen Geschäftsführer (ab dem 01.10.2017) bestellt.

Die Beschäftigung von Mitarbeitern im Rahmen eines geringfügigen Beschäftigungsverhältnisses auf dem Abfallwirtschaftshof hat sich bewährt und wird unverändert fortgeführt. Weitere Beschäftigungsverhältnisse für andere Bereiche sind derzeit nicht geplant.

Umsatzerlöse

Die wesentlichen Anteile der Umsatzerlöse verteilen sich auf die Bereiche Altpapiervermarktung, sowie "Leistungen im Rahmen der Verpackungsverordnung" (936.259,00 €, 62,38 %), Altmetallvermarktung (174.114,00 €, 11,60 %), Entsorgung von Gewerbeabfällen mit Umladestation (150.322,00 €, 10,02 %), Standplatzmanagement (115.757,00 €, 7,71 %) und Erträge aus Vermietung (78.179,00 €, 5,21 %).

Chancen und Risiken

Eine Vorhersage zur Geschäftsentwicklung ist auch für das Jahr 2018 äußerst schwierig. Zwar werden sich die Geschäftsfelder und deren Umfang aller Voraussicht nach nicht wesentlich ändern, aber die relevanten Vermarktungserlöse für Altpapier und Metalle sind ausgesprochen volatil und kaum vorhersehbar. Dagegen ist

bereits jetzt schon davon auszugehen, dass die Erlöse für die Mitbenutzung des PPK Sammelsystems nahezu konstant bleiben, da mit fast allen Systembetreibern Verträge abgeschlossen sind. Es zeichnet sich ab, dass die Systembetreiber die physische Herausgabe ihres Anteils der PPK Sammelmengen zum 01.01.2019 verlangen werden. Das zieht erhebliche Einnahmeverluste im Bereich der Papiervermarktung nach sich.

Ausblick

Für das Jahr 2018 wurde von der Entsorgungsgesellschaft Worms mbH ein Wirtschaftsplan, der unter anderem den Erfolgsplan und den Vermögensplan enthält erstellt. Der Wirtschaftsplan ist von der Gesellschafterversammlung am 24.10.2017 beschlossen worden. Insgesamt stehen für Investitionen 70.000,00 € zur Verfügung. Als größte Einzelinvestition ist die fortzuführende Beschaffung von Papiersammelbehältern 50.000,00 € eingeplant. Der Rest entfällt auf Betriebs- und Geschäftsausstattung, sowie auf die neue Beleuchtungstechnik für den Abfallwirtschaftshof. Planmäßig wird für 2018 ein kleiner Jahresüberschuss in Höhe von 13.600,00 € (nach Steuern) prognostiziert.

Worms, 19. Februar 2018

Gugumus (Geschäftsführer)

4.2.2 EWR AG

Allgemeines

Rechtsform: AG

Gründung: 20.04.1911

Satzungsdatum: Dezember 2014

Wirtschaftsjahr: Kalenderjahr

Stammkapital am Ende des Wirtschaftsjahres 2017: 32.000.000,00 €

Veränderung im Berichtsjahr: keine



Gegenstand des Unternehmens/Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks

(§ 90 Abs. 2 Satz 2 Nr. 1 und Nr. 2 GemO)

Gegenstand des Unternehmens ist die Versorgung der Bevölkerung der Stadt Worms, der Region Rheinhessen und der benachbarten Gebiete mit Elektrizität, Gas, Wasser und Wärme, das Erbringen von Energiedienstleistungen, energienahen Dienstleistungen und daraus entwickelten Produkten (Multi Utility), die Informationsverarbeitung und Kommunikationstechnik, die Planung, Errichtung und der Betrieb von Telekommunikationseinrichtungen, der Erwerb, die Verwertung, Nutzung und Verwaltung von Grundstücken, die Grundstücksbewirtschaftung und das Gebäudemanagement, die Errichtung, der Erwerb, die Erweiterung und der Betrieb der diesen Zwecken dienenden Anlagen, die Beratung Dritter in diesen Bereichen sowie dazugehörige und ähnliche Geschäfte. Daneben kann es andere versorgungswirtschaftliche Aufgaben von der Stadt Worms übernehmen.

Die Gesellschaft kann alle ihren Unternehmensgegenstand oder ihre Wirtschaftlichkeit fördernden Geschäfte und alle ihrer Weiterentwicklung dienenden Tätigkeiten betreiben. Die Gesellschaft ist berechtigt, zur Förderung dieses Zweckes andere Unternehmen zu betreiben sich an ihnen zu beteiligen und solche Unternehmen sowie Hilf- und Nebenbetriebe zu erwerben, zu errichten und zu pachten. Sie kann solchen Unternehmen ganz oder teilweise unter einheitlicher Leitung zusammenfassen.

Der Gegenstand des Unternehmens ist eine wirtschaftliche Betätigung (§ 85 Abs. 1 GemO)

Beteiligungsverhältnisse

(§90 Abs. 2 Satz 2 Nr. 1 GemO)

Am Stammkapital des Unternehmens sind beteiligt:

Das Grundkapital der EWR Aktiengesellschaft, Worms, ist nach § 6 der Satzung in 64.000 auf den Namen lautende Stückaktien eingeteilt. Diese Stückaktien sind in 4 Sammelaktien zusammengefasst, die auf den Namen der Aktionäre ausgestellt sind:

- EWR Dienstleistungen GmbH & Co. KG zu 95 % 2 Aktien
- Stadt Worms Beteiligungs- GmbH zu 2,5 % + 1 Aktie
- RWE Rheinhessen Beteiligungs GmbH zu 2,5 % + 1 Aktie

Beteiligungen des Unternehmens:

- EWR Netz GmbH zu 100 %
- EWR Neue Energien GmbH zu 100 %
- Rheinhessen Telekommunikations GmbH zu 100 %
- MWE GmbH zu 50 %
- Wirtschaftsförderungsgesellschaft für die Stadt Worms mbH zu 14,29 %
- EGA GmbH zu 10 %

Die Beteiligungen haben sich im Berichtsjahr nicht verändert.

Besetzung der Organe im Geschäftsjahr 2017

(§ 90 Abs. 2 Satz 2 Nr. 1 GemO)

Hauptversammlung 2017:

- EWR Dienstleistungen GmbH & Co. KG: Andreas Soller
- Stadt Worms Beteiligungs-GmbH: Michael Baumann
- RWE Rheinhessen Beteiligungs GmbH: Frank Grone

Aufsichtsrat 2017:

Vorsitzender: Michael Kissel (Oberbürgermeister der Stadt Worms)

Mandatsträger:

- Dr. Hanno Dornseifer (stelly. Vorsitzender)
- Heike Brücker-Boghossian
- Dr. Gabriël Clemens
- Sebastian Clemens
- Hubert Diehl
- Judith Groos
- Uwe Gros
- Richard Grünewald
- Norbert Hess
- Timo Horst
- Dr. Klaus Karlin

Vorstand 2017:

Helmut Antz (bis 31.08.2017) Günter Reichart Stephan Wilhelm (ab 01.05.2017)

Personalentwicklung			
	2017	2016	
Anzahl der Mitarbeiter	237	229	
(nach § 267 Abs. 5 HGB)			

Laufende Gesamtbezüge der Geschäftsführung

(§ 90 Abs.2 Satz 2 Nr. 3 GemO)

(Gesamtbezüge der Mitglieder der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates oder der entsprechenden Organe)

Die Bezüge der Vorstandsmitglieder betrugen 608.000,00 €. Das Ruhegeld für die ehemaligen Vorstandsmitglieder und deren Hinterbliebene betrug 279.000,00 €. Rückstellungen für laufende Pensionen früherer Vorstandsmitglieder und deren Hinterbliebene bestehen in Höhe von 4.790.000,00 €. Die Vergütungen des Aufsichtsrats beliefen sich auf 208.000,00 €.

Kapitalzuführungen/-entnahmen

(§ 90 Abs. 2 Satz 2 Nr. 3 GemO)

Kapitalzuführungen und -entnahmen sind nicht erfolgt.

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft der Stadt Worms

(§ 90 Abs. 2 Satz 2 Nr. 3 GemO)

Kapitalzuführungen durch die Stadt Worms in den letzten 3 Jahren:

2015 - 2017: 0,00 €

Gewinnabführungen an die Stadt Worms in den letzten 3 Jahren:

2015 - 2017: 0,00 €

Vom Unternehmen gezahlte Steuern an die Stadt Worms in den letzten 3 Jahren:

2015 - 2017: 0,00€

Vom Unternehmen gezahlten Konzessionsabgaben an die Stadt Worms in den letzten 3 Jahren:

2017: 3.732.837,67 € 2016: 3.644.477,69 € 2015: 3.682.815,79 €

Vorliegen der Voraussetzungen des § 85 Abs. 1 GemO

(§ 90 Abs. 2 Satz 2 Nr. 4 GemO)

Die Gemeinde darf wirtschaftliche Unternehmen nur errichten, übernehmen oder wesentlich erweitern, wenn

- 1. **der öffentliche Zweck das Unternehmen rechtfertigt** (§ 85 Abs. 1 Nr.1 GemO): Die notwendigen Angaben erfolgten hierzu unter "Gegenstand des Unternehmens".
- 2. das Unternehmen nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zu der Leistungsfähigkeit der Gemeinde und dem voraussichtlichen Bedarf besteht. (§ 85 Abs. 1 Nr. 2 GemO): Die notwendigen Angaben erfolgten hierzu unter "Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft".
- 3. der öffentliche Zweck nicht ebenso gut und wirtschaftlich durch einen privaten Dritten erfüllt wird oder erfüllt werden kann.
- ✓ Im Berichtsjahr gab es keinen Anlass, die bisherige Bewertung zu ändern.

Bilanz zum 31.12.2017

AKTIVA	31.12.2017	31.12.2016
	TEUR	TEUR
A. Anlagevermögen	68.634	69.759
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	2.055	2.413
II. Sachanlagen	32.442	33.335
III. Finanzanlagen	34.137	34.011
B. Umlaufvermögen	132.715	131.693
I. Vorräte	1.686	2.455
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	105.564	116.572
III. Flüssige Mittel	25.465	12.666
C. Rechnungsabgrenzungsposten	324	274
Bilanzsumme	201.673	201.726
PASSIVA	31.12.2017	31.12.2016
	TEUR	TEUR
A. Eigenkapital	74.307	74.307
I. Gezeichnetes Kapital	32.000	32.000
II. Kapitalrücklage	34.924	34.924
III. Gewinnrücklagen	7.383	7.383
	79.378	71.593
B. Rückstellungen		
-	47.868	55.644
B. Rückstellungen C. Verbindlichkeiten D. Rechnungsabgrenzungsposten	47.868 120	55.644 182

Gewinn- und Verlustrechnung zum 31.12.2017

	_	31.12.2017	31.12.2016
		TEUR	TEUR
1.	Umsatzerlöse	311.646	300.219
2.	Andere aktivierte Eigenleistungen	130	158
3.	Sonstige betriebliche Erträge	14.253	19.966
4.	Materialaufwand	-262.998	-254.363
5.	Personalaufwand	-18.960	-17.863
6.	Abschreibungen auf immaterielle Vermögens- gegenstände des Anlagevermögens und Sach- anlagen	-3.921	-3,694
7.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	-29.103	-31.186
8.	Erträge / Aufwendungen (-) aus Ergebnisübernahmen	5.044	7.746
9.	Erträge aus Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	393	62
10.	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	2.442	2.117
11.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-4.874	-1.921
12.	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-1.156	-830
13.	Ergebnis nach Steuern	12.896	20.411
14.	Sonstige Steuern	-163	-127
		12.733	20.284
15.	Aufgrund eines Ergebnisabführungsvertrags abgeführter Gewinn	-12.733	-20.284
16.	Jahresergebnis	0	0

Kennzahlen zum 31.12.2017

inanzkennzahlen					
EBITDA (in EUR)	20.405.000,00				
· ·	Jahresergebnis + Steueraufwand - Steuererträge +/- Finanzergebnis + außerordentliche Erträge + Abschreibungen auf das Anlagevermögen - Zulagen auf das Anlagevermögen				
Wirtschaftlichkeit (in %)	103,47				
(111 /0)	Ertrag (bzw. Leistung) : Aufwand (bzw. Kosten) x 100				

Vermögenskennzahlen				
Eigenkapitalquote (in %)	36,85			
(111 70)	(Eigenkapital x 100) : Gesamtkapital			
Fremdkapitalquote	63,15			
(in %)	(Fremdkapital x 100) : Gesamtkapital			
Personalkennzahl				
Personalaufwandsquote (in %)	5,82			
(111 /0)	Personalaufwand : Gesamtleistung x 100			

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2017

I. Grundlagen der Gesellschaft

Geschäftsmodell des Unternehmens

Durch die Fusion im Jahr 2002 zwischen den Gesellschaften der Stadtwerke Worms, Worms, und der Elektrizitätswerk Rheinhessen Aktiengesellschaft Worms, ist die EWR Aktiengesellschaft (EWR oder EWR AG) entstanden.

Im Rahmen des gesellschaftsrechtlichen Unbundling wurden im Jahr 2007 die bis dahin in der EWR AG betriebenen Versorgungsnetze nebst dem dazugehörigen Personal in die EWR Netz GmbH, eine 100 %-ige Tochtergesellschaft der EWR AG, ausgegliedert.

Für das Geschäftsfeld Erneuerbare Energien wurde im Jahr 2010 die EWR Neue Energien GmbH, eine weitere 100 %-ige Tochtergesellschaft der EWR AG, gegründet. Diese betreibt eigene Fotovoltaik- und Windenergieanlagen und hält darüber hinaus zahlreiche Beteiligungen an Windparkgesellschaften.

Zwischen den beiden vorgenannten Tochterunternehmen und der EWR AG wurden Gewinnabführungsverträge geschlossen.

Die EWR AG selbst versorgt die Bevölkerung der Stadt Worms, der Region Rheinhessen und der benachbarten Gebiete mit Elektrizität, Gas, Wasser und Wärme. Elektrizität und Gas werden bundesweit angeboten. Darüber hinaus erbringt die EWR AG energienahe Dienstleistungen sowie IT- und Telekommunikationsdienstleistungen.

II. Wirtschaftsbericht

1. Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Der bundesweite Erdgasverbrauch ist laut ersten Schätzungen des BDEW im Geschäftsjahr 2017 um 5,2 % auf rd. 985 Mrd. kWh gestiegen. Auch im vergangenen Jahr war schon ein Anstieg von rund 10,0 % zu verzeichnen.

Laut ersten Schätzungen des BDEW haben die Erneuerbaren Energien nunmehr einen Anteil von 36,0 % am gesamten deutschen Bruttostromverbrauch. Im Jahr 2017 lag die erzeugte Strommenge aus regenerativen

Energien bei rd. 217 Mrd. kWh. Insbesondere die Stromerzeugung aus Onshore-Windenergieanlagen stellt weiterhin den signifikantesten Anteil mit 14,4 % des Strommixes dar. Die stärksten Zuwächse im Jahr 2017 verzeichnet, wie im Jahr 2016, die Erzeugung aus Offshore-Windenergie mit 49,0 % auf rund 18 Mrd. kWh (Vorjahr 57,0 % auf rund 12 Mrd. kWh). Damit könnte das Ziel, in 2020 den Bruttostromverbrauch über erneuerbare Energien zu 35,0 % abzudecken, übertroffen werden.

Die Preise für Emissionszertifikate lagen zu Beginn des Geschäftsjahres 2017 bei 5,06 EUR/t. Trotz der Strukturreformen des Emissionshandels durch den EU-Umweltbeirat im Februar 2017 konnten sich die Preise im ersten Halbjahr 2017 nicht nachhaltig erholen. Ab August 2017 stiegen die Preise für Emissionszertifikate aufgrund allgemein gestiegener Energiepreise als auch durch im August fehlende Auktionsmengen. An der EEX wurden Zertifikate Ende Dezember 2017 zum Preis von 8,18 EUR/t gehandelt.

Seit dem Jahr 2000 zahlen Verbraucher mit der Stromrechnung eine EEG-Umlage zur Finanzierung des Ausbaus der Erneuerbaren Energien. Seitdem erhöhte sich die Umlage um das 36-fache. Zu Beginn des Wirtschaftsjahres 2017 lag die EEG-Umlage bei 6,88 ct./kWh und stieg somit um 0,53 ct./kWh zum Vorjahr an. Mit Inkrafttreten des geänderten EEG (Gesetz für den Ausbau erneuerbarer Energien – Erneuerbare-Energien-Gesetz - EEG 2017) zum 1. Januar 2017 erfolgte ein Paradigmenwechsel von bisher staatlich festgelegten Vergütungshöhen hin zu wettbewerblichen Ausschreibungsmodellen am Markt. Der Fokus liegt auf der Sicherung von Kosteneffizienz bei gleichzeitigem kontinuierlichem und kontrolliertem Ausbau. Folglich wurde definiert, dass bei Windenergieanlagen an Land inkl. des Repowerings älterer Anlagen bis 2019 eine Kapazität von 2.800 MWh brutto pro Jahr und ab 2020 2.900 MWh brutto pro Jahr zugebaut werden soll. Berücksichtigung finden dabei auch die Netzengpässe im Norden von Deutschland. Hier wird der Zubau auf den Durchschnitt der Jahre von 2013 bis 2015 begrenzt und entspricht demnach 2.434 MWh für die nächsten drei bis fünf Jahre. Bei Offshore-Windenergieanlagen wurde neben dem Inkrafttreten der Novelle des EEG auch das Windenergieauf-See-Gesetz beschlossen. Neben der wettbewerblichen Ausschreibung für Anlagen, welche ab 2021 in Betrieb gehen, wurde auch das Ziel für die installierte Leistung von Windenergieanlagen auf See bis zum Jahr 2030 auf insgesamt 15 Gigawatt definiert.

Die Bundesnetzagentur hatte bereits Mitte des Jahres 2017 eine Bedarfsanalyse der Übertragungsnetzbetreiber geprüft. Dabei wurde bestätigt, dass zusätzliche Netzreserveanlagen von 1.200 MW für Winter 2021/2022 bestehen werden. Daher wurde im Zuge des parlamentarischen Verfahrens zum Netzentgeltmodernisierungsgesetz (NEMoG) festgehalten, dass zukünftig Betreiber von Übertragungsnetzen Erzeugungsanlagen als besondere netztechnische Betriebsmittel vorhalten können, um damit die Versorgungssicherheit zu gewährleisten.

Im Juli 2017 wurde das NEMoG verabschiedet. Der Fokus liegt auf der Anpassung der Netzentgelte an die Erfordernisse der Energiewende. Wesentlich ist zum einen, dass die Netzentgelte der Übertragungsnetzbetreiber bis 2023 schrittweise vereinheitlicht und zum anderen die vermiedenen Netzentgelte reduziert werden. Um die vermiedenen Netzentgelte zu senken, werden diese für volatile Einspeisungen ab 2018 schrittweise abgeschafft. Weiterhin wurde die Berechnungsgrundlage bei dezentralen Einspeisern auf das Niveau der Netzentgelte für das Jahr 2016 eingefroren. Additiv sind in der Berechnungsgrundlage zukünftig bestimmte Kostenpositionen wie bspw. solche der Netzanbindung von Offshore-Windparks nicht mehr zu berücksichtigen.

2. Geschäftsverlauf

Die Steuerung der EWR AG erfolgt vor allem auf Basis der folgenden Ertragskennzahlen:

- Umsatzerlöse
- EBIT (Ergebnis vor Zinsen und Steuern unter Berücksichtigung der Sonstigen Steuern)
- Jahresüberschuss vor Ergebnisabführung

Darüber hinaus überwachen und steuern wir die Entwicklung der Finanz- und Vermögenslage durch das Investitionsvolumen pro Jahr.

Ergänzend ist die Entwicklung der Mitarbeiteranzahl als nicht finanzielle Kennzahl von Bedeutung.

Energievertrieb

2017 war für den Energievertrieb der EWR AG ein erfolgreiches Jahr. Zum einen konnten die Erwartungen an die Wachstumszahlen in den Bereichen Strom, Erdgas und Internet/Breitband erfüllt bzw. übererfüllt werden, zum anderen haben die eingeleiteten Maßnahmen hinsichtlich der Bindung von Bestandskunden und der Rückgewinnung innerhalb des Heimatmarktes erste Erfolge zu verzeichnen. Bei den Privat- und Gewerbekunden zeigen sich von allen Vertriebskanälen zwei besonders erfolgreich: der Vor-Ort-Vertrieb, der bei Kunden sehr positiv aufgenommen wurde und der Vertrieb über Internetportale.

Vor allem zum Jahresende waren Direktvertriebe von Wettbewerbern im Vertriebsgebiet unterwegs "wobei auch unseriöse Praktiken angewendet wurden, gegen die wir rechtliche Schritte eingeleitet haben. Viele Kunden konnten durch Kundenrückgewinnungsmaßnahmen zurück geholt werden.

EWR hat im Jahr 2017 Vertriebsaktionen vor Ort deutlich intensiviert, und den Cross-Selling-Ansatz aus Strom, Gas, Internet und Smart Home ausgeweitet. Zur Veranschaulichung der Produkte haben wir mit unserem strategischen Partner in Worms und im Wonnegau zwei Smart-Häuser ausgestattet und damit die Möglichkeit für Interessierte geschaffen, sich über das Leistungsspektrum der EWR praktisch zu informieren.

Mit Braas/MeinDach wurde ein wichtiger Kooperationspartner zur Weiterentwicklung des Geschäftsfeldes Smart Home gewonnen. Gemeinsam treten EWR und Braas mit dem Konzept "meinSmarthaus" als ganzheitlicher Anbieter von smarter Haustechnik auf. In 2018 wird diese Zusammenarbeit um einen weiteren Kooperationspartner ergänzt. Mit dem neuen Partner Wüstenrot erhält EWR die Möglichkeit, sich über das Immobilienportal "Wüstenrot Wohnwelt" interessierten Hausbesitzern und Bauherren zu präsentieren.

Durch eine gute Kundenbindung und die intensive persönliche Betreuung, die EWR den Kunden zuteilwerden lässt, konnten zahlreiche Verträge mit Geschäftskunden in unserer Vertriebsregion für die nächsten zwei Jahre erfolgreich verlängert werden. Der Preiswettbewerb ist hart, EWR hat ihn jedoch erfolgreich gemeistert. Im reinen Preiswettbewerb sind keine nennenswerten Margen zu erzielen. Daher setzt EWR kontinuierlich auf die Pflege der persönlichen Kundenbeziehung und überzeugt mit Servicequalität. Wichtige kommunale Kunden konnten so erfolgreich wiedergewonnen werden. Dieser erfolgreiche Weg wird auch in 2018 weiterverfolgt.

Die Betreuung der Geschäftskunden erfordert die persönliche Kontaktpflege sowie das Bereitstellen von kundengruppenspezifischen Produkten und Dienstleistungen. Die Marke "Unternehmen Zukunft" mit der Zielgruppe Geschäfts- und Gewerbekunden wird weiter ausgebaut und erweitert. EWR nimmt das Thema Cross-Selling als wichtigen Baustein zur Sicherung der Erträge sehr ernst und arbeitet weiter an der Vermarktung von weiter- oder neuentwickelten Produkten und Dienstleistungen.

Im besonderen vertrieblichen Fokus stand in 2017 auch die Region Ried, sowie die Erweiterung um die Gebiete Südhessen und Kraichgau. Für das Jahr 2018 ist es angestrebt, den Bekanntheitsgrad der EWR in diesen Regionen zu steigern. Durch Mailings an Privat- und Gewerbekunden und unsere Präsenz bei Veranstaltungen und Kooperationspartnern möchten wir weiteren Kundenzuwachs generieren.

Durch unsere jahrelange Erfahrung im Bereich der E-Mobilität konnten wir entstehende Bedürfnisse im Aufbau von Ladeinfrastruktur für Privatkunden, Gewerbetreibende und Hotels decken sowie Ladesäulen im öffentlichen Bereich strategisch günstig in Rheinhessen positionieren. Abgerundet wird die Produktpalette durch Ladeangebote für zu Hause, die wir auch bundesweit vertreiben.

Im Geschäftsbereich DSL fand ein erfolgreiches Re-Branding der Marke EWR Internett zu Herznet statt. Die Integration unserer Internet-Dienstleistungen in die Herz-Familie trägt zur angestrebten Produktharmonisierung bei und schafft somit einen Wiedererkennungswert der Marke. Die Herznet-Produkte sind nun auch über unsere Homepage zu erwerben. Darüber hinaus haben wir unser Produktportfolio durch die Entwicklung eines

Angebots für die Einrichtung von öffentlichen WLAN-Netzwerken in unseren Partnergemeinden erweitert. In 2018 sollen diese DSL-Angebote weiter ausgebaut werden.

Energiebeschaffung

Im Jahresmittel legten die Strombeschaffungspreise in Deutschland 2017 gegenüber 2016 um mehr als 20 Prozent zu. Gedämpft wurde der Preisanstieg an der Strombörse im Jahr 2017 durch die Einspeisung bei den Erneuerbaren Energien, die immer häufiger die Hauptlast in der Stromversorgung in Deutschland übernahmen und dadurch an immer mehr Stunden des Jahres für sehr niedrige, zum Teil negative Strompreise im Großhandel sorgten.

Die Beschaffung unserer prognostizierten Vertriebsmengen für Privatkunden erfolgt größtenteils über einen Dreijahreszeitraum, kontinuierlich im Rahmen der sog. Keilbeschaffung (vgl. auch Anhang) und für die Geschäftskunden im Rahmen einer Back-to-Back-Beschaffung. Aufgrund dieser risikoaversen Beschaffungsstrategie hat die Entwicklung der Stromterminmarktpreise mit zeitlicher Verzögerung Auswirkung auf die Beschaffungskosten der entsprechenden Segmente. Die beschaffte Strommenge im Jahr 2017 erhöhten sich vornehmlich in Folge höhere Absätze an Geschäftskunden. Der Bewirtschaftungshorizont wurde durch langfristige Absatzverträge bereits auf 2021 ausgeweitet.

Die Preise für fossilen Brennstoffe Öl und Gas legten im Jahr 2017 zwar leicht zu, liegen jedoch noch immer auf einem historisch niedrigen Niveau. Die Angebotssituation von Öl und Gas auf dem Weltmarkt war weiterhin entspannt. In Nordamerika ist ein Ende der wachsenden Förderung von Öl und Gas mittels Fracking nicht in Sicht, so dass langfristige globale Versorgungsengpässe auch in Zukunft eher unwahrscheinlich sind.

Konzessionen

Die Konzessionen mit den Gemeinden als wesentliche Geschäftsgrundlage der Gesellschaft werden von der EWR AG und seit September 2013 ebenso von der Stromnetzgesellschaft Wörrstadt mbH & Co. KG gehalten. Mittels vertraglicher Unterkonzessionierung gehen die Rechte und Pflichten aus den mit den Gemeinden geschlossenen Konzessionsverträgen auf die EWR Netz GmbH über.

Die sich im Vergabeverfahren befindlichen Gaskonzessionen in unserem Stromnetzgebiet wurden aufgrund verfahrenstechnischer und formalrechtlicher Aspekte im Berichtsjahr nicht abgeschlossen, sondern mussten mit geänderten Verfahrenskriterien durch die betroffenen Gemeinden neu begonnen werden. Mit dem Abschluss dieser Gaskonzessionsverfahren ist in 2018 zu rechnen.

3. Ertragslage

Im Geschäftsjahr 2017 wurde ein EBIT (unter Berücksichtigung der sonstigen Steuern) in Höhe von TEUR 10.884 erzielt. Es lag um TEUR 2.226 unter dem Vorjahreswert (- 17,0 %). In unserer für das Geschäftsjahr vorgenommenen Prognose sind wir von einer Minderung des EBIT auf TEUR 8.999 ausgegangen, sodass das Ergebnis den ursprünglichen Prognosewert für das Geschäftsjahr 2017 deutlich übertroffen hat.

In den einzelnen Sparten stellen sich die Ergebnisse wie folgt dar:

Sparte Strom

In der Sparte Strom ergab sich insgesamt ein Anstieg von Absatz sowie Umsatz um 221,3 GWh bzw. TEUR 11.962. Dieser Anstieg betrifft im Wesentlichen Lieferungen innerhalb des Endkundengeschäfts sowie an Weiterverteiler (30,0 GWh bzw. TEUR 10.862) und hier vor allem an Privatkunden außerhalb des EWR-Netzgebietes. Darüber hinaus konnten wesentliche Steigerungen der Umsatzerlöse (+ TEUR 3.261) im Bereich "Verlustenergie" und "Marktprämienzahlungen für Direktvermarktungen" erreicht werden. Rückläufig verläuft hingegen der Gesamtumsatz mit der EWR Netz GmbH mit einem Rückgang um TEUR 2.797 (15,5 GWh),

was im Wesentlichen Erlöse aus der Direktvermarktung von EEG-Strommengen betrifft. Aufgrund vertraglicher Änderungen erhält die EWR Netz GmbH seit dem Geschäftsjahr 2017 die sogenannten Marktprämien nicht mehr von uns als Direktvermarkter, sondern vom Betreiber des vorgelagerten Netzes direkt. Diese Änderungen betreffen auch die Umsatzerlöse aus der Direktvermarktung von sonstigen Anlagen außerhalb des EWR Netzgebiets.

Im Einzelnen gliedern sich die Absätze und Erlöse der Stromsparte wie folgt auf:

	2017	2017	2016	2016
	GWh	TEUR	GWh	TEUR
Privatkunden	602,0	134.301	553,3	121.302
Geschäftskunden	713,3	91.507	741,3	93.946
Weiterverteiler	9,3	302	0,0	0
EWR Netz GmbH	40,8	5.471	56,3	8.268
Marktprämienzahlung für Direktvermarktung				
(Sonstige)	186,3	8.932	159,7	9.871
Verlustenergie außerhalb EWR-Netzgebiet	349,1	9.892	169,0	5.692
Übrige	0,5	1.288	0,4	652
Summe	1.901,3	251.693	1.680,0	239.731

Korrespondierend zu den Umsatzerlösen ist der sich aus den nachfolgenden Komponenten zusammensetzende Bezugsaufwand um TEUR 9.118 auf TEUR 230.597 gestiegen, was insgesamt zu einer Ausweitung der Rohmarge um TEUR 2.844 führt.

Der Strombezugsaufwand im Geschäftsjahr 2017 zeigt sich im Vorjahresvergleich um TEUR 4.796 erhöht. Grund hierfür waren erhöhte Aufwendungen für EEG-Zahlungen (+ TEUR 6.621) bedingt durch einen höheren EEG-Umlagesatz und höhere EEG-pflichtige Absatzmengen. Gegenläufig verhalten sich die Aufwendungen im Bereich der Beschaffung von Fahrplänen und Standardprodukten. Hier konnte aufgrund gesunkener Beschaffungspreise (- 0,54 ct./kWh) und trotz gestiegener Beschaffungsmengen eine Aufwandsreduzierung realisiert werden (- TEUR 1.651). Die Aufwendungen für Netznutzung lagen mengen- und preisbedingt über dem Vorjahresniveau (TEUR + 7.952). Ebenso verhält sich der Strombezug gegenüber der EWR Netz GmbH. Dieser liegt um TEUR 515 über dem Vorjahresniveau, was durch gestiegene Aufwendungen im Bereich der Differenzbilanzierung in Verbindung mit gegenläufigen Aufwandsreduzierungen bei den KWKG-Einspeisungen begründet ist. Aufgrund der oben beschriebenen Änderungen reduzieren sich die Marktprämienzahlungen um TEUR 3.321.

Das EBIT der Sparte Strom liegt um TEUR 662 über dem Wert des Vorjahres (i. Vj. TEUR 5.898). Dies ist im Wesentlichen auf die bereits erläuterten Sachverhalte zurückzuführen. Ergänzt werden diese durch geminderte sonstige betriebliche Erträge und sonstige betriebliche Aufwendungen im Vorjahresvergleich. Der Planwert des Geschäftsjahres 2017 (TEUR 6.101) wurde im Wesentlichen durch erhöhte sonstige betriebliche Erträge überschritten.

Sparte Gas

Der aus den im Vorjahresvergleich niedrigen Temperaturen des ersten Quartals 2017 resultierende Absatzanstieg (+ 85,7 GWh) führte aufgrund niedrigerer Absatzpreise (- 0,49 ct./kWh) nicht zu einer Erhöhung der Umsatzerlöse. Insgesamt ergeben sich im Vorjahresvergleich um TEUR 343 geminderte Umsatzerlöse i. H. v. TEUR 28.667.

Im Einzelnen gliedern sich die Absätze und Erlöse der Gassparte wie folgt auf:

Summe	749,1	28.667	663,4	29.010	
Aperiodische Erlöse	0,0	8	0,0	0	
Mehr-/Mindermengen	0,0	45	0,0	86	
Gasabsatz	749,1	28.614	663,4	28.924	
EWR Netz GmbH	20,6	474	3,0	215	
Weiterverteiler	5,0	95	0,0	0	
Geschäftskunden	338,7	8.771	294,1	9.457	
Privatkunden	384,8	19.274	366,3	19.252	
	GWh	TEUR	GWh	TEUR	
	2017	2017	2016	2016	

Im Gasbezug schlagen sich, analog zu den gestiegenen Absatzmengen, gegenüber dem Vorjahr gestiegene Beschaffungsmengen nieder (+ 92,6 GWh). Aufgrund dieses Mengeneffektes und gegenläufigen Preiseffekten (bedingt durch eine unsere langfristige Beschaffungsstrategie) ergeben sich um TEUR 2.326 gesunkene Aufwendungen zur Gasbeschaffung. Unter Berücksichtigung der auf TEUR 8.330 leicht steigenden Netznutzungsaufwendungen, Mehr- und Mindermengenabrechnungen (Anstieg um TEUR 126 auf TEUR 512) und aperiodischen Aufwendungen (TEUR 52 – resultierend aus Korrekturrechnungen im Zusammenhang mit fehlerhaften Lastgangdaten) ergeben sich um TEUR 1.804 sinkende Bezugsaufwendungen in Höhe von TEUR 21.499.

Zusammenfassend ergibt sich eine Ergebniserhöhung im Vergleich zum Vorjahr. Das EBIT der Sparte Gas liegt um TEUR 1.665 über dem Vorjahreswert (TEUR 3.561). Aufgrund höherer Absatzmengen wurde der Planansatz in Höhe von TEUR 3.008 überschritten.

Sparte Wasser

Im Vorjahresvergleich ergab sich eine Erhöhung der Wasserabsatzmengen der EWR AG von rund 4,96 %. Sowohl im Bereich Weiterverteiler (+ 182,7 Tm³) als auch bei den Privatkunden (+ 210,0 Tm³) haben sich Erhöhungen der Absatzmengen eingestellt, wohingegen die Absätze gegenüber Geschäftskunden um 80,1 Tm³ gesunken sind. Der Absatz für den Eigenverbrauch der EWR Netz GmbH liegt deutlich über dem Vorjahresniveau. In Summe über alle Kundengruppen sind im Vorjahresvergleich Erlösmehrungen in Höhe von TEUR 470 zu verbuchen.

Im Einzelnen gliedern sich die Absätze und Erlöse der Wassersparte wie folgt auf:

	2017	2017	2016	2016
	Tm³	TEUR	Tm³	TEUR
Privatkunden	3.994,5	7.851	3.784,5	7.370
Geschäftskunden	118,9	184	199,0	233
Weiterverteiler	2.646,6	1.214	2.463,9	1.182
EWR Netz GmbH	120,0	194	107,7	188
Summe	6.880,0	9.443	6.555,1	8.973

Im Bezugsaufwand der Sparte Wasser wirkten sich Beistellungsentgelte in Höhe von TEUR 9.345 (i. Vj. TEUR 7.809) aufwandswirksam auf das Gesamtergebnis der EWR AG aus.

Die Wassersparte trägt mit einem negativen EBIT in Höhe von TEUR - 944 zum Unternehmensergebnis bei und liegt um TEUR 1.322 unter Vorjahresniveau. Dieser Rückgang ergibt sich aus einer Neubewertung und Erhöhung der Beistellungsentgelte.

Sparte DSL

Das Geschäftsfeld DSL verzeichnet im Geschäftsjahr 2017 einen positiven Verlauf. Zum Stichtag 31.12.2017 wurden von der EWR AG 7.542 Kunden (= Anzahl Verträge) beliefert, die einen Umsatzerlös in Höhe von TEUR 3.041 erzielten. Im Vergleich zum Vorjahr entspricht dies einer Kundensteigerung in Höhe von 43,3 %. Die Umsatzerlöse lagen mit TEUR 100 unter dem Planansatz, was der leichten Unterschreitung des Kundenplanansatzes (7.866 Kunden/Verträge) geschuldet ist. Das EBIT liegt jedoch aufgrund gesunkener sonstiger betrieblichen Aufwendungen um TEUR 912 über dem Planansatz von TEUR - 1.141.

Sparte Dienstleistung

Die Dienstleistungssparte beinhaltet sämtliche Aktivitäten der Gesellschaft, die nicht den Sparten Strom, Gas, Wasser und DSL zugerechnet werden können. Sie trägt mit gegenüber dem Vorjahr um TEUR 1.392 gesunkenen Umsätzen in Höhe von TEUR 17.613 zu den Erlösen der EWR AG bei. Diese Minderung resultiert im Wesentlichen aus geringeren Berechnungen an die EWR Netz GmbH. Ergänzend zu dem Umsatzerlösrückgang stellt sich eine erhöhte Belastung durch Personalaufwand sowie sonstigen betrieblichen Aufwand ein. Das EBIT der Sparte Dienstleistung liegt aufgrund der vorhergehend beschriebenen Effekte um TEUR 3.731 unter dem Vorjahresergebnis (TEUR 4.001) sowie um TEUR 119 unter dem Planansatz von TEUR 389.

Gesamtbetrachtung

Die nachfolgende Übersicht weist neben den vorstehend erläuterten Umsatzerlösen und Bezugsaufwendungen die übrigen spartenübergreifenden und zur Beurteilung der Ertragslage wichtigsten Positionen der Ergebnisrechnung der operativen Geschäftstätigkeit aus:

	2017	2016	Ergebnisveränderung
	TEUR	TEUR	TEUR
Umsatzerlöse	311.646	300.219	+11.427
Sonstige betriebliche Erträge	14.253	19.966	-5.713
Materialaufwand	262.998	254.363	-8.635
Personalaufwand	18.960	17.863	-1.097
Sonstige betriebliche Aufwendungen	29.103	31.186	+2.083

Die Veränderung der Umsatzerlöse gegenüber dem Vorjahr sowie die Abweichung gegenüber der letztjährigen Prognose betrifft - wie bereits erläutert - im Wesentlichen die Sparte Strom. Insgesamt lagen die Umsatzerlöse um TEUR 9.767 unter dem Planwert.

Der Rückgang der sonstigen betrieblichen Erträge resultiert im Wesentlichen aus den im Vorjahresvergleich um TEUR 5.897 niedrigeren Erträgen aus der Auflösung von Rückstellungen.

Der Materialaufwand überschritt aufgrund der bereits in den einzelnen Sparten dargelegten Erläuterungen den Planansatz als auch den Vorjahreswert.

Der Personalaufwand bewegt sich im Berichtsjahr um TEUR 1.097 über dem Vorjahresniveau, was in Höhe von TEUR 438 Aufwendungen für Altersversorgung, die ab dem 1. Februar 2017 gültige Tariferhöhung sowie Sonderzahlungen betrifft. Der Planansatz in Höhe von TEUR 18.851 hat sich nahezu eingestellt.

Die Aufwendungen für Konzessionsabgaben, als Bestandteil der sonstigen betrieblichen Aufwendungen, liegen mit TEUR 10.271 auf Vorjahresniveau (TEUR 10.195) und um TEUR 323 über dem Planwert. Die übrigen sons-

tigen betrieblichen Aufwendungen sind gegenüber dem Vorjahr um TEUR 2.160 insbesondere wegen einmaligen Aufwendungen des Vorjahres gesunken. Der Planansatz wurde hingegen aufgrund der Bildung neuer Rückstellungen um TEUR 1.590 überschritten.

EBIT

Das Ergebnis vor Zinsen und Steuern (EBIT) beträgt TEUR 10.884. Dies stellt eine Minderung gegenüber dem Vorjahreswert um TEUR 2.226 dar. Das Ergebnis lag aufgrund der unter den jeweiligen Posten beschriebenen Abweichungen insgesamt über unserer Planung (TEUR 8.999) für das Geschäftsjahr 2017.

Finanzergebnis

Das Finanzergebnis der EWR AG ist im Berichtsjahr um TEUR 4.999 auf TEUR 3.005 gesunken. Grund für diesen Rückgang war im Wesentlichen die gesunkene Gewinnabführung der EWR Netz GmbH, welche in Höhe von TEUR 5.462 (i. Vj. TEUR 8.510) im Beteiligungsergebnis enthalten ist. Darüber hinaus ergeben sich um TEUR 3.003 gestiegene Aufwendungen aus der Aufzinsung von Rückstellungen. Die für die Veränderung der Zinsaufwendungen bedeutsame Verringerung des Zinssatzes betrug im Geschäftsjahr 2017 0,34 Prozentpunkte nach 0,13 Prozentpunkten im Vorjahr. Im Vorjahr war erstmals der von der Bundesbank veröffentlichte durchschnittliche Marktzinssatz der vergangenen zehn (bisher sieben) Geschäftsjahre anzuwenden.

Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

Diese Position enthält im Wesentlichen den anfallenden Gewerbesteueraufwand aus dem Gewerbesteuer-Umlagevertrag mit der EWR Dienstleistungen GmbH & Co. KG (TEUR 2.660), Erträge aus den Umlageverträgen mit der EWR Netz GmbH und der EWR Neue Energien GmbH (TEUR 1.160) sowie Steuererträge für Vorjahre in Höhe von TEUR 344.

Ergebnis nach Steuern

Das Ergebnis nach Steuern beträgt TEUR 12.896 (i. Vj. TEUR 20.411). Dieses wird unter Abzug der sonstigen Steuern gemäß dem bestehenden Gewinnabführungsvertrag an die EWR Dienstleistungen GmbH & Co. KG, Worms, abgeführt. Es liegt um TEUR 2.829 über dem Planwert für das Geschäftsjahr 2017.

4. Finanzlage

Das Finanzmanagement der Gesellschaft stellt durch eine laufende Liquiditätsüberwachung und Liquiditätsvorschau die Zahlungsfähigkeit sicher. Die wesentlichen Zahlungsströme der EWR AG basieren auf den Einzahlungen aus dem Verkauf von Strom, Gas, Wasser sowie aus der Erbringung von Telekommunikationsdienstleistungen. Die vornehmlichen Auszahlungen resultieren aus dem mit dem Verkauf zusammenhängenden Energieeinkäufen, Personalzahlungen und der Vorfinanzierung aller Investitionen im Konzern.

5. Vermögenslage und Investitionen

Vermögenslage

Das langfristige Vermögen besteht überwiegend aus den Immateriellen Vermögensgegenständen, dem Sachanlagevermögen und dem Finanzanlagevermögen. Darüber hinaus bestehen noch langfristige Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände in Höhe von TEUR 29.618 (i.Vj. TEUR 13.889). Der Anstieg betrifft ein im Geschäftsjahr 2017 an ein verbundenes Unternehmen gewährtes Darlehen.

Das mittel- und langfristige Fremdkapital ist geprägt durch Pensionsrückstellungen, sonstige langfristige Rückstellungen wie Altersteilzeitverpflichtungen und Jubiläumsrückstellungen sowie den langfristigen Anteil der Darlehensverbindlichkeiten.

Das langfristige Vermögen ist hauptsächlich durch die Forderungen gegenüber verbunden Unternehmen gestiegen. Insbesondere ist hier die Darlehensgewährung für den Glasfaserausbau der EWR Netz GmbH zu nennen.

Das kurzfristig gehaltene Vermögen ist gegenüber dem Vorjahr deutlich gesunken. Hier führten Optimierungen der Steuervorauszahlungen und anderer Bereiche zu einem deutlichen Rückgang der sonstigen Vermögensgegenstände. Darüber hinaus erfolge aus der oben genannten Darlehensgewährung eine Umgliederung der kurzfristigen Vermögengegenstände in die langfristigen Vermögensgegenstände.

Das mittel- und langfristige Fremdkapital ist insbesondere durch die Tilgung von fremdfinanzierten Investitionen gesunken. Das kurzfristige Fremdkapital ist insbesondere durch die niedrigere Ergebnisabführung an die EWR Dienstleistungen GmbH & Co. KG gesunken.

Investitionen

Das Investitionsvolumen der Gesellschaft beträgt im Berichtsjahr 2017 bei Immateriellen Vermögensgegenständen und Sachanlagen TEUR 2.726 und lag damit deutlich unter dem Vorjahreswert (TEUR 7.051). Dieser Rückgang resultiert im Wesentlichen aus dem Abschluss der Umbaumaßnahme des Verwaltungsgebäudes Lutherring 5. Die Aufrechterhaltung des Geschäftsbetriebes, die erforderliche Anpassung der Organisation an die gestiegenen Anforderungen des Marktes und die gesetzlichen Rahmenbedingungen, insbesondere die Berichtspflichten, erforderten Investitionen im Bereich der Betriebs- und Geschäftsausstattung (TEUR 1.464) und der EDV-Software (TEUR 1.132). Diese betreffen im Wesentlichen unsere Abrechnungssoftware Schleupen, EDM-Netz und Datenbanken. Ebenso wird in die Projekte Liquiditätstool, Outputmanagement und Internet Relaunch investiert. Im Zusammenhang mit dem Abschluss der Umbaumaßnahmen des Verwaltungsgebäudes in 2017 sind die Zugänge zu den geleisteten Anzahlungen und Anlagen im Bau deutlich auf TEUR 57 gesunken.

Gesamtbewertung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Insgesamt kann die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft als gut bezeichnet werden.

6. Personalbericht

Die EWR AG beschäftigte zum 31. Dezember 2017 257 Mitarbeiter/-innen, darunter 1 leitender Angestellter, 47 befristet Beschäftigte und 51 Teilzeitbeschäftigte.

Personalentwicklung

Zum 31. Dezember 2017 befinden sich in der EWR AG 19 junge Menschen in der Ausbildung zu kaufmännischen Berufen, was einer Ausbildungsquote von 8,0 % im Verhältnis zu den Mitarbeiter/ -innen ohne Auszubildende entspricht. Hierin kommt unser Selbstverständnis zum Erhalt von Ausbildungsplätzen und damit zum Aufzeigen beruflicher Perspektiven zum Ausdruck. Fünf Auszubildende schlossen 2017 ihre Ausbildung erfolgreich ab, während fünf neue Auszubildende eine Lehre in unserem Hause begannen. Neben der Vermittlung fachlicher Qualifikationen legen wir verstärkt Wert auf die Förderung von Sozialkompetenzen.

Personalstand	31.12.2017	31.12.2016
Mitarbeiter/-innen	238	230
davon: leitende Angestellte	1	1
davon: Teilzeit- und befristet Beschäftigte	98	80
davon: Schwerbehinderte	11	14
Auszubildende	19	20
Belegschaft	257	250

Flankierend zur Ausbildungspolitik genießen hinsichtlich der Personalentwicklung umfassende Angebote zur Fort- und Weiterbildung der Mitarbeiter aller Unternehmensebenen höchste Priorität. Im Sinne einer sich entwickelnden Organisation wird diese permanente Adaption der Schlüsselqualifikationen unserer Mitarbeiter ergänzt durch die gezielte personelle Verstärkung einzelner Bereiche, vornehmlich im Hochqualifiziertenbereich. Letztere erreichen wir im Rahmen unseres Hochschulmarketings durch die gezielte Rekrutierung hochqualifizierter Mitarbeiter als Ergebnis der partnerschaftlichen Zusammenarbeit mit diversen Hochschulen und im Rahmen eines Pilotprojektes mit Förderstudenten.

Frauenquote

Durch das "Gesetz zur gleichberechtigten Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst" ist die EWR AG verpflichtet verbindliche Zielgrößen zur Erhöhung des Frauenanteils in Führungspositionen festzulegen. Weibliche Mitarbeiter haben in der EWR AG nur einen geringen Anteil in Führungspositionen. Daher verpflichtet sich die EWR AG dazu, ihren Anteil kontinuierlich zu erhöhen und durch gezielte Personalentwicklungsmaßnahmen noch stärker zu unterstützen. Wir wollen den Frauenanteil in Führungspositionen, d. h. in den beiden ersten angesiedelten Führungsebenen, bis ins Jahr 2020 schrittweise von bisher 13 % auf 15 % steigern.

Arbeitssicherheit, Gesundheits- und Umweltschutz

Das Unfallgeschehen des Geschäftsjahres 2017 konnte auf gewohnt niedrigem Niveau gehalten werden. Dies werten wir als Beleg dafür, dass die vorgenommenen Schulungs- und Präventionsmaßnahmen erfolgreich durchgeführt wurden und sich die grundsätzliche Organisation der Arbeitssicherheit sowie des Gesundheitsund Umweltschutzes bewährt.

Erneut bewährt hat sich im Berichtsjahr die Zusammenarbeit mit der arbeitsmedizinischen Betreuung BAD Gesundheitsvorsorge und Sicherheitstechnik GmbH mit Sitz in Worms. Erwähnenswert sind vor allem auch die über die Grundbetreuung hinaus angebotenen Leistungen im Rahmen des Gesundheitsmanagements, welche von den Mitarbeitern rege in Anspruch genommen werden.

III. Prognose-, Chancen und Risikobericht

Prognosebericht

Der nachfolgende Bericht erläutert die wesentlichen Prognosen zur Geschäftstätigkeit der EWR AG im kommenden Geschäftsjahr.

Ergebnisentwicklung

Gemäß der Mittelfristplanung für die Geschäftsjahre 2018 bis 2022 erwarten wir im Geschäftsjahr 2018 im Vergleich zum Berichtsjahr 2017 um rund 2,1 % steigende Umsätze, welche unter anderem durch weitergegebene höhere Bezugsaufwendungen begründet sind.

Die Bezugsaufwendungen des Geschäftsjahrs 2018 folgen der erwarteten Absatzentwicklung.

Die sonstigen betrieblichen Erträge sind für das Geschäftsjahr 2018 deutlich unter dem Niveau des Berichtsjahres angesetzt. Dies begründet sich aus der im Geschäftsjahr 2017 erfolgten Auflösung von Rückstellungen. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen (inklusive Konzessionsabgabe) werden ebenfalls um 6,8 % niedriger als im aktuellen Berichtsjahr veranschlagt. Wesentlich für die Entwicklung sind Sondereffekte, die im Rahmen von Zuführungen von Rückstellungen im Geschäftsjahr 2017 Berücksichtigung finden.

Insgesamt erwarten wir aufgrund vorstehend genannter Sachverhalte für das Geschäftsjahr 2018 eine Erhöhung des Ergebnisses vor Zinsen und Steuern (EBIT) auf TEUR 12.505.

Für das Geschäftsjahr 2018 gehen wir von einem Jahresüberschuss vor Ergebnisabführung in Höhe von TEUR 11.789 aus. Das geplante Investitionsvolumen beträgt im Geschäftsjahr 2018 TEUR 8.426 und liegt damit unter den Plan-Investitionen des Geschäftsjahres 2017. Die Investitionen im Bereich Hochbau erhöhen sich merklich und belaufen sich im Geschäftsjahr 2018 auf TEUR 4.694, hierin ist die Erschließung des Grundstückes "Gleisdreieck" in Worms mit TEUR 1.500 veranschlagt. Diese höher budgetierten Investitionen werden jedoch durch Reduzierungen im allgemeinen Bereich teilkompensiert.

Im Planjahr 2018 wird mit einem Personalbestand von 216 Vollzeitstellen inkl. 18 Auszubildenden gerechnet.

Energievertrieb

Die Zukunft bringt viele Herausforderungen, aber auch Chancen für den Energievertrieb der EWR. Die Geschäftskunden werden durch zunehmende gesetzliche Auflagen belastet und die Konsumenten verlangen eine immer größere Transparenz über die Umweltbilanz von verschiedenen Produkten. Hier werden wir der erste Ansprechpartner mit entsprechenden Lösungsansätzen für den Kunden sein.

Für die Privat- und Gewerbekunden steht im Vordergrund, regionale Mehrwerte zu schaffen, von denen Kunden einen direkten Nutzen haben. Strom und Gas werden mittelfristig wie ganz normale Handelsgüter an Märkten gehandelt und gekauft und neue Wettbewerber werden in den Markt eintreten. Um diesen entgegenzuwirken werden wir unsere internen Prozesse weiterhin stetig verbessern und uns auf die Digitalisierungswelle einstellen. Große Wettbewerbsvorteile liegen bei EWR durch das vorhandene breite Angebot von "Produktbündeln". Die DSL-Strategie und der Ausbau auf dem Gebiet der E-Mobilität werden die Wachstumsstrategie der EWR unterstützen.

Energiebeschaffung

Für das Jahr 2018 schließen wir uns den meisten Marktbeobachtern und Analysten an und erwarten eine weitere Stabilisierung der Rohstoffmärkte. Bei den Stromjahresbändern für die Geschäftsjahre 2019 und 2020 gehen wir in 2018 von Notierungen zwischen 34 und 39 EUR / MWh aus.

Konzessionen

Zahlreiche der im Berichtsjahr eingeleiteten Verfahren zur Vergabe von Gaskonzessionen in unserem Stromnetzgebiet wurden aus formalrechtlichen und verfahrenstechnischen Gründen bis zum Abschlussstichtag nicht zu Ende geführt, sondern neu eröffnet. Selbstverständlich sind wir weiterhin an den Verfahren beteiligt bzw. werden wir uns bei Wiederaufnahme an diesen Verfahren beteiligen. Ebenso werden wir an sämtlichen Vergabeverfahren zu Gaskonzessionen in unserem Stromnetzgebiet teilnehmen, welche in den vorausliegenden Geschäftsjahren erstmalig eröffnet werden.

Chancen- und Risikobericht

Durch den Einsatz eines konzernweiten Risikomanagementsystems zur Identifizierung und Steuerung von Unternehmensrisiken wird den Anforderungen des Gesetzes zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG) Rechnung getragen. In regelmäßigen Sitzungen werden Risikoinventuren auf Ebene der Konzerngesellschaften gemäß konzerneinheitlichen Richtlinien durchgeführt. Diese beinhalten die Identifizierung, Analyse, Bewertung und Dokumentation der bestehenden Risiken sowie die Definition und Bewertung von Abwehr- und Milderungsmaßnahmen. Basierend auf Eintrittswahrscheinlichkeit und Risikoausmaß im Verhältnis zum Eigenkapital werden die Risiken in die Risikoklassen A (höchste), B und C (niedrigste) aufgeteilt. Die zusammengefasste Darstellung und gesammelte Auswertung der Einzelrisiken erfolgt in einem Risikoatlas,

welcher für jede Konzerngesellschaft separat geführt wird. Somit stellt die systematische Identifizierung, Bewertung und Überwachung von Unternehmensrisiken und die hieraus resultierende Risikosteuerung auf Ebene der Einzelgesellschaften und die Aggregation in dem zentralen Risikomanagementsystem des EWR-Konzerns einen integralen Bestandteil der Unternehmensführung dar.

Die hohe Veränderungsgeschwindigkeit im wirtschaftlichen sowie im rechtlichen Umfeld macht eine permanente Überprüfung und Adaption des Risikomanagementsystems sowie der darin getroffenen Maßnahmen zur Risikobearbeitung erforderlich. Die Funktionsfähigkeit des Risikomanagementsystems wird durch die Interne Revision gewährleistet.

Zum Abschlussstichtag waren sämtliche der im Risikoatlas der EWR AG aufgeführten Einzelrisiken der niedrigsten Risikokategorie C zugeordnet.

Für bekannte Risiken wurden im Jahresabschluss Vorsorgen getroffen, beispielsweise in Form von Wertberichtigungen oder Rückstellungen. Chancen und Risiken in Bezug auf die getroffene Prognose entstehen dadurch, dass diese Risikovorsorge zu hoch oder zu niedrig bemessen war oder ein zukünftiger Sachverhalt in der Prognose nicht berücksichtigt wurde.

Gesamtbewertung der Risikosituation

Insgesamt hat sich das Risikopotenzial der Geschäftstätigkeit der Gesellschaft in den vergangenen Jahren deutlich gesteigert. Bewertet und beurteilt nach vorgenannten Methoden und Verfahren des implementierten Risikofrüherkennungssystems lässt die gegenwärtige Risikosituation in der Gesamtbetrachtung aller Systeme zur Risikoerkennung, Risikobewertung und Risikosteuerung keine den Fortbestand der Gesellschaft gefährdenden Risiken hinsichtlich der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage erkennen.

Worms, den 6. April 2018

Der Vorstand EWR Aktiengesellschaft, Worms

4.2.3 EWR Netz GmbH

Allgemeines

Rechtsform: GmbH

Gründung: 11.05.2006 **Satzungsdatum:** 12.06.2006

Wirtschaftsjahr: Kalenderjahr

Stammkapital am Ende des Wirtschaftsjahres 2017: 50.000,00 €

Veränderung im Berichtsjahr: keine



Gegenstand des Unternehmens/Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks

(§ 90 Abs. 2 Satz 2 Nr. 1 und Nr. 2 GemO)

Gegenstand des Unternehmens ist die Netzführung, der Betrieb, die Instandhaltung und der Ausbau eines Strom-, Gas-, Wasser- und Straßenbeleuchtungs- und Telekommunikationsnetzes. Weiterer Gegenstand ist zudem die Wassergewinnung. Daneben kann das Unternehmen andere versorgungstechnische Aufgaben und Dienstleistungen übernehmen.

Die Gesellschaft kann alle Geschäfte vornehmen, die mit vorstehendem Gegenstand im weitesten Sinne zusammenhängen und diesem zu dienen geeignet sind.

Die Gesellschaft ist berechtigt, andere Unternehmen zu betreiben, sich an Ihnen zu beteiligen oder solche Unternehmen sowie Hilfs- und Nebenbetriebe zu erwerben, zu errichten oder zu pachten, sofern dies der Förderung ihres Unternehmensgegenstandes dient. Sie kann solche Unternehmen ganz oder teilweise unter einheitlicher Leitung zusammenfassen.

Der Gegenstand des Unternehmens ist eine wirtschaftliche Betätigung (§ 85 Abs. 1 GemO).

Beteiligungsverhältnisse

(§ 90 Abs. 2 Satz 2 Nr. 1 GemO)

Am Stammkapital des Unternehmens sind beteiligt:

• EWR Aktiengesellschaft zu 100 %

Beteiligungen des Unternehmens:

- Stromnetzgesellschaft Wörrstadt mbH & Co. KG zu 50 %
- Stromnetzgesellschaft Wörrstadt Verwaltung GmbH zu 50 %

Die Beteiligungen haben sich im Berichtsjahr nicht verändert.

Besetzung der Organe im Geschäftsjahr 2017

(§ 90 Abs. 2 Satz 2 Nr. 1 GemO)

Gesellschafterversammlung 2017

• EWR Aktiengesellschaft: Helmut Antz (bis 31.08.2017), Günter Reichart, Stephan Wilhelm (ab 01.05.2017)

Geschäftsführung 2017

Geschäftsführer: Johannes Maria Krämer, Jens Mierendorff

Personalentwicklung			
	2017	2016	
Anzahl der Mitarbeiter	221	230	
(nach § 267 Abs. 5 HGB)	221	230	

Laufende Gesamtbezüge der Geschäftsführung

(§ 90 Abs. 2 Satz 2 Nr. 3 GemO)

(Gesamtbezüge der Mitglieder der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates oder der entsprechenden Organe)

Gem. § 286 Abs. 4 HGB wird auf eine Nennung der Bezüge der Geschäftsführung verzichtet.

Kapitalzuführungen/-entnahmen

(§ 90 Abs. 2 Satz 2 Nr. 3 GemO)

Kapitalzuführungen/-entnahmen sind nicht erfolgt.

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft der Stadt Worms

(§ 90 Abs. 2 Satz 2 Nr. 3 GemO)

Kapitalzuführungen durch die Stadt Worms in den letzten 3 Jahren:

2015 - 2017: 0,00 €

Gewinnabführungen an die Stadt Worms in den letzten 3 Jahren:

2015 - 2017: 0,00 €

Vom Unternehmen gezahlte Steuern an die Stadt Worms in den letzten 3 Jahren:

2015 - 2017: 0,00 €

Vom Unternehmen gezahlten Konzessionsabgaben an die Stadt Worms in den letzten 3 Jahren:

2015 - 2017: 0,00 €

Vorliegen der Voraussetzungen des § 85 Abs. 1 GemO

(§ 90 Abs. 2 Satz 2 Nr. 4 GemO)

Die Gemeinde darf wirtschaftliche Unternehmen nur errichten, übernehmen oder wesentlich erweitern, wenn

- 1. **der öffentliche Zweck das Unternehmen rechtfertigt** (§ 85 Abs. 1 Nr.1 GemO): Die notwendigen Angaben erfolgten hierzu unter "Gegenstand des Unternehmens".
- 2. das Unternehmen nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zu der Leistungsfähigkeit der Gemeinde und dem voraussichtlichen Bedarf besteht. (§ 85 Abs. 1 Nr. 2 GemO): Die notwendigen Angaben erfolgten hierzu unter "Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft".
- 3. der öffentliche Zweck nicht ebenso gut und wirtschaftlich durch einen privaten Dritten erfüllt wird oder erfüllt werden kann.
- ✓ Im Berichtsjahr gab es keinen Anlass, die bisherige Bewertung zu ändern.

Bilanz zum 31.12.2017

AKTIVA	31.12.2017	31.12.2016
	TEUR	TEUR
A. Anlagevermögen	169.944	167.646
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	0	0
II. Sachanlagen	166.533	164.274
III. Finanzanlagen	3.411	3.372
B. Umlaufvermögen	13.129	16.606
I. Vorräte	1.920	2.306
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	11.150	14.249
III. Flüssige Mittel	59	51
C. Rechnungsabgrenzungsposten	3	17
Bilanzsumme	183.076	184.269
PASSIVA	31.12.2017	31.12.2016
	TEUR	TEUR
A. Eigenkapital	15.329	15.329
I. Gezeichnetes Kapital	50	50
II. Kapitalrücklage	15.279	15.279
B. Sonderposten für Investitionszuschüsse	1.150	1.218
C. Rückstellungen	79.937	70.450
D. Verbindlichkeiten	84.429	93.966
E. Rechnungsabgrenzungsposten	2.231	3.306
Bilanzsumme	183.076	184.269

Gewinn- und Verlustrechnung zum 31.12.2017

		31.12.2017	31.12.2016
		TEUR	TEUR
1.	Umsatzerlöse	217.374	213.515
2.	Andere aktivierte Eigenleistungen	2.754	3.336
3.	Sonstige betriebliche Erträge	1.799	2.845
4.	Materialaufwand	-144.021	-141.416
5.	Personalaufwand	-18.823	-17.579
6.	Abschreibungen auf immaterielle Vermögens-		
	gegenstände des Anlagevermögens und Sach- anlagen	-11.670	-11.323
7.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	-33.902	-36.043
8.	Erträge aus Beteiligungen	189	124
9.	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	125	114
10.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-6.940	-3.026
11.	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-1.362	-1.974
12.	Ergebnis nach Steuern	5.523	8.573
13.	Sonstige Steuern	-61	-63
		5.462	8.510
14.	Aufgrund eines Ergebnisabführungsvertrags abgeführter Gewinn	-5.462	-8.510
15.	Jahresergebnis	0	0

Kennzahlen zum 31.12.2017

Finanzkennzahlen	
EBITDA (in EUR)	11.683.700,00
	Jahresergebnis + Steueraufwand - Steuererträge +/- Finanzergebnis + außerordentliche Erträge + Abschreibungen auf das Anlagevermögen - Zulagen auf das Anlagevermögen
Wirtschaftlichkeit (in %)	105,16
(/5)	Ertrag (bzw. Leistung) : Aufwand (bzw. Kosten) x 100

Vermögenskennzahlen	
Eigenkapitalquote (in %)	8,37
(75)	(Eigenkapital x 100) : Gesamtkapital
Fremdkapitalquote	91,63
(in %)	(Fremdkapital x 100) : Gesamtkapital
Personalkennzahl	
Personalaufwandsquote	8,59
(in %)	Personalaufwand : Gesamtleistung x 100

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2017

I. Grundlagen der Gesellschaft

Geschäftsmodell des Unternehmens

Die Geschäftsaktivitäten der Gesellschaft liegen in der Netzführung, im Betrieb, in der Instandhaltung und im Ausbau von Strom-, Gas-, Wasser- und Straßenbeleuchtungsnetzen in der Region Rheinhessen und im hessischen Ried. Ergänzend hierzu wurde seit 2012 das Geschäftsfeld Verlegung und Vermietung von Lichtwellenleitern aufgebaut. Abgerundet wird das Aufgabenprofil der Gesellschaft durch die Förderung und Aufbereitung von Trinkwasser im Bürstädter Wald sowie durch mit der leitungsgebundenen Energieverteilung in Zusammenhang stehenden Dienstleistungen.

II. Wirtschaftsbericht

1. Gesamtwirtschaftliche und Branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die EEG-Umlage hat sich mit Beginn des Geschäftsjahres 2017 um rund 8,3 % auf 6,88 ct. / kWh erhöht. Mit der am 1. August 2014 in Kraft getretenen Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) wurde eine Grundlage dafür geschaffen, die Kosten für den Umbau des deutschen Energieversorgungssystems wirksam zu begrenzen und die Vermarktung der erneuerbaren Energien wettbewerbsfähiger zu gestalten. Die zum Jahreswechsel 2016/2017 erfolgte erneute Novellierung des EEG (EEG 2017) stellt einen Paradigmenwechsel hinsichtlich der Vergütungsmechanismen dar. So wird die Vergütungshöhe für EEG-Einspeisungen seit dem 1. Januar 2017 nicht wie bisher durch anlagenspezifisch festgelegte Vergütungssätze bestimmt, sondern mittels Ausschreibungen am Markt ermittelt. Damit soll der weitere Ausbau von Anlagen zur Erzeugung erneuerbarer Energien kosteneffizient, kontinuierlich und kontrolliert vorangetrieben werden. Ziel ist es, den derzeitigen Anteil erneuerbarer Energien in Höhe von 32 % an der Gesamterzeugung bis 2025 auf bis zu 45 % zu steigern.

Mit dem "Gesetz zur Änderung der Bestimmungen zur Stromerzeugung aus Kraft-Wärme-Kopplung und zur Eigenversorgung" vom 22. Dezember 2016 hat das KWKG (Kraft-Wärme-Kopplungs-Gesetz) 2016 nach nur einem Jahr zahlreiche Änderungen erfahren. Die Förderung von KWK-Anlagen wurde nahezu vollständig überarbeitet, die Förderung von Bestandsanlagen eingeführt und die Förderung von Netzen und Speichern sowie die Privilegierungen im Rahmen der KWK-Umlage wurden angepasst.

Am 17. September 2016 trat die novellierte Anreizregulierungsverordnung (ARegV) in Kraft. Die maßgebliche Änderung betrifft die Einführung des sogenannten Kapitalkostenabgleichs in der dritten Regulierungsperiode. Durch den Kapitalkostenabgleich werden Kapitalkosten aus Netzinvestitionen zukünftig in der Erlösobergrenze ohne Zeitverzug berücksichtigt. Entsprechend entfallen ab der dritten Regulierungsperiode der Erweiterungsfaktor sowie die Möglichkeit, ein Investitionsbudget für Erweiterungs- und Umstrukturierungsmaßnahmen für Verteilnetzbetreiber zu beantragen.

Im Oktober 2016 hat die Bundesnetzagentur (BNetzA) die Festlegung der Eigenkapitalzinsätze Strom und Gas für die dritte Regulierungsperiode veröffentlicht. Die festgelegten Werte stellen eine erhebliche Reduzierung der Zinssätze im Vergleich zur zweiten Regulierungsperiode und damit eine weitere Schwächung der Ertragskraft der netzbetreibenden Unternehmen dar. Im Jahr 2017 wurde branchenweit in diversen Prozesskostengemeinschaften Beschwerde gegen die Festlegung der Eigenkapitalzinssätze eingelegt.

Auch in der dritten Regulierungsperiode ist der generelle sektorale Produktivitätsfaktor gemäß § 9 ARegV ein elementarer Bestandteil bei der Ermittlung der Erlösobergrenzen. Dabei wird der Produktivitätsfaktor aus der Abweichung des netzwirtschaftlichen Produktivitätsfortschritts vom gesamtwirtschaftlichen Produktivitätsfortschritt und der gesamtwirtschaftlichen Einstandspreisentwicklung von der netzwirtschaftlichen Einstandspreisentwicklung ermittelt. Die BNetzA hat am 20. Dezember 2017 den sektoralen Produktivitätsfaktor Gas in einer vorläufigen Anordnung mit 0,49 % veröffentlicht. Die Konsultation hinsichtlich der Festlegung zur Datenerhebung zum generellen Produktivitätsfaktor Strom wurde von der BNetzA im Dezember 2017 veröffentlicht.

Aufgrund der Änderung des § 31 Abs. 1 ARegV, im Zuge der ARegV-Novelle 2016, sind die Regulierungsbehörden verpflichtet, die netzbetreiberbezogenen Daten auf ihrer Internetseite in nicht anonymisierter Form zu veröffentlichen. Einem Einwand gegen eine Veröffentlichung mit Bezug auf die Wahrung von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen wurde mit Beschluss vom 30. November 2017 vom Kartellsenat des OLG Düsseldorf nicht stattgegeben, mit der Folge, dass die Regulierungsbehörden die Daten veröffentlichen müssen.

Die Umsetzung der Vorgaben aus dem Gesetz zur Digitalisierung der Energiewende (GDEW) bzw. des Messstellenbetriebsgesetzes (MsbG) für den Rollout von modernen Messeinrichtungen und intelligenten Messsystemen wird den Netz- und Messstellenbetreibern mittel- und langfristig erhebliche Investitionen abverlangen, deren Refinanzierung durch festgelegte Preisobergrenzen sichergestellt sein soll.

2. Geschäftsverlauf

Die Steuerung der EWR Netz GmbH erfolgt im Wesentlichen auf Basis der folgenden Ertragskennzahlen:

- Umsatzerlöse
- EBIT (Ergebnis vor Zinsen und Steuern unter Berücksichtigung der Sonstigen Steuern)
- Jahresüberschuss vor Ergebnisabführung

Darüber hinaus überwachen und steuern wir die Entwicklung der Finanz- und Vermögenslage auf Grundlage jährlicher und detaillierter Investitionspläne. Ergänzend hierzu ist die Entwicklung der Mitarbeiteranzahl als nicht finanzielle Kennzahl von Bedeutung.

Netzwirtschaft und Regulierung

Das Geschäftsjahr 2017 stellte das vierte Jahr der zweiten Regulierungsperiode zur Bewirtschaftung der Stromnetze und das letzte Jahr der zweiten Regulierungsperiode zur Bewirtschaftung der Gasnetze nach den Vorgaben der Anreizregulierungsverordnung dar. Zum 15. Juli 2016 hat die EWR Netz GmbH einen Antrag auf Bestimmung des Ausgangsniveaus der Erlösobergrenzen der Sparte Gas für die dritte Regulierungsperiode bei der Landesregulierungskammer in Mainz gestellt. Am 5. April 2017 wurde der EWR Netz GmbH das Ausgangsniveau für die dritte Regulierungsperiode durch die Landesregulierungsbehörde (LRegB) mitgeteilt und der BNetzA zur Ermittlung des Effizienzwertes zur Verfügung gestellt. Eine abschließende Festlegung des Ausgangsniveaus der Erlösobergrenze für die Sparte Gas erfolgte in 2017 nicht.

Am 27. November 2017 erhielt die EWR Netz GmbH eine vorläufige Mitteilung des Effizienzwertes Gas für die dritte Regulierungsperiode, der über dem Wert der zweiten Regulierungsperiode liegt.

Zum 30. Juni 2017 hat die EWR Netz GmbH einen Antrag auf die Bestimmung des Ausgangsniveaus der Erlösobergrenze der Sparte Strom für die dritte Regulierungsperiode basierend auf den Daten des Jahresabschlusses 2016 bei der BNetzA eingereicht. Das Anhörungsverfahren wurde durch die BNetzA mit Anfrage vom 12. September 2017 eröffnet.

Zur Bestimmung des Effizienzwertes der Sparte Strom für die dritte Regulierungsperiode erfolgte zum 30. Juni 2017 die Abgabe der Last-, Struktur- und Absatzdaten des Jahres 2016 bei der BNetzA.

Ein wesentliches Element bei der Ermittlung der Erlösobergrenze in der zweiten Regulierungsperiode ist der Erweiterungsfaktor. Aufgrund des durch die ARegV-Novelle 2016 eingeführten Kapitalkostenabgleichs mit Beginn der dritten Regulierungsperiode konnte letztmalig in der Sparte Strom zum 28. Juni 2017 ein Antrag auf Anrechnung eines Erweiterungsfaktors für das Jahr 2018 gestellt werden. Die EWR Netz GmbH erhielt in 2017 Beschlüsse zu Erlösobergrenzen erhöhenden Erweiterungsfaktoren für die diesbezüglichen Anträge der Jahre 2014, 2016 und 2017.

Ein weiterer Bestandteil der Anreizregulierungsverordnung ist die in den §§ 18 bis 20 ARegV normierte Qualitätsregulierung. Am 30. Juni 2017 erfolgte die Festlegung zum Qualitätselement Strom für die Jahre 2017 und 2018. Die EWR Netz GmbH erhält aufgrund der hohen Versorgungsqualität einen Bonus für beide Jahre.

Die Erlösobergrenzen und somit die der Regulierung unterworfenen Umsatzerlöse der Sparten Strom und Gas liegen im Geschäftsjahr 2017 auf Vorjahresniveau, jedoch kommt es innerhalb der Erlösobergrenze Strom zu Steigerungen und Verminderungen von Einzelpositionen. Die Steigerung der Erlösobergrenze Strom resultiert überwiegend aus dem höheren Aufwand für vermiedene Netznutzung sowie aus der vorgenannten Genehmigung eines Erweiterungsfaktors für das Jahr 2017. Andererseits läuft ein mit der BNetzA abgeschlossener öffentlich-rechtlicher Vertrag aus, der im Wesentlichen den Ansatz der Anlagen im Bau sowie die Verzinsung des Eigenkapitals zum Gegenstand hatte.

Bedingt durch die kontinuierliche Degression von EEG-Vergütungssätzen, bleibt der Zubau von EEG-Anlagen im Netzgebiet der EWR Netz GmbH weiterhin moderat. Im Berichtsjahr wurden lediglich etwa 213 Fotovoltaikund 3 Windenergieanlagen hinzugebaut. In Summe waren zum Ende des Geschäftsjahres 2017 ca. 8.200 EEG-Anlagen an das Stromnetz der EWR Netz GmbH angeschlossen. Die installierte Gesamtleistung aller angeschlossenen EEG-Anlagen betrug zum 31. Dezember 2017 rund 480 MW.

Am 17. September 2016 ist die novellierte Anreizregulierungsverordnung mit zahlreichen Neuregelungen, die unmittelbar, spätestens jedoch mit Beginn der dritten Regulierungsperiode anzuwenden sind, in Kraft getreten. Ein wesentlicher Bestandteil der ARegV-Novelle ist die Einführung des sogenannten Kapitalkostenabgleiches. Dieser ersetzt den vormals wirksamen Zeitverzug zur Refinanzierung von Investitionen durch einen möglichst zeitnahen Kapitalrückfluss. Zum 30. Juni 2017 wurde erstmalig ein Antrag auf Kapitalkostenaufschlag in der Sparte Gas für das Jahr 2018 gestellt.

Das Gesetz zur Digitalisierung der Energiewende (GDEW) ist am 2. September 2016 in Kraft getreten. Ziel des Gesetzgebers ist die Schaffung technischer Voraussetzungen um in den Stromnetzen die Synchronisierung von Erzeugung und Verbrauch voranzutreiben. Das im GDEW als Kernstück enthaltene Messstellenbetriebsgesetz (MsbG) normiert für Messstellenbetreiber die rechtsverbindliche Verpflichtung eines zeitlich gestaffelten Rollouts sogenannter moderner Messeinrichtungen (digitale Stromzähler) und intelligenter Messsysteme ab dem 1. Januar 2017. Im Geschäftsjahr 2017 wurde die Übernahme der Rolle des grundzuständigen Messstellenbetreibers (gMSB) bei der Bundesnetzagentur zum 30. Juni 2017 beantragt. Die Funktion des Gateway-Administrators für den Betrieb von intelligenten Messsystemen übernimmt ein von uns beauftragter Dienst-

leister. Mit der Implementierung der erforderlichen Softwareerweiterungen zur Anpassung der Geschäftsprozesse an das Interimsmodell wurde begonnen. Bereits im Berichtsjahr haben wir in einem Ortsnetz ein Pilotprojekt zur Erprobung des Rollouts und zum Betrieb von intelligenten Messsystemen mittels Breitbandpowerline (BPL) zur Kommunikation zwischen den intelligenten Messsystemen und dem Gateway-Administrator gestartet. Mit dem Rollout von modernen Messeinrichtungen wurde im vierten Quartal 2017 begonnen.

Konzessionen

Die Konzessionen mit den Gemeinden als wesentliche Geschäftsgrundlage der Gesellschaft werden von der EWR AG und seit September 2013 ebenso von der Stromnetzgesellschaft Wörrstadt mbH & Co. KG gehalten. Mittels vertraglicher Unterkonzessionierung gehen die Rechte und Pflichten aus den mit den Gemeinden geschlossenen Konzessionsverträgen auf die EWR Netz GmbH über.

Straßenbeleuchtung

Die EWR Netz GmbH erbringt im Rahmen ihrer Dienstleistungssparte zur Planung und zum Neubau von Straßenbeleuchtungsanlagen auch technische Betriebsführungen im gesamten Stromnetzgebiet Rheinhessen und hessisches Ried und betreute im Berichtsjahr rund 43.100 Lichtpunkte (im Vorjahr rund 42.900 Lichtpunkte).

Grundlage dieser Betriebsführungen sind Verträge über die Wartung, den Betrieb und die Erneuerung der öffentlichen Straßenbeleuchtung. Die Straßenbeleuchtungsverträge am nördlichen Rand unseres Stromnetzgebietes im Landkreis Mainz-Bingen haben eine Laufzeit bis 31. Dezember 2018. In der Mitte und im Süden unseres Netzgebietes wurden im Rahmen öffentlicher Ausschreibungen seit dem Geschäftsjahr 2014 rd. 90 langfristige Betriebsführungsverträge durch Kommunen an uns vergeben. Die Straßenbeleuchtungsverträge am südlichen Rand unseres Netzgebietes haben eine Laufzeit bis 31. Dezember 2027, die Verträge in unserem rechtsrheinischen Netzgebiet Laufzeiten bis 31. Dezember 2031 bzw. 31. Dezember 2032.

Im Berichtsjahr erhielten wir von den Ortsgemeinden Gimbsheim, Dienheim und Dorn-Dürkheim im Rahmen öffentlicher Vergabeverfahren den Zuschlag für die energetische Sanierung von Straßenbeleuchtungsanlagen und damit zur Installation von über 500 LED-Leuchten. Zudem erhielt die EWR Netz GmbH seitens der Stadt Nierstein den Zuschlag zur Lieferung und Montage von über 530 LED-Leuchten im Rahmen der vom Bund geförderten Klimaschutzmaßnahmen.

Darüber hinaus hat uns im Berichtsjahr die Stadt Wörrstadt für die Neugestaltung des Neuröhrenplatzes und der Friedrich-Ebert-Straße mit einem zukunftsweisenden, multifunktionalen LED-Beleuchtungskonzept beauftragt. Diese Smart-City-Lösung besteht aus einem modular aufgebauten Mediensystem, welches Scheinwerfer zur gezielten Anstrahlung von Gebäuden, Lautsprecher und WLAN-Funktionalitäten in die obligatorische Platz- und Straßenbeleuchtung integriert. Auch eine Nachrüstung des Mediensystems als Elektroladesäule ist jederzeit möglich. Ein erster Bauabschnitt wurde im November des Berichtsjahres fertiggestellt.

Glasfaserausbau

Im Verbund der Konzerngesellschaften besetzen wir nunmehr sämtliche Wertschöpfungsebenen bis hin zur Erbringung von DSL-Dienstleistungen an Endkunden und haben seit 2012 ein strategisch ausgerichtetes und zukunftsfestes Geschäftsfeld aufgebaut. Die EWR Netz GmbH erbringt hierbei Leistungen in den Bereichen Planung, Bau, Betrieb, Instandhaltung und Entstörung der diversen Komponenten des Glasfasernetzes. Die EWR AG übernimmt ihrerseits die Endkundenvermarktung und -versorgung sowie die hierfür erforderlichen Kundenprozesse.

Durch die netztypologische Konzeption unserer Glasfaserinfrastruktur werden Internetbandbreiten von 25.000 kbit/s bis 50.000 kbit/s realisiert. Zur weiteren Erhöhung von Bandbreiten wurde bereits im Geschäftsjahr 2016 an insgesamt 119 DSLAMs in 33 bereits angeschlossenen Gemeinden die sogenannte Vectoring-Technologie installiert und in Betrieb genommen. Zudem haben wir seit Beginn des Breitbandausbaus in 12

Gemeinden unseres Stromnetzgebietes in Neubau- und Umstellungsgebieten FTTH-Anbindungen realisiert und damit die Häuser von Endkunden mit Glasfaser erschlossen. Durch diese Anschlusstechnik können wir unseren Kunden Internetbandbreiten von bis zu 300.000 kbit/s anbieten.

Neben der strategischen Ausrichtung zur Erschließung neuer Geschäftsfelder ermöglicht uns dieser qualitative Ausbau unserer Kommunikationsinfrastruktur den steigenden Anforderungen der Laststeuerung gerecht zu werden und die Voraussetzungen für den Aufbau und den Betrieb eines intelligenten Stromnetzes (Smart Grid) zu schaffen.

Im Berichtsjahr wurde die Gemeinde Spiesheim in unser bestehendes Glasfasernetz eingebunden. Zudem wurde eine Netzkopplung mit der Mainzer Stadtwerke AG realisiert. Hierfür wurde im Norden unseres Stromnetzgebietes von Bodenheim ausgehend eine Lichtwellenleiterverbindung bis zur Gemarkungsgrenze der Stadt Mainz gebaut.

3. Ertragslage

Im Geschäftsjahr 2017 wird insgesamt ein Ergebnis vor Zinsen und Steuern unter Berücksichtigung der sonstigen Steuern (EBIT) in Höhe von TEUR 13.450 erzielt. Dies bedeutet eine leichte Steigerung von TEUR 178 um 1,3 % zum Vorjahreswert. Der Planwert für das Geschäftsjahr 2017 in Höhe von TEUR 12.341 konnte somit um TEUR 1.109 übertroffen werden.

In den einzelnen Sparten stellen sich die Ergebnisse wie folgt dar:

Sparte Strom

Die Sparte Strom umfasst die in den Aktivitätenabschlüssen dargestellte Stromverteilung sowie sonstige Aktivitäten im Strombereich.

Im Berichtsjahr 2017 ergibt sich im Vergleich zum Vorjahr ein Netzabsatzzuwachs um 21,8 GWh auf 1.739,1 GWh. Während die Netznutzungsmengen im Bereich der Weiterverteiler mit 163,4 GWh im Vorjahresvergleich einen deutlichen Rückgang der Absatzmengen erfahren (- 10,1 GWh), ergeben sich bei den Absatzmengen im Standardlastprofil-Kundensegment (SLP) 740,4 GWh und im Bereich der rLm-Kunden (registrierende Leistungsmessung) mit 828,1 GWh Zuwächse von insgesamt 26,9 GWh. Ergänzt werden die Umsatzerlöse gegenüber dem Endkunden durch aperiodische Umsatzerlöse in Höhe von TEUR 1.334, welche im Wesentlichen aus EEG-Abrechnungen aus Vorjahren resultieren.

Die Netzerlöse der Sparte Strom liegen aufgrund positiver Absatzpreisentwicklungen unter Berücksichtigung rückläufiger Absatzmengen leicht über Planungsniveau (+ 0,3 % bzw. TEUR 227).

Im Einzelnen gliedern sich die Absätze und Erlöse der Stromsparte wie folgt auf:

	2017	2017	2016	2016
	GWh	TEUR	GWh	TEUR
Netznutzung SLP-Kunden	740,4	63.649	735,3	63.448
Netznutzung rLm-Kunden	828,1	22.344	801,2	21.717
Netznutzung Weiterverteiler	163,4	3.649	173,5	3.584
Netznutzung EWR AG	7,2	187	7,3	92
Summe	1.739,1	89.829	1.717,3	88.841

Wie in der nachfolgenden Übersicht dargestellt, ergeben sich die gesamten Umsatzerlöse der Stromsparte aus der Addition vorstehender Erlösgrößen mit den Erlöskomponenten aus dem Erneuerbaren-Energien-Gesetz (EEG) und dem Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz (KWKG) sowie den Rückerstattungen für Aufwendungen aus der Umlage gemäß § 19 StromNEV und aperiodischen Erlösen.

Erlöskomponenten und Umsatzerlöse der Stromsparte:

Summe	182.960	179.786	
Aperiodische Umsatzerlöse	1.334	3.387	
Differenzbilanzierung	0	30	
Mehr-/Mindermengen	1.057	0	
Erträge aus § 19 Strom NEV-Umlage	2.815	2.051	
Erlöse aus EEG / KWKG	87.925	85.477	
Erlöse aus Netznutzung	89.829	88.841	
	TEUR	TEUR	
	2017	2016	

Die Bezugsaufwendungen erhöhen sich gegenüber dem Vorjahr um TEUR 5.351 auf TEUR 128.854. Wesentlicher Effekt sind die um TEUR 6.740 gestiegenen Aufwendungen aus Vergütungen nach dem EEG. Ebenfalls steigen die Aufwendungen für vorgelagerte Netznutzung aufgrund von Preissteigerungen und trotz gesunkener Bezugsmengen um TEUR 926 auf TEUR 21.729. Die Aufwendungen aus Vergütungen nach dem KWKG sinken (im Wesentlichen mengenbedingt) deutlich um TEUR 1.690. Nahezu konstant verhalten sich die Aufwendungen für § 19 StromNEV aus der Befreiung bestimmter Unternehmen von den Netzentgelten und fließen mit TEUR 4.311 in das Ergebnis der Sparte Strom ein. Die Offshore-Haftungsumlage, welche den finanziellen Ausgleich für einen verspäteten Anschluss von Offshore-Windparks an das Übertragungsnetz sowie nicht lediglich kurzfristige Netzunterbrechungen regelt, trägt mit - TEUR 113 ergebnisverbessernd zu den Bezugsaufwendungen bei. Die aperiodischen Aufwendungen liegen mit TEUR 1.342 (im Wesentlichen durch KWKG-Abrechnungen für die Jahre 2014 bis 2016 begründet) deutlich unter Vorjahresniveau (TEUR 2.152). Der Strombezug für Übertragungsverluste und konzerninterne Verrechnungen mit der EWR AG liegen mit TEUR 2.970 über dem Vorjahresniveau. Grund hierfür sind Aufwendungen im Bereich der Mehr- und Mindermengen und der Differenzbilanzierung.

Das EBIT der Sparte liegt mit TEUR 8.605 um TEUR 208 über dem Wert des Vorjahres (TEUR 8.397). Der Planansatz für das Jahr 2017 wurde um TEUR 2.009, im Wesentlichen wegen der über unserer letztjährigen Prognose liegenden sonstigen betrieblichen Aufwendungen, unterschritten.

Sparte Gas

Die Sparte Gas umfasst die in den Aktivitätenabschlüssen dargestellte Gasverteilung sowie sonstige Aktivitäten im Gasbereich.

Im Einzelnen gliedern sich die Absätze und Erlöse der Gassparte wie folgt auf:

	2017	2017	2016	2016
	GWh	TEUR	GWh	TEUR
Netznutzung SLP-Kunden	545,2	8.135	555,6	8.731
Netznutzung rLm-Kunden	1.891,4	5.163	1.883,4	5.307
Netznutzung EWR AG	12,4	141	12,9	189
Summe	2.449,0	13.439	2.451,9	14.227
			2. 10 1,5	11.227
Mehr-/Mindermengen	45,1	958	31,3	420
Mehr-/Mindermengen Aperiodische Umsatzerlöse	45,1		•	

Insgesamt konnten wir die Absatzmengen der Sparte Gas durch Mengenzuwächse, aufgrund des im Jahresvergleich kälteren Winters, steigern. Gegenläufig verzeichnen wir einen Preisrückgang, der durch gestiegene Erlöse für Mehr-/Mindermengen und durch aperiodische Umsatzerlöse kompensiert werden kann.

Die Aufwendungen für vorgelagerte Netznutzung liegen preis- und mengenbedingt mit TEUR 3.851 um TEUR 166 über dem Vorjahresniveau.

Das EBIT der Sparte Gas liegt mit TEUR 3.185 deutlich über dem Vorjahreswert (TEUR 2.193). Der Planansatz für das Jahr 2017 wurde ebenfalls um TEUR 1.243 überschritten.

Sparte Wasser

Im Vorjahresvergleich ist eine Steigerung der Wasserabsatzmengen der EWR Netz GmbH in Summe über alle Kundengruppen zu verzeichnen. Lediglich bei den Geschäftskunden schlug eine Absatzminderung zu Buche (- 80,2 Tm³), wohingegen im Bereich der Weiterverteiler und der Privatkunden eine Absatzsteigerung zu verzeichnen ist. In Summe über alle Kundengruppen führt die Absatzsteigerung in Verbindung mit Preissteigerungen zu einer deutlichen Erlösausweitung um TEUR 1.541 auf TEUR 9.353.

Im Einzelnen gliedern sich die Beistellungsabsätze und -erlöse der Wassersparte wie folgt auf:

	2017	2017	2016	2016
	Tm³	TEUR	Tm³	TEUR
Privatkunden	3.994,5	7.267	3.784,5	6.050
Geschäftskunden	118,8	168	199,0	226
Weiterverteiler	2.646,6	1.738	2.463,9	1.411
EWR AG	3,6	6	2,6	3
EWR Netz GmbH	120,1	171	107,7	122
Aperiodische Umsatzerlöse	0,0	3	0,0	0
Summe	6.883,6	9.353	6.557,7	7.812

Im Berichtsjahr werden aus eigenen Anlagen 6.954,1 Tm³ Wasser gefördert und durch hinzugekaufte Wassermengen von 28,4 Tm³ ergänzt.

Die Wassersparte trägt mit einem EBIT in Höhe von TEUR 1.732 zum Unternehmenserfolg bei. Damit liegt das EBIT um TEUR 269 über dem Vorjahreswert und um TEUR 754 über dem Planansatz für das Jahr 2017.

Sparte Glasfaser

Die Aufgabe der EWR Netz GmbH besteht in den Bereichen Planung, Bau, Instandhaltung und Entstörung der diversen Komponenten des Glasfasernetzes. Die Sparte erzielt Umsatzerlöse in Höhe von TEUR 1.050, wodurch der Planwert erreicht wurde.

Sparte Dienstleistung

Die Dienstleistungssparte, welche die Bewirtschaftung der Straßenbeleuchtungen sowie alle Aktivitäten enthält, die nicht den Sparten Strom, Gas, Wasser und Glasfaser zugerechnet werden können, erzielte Umsatzerlöse in Höhe von TEUR 5.012. Dies entspricht einer Minderung im Vorjahrsvergleich um TEUR 1.654.

Gesamtbetrachtung

Die nachfolgende Übersicht weist, neben den vorstehend erläuterten Umsatzerlösen und Bezugsaufwendungen, die übrigen spartenübergreifenden und zur Beurteilung der Ertragslage wichtigsten Positionen der Ergebnisrechnung der operativen Geschäftstätigkeit aus.

	2017	2016	Ergebnis- veränderung
	TEUR	TEUR	TEUR
Umsatzerlöse	217.374	213.515	+3.859
Sonstige betriebliche Erträge	1.799	2.845	-1.047
Materialaufwand	144.021	141.416	-2.605
Personalaufwand	18.823	17.579	-1.244
Sonstige betriebliche Aufwendungen	33.902	36.043	+2.141

Der Anstieg im Bereich der Umsatzerlöse gegenüber dem Vorjahr resultiert, wie oben erläutert, in erster Linie aus den gestiegenen Umsatzerlösen der Sparten Strom, Gas und Wasser. Die sonstigen betrieblichen Erträge liegen deutlich unter dem Vorjahresniveau. Gründe hierfür sind verminderte Erträge aus dem Abgang von Sachanlagen (Rückgang um TEUR 235) und dem Rückgang der Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen (Rückgang um TEUR 696).

Im Vergleich zur Planung von TEUR 141 ergaben sich für das Geschäftsjahr 2017, im Wesentlichen auf Grund von Erträgen aus der Auflösung von Rückstellungen, deutlich höhere sonstige betriebliche Erträge (TEUR 1.799).

Die Bezugsaufwendungen in der Position Materialaufwand verhalten sich aufgrund der vorhergehenden Ausführungen deutlich über Vorjahresniveau, jedoch unter Prognoseniveau.

Die Personalaufwendungen weisen im Vergleich zum Vorjahr einen Anstieg in Höhe von TEUR 1.244 auf TEUR 18.823 aus. In Höhe von TEUR 969 betrifft dies Aufwendungen für Altersversorgung, darüber hinaus die ab dem 1. Februar 2017 gültige Tariferhöhung sowie Sonderzahlungen.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen inklusive Konzessionsabgaben liegen mit TEUR 33.902 unter dem Vorjahresniveau. Die Abweichung gegenüber dem Vorjahr resultiert aus höheren Zuführungen im Vorjahr für Risiken im Bereich der EEG-Einspeisung sowie im Vergleich zum Vorjahr geringerer periodenfremder Aufwendungen. Im Vorjahr waren insbesondere Nachbelastungen der § 19 StomNEV für die Jahre 2014 und 2015 zu verzeichnen. Darüber hinaus ist der Aufwand aus der Konzernumlage gesunken.

Die Abschreibungen (TEUR 11.670) liegen leicht über Vorjahresniveau, jedoch nahezu auf dem Planniveau von TEUR 11.649.

Somit ergibt sich im Vergleich zur Planung von TEUR 12.341 ein um TEUR 1.109 höheres EBIT.

Die Geschäftsentwicklung im Jahr 2017 betrachten wir somit als gut.

Finanzergebnis

Das Finanzergebnis in Höhe von TEUR -6.626 ist geprägt durch die Zinseffekte aus den Altersversorgungsverpflichtungen sowie aus der Konzernfinanzierung.

Seit dem 1. Januar 2011 besteht zwischen der EWR AG und der EWR Netz GmbH durch den Abschluss des Gewinnabführungsvertrages eine körperschaftsteuerliche und gewerbesteuerliche Organschaft. Gemäß Gewerbesteuerumlagevertrag trägt die EWR Netz GmbH den auf sie entfallenden Gewerbesteueranteil. Der Ertragsteueraufwand beträgt im Geschäftsjahr TEUR 1.362 (i. Vj. TEUR 1.974). Damit wird der Planwert um TEUR 74 unterschritten.

Ergebnis nach Steuern

Das Ergebnis nach Steuern des Berichtsjahres beträgt TEUR 5.523 (i. Vj. TEUR 8.573).

4. Finanzlage

Die Finanzierung der Gesellschaft erfolgt über ein Cash-Pooling-System, welches auf Ebene der EWR AG implementiert ist. Das Finanzmanagement der Muttergesellschaft stellt durch eine laufende Liquiditätsüberwachung und -vorschau die jederzeitige Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft sicher. Wesentliche Zahlungsströme der EWR Netz GmbH basieren auf Einzahlungen aufgrund von Netznutzungsentgelten sowie Einspeiserückerstattungen gemäß EEG. Wesentliche Zahlungsausgänge resultieren aus Netzinstandhaltungen und -investitionen sowie der Vergütung für Einspeisungen gem. EEG. Zum Stichtag wies das Cash-Pooling-Konto einen Verbindlichkeitssaldo von TEUR 37.401 aus.

5. Vermögenslage und Investitionen

Vermögenslage

Die Vermögenslage der EWR Netz GmbH ist stark durch die Konzernverbindung zur EWR AG geprägt. Das langfristig gehaltene Vermögen besteht überwiegend aus Sachanlagen und Finanzanlagen und ist aufgrund planmäßiger Investitionen in Sachanlagen gestiegen. Wir verweisen an dieser Stelle auf den Investitionsbericht. Das kurzfristige Vermögen besteht überwiegend aus Vorräten, Forderungen und sonstigen Vermögensgegenständen sowie Flüssigen Mitteln und ist im Vorjahrsvergleich, insbesondere durch die Optimierung der Innenfinanzierung, gesunken.

Das langfristige Fremdkapital beinhaltet die Rückstellungen für Pensionen, Altersteilzeit und Jubiläen. Die Ertragszuschüsse werden ebenfalls als langfristige Finanzierung betrachtet. Diese werden planmäßig jährlich mit 5 % aufgelöst. Darüber hinaus sind in diesem Posten der langfristige Anteil der Verbindlichkeiten aus der Übertragung der Wassernetze sowie aus der Finanzierung des Glasfaserausbaus durch die EWR AG enthalten. Der Anstieg des langfristigen Fremdkapitals resultiert im Wesentlichen aus der Finanzierung des Glasfaserausbaus in Höhe von TEUR 16.858 und den gestiegenen Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen in Höhe von TEUR 3.391. Die gesunkenen Investitionszuschüsse konnten diesen Anstieg nicht kompensieren.

Das kurzfristige Fremdkapital ist gegenüber dem Vorjahr im Wesentlichen durch niedrigere Verbindlichkeiten, insbesondere durch niedrigere Verbindlichkeiten im Rahmen des Cash-Pooling und durch eine geringere Ergebnisabführung an die EWR AG, gesunken.

Investitionen

Stromnetz

Bis zum Bilanzstichtag wurde das Mittelspannungskabelsystem im Stromnetzgebiet auf einer Länge von ca. 15 km erneuert bzw. neu verlegt. Die Investitionen hierfür beliefen sich vor aktivischer Kürzung der Investitionszuschüsse auf rd. TEUR 1.289. Auch wurden im Berichtsjahr TEUR 1.785 in die Umstellung von 474 Hausanschlüssen von Freileitung auf erdverlegtes Niederspannungskabel investiert.

Im Frühjahr 2017 wurde der neue 45-MVA-Transformator in der Umspannanlage Albig auf einem ebenfalls erneuerten Transformatorenstand in Betrieb genommen. Die Investitionen beliefen sich im Berichtsjahr auf TEUR 304. Zudem wurden in allen Umspannanlagen Einbruchmeldeanlagen installiert. Hierfür fielen Investitionen in Höhe von ca. TEUR 41 an.

Gasnetz

Im Beilauf zu Straßenerneuerungsmaßnahmen wurden im Gasnetzgebiet rd. 7,5 km Gasversorgungsleitungen erneuert oder neu verlegt. Die Investitionen hierfür betrugen ca. TEUR 1.221. Diesbezüglich hervorzuheben ist die Erneuerung einer 320 m langen Gas-Hochdruckleitung für TEUR 369. Die Maßnahme wurde aufgrund des Ausbaus der B47 durch den Landesbetrieb Mobilität erforderlich.

In Fortführung der Arbeiten aus den Vorjahren wurden im Geschäftsjahr 2017 rd. 200 verschraubte Gashausanschlüsse aufgrund stark erhöhter Leckagerate erneuert. Das Investitionsvolumen für den Austausch belief sich auf TEUR 756. Somit reduziert sich zum Jahresende der Bestand des Leckage anfälligen Bautyps auf rd. 700 Stück.

Wassernetz

Ebenfalls im Zuge von Straßenerneuerungsmaßnahmen wurden im Versorgungsgebiet rd. 6 km Wasserversorgungsleitungen erneuert oder neu verlegt. Die Investitionen hierfür betrugen ca. TEUR 1.282.

Netzleitsystem

Bereits im Geschäftsjahr 2014 erfolgte die Auftragsvergabe zur Einführung eines neuen Netzleitsystems. Die planmäßig durchgeführten Inbetriebnahmetests im Jahr 2016 offenbarten einen erheblichen Korrektur- und Nachbearbeitungsbedarf, woraufhin der Probebetrieb ausgesetzt wurde. Im August des Berichtsjahres konnte eine Teilabnahme durchgeführt und die erste Phase des Probebetriebs freigegeben werden. Nach der Durchführung weiterer Systemprüfungen wurde die zweite Phase des Probebetriebs im Dezember 2017 aufgenommen. Die Abnahme des neuen Leitsystems erfolgt nach erfolgreichem Probebetrieb und Mängelbeseitigung voraussichtlich im zweiten Quartal 2018. Mit der Einführung des neuen Netzleitsystems werden im Bereich der Netzführung auch die Anforderungen des von der BNetzA veröffentlichten IT-Sicherheitskataloges vollumfänglich erfüllt. Das diesbezügliche Audit durch den TÜV Rheinland fand im Januar 2018 statt. Die Investitionen für die Einführung des neuen Netzleitsystems beliefen sich im Berichtsjahr auf rd. TEUR 366.

Glasfaserinfrastruktur

Im Berichtsjahr wurde eine weitere Ortsgemeinde in unsere bestehende Glasfaserinfrastruktur eingebunden. Die Höhe der Investitionen für den im Berichtsjahr fortgeführten Ausbau der Glasfaserinfrastruktur belief sich vor aktivischer Kürzung der Investitionszuschüsse auf TEUR 2.133.

Gesamtbewertung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Insgesamt kann die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft als gut bezeichnet werden.

6. Personalbericht

Die EWR Netz GmbH beschäftigte zum 31. Dezember 2017 248 Mitarbeiter/-innen, darunter 4 leitende Angestellte, 17 befristet Beschäftigte und 20 Teilzeitbeschäftigte.

Personalentwicklung

Zum 31. Dezember 2017 befinden sich in der EWR Netz GmbH 27 junge Menschen in der Ausbildung zu gewerblichen Berufen, was einer Ausbildungsquote von 12,2 % im Verhältnis zu den Mitarbeiter/- innen ohne Auszubildende entspricht. Acht Auszubildende schlossen im Berichtsjahr ihre Ausbildung erfolgreich ab, während acht Auszubildende eine Lehre in unserem Hause begannen. Neben der Vermittlung fachlicher Qualifikationen legen wir bei der Konzeption unserer Ausbildungsstandards verstärkten Wert auf die Förderung von Sozialkompetenzen.

Personalstand	31.12.2017	31.12.2016
Mitarbeiter/-innen	221	230
davon: leitende Angestellte	4	4
davon: Teilzeit- und befristet Beschäftigte	37	37
davon: Schwerbehinderte	11	10
Auszubildende	27	28
Belegschaft	248	258

Hinsichtlich der Personalentwicklung und flankierend zur Ausbildungspolitik genießen umfassende Angebote zur Fort- und Weiterbildung der Mitarbeiter aller Unternehmensebenen höchste Priorität. Im Sinne einer sich entwickelnden Organisation wird diese permanente Adaption der Schlüsselqualifikationen unserer Mitarbeiter durch die gezielte personelle Verstärkung einzelner Bereiche ergänzt, vornehmlich im Hochqualifiziertenbereich. Letztere erreichen wir im Rahmen unseres Hochschulmarketings durch die gezielte Rekrutierung hochqualifizierter Mitarbeiter als Ergebnis der partnerschaftlichen Zusammenarbeit mit diversen Hochschulen und im Rahmen eines Pilotprojektes mit Förderstudenten.

Frauenquote

Durch das "Gesetz zur gleichberechtigten Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst" ist die EWR Netz GmbH verpflichtet verbindliche Zielgrößen zur Erhöhung des Frauenanteils in Führungspositionen festzulegen.

Weibliche Mitarbeiter haben in der EWR Netz GmbH nur einen geringen Anteil in Führungspositionen. Daher verpflichtet sich die EWR Netz GmbH dazu, ihren Anteil kontinuierlich zu erhöhen und durch gezielte Personalentwicklungsmaßnahmen noch stärker zu unterstützen. Wir wollen den Frauenanteil in Führungspositionen, d. h. in der Geschäftsleitung und den beiden ersten darunter angesiedelten Führungsebenen, bis ins Jahr 2020 schrittweise von bisher 3,70 % auf 15 % steigern.

III Prognose-, Chancen- und Risikobericht

Der nachfolgende Prognose-, Chancen- und Risikobericht erläutert die wesentlichen Prognosen zur Geschäftstätigkeit der EWR Netz GmbH im Geschäftsjahr 2018 sowie die in dieser Geschäftstätigkeit liegenden Risiken und Chancen.

Prognosebericht

Ergebnisentwicklung

Gemäß der Mittelfristplanung für die Geschäftsjahre 2018 bis 2022 erwarten wir im Geschäftsjahr 2018 im Vergleich zum Berichtsjahr um rd. 3,96 % auf rd. TEUR 208.769 sinkende Umsätze.

Wir erwarten im Planjahr 2018 um rd. 5,7 % sinkende Materialaufwendungen in Höhe von TEUR 135.774. Die sonstigen betrieblichen Erträge des Planjahres 2018 werden mit TEUR 495 deutlich unter denen des Berichtsjahres, die durch periodenfremde Effekte beeinflusst waren, liegen. Darüber hinaus gehen wir in unserer Planung von gegenüber dem Geschäftsjahr 2017 steigenden Personalaufwendungen in Höhe von TEUR 19.069 aus. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen werden im Planjahr 2018 unter dem Niveau des Berichtsjahres liegen.

Verglichen mit dem Ergebnis des Berichtsjahres erwarten wir für das Geschäftsjahr 2018 eine Steigerung um 2,0 % des Ergebnisses vor Zinsen und Steuern (EBIT) auf TEUR 13.718.

Nach Abzug des Finanzergebnisses und der Steuern vom Einkommen und vom Ertrag rechnen wir im Geschäftsjahr 2018 mit einem Ergebnis vor Ergebnisabführung an die EWR AG in Höhe von TEUR 4.286.

Das für das Geschäftsjahr 2018 geplante Investitionsvolumen beträgt TEUR 19.047 (vor aktivischer Kürzung der Investitionszuschüsse) und liegt über dem Wert des Berichtsjahres (TEUR 16.893).

Im Planjahr 2018 wird mit einem Stellenbestand zum 31. Dezember 2018 von 246 Vollzeitstellen inkl. 28 Auszubildenden gerechnet.

Die der dargestellten Ergebnisentwicklung zugrundeliegende Planung wurde nach dem Prinzip gebotener kaufmännischer Vorsicht erstellt. Dies impliziert, dass Risiken, soweit diese zum Zeitpunkt der Planerstellung bekannt und quantifizierbar waren, in den Planungsrechnungen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage vollumfänglich verarbeitet wurden. Anhand der nachfolgenden Darstellung zu Aspekten der Unternehmensentwicklung werden die in der Geschäftsentwicklung liegenden Chancen und Risiken dargestellt.

Chancen- und Risikobericht

Risikomanagement und Risikosituation

Durch den Einsatz eines konzernweiten Risikomanagementsystems zur Identifizierung und Steuerung von Unternehmensrisiken wird den Anforderungen des Gesetzes zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG) Rechnung getragen. In regelmäßigen Sitzungen werden Risikoinventuren auf Ebene der Konzerngesellschaften gemäß konzerneinheitlichen Richtlinien durchgeführt. Diese beinhalten die Identifizierung, Analyse, Bewertung und Dokumentation der bestehenden Risiken sowie die Definition und Bewertung von Abwehr- und Milderungsmaßnahmen. Basierend auf Eintrittswahrscheinlichkeit und Risikoausmaß im Verhältnis zum Eigenkapital werden die Risiken in die Risikoklassen A, B und C aufgeteilt, wobei die Risikoklasse A die höchste und die Risikoklasse C die geringste Risikostufe darstellt. Die zusammengefasste Darstellung und gesammelte Auswertung der Einzelrisiken erfolgt in einem Risikoatlas, welcher für jede Konzerngesellschaft separat geführt wird. Somit stellt die systematische Identifizierung, Bewertung und Überwachung von Unternehmensrisiken und die hieraus resultierende Risikosteuerung auf Ebene der Einzelgesellschaften und die Aggregation in dem zentralen Risikomanagementsystem des EWR-Konzerns einen integralen Bestandteil der Unternehmensführung dar.

Die hohe Veränderungsgeschwindigkeit im wirtschaftlichen sowie im rechtlichen Umfeld macht eine permanente Überprüfung und Adaption des Risikomanagementsystems sowie der darin getroffenen Maßnahmen zur Risikobearbeitung erforderlich. Dahingehend wird die Angemessenheit und Funktionsfähigkeit des Risikomanagementsystems durch die permanente Begleitung und Prüfung seitens der direkt unter dem Vorstand in Stabstellenfunktion angesiedelten Internen Revision gewährleistet.

Den operativen Risiken hinsichtlich der Aufrechterhaltung der Versorgungssicherheit in unseren Netzgebieten begegnen wir mittels detaillierter Arbeits- und Verfahrensrichtlinien, regelmäßigen Qualitätskontrollen sowie zyklischer Wartung und Modernisierung der technischen Betriebsanlagen. Zur Sicherstellung eines umfassenden Qualitäts-, Umwelt- und Sicherheitsmanagements erfolgen zudem regelmäßige und gezielte Mitarbeiterschulungen und -fortbildungen. Additiv zu dieser Maßnahmenvielfalt bestehen adäquate Versicherungen für technische Betriebsrisiken.

Derzeit sind 9 der 11 im Risikoatlas der EWR Netz GmbH enthaltenen Einzelrisiken der Risikoklasse C (niedrig) zugeordnet. Zwei Risiken sind der mittleren Risikoklasse B zugeordnet. Für das Risiko "NawaRo-Bonus & Sanktionierung aufgrund fehlender Anlagenregistrierung der Biogasanlage bei Herrnsheim" wurde dementsprechend eine Rückstellung in Höhe des zu erwartenden Verlustes berücksichtigt. Sollte in der Zukunft der Grund für das Risiko wegfallen, werden Erträge aus der Auflösung der Rückstellung erzielt. Für das Risiko der "Außer Betrieb befindliche Leitungen" ist aufgrund des unwahrscheinlichen Eintretens derzeit keine proaktive Handlung vorgesehen, das Risiko und dessen Umstand werden weiterhin beobachtet.

Somit sind zum Abschlussstichtag, mit Ausnahme von zwei mittleren Risiken, der Großteil der im Risikoatlas der EWR Netz GmbH aufgeführten Einzelrisiken der Risikokategorie C zugeordnet und somit als geringfügig hinsichtlich ihrer Bestandsgefährdung auf die Gesellschaft qualifiziert.

Für bekannte Risiken wurden, sofern möglich, im Jahresabschluss Vorsorgen getroffen, beispielsweise in Form von Wertberichtigungen oder Rückstellungen. Chancen und Risiken in Bezug auf die getroffene Prognose entstehen dadurch, dass diese Risikovorsorge zu hoch oder zu niedrig bemessen war oder ein zukünftiger Sachverhalt in der Prognose nicht berücksichtigt wurde.

Netzwirtschaft und Regulierung

Im Strombereich stellt das Geschäftsjahr 2018 das letzte Jahr der zweiten Regulierungsperiode dar. In der Sparte Gas beginnt mit dem Geschäftsjahr 2018 das erste Jahr der dritten Regulierungsperiode mit einer Dauer von fünf Jahren.

In der Sparte Gas erwartet die EWR Netz GmbH die Festlegung des beantragten Kostenniveaus für die Erlösobergrenzen der dritten Regulierungsperiode sowie die finale Festlegung des Effizienzwertes auf Basis des Kostenprüfungsjahres 2015. Erstmalig werden die Investitionen des Jahres 2018 ohne Zeitverzug in der Erlösobergrenze Gas berücksichtigt

In der Sparte Strom erwartet die EWR Netz GmbH im Jahr 2018 die Anhörung und Festlegung des Kostenausgangsniveaus für die dritte Regulierungsperiode sowie die Festlegung des sich aus den im Jahr 2017 an die BNetzA gemeldeten Kosten- und Strukturdaten ergebenden Effizienzwert für die dritte Regulierungsperiode. Zum 30. Juni 2018 wird erstmalig ein Antrag auf Kapitalkostenaufschlag in der Sparte Strom für das Jahr 2019 gestellt.

Die Erlösobergrenzen und somit die der Regulierung unterworfenen Umsatzerlöse der Sparten Strom und Gas werden im Geschäftsjahr 2018 gegenüber den Werten des Vorjahres im Bereich Strom voraussichtlich steigen, und im Bereich Gas leicht rückläufig sein. Die Steigerung der Erlösobergrenze im Bereich Strom resultiert überwiegend aus dem höheren Aufwand für vorgelagerte Netznutzung, sowie aus der vorgenannten Genehmigung eines Erweiterungsfaktors für das Jahr 2018. Die erwartete leichte Absenkung der Erlösobergrenze in der Gassparte im Vergleich zum Vorjahr ist letztlich auf einen Rückgang der dauerhaft nicht beeinflussbaren Kosten, resultierend aus der Umsetzung gesetzlicher Vorgaben aus dem Bilanzrichtlinie-Umsetzungsgesetz (BilRUG), zurückzuführen.

Zu regulatorischen Aspekten beider Sparten erwarten wir maßgebliche Entscheidungen von Regulierungsbehörden und gerichtlichen Instanzen, die einen erheblichen Einfluss auf die zukünftigen Erlösobergrenzen und damit auf die Ertragslage und Investitionsneigung der netzbetreibenden Unternehmen haben werden.

Auf Grund der gegenwärtig noch ausstehenden Zertifizierung von Smart-Meter-Gateways durch das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) gem. § 24 MsbG erwarten wir den Start des Rollouts für intelligente Messsysteme erst im zweiten Quartal 2018.

Die Umsetzung der Marktstammdatenregisterverordnung, des Mieterstromgesetzes, des Netzentgeltmodernisierungsgesetzes sowie die Änderung des Stromsteuergesetzes werden unsere Prozesse und IT-Systeme im neuen Geschäftsjahr erneut vor große Herausforderungen stellen. Bedingt durch Zuschläge aus dem Mieterstromgesetz ist im Geschäftsjahr 2018 mit einem leichten Anstieg des Zubaus von Fotovoltaik-Anlagen zu rechnen. Ebenso rechnen wir aufgrund der steigenden Wirtschaftlichkeit von Fotovoltaik-Anlagen zur vollständigen Eigenstromerzeugung mit einem Anstieg von sogenannten "Plug & Play"-Fotovoltaik-Anlagen. Bei den übrigen erneuerbaren Energieträgern gehen wir aufgrund der veränderten Vergütungssystematik und kontinuierlichen Degression von EEG-Vergütungssätzen im Geschäftsjahr 2018 von einem gleichbleibend niedrigen Zubau von EEG-Stromerzeugungsanlagen aus.

Straßenbeleuchtung

Grundsätzlich wird in unseren Planungsrechnungen die Fortführung der Wartung und des Betriebs der kommunalen Straßenbeleuchtungsanlagen und somit der Zuschlag für unsere Gesellschaft in den anstehenden Ausschreibungen der nächsten Jahre unterstellt. Aus der Erfahrung zurückliegender Ausschreibungen berücksichtigen diese Planungsrechnungen jedoch verminderte Umsätze je betreutem Lichtpunkt im Vergleich zu den auslaufenden Verträgen. Eine entsprechende Reduzierung des Leistungsumfangs entspricht hierbei den Ausschreibungsmodalitäten und gewährleistet die Wirtschaftlichkeit der Vertragserfüllung.

Im Geschäftsjahr 2018 werden in unserem Stromnetzgebiet erneut zahlreiche Dienstleistungsverträge für die Wartung und den Betrieb von kommunalen Straßenbeleuchtungsanlagen im Rahmen öffentlicher Ausschreibungen vergeben, insbesondere im Landkreis Mainz-Bingen und der Verbandsgemeinde Wörrstadt mit über 40 Ortsgemeinden. An sämtlichen Ausschreibungen werden wir uns beteiligen. Darüber hinaus werden wir punktuell und stets unter der Maßgabe der Wirtschaftlichkeit an öffentlichen Ausschreibungsverfahren außerhalb unseres Stromnetzgebietes teilnehmen.

Der Sanierungsbedarf in den Gemeinden unseres Stromnetzgebietes, welcher durch die Richtlinie 2005/32/EG des Europäischen Parlaments zum Vermarktungsverbot von Quecksilberdampflampen entsteht, beträgt rund 25 % des gesamten Lampenbestandes in unserem Stromnetzgebiet. An sämtlichen Vergabeverfahren in unserem Stromnetzgebiet werden wir uns beteiligen und uns mit attraktiven und maßgeschneiderten Angeboten an die Kommunen positionieren. Als Alleinstellungsmerkmale und damit als Wettbewerbsvorteil sehen wir hier unsere Kenntnis der langjährig in unserem Eigentum befindlichen Anlagen sowie unsere bestehende Infrastruktur im Stromnetzgebiet an.

Im Geschäftsjahr 2018 werden in unserem Stromnetzgebiet erneut zahlreiche Dienstleistungsverträge zur energetischen Sanierung kommunaler Straßenbeleuchtungsanlagen und damit zur Lieferung und Montage von LED-Leuchten im Rahmen öffentlicher Ausschreibungen vergeben. Auch an diesen Ausschreibungen werden wir uns beteiligen.

Als zukunftsweisendes Sonderprojekt hat die EWR Netz GmbH von der Ortsgemeinde Undenheim den Auftrag zur Installation "intelligenter" LED-Leuchten erhalten. Die LED-Leuchten sind mit einem dynamischen Lichtmanagementsystem zur ereignisorientierten Lichtsteuerung ausgestattet. Dieses System vernetzt die einzelnen LED-Leuchten dergestalt miteinander, dass die Straßenausleuchtung über eine Sensortechnik anwesenheitsund ereignisorientiert gedimmt wird. Der Projektstart ist im Frühjahr 2018 geplant.

Glasfaserausbau

Wenngleich unsere ursprüngliche Breitband-Ausbauplanung bereits im Geschäftsjahr 2015 einen vorläufigen Abschluss gefunden hat, werden wir die gesamte Entwicklung in diesem Bereich weiter im Auge behalten. Dies bezieht sich sowohl auf die Weiterentwicklung von Technologien für die von uns bereits erschlossenen Gebiete als auch auf Möglichkeiten der Erweiterung unseres Glasfasernetzes, da die Bundesförderrichtlinie zur Unterstützung des Breitbandausbaus in Deutschland des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur durch das Bundesland Rheinland-Pfalz zusätzliche Investitionsanreize schafft.

Weiterhin werden wir bei der stromseitigen Ersterschließung von Neubaugebieten sowie in Umstellungsgebieten Leerrohre bis in die Häuser der Endkunden mitverlegen und uns somit die Option zur Herstellung zukünftiger FTTH-Anbindungen durch das Einblasen von Lichtwellenleitern in die vorhandenen Leerrohrsysteme erhalten.

Im Geschäftsjahr 2018 wird die Gemeinde Monsheim in unser bestehendes Glasfasernetz eingebunden. Hierfür werden Lichtwellenleiter ausgehend von der Gemeinde Bermersheim in bereits vorhandene HDPE-Rohre

eingeblasen. Nach der Installation und Inbetriebnahme von vier DSLAMs werden rund 380 Grundstücke über eine FTTC-Lösung erreicht.

Weiterhin werden im Jahr 2018 die Nahbereiche von acht Gemeinden unseres Stromnetzgebietes mit EWR-Lichtwellenleiterkabel ausgebaut. Hierfür werden bis Ende November 2018 weitere 22 DSLAMs installiert.

Derzeit liegen die Bandbreitenspitzen innerhalb unseres Glasfasernetzes bei rd. 8 Gbit/s. EWR verfügt derzeit über eine redundant ausgelegte 10 Gbit/s-Versorgung. Bis etwa Ende des Jahres 2018 rechnen wir damit, dass eine Vergrößerung der derzeitigen Versorgungsbandbreite realisiert werden muss.

Gesamtbewertung der Chancen und Risiken

Bewertet und beurteilt nach vorgenannten Methoden und Verfahren des implementierten Risikofrüherkennungssystems lässt die gegenwärtige Risikosituation in der Gesamtbetrachtung aller Systeme zur Risikoerkennung, Risikobewertung und Risikosteuerung keine den Fortbestand der Gesellschaft gefährdenden Risiken hinsichtlich der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage erkennen.

Parallel zur Fortführung und Weiterentwicklung unserer Methoden zur Risikoidentifikation, -bewertung und -abwehr richtet sich unser Blick verstärkt auf die vorstehend aufgezeigten sowie sich im Zeitablauf neu ergebenden Chancen. Begleitend zur Realisierung von Effizienzsteigerungen und dem Ausbau unseres Dienstleistungssektors sehen wir hierin eine zentrale Herausforderung zur Kompensation regulierungsbedingter Ertragseinbußen und damit zur nachhaltigen Leistung angemessener Ergebnisbeiträge im EWR Konzern.

Insgesamt schätzen wir die Entwicklung unserer Gesellschaft als gut ein.

Worms, den 6. April 2018

Die Geschäftsführung

4.2.4 EWR Neue Energien GmbH

Allgemeines

Rechtsform: GmbH

Gründung: 02.11.2010 **Satzungsdatum:** 02.11.2010

Wirtschaftsjahr: Kalenderjahr

Stammkapital am Ende des Wirtschaftsjahres 2017: 25.000,00 €

Veränderung im Berichtsjahr: keine



Gegenstand des Unternehmens/Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks

(§ 90 Abs. 2 Satz 2 Nr. 1 und Nr. 2 GemO)

Planung, Bau, Erwerb und Betrieb sowie die Verwaltung von Anlagen zur Strom-, Gas-, Energie- oder Wärmeerzeugung im eigenen Namen oder auf Rechnung Dritter und die Vornahme aller hiermit in Zusammenhang stehenden Geschäfte einschließlich des Erwerbs und der Verwaltung von Grundstücken für diese Anlagen. Ferner die Beteiligung des Unternehmens als Gesellschafterin an Unternehmen, die die Planung und Errichtung sowie den Betrieb und die Verwaltung von Anlagen zur Strom-, Gas- oder Wärmeversorgung zum Gegenstand haben.

Der Gegenstand des Unternehmens ist eine wirtschaftliche Betätigung (§ 85 Abs. 1 GemO).

Beteiligungsverhältnisse

(§ 90 Abs. 2 Satz 2 Nr. 1 GemO)

Am Stammkapital des Unternehmens sind beteiligt:

• EWR Aktiengesellschaft zu 100 %

Beteiligungen des Unternehmens:

- Wind NE Verwaltungs GmbH zu 100 %
- Windpark Alsheim GmbH & CO. KG zu 49 %
- Windpark Dittelsheim-Heßloch GmbH & CO. KG zu 50,1 %
- Neue Energien Groß-Rohrheim GmbH & Co. KG (50%-Tochter der EWR Neue Energien GmbH)
- Neue Energien Groß-Rohrheim Verwaltungs- GmbH zu 50 %)
- Infrastruktur Wonnegau GmbH & Co. KG (über die Windpark Pfeddersheim GmbH & Co. KG, die Windpark Abenheim GmbH & Co. KG und die Windpark Herrnsheim GmbH & Co. KG zu je 1/3)
- Wind Wonnegau Verwaltungs GmbH zu 50 %
- Windpark Pfeddersheim GmbH & Co. KG zu 50 %
- Windpark Abenheim GmbH & Co. KG zu 50 %
- Windpark Herrnsheim GmbH & Co. KG zu 50 %

Die Beteiligungen haben sich im Berichtsjahr nicht verändert.

Besetzung der Organe im Geschäftsjahr 2017

(§ 90 Abs. 2 Satz 2 Nr. 1 GemO)

Gesellschafterversammlung 2017:

• EWR Aktiengesellschaft: Helmut Antz (bis 31.08.2017), Günter Reichart, Stephan Wilhelm (ab 01.05.2017)

Geschäftsführung 2017:

• Geschäftsführer: Marco Erban

Personalentwicklung			
	2017	2016	
Anzahl der Mitarbeiter	0	0	
(nach § 267 Abs. 5 HGB)	Ü	3	

Laufende Gesamtbezüge der Geschäftsführung

(§ 90 Abs. 2 Satz 2 Nr. 3 GemO)

(Gesamtbezüge der Mitglieder der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates oder der entsprechenden Organe)

Gem. § 286 Abs. 4 HGB wird auf eine Nennung der Bezüge der Geschäftsführung verzichtet.

Kapitalzuführungen/-entnahmen

(§ 90 Abs. 2 Satz 2 Nr. 3 GemO)

Kapitalzuführungen und -entnahmen sind nicht erfolgt.

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft der Stadt Worms

(§ 90 Abs. 2 Satz 2 Nr. 3 GemO)

Kapitalzuführungen durch die Stadt Worms in den letzten 3 Jahren:

2015 - 2017: 0,00 €

Gewinnabführungen an die Stadt Worms in den letzten 3 Jahren:

2015 - 2017: 0,00 €

Vom Unternehmen gezahlte Steuern an die Stadt Worms in den letzten 3 Jahren:

2015 - 2017: 0,00 €

Vom Unternehmen gezahlten Konzessionsabgaben an die Stadt Worms in den letzten 3 Jahren:

2015 - 2017: 0,00 €

Vorliegen der Voraussetzungen des § 85 Abs. 1 GemO

(§ 90 Abs. 2 Satz 2 Nr. 4 GemO)

Die Gemeinde darf wirtschaftliche Unternehmen nur errichten, übernehmen oder wesentlich erweitern, wenn

- 1. **der öffentliche Zweck das Unternehmen rechtfertigt** (§ 85 Abs. 1 Nr.1 GemO): Die notwendigen Angaben erfolgten hierzu unter "Gegenstand des Unternehmens".
- 2. das Unternehmen nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zu der Leistungsfähigkeit der Gemeinde und dem voraussichtlichen Bedarf besteht. (§ 85 Abs. 1 Nr. 2 GemO): Die notwendigen Angaben erfolgten hierzu unter "Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft".
- 3. der öffentliche Zweck nicht ebenso gut und wirtschaftlich durch einen privaten Dritten erfüllt wird oder erfüllt werden kann.
- ✓ Im Berichtsjahr gab es keinen Anlass, die bisherige Bewertung zu ändern.

Bilanz zum 31.12.2017

AKTIVA	31.12.2017	31.12.2016
	TEUR	TEUR
A. Anlagevermögen	31.503	32.831
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	0	0
II. Sachanlagen	26.070	27.917
III. Finanzanlagen	5.433	4.914
B. Umlaufvermögen	3.080	2.862
I. Vorräte	0	0
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	1.171	1.332
III. Flüssige Mittel	1.909	1.530
C. Rechnungsabgrenzungsposten	263	284
Bilanzsumme	34.846	35.977
PASSIVA	31.12.2017	31.12.2016
	TEUR	TEUR
A. Eigenkapital	15.912	15.912
I. Gezeichnetes Kapital	25	25
II. Kapitalrücklage	15.878	15.878
III. Gewinnvortrag	9	9
B. Rückstellungen	332	249
C. Verbindlichkeiten	18.374	19.577
D. Rechnungsabgrenzungsposten	228	239
Bilanzsumme	34.846	35.977

Gewinn- und Verlustrechnung zum 31.12.2017

		31.12.2017	31.12.2016
		TEUR	TEUR
1.	Umsatzerlöse	3.670	3.283
2.	Sonstige betriebliche Erträge	21	15
3.	Materialaufwand	-402	-345
4.	Abschreibungen auf immaterielle Vermögens- gegenstände des Anlagevermögens und Sach-	4.054	4.054
	anlagen	-1.854	-1.851
5.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	-1.193	-1.168
6.	Erträge aus Beteiligungen	6	8
7.	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	3	7
8.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-668	-712
9.	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	-1
10.	Ergebnis nach Steuern	-417	-764
11.	Sonstige Steuern	-1	0
		-418	-764
12.	Erträge aus Verlustübernahme	418	764
13.	Jahresergebnis	0	0

Kennzahlen zum 31.12.2017

Finanzkennzahlen		
EBITDA (in EUR)	2.520.000,00 Jahresergebnis + Steueraufwand - Steuererträge +/- Finanzergebnis + außerordentliche Erträge + Abschreibungen auf das Anlagevermögen - Zulagen auf das Anlagevermögen	
Wirtschaftlichkeit (in %)	107,02 Ertrag (bzw. Leistung) : Aufwand (bzw. Kosten) x 100	

Vermögenskennzahlen		
Eigenkapitalquote (in %)	45,66	
(in %)	(Eigenkapital x 100) : Gesamtkapital	
Fremdkapitalquote	54,34	
(in %)	(Fremdkapital x 100) : Gesamtkapital	
Personalkennzahl		
Personalaufwandsquote	0,00	
(in %)	Personalaufwand : Gesamtleistung x 100	

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2017

I. Grundlagen der Gesellschaft

Die EWR Neue Energien GmbH, Worms, ist eine 100%ige Tochtergesellschaft der EWR Aktiengesellschaft, Worms (EWR AG). Sie betreibt in Eigenregie Fotovoltaikanlagen in Rheinhessen und im hessischen Ried sowie einen Windpark in der Gemarkung Dorn-Dürkheim. Darüber hinaus hält die Gesellschaft Anteile an Gesellschaften, die in erneuerbare Energien (Windenergie und Fotovoltaik) investiert haben.

Für alle Gesellschaften, an denen die EWR Neue Energien GmbH beteiligt ist, erbringt diese dienstleistend die kaufmännische Betriebsführung. Sie bedient sich hierzu des Personals der EWR AG. Eigene Mitarbeiter hat die Gesellschaft derzeit nicht.

Der von den Erzeugungsanlagen produzierte Strom wird gemäß den Förderungen nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) oder im Rahmen der geförderten Direktvermarktung vergütet. Darüber hinaus tragen die Ergebnisse aus den Beteiligungen und die Erträge aus den kaufmännischen und technischen Betriebsführungen zum Erfolg der Gesellschaft bei.

Das Jahresergebnis der Gesellschaft ist überwiegend durch nicht beeinflussbare externe Faktoren wie beispielsweise Sonnenstunden und Windaufkommen bestimmt.

II. Wirtschaftsbericht

1. Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die im Vorjahr vom Bundestag und Bundesrat beschlossene Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) ist im Jahr 2017 in Kraft getreten. Es wurde dabei von regulierten fixen Einspeisevergütungen auf wettbewerbliche Ausschreibungen umgestellt. Die Ausschreibungsrunden waren von hohem Wettbewerb geprägt und führten zu einer deutlichen Reduzierung der Einspeisevergütungen. Hierdurch wird es immer herausfordernder wirtschaftlich geeignete Projekte umzusetzen und somit die Energiewende erfolgreich weiterzuführen. Die Installierte Leistung in Deutschland im Bereich Wind (Onshore) hat sich von 45,46 GW in 2016 auf 50,08 GW (Stand Anfang Dezember 2017) weiterhin erhöht.

2. Geschäftsverlauf

Die Steuerung der Gesellschaft erfolgt vor allem auf Basis folgender Ertragskennzahlen:

- Umsatzerlöse
- EBIT (Ergebnis vor Zinsen und Steuern unter Berücksichtigung der sonstigen Steuern).

Darüber hinaus überwachen und steuern wir die Entwicklung der Finanz- und Vermögenslage auf Grundlage des Investitionsvolumens pro Jahr.

Auch im Geschäftsjahr 2017 wurden in den Bereichen Fotovoltaik und Windenergie neue Projekte geprüft, aufgrund von Wirtschaftlichkeitsaspekten aber nicht in Angriff genommen.

Das Investitionsvolumen im Geschäftsjahr 2017 belief sich auf TEUR 527 und betraf überwiegend den Erwerb weiterer 21 % der Anteile am Windpark Alsheim GmbH & Co. KG, Worms.

Die Bilanzsumme verringerte sich im Vergleich zum Vorjahr von TEUR 35.977 auf TEUR 34.846. Ursächlich hierfür war in erster Linie die abschreibungsbedingte Reduzierung des Anlagevermögens, der keine wesentlichen Ersatzinvestitionen gegenüberstanden.

3. Ertragslage

Sparte Fotovoltaik

Die Umsätze aus der Einspeisung von Fotovoltaikanlagen beliefen sich auf TEUR 623 und lagen damit über dem Vorjahresniveau (TEUR 598) und nahezu auf dem Planwert (TEUR 628).

Sparte Windenergie

Im Bereich der Windenergie konnten im Berichtsjahr Umsatzerlöse in Höhe von TEUR 2.647 (i. Vj. TEUR 2.378) generiert werden. Dies entspricht einem Anstieg im Vorjahresvergleich um TEUR 269. Die sieben Windenergieanlagen des Typs Enercon E82 des Windparks in der Gemarkung Dorn-Dürkheim führten zu Umsatzerlösen in Höhe von TEUR 2.615 (i. Vj. TEUR 2.320). Die Windenergieanlage auf dem Kloppberg mit einer installierten Leistung von 600 kW trug mit TEUR 31 (i. Vj. TEUR 58) zu den Gesamterlösen bei.

Die Erträge der Sparte lagen, insbesondere aufgrund einer extrem windarmen ersten Jahreshälfte, deutlich unter dem Planwert aber über den Erträgen des Vorjahres.

Der Anstieg der sonstigen Umsatzerlöse von TEUR 307 auf TEUR 400 ist auf die weiterhin erfolgreiche Entwicklung des Bereichs technische Betriebsführung zurückzuführen.

Gesamtergebnis

Insgesamt sind die Umsatzerlöse um 11,8 % gegenüber dem Vorjahr gestiegen, sie liegen aber deutlich hinter unseren Erwartungen. Insbesondere die erste Jahreshälfte war außergewöhnlich windschwach, sodass die geplanten Erlöse nicht erzielt werden konnten.

Das Gesamtergebnis der Gesellschaft wurde, wie in den Vorjahren, durch die Konzernumlage belastet. Das EBIT nach Abzug der sonstigen Steuern der EWR Neue Energien GmbH beläuft sich auf TEUR 241 (i. Vj. TEUR - 66) und lag somit um TEUR 995 unter dem Planniveau.

Erträge aus der Beteiligung an der Neue Energien Groß-Rohrheim GmbH & Co. KG in Höhe von TEUR 6 sowie Zinsaufwendungen überwiegend resultierend aus der Fremdfinanzierung des Windparks Dorn-Dürkheim (TEUR 668) führten zu einem Finanzergebnis von TEUR -659 (i. Vj. TEUR -697).

Unter Einbezug des Finanzergebnisses wurde ein Jahresfehlbetrag in Höhe von TEUR 418 vor Verlustübernahme (i. Vj. Jahresfehlbetrag TEUR 764 vor Verlustübernahme) erzielt, der gemäß Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag von der EWR AG übernommen wurde.

Insgesamt werten wir das erzielte Jahresergebnis als sehr unterdurchschnittlich, da weit unter unserer Planung liegend. Auf lange Sicht gehen wir, insbesondere im Windbereich, von höheren positiven Ergebnisbeiträgen aus.

4. Finanzlage

Die Finanzierung der Gesellschaft ist durch die Einbindung in die EWR-Gruppe sichergestellt. Seit 2011 ist die Gesellschaft in das Cash-Pooling-System, welches auf Ebene der EWR AG implementiert ist, eingebunden. Das Finanzmanagement der Muttergesellschaft stellt durch die laufende Liquiditätsüberwachung und -vorschau die jederzeitige Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft sicher.

Die wesentlichen Zahlungsströme der EWR Neue Energien GmbH basieren auf den Einzahlungen aus dem laufenden Betrieb der Windenergie- und Fotovoltaikanlagen sowie aus den Auszahlungen für die derzeitigen Investitionsprojekte. Die sich hieraus ergebenden Auszahlungen sind wiederum durch die Einzahlungen aus dem Cash-Pooling der EWR AG finanziert.

Großprojekte, wie der Windpark Dorn-Dürkheim, wurden über entsprechende Bankdarlehen finanziert.

5. Vermögenslage und Investitionen

Vermögenslage

Die Vermögenslage der EWR Neue Energien GmbH ist stark durch die Konzernbeziehungen zu der EWR AG und der EWR Netz GmbH sowie durch die Investitionen in Windparks bzw. deren Projektgesellschaften geprägt.

Die Forderungen gegen verbundene Unternehmen bestehen größtenteils aus Forderungen gegen Windparkgesellschaften, an denen die EWR Neue Energien GmbH Beteiligungen hält.

Die Forderungen gegen die Gesellschafterin beinhalten Forderungen aus dem Cash-Pooling, aus Lieferungen und Leistungen und die Forderung aus der Verlustübernahme.

Trotz Einbindung der EWR Neue Energien GmbH in das Cash-Pooling-System der EWR AG müssen aufgrund der Vorgaben der projektfinanzierenden Bank des Windparks Dorn-Dürkheim liquide Mittel für windschwache Monate auf Ebene der EWR Neue Energien GmbH vorgehalten werden. Die übrigen liquiden Mittel sind frei verfügbar.

Aufgrund der planmäßigen Tilgung sind die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten um TEUR 1.248 gesunken.

6. Mitarbeiter

Im Geschäftsjahr 2017 beschäftigte die Gesellschaft keine Mitarbeiter. Zum 31. Dezember 2017 war ein Geschäftsführer bestellt; Anstellungsverhältnisse zu der Gesellschaft bestanden nicht.

III. Prognose-, Chancen- und Risikobericht

Prognosebericht

Der nachfolgende Bericht erläutert die wesentlichen Prognosen zur Geschäftstätigkeit der EWR Neue Energien GmbH im Jahr 2018.

Derzeit gehen wir davon aus, dass sich das Windaufkommen in 2018 deutlich verbessern wird und wir in diesem Bereich die geplanten Erlöse erzielen werden. Wir gehen für 2018 unter Annahme eines üblichen Windund Sonnenjahres von insgesamt TEUR 973 höheren Umsatzerlösen in den Sparten Fotovoltaik und Windenergie im Vergleich zu 2017 aus. In Summe über alle Geschäftsbereiche erwarten wir im Jahr 2018 Umsatzerlöse in Höhe von TEUR 4.643.

Weitere Chancen ergeben sich aus dem Geschäftsfeld technische Betriebsführungen. Hier konnten wir in den vergangenen Jahren die uns direkt zugeordneten Mitarbeiter qualifizieren und auch in 2017 erfolgreich weitere Betriebsführungen im Windpark- und Fotovoltaiksegment übernehmen. In diesen Geschäftsfeldern erwarten wir in künftigen Jahren zusätzliche Erträge. Unter Annahme von einem leicht steigenden Material- und sonstigen betrieblichen Aufwand, rechnen wir mit einem EBIT in Höhe von TEUR 1.188.

Das voraussichtliche Investitionsvolumen der EWR Neue Energien GmbH prognostizieren wir für 2018 auf TEUR 445. Der größte Anteil ist für den Erwerb von Anteilen am Windpark Alsheim sowie für Investitionen in Fotovoltaik-Projekte und in die Betriebs- und Geschäftsausstattung vorgesehen.

Der Lagebericht enthält zukunftsbezogene Aussagen über weitere Entwicklungen. Diese Aussagen basieren auf aktuellen Einschätzungen und sind naturgemäß mit Risiken und Unsicherheiten behaftet. Die tatsächlich eintretenden Ergebnisse können von den hier formulierten Aussagen abweichen.

Chancen- und Risikobericht

Das Risikomanagement der EWR Neue Energien GmbH wird durch die EWR AG in enger Zusammenarbeit mit der Geschäftsführung der EWR Neue Energien GmbH durchgeführt. Hierbei erfolgt ein regelmäßiger Austausch über die Geschäftsentwicklung durch detaillierte Quartalsberichte mit Erläuterungen und Zukunftsprognosen. Erkannte Risiken werden, soweit möglich, durch Versicherungen und entsprechende Wartungsverträge mit Verfügbarkeitsgarantien minimiert.

Maßgeblich für die Entwicklung des Geschäftsergebnisses ist die direkte Abhängigkeit vom Witterungsverlauf. Dieser kann sich sowohl im negativen Sinne (Risiko) als auch im positiven Sinne (Chance) merklich auf die Wirtschaftlichkeit unserer Gesellschaft auswirken.

Aufgrund der derzeitigen politischen Diskussion gehen wir davon aus, dass in absehbarer Zeit weitere Novellierungen im Bereich des EEG stattfinden werden. Mögliche Konsequenzen für unsere Gesellschaft sehen wir aktuell nicht, da damit zu rechnen ist, dass bestehende Anlagen Bestandsschutz erhalten.

Gesamtbewertung der Risikosituation

In der Gesamtbetrachtung lässt die derzeitige Risikosituation keine den Fortbestand des Unternehmens gefährdenden Risiken erkennen.

Insgesamt rechnen wir mit einer positiven Entwicklung der Gesellschaft.

Worms, den 6. April 2018

EWR Neue Energien GmbH

Die Geschäftsführung

4.2.5 Flugplatz GmbH Worms

Allgemeines

Rechtsform: GmbH

Gründung: 06.03.1967 **Satzungsdatum**: 06.12.2006

Wirtschaftsjahr: Kalenderjahr

Stammkapital am Ende des Wirtschaftsjahres 2017: 1.795.800,00 €

Veränderung im Berichtsjahr: keine



Gegenstand des Unternehmens / Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks

(§ 90 Abs. 2 Satz 2 Nr. 1 und Nr. 2 GemO)

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb und die Unterhaltung des Verkehrslandeplatzes, die Errichtung, der Erwerb, die Erweiterung und der Betrieb der diesem Zwecke dienenden Anlagen sowie dazugehörigen Geschäfte.

Der Gegenstand des Unternehmens ist eine wirtschaftliche Betätigung (§ 85 Abs. 1 GemO).

Beteiligungsverhältnisse

(§ 90 Abs. 2 Satz 2 Nr. 1 GemO)

Am Stammkapital des Unternehmens sind beteiligt:

- Stadt Worms Beteiligungs-GmbH zu 94,9 %
- Stadt Worms zu 5,1 %

Die Beteiligungen haben sich im Berichtsjahr nicht verändert.

Besetzung der Organe im Geschäftsjahr 2017

(§ 90 Abs. 2 Satz 2 Nr. 1 GemO)

Gesellschafterversammlung 2017:

- Stadt Worms Beteiligungs-GmbH: Michael Baumann
- Stadt Worms: Beigeordnete Petra Graen

Gesellschafterausschuss 2017:

Vorsitzende: Petra Graen (Beigeordnete der Stadt Worms)

Mandatsträger:

- Uwe Gros
- Volker Janson
- Pierre Tchokoute Tchoula
- Serdar Uzatmaz
- Dr. Klaus Werth
- Andreas Wasilakis
- Monika Stellmann
- Annelie Büssow

- Kurt Lauer
- Steffen Landskron
- Dr. Jürgen Neureuther

Geschäftsführung 2017:

Geschäftsführer: Alexander Möller **Prokurist:** Karl-Heinz Adelfinger

Personalentwicklung		
	2017	2016
Anzahl der Mitarbeiter (nach § 267 Abs. 5 HGB)	9	8

Laufende Gesamtbezüge der Geschäftsführung

(§ 90 Abs. 2 Satz 2 Nr. 3 GemO)

(Gesamtbezüge der Mitglieder der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates oder der entsprechenden Organe)

Gem. § 286 Abs. 4 HGB wird auf eine Nennung der Bezüge der Geschäftsführung verzichtet. Die Aufwendungen für den Gesellschafterausschuss belaufen sich auf 880,00 € im Jahr 2017.

Kapitalzuführungen/-entnahmen

(§ 90 Abs. 2 Satz 2 Nr. 3 GemO)

Kapitalzuführungen/-entnahmen sind nicht erfolgt.

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft der Stadt Worms

(§ 90 Abs. 2 Satz 2 Nr. 3 GemO)

Kapitalzuführungen durch die Stadt Worms in den letzten 3 Jahren:

2015 - 2017: 0,00 €

Gewinnabführungen an die Stadt Worms in den letzten 3 Jahren:

2015 - 2017: 0,00 €

Vom Unternehmen **gezahlte Steuern an die Stadt Worms** in den letzten 3 Jahren:

2017: 7.565,24 € 2016: 7.565,24 € 2015: 7.565,24 €

Vom Unternehmen gezahlten Konzessionsabgaben an die Stadt Worms in den letzten 3 Jahren:

2015 - 2017: 0,00 €

Vorliegen der Voraussetzungen des § 85 Abs. 1 GemO

(§ 90 Abs. 2 Satz 2 Nr. 4 GemO)

Die Gemeinde darf wirtschaftliche Unternehmen nur errichten, übernehmen oder wesentlich erweitern, wenn

- 1. **der öffentliche Zweck das Unternehmen rechtfertigt** (§ 85 Abs. 1 Nr.1 GemO): Die notwendigen Angaben erfolgten hierzu unter "Gegenstand des Unternehmens".
- 2. das Unternehmen nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zu der Leistungsfähigkeit der Gemeinde und dem voraussichtlichen Bedarf besteht. (§ 85 Abs. 1 Nr. 2 GemO): Die notwendigen Angaben erfolgten hierzu unter "Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft".
- 3. der öffentliche Zweck nicht ebenso gut und wirtschaftlich durch einen privaten Dritten erfüllt wird oder erfüllt werden kann.
- ✓ Im Berichtsjahr gab es keinen Anlass, die bisherige Bewertung zu ändern.

Bilanz zum 31.12.2017

AKTIVA	31.12.2017	31.12.2016
	EUR	EUR
A. Anlagevermögen	2.068.567,97	2.063.234,97
I. Sachanlagen	2.068.567,97	2.063.234,97
B. Umlaufvermögen	176.653,09	124.259,59
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	175.607,58	122.937,58
II. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	1.045,51	1.322,01
C. Rechnungsabgrenzungsposten	724,03	8.619,07
Bilanzsumme	2.245.945,09	2.196.113,63
PASSIVA	31.12.2017	31.12.2016
	EUR	EUR
A. Eigenkapital	1.024.257,90	1.024.257,90
I. Gezeichnetes Kapital	1.795.800,00	1.795.800,00
II. Kapitalrücklage	109.917,43	109.917,43
III. Verlustvortrag	-881.459,53	-881.459,53
IV. Jahresergebnis	0,00	0,00
B. Sonderposten mit Rücklageanteil gem. Art. 67 Abs. 3 EGHGB	0,00	7.904,50
C. Rückstellungen	20.104,52	16.593,09
D. Verbindlichkeiten	1.199.538,56	1.144.890,08
E. Rechnungsabgrenzungsposten	2.044,11	2.468,06
Bilanzsumme	2.245.945,09	2.196.113,63

Gewinn- und Verlustrechnung zum 31.12.2017

		31.12.2017	31.12.2016
		EUR	EUR
1.	Umsatzerlöse	222.726,93	210.120,63
2.	Sonstige betriebliche Erträge	15.120,89	35.787,45
3.	Materialaufwand		
a)	Aufwendungen für Hilfs- und Betriebsstoffe		
	für bezogene Waren	-7.713,31	-7.294,88
b)	Aufwendungen für bezogene Leistungen	-38.136,42	-57.229,57
4.	Personalaufwand		
a)	Löhne und Gehälter	-172.856,98	-136.085,72
b)	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Alters-		
	versorgung und Unterstützung	-48.787,11	-39.034,39
c)	abzüglich Personalkostenanteil Landesbetrieb		
	Straßen und Verkehr Rheinland-Pfalz	84.759,96	68.713,32
5.	Abschreibungen auf Sachanlagen	-43.546,97	-42.942,42
6.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	-139.140,08	-95.417,64
7.	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,50	0,51
8.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-9.804,83	-10.881,18
9.	Ergebnis nach Steuern	-137.377,42	-74.263,89
10.	Sonstige Steuern	-7.565,24	-7.565,24
11.	Erträge aus Verlustübernahme	144.942,66	81.829,13
12.	Jahresergebnis	0,00	0,00

Kennzahlen zum 31.12.2017

Finanzkennzahlen		
EBITDA (in EUR)	-84.026,12 Jahresergebnis + Steueraufwand - Steuererträge +/- Finanzergebnis + außerordentliche Erträge + Abschreibungen auf das Anlagevermögen - Zulagen auf das Anlagevermögen	
Wirtschaftlichkeit (in %)	65,09 Ertrag (bzw. Leistung) : Aufwand (bzw. Kosten) x 100	

Vermögenskennzahlen		
Eigenkapitalquote (in %)	45,60	
(111 70)	(Eigenkapital x 100) : Gesamtkapital	
Fremdkapitalquote	54,40	
(in %)	(Fremdkapital x 100) : Gesamtkapital	
Personalkennzahl		
Personalaufwandsquote	57,55	
(in %)	Personalaufwand : Gesamtleistung x 100	

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2017

Grundlagen des Unternehmens

Die Flugplatz GmbH Worms wird als Gesellschaft mit beschränkter Haftung mit Sitz in Worms geführt und ist im Handelsregister des Amtsgerichtes Mainz (HRB 10117) eingetragen.

Wirtschaftlicher Zweck der Gesellschaft ist die Abwicklung des Flugbetriebes auf dem Verkehrslandeplatz Worms. Die Flugbewegungen verteilen sich auf gewerblichen und nichtgewerblichen Verkehr von Motorflugzeugen, Motorseglern, Ultraleichtflugzeugen, Helikoptern und Segelflugzeugen. Die Flugplatz GmbH Worms betreibt daneben eine Tankagentur zur Versorgung der Luftfahrzeuge mit Treib- und Schmierstoffen. Ferner vermietet die Gesellschaft Abstellplätze für Luftfahrzeuge in den drei eigenen Flugzeughallen und betreibt seit dem Jahr 2008 die Abwasserentsorgungsanlage auf dem Flugplatzgelände.

Die mittlerweile am Flugplatz angesiedelten gewerblichen Flugschulen decken ein sehr breites Spektrum der Ausbildungsalternativen ab. Abgerundet wird dies durch die Ausbildungsangebote der ansässigen Vereine. Besonders sei hierzu die ständig wachsende Verkehrspilotenschule erwähnt, die seit dem Jahr 2015 nicht unerheblich zu den Flugbewegungen sowie den damit in Verbindung stehenden Umsatzerlösen steht. Diese Flugschule investiert ferner in die eigene Infrastruktur, was wiederum eine Aufwertung des gesamten Flugplatzes mit sich bringt.

Dies zeigt deutlich, dass die zentrale Lage des Verkehrslandeplatzes Worms in der Region mit dem hindernisfreien An- und Abflug (ideal für Schulflüge) sowie der guten Verkehrsanbindung ein wesentlicher Standortfaktor ist, den es auch in der Zukunft zu nutzen und zu sichern gilt.

Markt und Wettbewerb

Die Rolle des Verkehrslandeplatzes Worms als Ausbildungsflugplatz in der Region Rhein-Main-Neckar hat sich folglich weiterhin bestätigt und gefestigt. Die Tatsache, dass der Verkehrslandeplatz Speyer die Verlängerung der Start- und Landebahn realisiert hat und so den Geschäftsreiseverkehr der Region abwickeln kann, spielt für den Flugplatz Worms keine gravierende Rolle.

Die zwischenzeitlich über mehrere Jahre hindurch geplante Bestrebung einer Zusammenarbeit der Flugplätze Mannheim, Speyer und Worms, wurde im abgelaufenen Geschäftsjahr seitens der Gesellschaft eingestellt. Die geplanten Umgebungsparameter der angestrebten Verwaltungsgemeinschaft ließen für die Flugplatz GmbH keine praktikablen Synergieeffekte erkennen.

Ertragslage

Die Umsatzerlöse betrugen im Geschäftsjahr 2017 223 T€. Dies entspricht einer Steigerung um rund 6% gegenüber dem Jahr 2016. Dies resultiert zum größten Teil aus dem Betrieb der ansässigen Verkehrspiloten-Flugschule. Die Flugbewegungen blieben im abgelaufenen Jahr 2017 mit erneut 40.000 Bewegungen stabil. Verantwortlich hierfür war neben der gesamten konjunkturellen positiven Lage auch die bereits erwähnte Verkehrsfliegerschule.

Die sonstigen betrieblichen Erträge können mit rund 15 T€ beziffert werden, was einer Reduzierung von etwa 58 % entspricht. Dies liegt in der Tatsache begründet, dass im Geschäftsjahr 2017 nur noch der Restbetrag des Sonderpostens aus Investitionskostenzuschüssen aufgelöst wurde.

Der sonstige betriebliche Aufwand erhöhte sich um 29%. Dies resultiert im Wesentlichen aus einer schweren Störung der Abwasserentsorgungsanlage. Die Anlage konnte nur mit erheblichem finanziellen Aufwand instandgesetzt werden.

Im Geschäftsjahr 2017 wurden wiederum nur geringe personelle Veränderungen vorgenommen. Da ein Mitarbeiter im Gleitzonen-Beschäftigungsverhältnis

(850,- EUR/mtl.) und eine Aushilfskraft im geringfügigen Beschäftigungsverhältnis (450,- EUR/mtl.) das Unternehmen verlassen haben, wurden diese Mitarbeiter durch zwei neue Beschäftigte im geringfügigen Beschäftigungsverhältnis ersetzt.

Die Erhöhung der Personalkosten um rund 36 T€ ist der Tatsache geschuldet, dass die Assistenz der Geschäftsführung aus Gründen der Praktikabilität nicht mehr bei der Stadtverwaltung, sondern bei der Flugplatz GmbH beschäftigt ist. Ein Ausgleich der Kosten zwischen der Parkhausbetriebs GmbH Worms und der Flugplatz GmbH Worms erfolgt allerdings über eine interne Leistungsverrechnung.

Ferner sind diverse Lohnschwankungen für den Anstieg der Personalkosten mit verantwortlich.

Das Jahresergebnis vor Verlustübernahme beläuft sich auf einen Fehlbetrag von 145 T€. Dies entspricht einer Verschlechterung des Ergebnisses von 63 T€ zum Vorjahr.

Investitionen

Die größte Investition im Geschäftsjahr 2017 ist der neu erworbene Traktor, welcher zum erforderlichen Mähen der Grasflächen eingesetzt wird.

Vermögenslage und Liquidität

Resultierend aus dem Ergebnisabführungsvertrag mit der Stadt Worms Beteiligungs-GmbH, wird bei der Flugplatz GmbH Worms keine wesentliche Veränderung der Vermögenslage erkannt.

Durch den Cash-Managementvertrag - ebenfalls zwischen der Gesellschaft und der Stadt Worms Beteiligungs-GmbH geschlossen - ist die Liquidität der Gesellschaft gesichert.

Ausblick, Risiken und Chancen der künftigen Entwicklung

Die durchschnittliche Großwetterlage, die allgemeine Konjunktur sowie zu erwartende behördliche Auflagen im Rahmen der Europäisierung bilden das künftige Risikopotential auch künftig ab.

Alle ansässigen Vereine und Unternehmen bilden auch in Zukunft das Gerüst des Verkehrslandeplatzes Worms. Des Weiteren sind die Gewerbeunternehmen nach unseren Möglichkeiten zu unterstützen und zu forcieren. Ferner ist der Flugplatz von seiner Attraktivität her zu erhalten.

Es wird weiterhin eine Steigerung der Flugbewegungen angestrebt. Hierzu gilt es, den Verkehrslandeplatz Worms weiterhin für seine Nutzer attraktiv zu gestalten, wobei die zuvor genannten und geplanten technischen Anlagen beitragen.

Mit der Installation der geplanten Gleitwegbefeuerung erfährt der Verkehrslandeplatz Worms eine generelle Aufwertung, die sich auch in den Flugbewegungen wiederspiegeln wird.

Die erforderlichen Sanierungsmaßnahmen der Infrastruktur (Rollwege, Hallen, Vorfelder, etc.) werden aus finanziellen Gründen nur Zug um Zug und nach Priorität durchgeführt. Im Wirtschaftsplan des Geschäftsjahres 2018 ist eine Fugensanierung der Rollwege vorgesehen.

Im Geschäftsjahr 2017 konnte der Rechtsstreit der Ende 2015 an uns heimgefallenen Halle mit Büroanbau mit einem für alle Parteien annehmbaren Ergebnis zum Abschluss gebracht werden. Die betreffenden Immobilien sind in das Eigentum der Gesellschaft übergegangen und werden zunächst weiter zu Gunsten der Flugplatz GmbH an die bereits vorhandenen Mieter vermietet. Im Jahr 2018 beabsichtigt ein Investor das Grundstück zu pachten und die Gebäude zu erwerben. Es ist geplant, die dort angesiedelte Flugwerft weiter zu betreiben und auszubauen. Hieraus ergäbe sich ein weiterer positiver Effekt für die Gesellschaft.

Eine Verbesserung der Ertragslage begründet sich im Geschäftsjahr 2018 hauptsächlich darin, dass das Ausbildungsprogramm der ansässigen Verkehrspilotenschule überarbeitet und verbessert wurde. Dadurch ist eine Steigerung der Flugbewegungen zu erwarten. Ferner wurden bereits Ausbildungsverträge mit ausländischen Luftfahrtgesellschaften – beispielsweise Vereinigte Arabische Emirate – geschlossen, welche ihren fliegerischen Nachwuchs in Worms ausbilden lassen möchten.

Als weiterer positiver Entwicklungsmotor kann die geplante Gleitwegbefeuerung betrachtet werden, welche im ersten Halbjahr 2018 installiert wird. Nach Fertigstellung ist vor allem mit einem Anstieg der Nachtflugausbildung zu rechnen.

Auch wenn alle Bemühungen der Gesellschaft darauf ausgerichtet sind die Verlustübernahme der Stadt Worms Beteiligungs-GmbH zu minimieren, wird ein Jahresverlust vor Verlustübernahme langfristig nicht zu vermeiden sein.

Die Umsetzung diverser EU-Durchführungsverordnungen belastet die Gesellschaft weiterhin. Der Ausfluss einer solchen Verordnung ist eine aktuell neue Frequenzzuteilung, welche mit einem finanziellen Aufwand einhergeht. Weitere geplante Maßnahmen, wie eine qualitative Aufwertung des Luftaufsichtspersonals, stehen derzeit ebenfalls an und können der Gesellschaft weitere finanzielle Aufwendungen bescheren.

Für das Jahr 2018 rechnen wir entsprechend der Wirtschaftsplanung mit einem Jahresfehlbetrag vor Verlustübernahme in Höhe von 95 T€.

Worms, im Februar 2018

Alexander Möller / Geschäftsführer

4.2.6 GML – Gemeinschafts-Müllheizkraftwerk Ludwigshafen GmbH

Allgemeines

Rechtsform: GmbH

Gründung: 1985

Satzungsdatum: 22.03.2017

Wirtschaftsjahr: Kalenderjahr

Stammkapital am Ende des Wirtschaftsjahres 2017: 870.400,00 €

Veränderung im Berichtsjahr: keine



Gegenstand des Unternehmens / Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks

(§ 90 Abs. 2 Satz 2 Nr. 1 und Nr. 2 GemO)

Gegenstand des Unternehmens sind nach § 2 des Gesellschaftsvertrages die Behandlung, Verwertung und Entsorgung von Abfällen und Wertstoffen, die Errichtung und der Betrieb von Anlagen zur Behandlung, Verwertung und Entsorgung von Abfällen und Wertstoffen, die Erbringung abfallwirtschaftlicher Dienstleistungen, die Abgabe des bei der Verbrennung erzeugten Dampfes in unverarbeitetem Zustand an die Technischen Werke Ludwigshafen AG zur Verteilung oder zur Erzeugung von Wärme und Strom.

Der Gegenstand des Unternehmens ist eine nicht-wirtschaftliche Betätigung (§ 85 Abs. 3 GemO).

Beteiligungsverhältnisse

(§ 90 Abs. 2 Satz 2 Nr. 1 GemO)

Am Stammkapital des Unternehmens sind beteiligt:

- die Stadt Ludwigshafen zu 52,352 %
- die Stadt Worms zu 5,882 %
- die Stadt Speyer zu 5,882 %
- die Stadt Frankenthal zu 5,882 %
- die Stadt Neustadt an der Weinstraße zu 5,882 %
- der Landkreis Bad Dürkheim zu 5,882 %
- der Rhein-Pfalz-Kreis zu 5,882 %
- der Landkreis Alzey-Worms zu 5,882 %
- die Zentrale Abfallwirtschaft Kaiserslautern zu 5,882 %
- die Stadt Mannheim zu 0,588 %

Die Beteiligungen des Unternehmens haben sich im Berichtsjahr nicht verändert.

Besetzung der Organe im Geschäftsjahr 2017

(§ 90 Abs. 2 Satz 2 Nr. 1 GemO)

Gesellschafterversammlung 2017:

• für die Stadt Worms: Bürgermeister Hans-Joachim Kosubek

Aufsichtsrat 2017:

• für die Stadt Worms: Bürgermeister Hans-Joachim Kosubek

Geschäftsführung 2017:

- Geschäftsführer: Dr. Thomas Grommes
- Prokurist: Kalev Rainer Kasak

Personalentwicklung		
	2017	2016
Anzahl der Mitarbeiter (nach § 267 Abs. 5 HGB)	19,0	14,5

Laufende Gesamtbezüge der Geschäftsführung

(§ 90 Abs. 2 Satz 2 Nr. 3 GemO)

(Gesamtbezüge der Mitglieder der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates oder der entsprechenden Organe)

Gem. § 286 Abs. 4 HGB wird auf eine Nennung der Bezüge der Geschäftsführung verzichtet.

Die Aufwendungen für den Aufsichtsrat belaufen sich auf 7.092,00 € im Jahr 2017.

Kapitalzuführungen/-entnahmen

(§ 90 Abs. 2 Satz 2 Nr. 3 GemO)

Kapitalzuführungen/-entnahmen sind nicht erfolgt.

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft der Stadt Worms

(§ 90 Abs. 2 Satz 2 Nr. 3 GemO)

Kapitalzuführungen durch die Stadt Worms in den letzten 3 Jahren:

2015 - 2017: 0,00 €

Gewinnabführungen an die Stadt Worms in den letzten 3 Jahren:

2015 - 2017: 0,00 €

Vom Unternehmen gezahlte Steuern an die Stadt Worms in den letzten 3 Jahren:

2015 - 2017: 0,00 €

Vom Unternehmen gezahlten Konzessionsabgaben an die Stadt Worms in den letzten 3 Jahren:

2015 - 2017: 0,00 €

Vorliegen der Voraussetzungen des § 85 Abs. 1 GemO

(§ 90 Abs. 2 Satz 2 Nr. 4 GemO)

Die Gemeinde darf wirtschaftliche Unternehmen nur errichten, übernehmen oder wesentlich erweitern, wenn

- 1. **der öffentliche Zweck das Unternehmen rechtfertigt** (§ 85 Abs. 1 Nr.1 GemO): Die notwendigen Angaben erfolgten hierzu unter "Gegenstand des Unternehmens".
- 2. das Unternehmen nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zu der Leistungsfähigkeit der Gemeinde und dem voraussichtlichen Bedarf besteht. (§ 85 Abs. 1 Nr. 2 GemO): Die notwendigen Angaben erfolgten hierzu unter "Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft".
- 3. der öffentliche Zweck nicht ebenso gut und wirtschaftlich durch einen privaten Dritten erfüllt wird oder erfüllt werden kann.
- ✓ Im Berichtsjahr gab es keinen Anlass, die bisherige Bewertung zu ändern.

Bilanz zum 31.12.2017

AKTIVA	31.12.2017 EUR	31.12.2016 EUR
A. Anlagevermögen	23.912.881,91	23.876.366,06
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	18.394,00	18.175,00
II. Sachanlagen	23.894.487,91	23.858.191,06
B. Umlaufvermögen	5.744.837,68	5.594.091,02
I. Vorräte	2.769.822,28	2.321.363,63
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände III. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben	2.873.710,91	3.088.855,88
bei Kreditinstituten und Schecks	101.304,49	183.871,51
C. Rechnungsabgrenzungsposten	4.368,51	4.211,57
Bilanzsumme	29.662.088,10	29.474.668,65
PASSIVA	31.12.2017	31.12.2016
	EUR	EUR
A. Eigenkapital	11.154.850,67	10.470.969,90
I. Gezeichnetes Kapital	870.400,00	870.400,00
II. Kapitalrücklage	2.398.239,62	2.398.239,62
III. Gewinnrücklage	7.202.330,28	7.083.392,98
IV. Jahresüberschuss	683.880,77	118.937,30
B. Rückstellungen	2.383.899,08	1.519.988,01
C. Verbindlichkeiten	16.123.338,35	17.483.710,74
Bilanzsumme	29.662.088,10	29.474.668,65

Gewinn- und Verlustrechnung zum 31.12.2017

		31.12.2017	31.12.2016
		EUR	EUR
1.	Umsatzerlöse	24.916.721,23	25.141.757,48
2.	Sonstige betriebliche Erträge	199.050,61	356.138,46
3.	Materialaufwand		
	Aufwendungen für Hilfs- und Betriebsstoffe für bezogene Waren Aufwendungen für bezogene Leistungen	0,00 -17.703.968,43	0,00 -18.049.956,87
4.	Personalaufwand	-17.703.308,43	-10.043.330,67
- ,	Löhne und Gehälter Soziale Abgaben und Aufwendungen für Alters-	-1.243.072,82	-1.207.271,81
	versorgung und Unterstützung	0,00	0,00
5.	Abschreibungen auf immaterielle Vermögens- gegenstände des Anlagevermögens und Sach-		
	anlagen	-2.730.256,04	-3.486.905,97
6.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	-1.996.173,13	-2.057.736,19
7.	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	2.415,76	6.333,85
8.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-421.071,22	-492.456,53
9.	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-309.599,18	-58.000,00
10.	Ergebnis nach Steuern	714.046,78	151.902,42
11.	Sonstige Steuern	-30.166,01	-32.965,12
12.	Jahresüberschuss	683.880,77	118.937,30

Kennzahlen zum 31.12.2017

Finanzkennzahlen			
EBITDA (in EUR)	4.172.557,46		
	Jahresergebnis + Steueraufwand - Steuererträge +/- Finanzergebnis + außerordentliche Erträge + Abschreibungen auf das Anlagevermögen - Zulagen auf das Anlagevermögen		
Wirtschaftlichkeit (in %)	106,09		
(,,	Ertrag (bzw. Leistung) : Aufwand (bzw. Kosten) x 100		

Vermögenskennzahlen		
Eigenkapitalquote	37,61	
(in %)	(Eigenkapital x 100) : Gesamtkapital	
Fremdkapitalquote	62,39	
(in %)	(Fremdkapital x 100) : Gesamtkapital	
Personalkennzahl		
Personalaufwandsquote	4,95	
(in %)	Personalaufwand : Gesamtleistung x 100	

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2017

Dieser Lagebericht 2017 der GML-Geschäftsführung orientiert sich seit dem Geschäftsjahr 2017 an der von der Wirtschaftsprüferkammer empfohlenen Musterstruktur des Lageberichtes.

1. Darstellung des Geschäftes – Unternehmensbericht

Die GML – Gemeinschafts-Müllheizkraftwerk Ludwigshafen GmbH ist ein 100%-iges Kommunalunter-nehmen und befindet sich im Eigentum der Städte Ludwigshafen am Rhein, Worms, Speyer, Frankenthal/Pfalz, Neustadt an der Weinstraße und Mannheim, der Landkreise Bad Dürkheim, Alzey-Worms und Rhein-Pfalz-Kreis sowie der ZAK – Zentrale Abfallwirtschaft Kaiserslautern – gemeinsame kommunale Anstalt der Stadt und des Landkreises Kaiserslautern.

Die GML übernimmt für ihre kommunalen Gesellschafter als Erfüllungsgehilfe dieser öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger nach Kreislaufwirtschaftsgesetz (KrWG) die Entsorgungssicherheit für deren stofflich nicht verwertbare Restabfälle (Hausmüll, Sperrmüll, hausmüllähnliche Gewerbeabfälle) von einer Million Einwohnern aus der o.g. GML-Region. Das strategische Ziel ist die 100%-ige Entsorgungs-sicherheit bei optimaler Umweltleistung zu wirtschaftlichen Konditionen unter Einsatz des GML-eigenen Gemeinschafts-Müllheizkraftwerks Ludwigshafen (MHKW).

Die GML besitzt für die Erfüllung dieser Aufgaben kein Beteiligungsunternehmen.

2. Darstellung des Geschäftsverlaufs mit Geschäftsergebnis 2.1. Geschäftsergebnis

Das Ergebnis der GML im Geschäftsjahr 2017 beträgt vor Steuern 993,4 T€. Die Erlöse wurden auch in 2017 (25.896,7 T€) überwiegend mit den GML-Gesellschaftern selbst erzielt. Nach Umlagerückführung von 980 T€ ergab sich ein Umsatz in 2017 von 24.916,7 T€ (2016: 25.193,3 T€).

2.2. Geschäftsverlauf

Der Geschäftsverlauf war – wie für die GML auch in den Vorjahren typisch – stabil, weil er überwiegend durch die Annahme und energetische Verwertung von Kommunalabfällen der GML-Gesellschafter (Hausmüll, Sperrmüll, hausmüllähnliche Gewerbeabfälle) geprägt war.

2.3. Investitionen

In der GML wurden im abgeschlossenen Wirtschaftsjahr 2017 2.670 T€ in das MHKW Ludwigshafen, 123 T€ in die Bioabfall-Umladeanlage Nord (BAUN), 165 T€ in Sachanlagen und 0 T€ in Finanzanlagen investiert. Damit hielt die GML ihre vom Aufsichtsrat verabschiedeten Investitions-Planwerte (MHKW: 3.130 T€, BAUN: 150 T€, Sachanlagen: 175 T€, Finanzanlagen: 0 T€) vollständig ein.

2.4. Personal

Zum Bilanzstichtag 31.12.2017 beschäftigte die GML neben dem Geschäftsführer 14 Mitarbeiter zzgl. zwei Auszubildende sowie drei geringfügig Beschäftigte (Minijob). Zur Fort- und Weiterbildung der GML-Mitarbeiter hat die GML im Geschäftsjahr 24 T€ aufgewendet. Hierbei wurden die Mitarbeiter gezielt nach ihren Bedürfnissen und den Anforderungen des Geschäfts in internen und externen Schulungs- und Seminareinrichtungen weitergebildet.

Die Krankheitsquote betrug in 2017 durchschnittlich 9,0 Tage/Mitarbeiter, entsprechend 3,6 % der Arbeitstage.

3. Darstellung der Lage der Gesellschaft 3.1. Vermögenslage

Die vorliegende Bilanz 2017 der GML zeigt in jeder Hinsicht geordnete Vermögensverhältnisse auf sicherer finanzieller Grundlage wegen des äußerst stabilen Kerngeschäftes. Die Bilanzsumme beträgt 29.662 T€ (Vorjahr: 29.475 T€). Das in der Bilanz ausgewiesene Eigenkapital beläuft sich auf 11.155 T€ (Vorjahr: 10.471 T€). Das Eigenkapital entwickelte sich im Berichtszeitraum wie folgt:

	Stand 31.12.2017	Stand 31.12.2016
gezeichnetes Kapital	870.400,00€	870.400,00€
Kapitalrücklage	2.398.239,62 €	2.398.239,62 €
Gewinnrücklage	7.202.330,28 €	7.083.392,98 €
Jahresüberschuss	683.880,77€	118.937,30€
Summe Eigenkapital	11.154.850,67 €	10.470.969,90€
Bilanzsumme	29.662.088,10€	29.474.668,65 €
Eigenkapitalquote	37,6 %	35,5 %

Der Jahresüberschuss 2017 soll den Gewinnrücklagen zugeführt werden. Über die endgültige Verwendung beschließt die Gesellschafterversammlung.

3.2. Finanz- und Ertragslage

Im abgelaufenen Wirtschaftsjahr konnte ein Ergebnis vor Steuern in Höhe von 993 T€ (Vorjahr: 177 T€) erwirtschaftet werden. Nach Abzug der Ertragssteuern verbleibt ein Jahresüberschuss in Höhe von 684 T€ (Vorjahr: 119 T€). Dieses Jahresergebnis ergibt sich nach der mit den Finanzbehörden grundsätzlich vereinbarten Umlagerückführungs-Möglichkeit von 980 T€ (= 26,5 %) aus nicht benötigten Aufwandsmitteln für die Instandhaltung des MHKW von insgesamt 3.701 T€ erhobener Umlage. Mit dem Jahresüberschuss, der satzungsgemäß in die Gewinnrücklage der GML eingestellt werden muss, erzielt die GML mehr als den steuerlich notwendigen Mindestgewinn von 6,5% vom Stammkapital (870.400,- €) = 56.576,- €.

Die Finanzierung der GML ist über lang- und kurzfristige Darlehen und Kreditlinien gesichert. Die Liquiditätslage ist zufriedenstellend. Engpässe sind nicht zu erwarten.

4. Voraussichtliche Entwicklung mit ihren wesentlichen Chancen und Risiken 4.1. Risikobericht

Auf Basis des vorliegenden Jahresabschlusses und dem aktuellen Kenntnisstand der Geschäftsführung über das Geschäftsjahr 2017 sind keine bestandsgefährdenden wirtschaftlichen und rechtlichen Risiken erkennbar, die einen wesentlichen Einfluss auf die Vermögens- oder Ertragslage der GML haben könnten. Der Grund hierfür liegt vor allem in der Auslastung des MHKW, die weitestgehend durch die GML-Gesellschafter selber erfolgt.

Im Risikomanagement der GML sind folgende Risiken hinterlegt:

Erstattungsforderung aus dem Großbrand ggü. einer Versicherung (Wiedererrichtung Neubunker):

GML-Forderung: 4.542.922,02 € davon bisher erstattet: 1.910.809,00 € daher noch ausstehend: 2.632.133,02 €

davon ergebniswirksam: 0 T€ (da bereits in früheren Jahresabschlüssen verarbeitet)

Status: Gerichtsverfahren vor dem LG München dem Grunde nach gewon-

nen.

Die restliche Erstattungshöhe wird durch einen gerichtlich bestellten

Gutachter ermittelt.

Risikomaßnahme: Erfolgreicher Abschluss des Gerichtsverfahrens.

Zeitdauer: Nicht abschätzbar, da vom Gericht und der Beklagten abhängig.

Erstattungsforderung aus dem Großbrand ggü. einer Versicherung (Sprühflutlöschanlage):

GML-Forderung: 5.154.153,04 €

davon bisher erstattet: 0 T€

daher noch ausstehend: 5.154.153,04 €

davon ergebniswirksam: Die Sprühflutlöschanlage wurde bis auf weiteres in das Anlagevermö-

gen der GML übernommen und wird auf ≈20 Jahre abgeschrieben. Die

jährliche Afa beläuft sich auf ca. 250 T€.

Status: Gerichtsverfahren vor dem LG und dem OLG München dem Grunde

nach gewonnen.

Risikomaßnahme: Erfolgreicher Abschluss des Gerichtsverfahrens.

Zeitdauer: Nicht abschätzbar, da vom Gericht und der Beklagten abhängig.

4.2. Voraussichtliche Geschäftsentwicklung

Die Auftragslage der GML ist sehr gut, weil sie von überwiegender Eigenauslastung durch die GML-Gesellschafter geprägt ist. Sie lastet die technischen und personellen Ressourcen mittel- bis langfristig weitestgehend aus. Im Kerngeschäft wird die MHKW-Durchsatzmenge und die Auslastung des MHKW durch die Modernisierung im Rahmen des Projektes IGNIS ab 2020 schrittweise bis 2023 zunehmen. Damit steigt auch die Wirtschaftlichkeit der GML weiter an.

5. Öffentlichkeitsarbeit und Unternehmenskommunikation

Um den zentralen Betriebsstandort des MHKW Ludwigshafen, der mitten in der Stadt Ludwigshafen gelegen ist, langfristig abzusichern ist u.a. eine hohe Akzeptanz durch direkte Anwohner und Nutzer (die angeschlossene eine Million Einwohner) erforderlich. Hierfür betreibt die GML seit vielen Jahren eine proaktive und offensive Öffentlichkeitsarbeit. Diese zielt darauf ab, vor allen Dingen den Nutzen der Energiegewinnung aus nicht mehr recycelbaren Restabfällen zu kommunizieren.

Die Komponenten dieser Öffentlichkeitsarbeit sind:

- Freilandklassenzimmer (Umweltbildung für Kinder / Schüler),
- aktive Pressearbeit,
- Standort-Gestaltungsmaßnahmen, wie "Klimabanner", Neubunkerfassade, Nordfassade MHKW, Marienpark, Kaminbeleuchtung, neues Verwaltungsgebäude,
- "Kunst und Müll!",
- LUCATION im ehem. Hallenbad Nord,
- Informationszentrum zu IGNIS (ab 2018)

Insgesamt wandte die GML im Berichtsjahr 2017 152 T€ an Mitteln für diese Öffentlichkeitsarbeit auf. Dies stellt mit 0,6 % vom Gesamtaufwand einen nur geringen Aufwandsanteil dar, der angemessen ist.

6. Bestehende Zweigniederlassungen nach § 289 Abs. 2 Nr. 3 HGB

Die GML betreibt in Grünstadt für ihre Gesellschafter als Nebengeschäftsfeld die Bioabfall-Umladeanlage Nord (BAUN). Es werden nur 0,7 % der Umsätze mit diesem Nebengeschäftsfeld erzielt.

4.2.7 Hafenbetriebe Worms GmbH

Allgemeines

Rechtsform: GmbH

Gründung: 15.12.1998 **Satzungsdatum**: 23.12.2016

Wirtschaftsjahr: Kalenderjahr

Stammkapital am Ende des Wirtschaftsjahres 2017:

Veränderung im Berichtsjahr: keine

Gegenstand des Unternehmens / Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks

(§ 90 Abs. 2 Satz 2 Nr. 1 und Nr. 2 GemO)

- (1) Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb der Rheinhäfen, die Errichtung, der Erwerb, die Erweiterung und der Betrieb der diesen Zwecken dienenden Anlagen sowie dazugehörige und ähnliche Geschäfte. Die vorgenannten Tätigkeiten gehören aber nur insoweit zum Gegenstand des Unternehmens, als eine kommunale Zuständigkeit für die Aufgabenwahrnehmung gegeben ist. Daneben kann es andere versorgungswirtschaftliche und verkehrswirtschaftliche Aufgaben von der Stadt Worms übernehmen.
- (2) Die Gesellschaft kann alle ihren Unternehmensgegenstand oder ihre Wirtschaftlichkeit fördernden Geschäfte und alle ihre Weiterentwicklung dienenden Tätigkeiten betreiben, soweit eine kommunale Zuständigkeit gegeben ist.

Der Gegenstand des Unternehmens ist eine wirtschaftliche Betätigung (§ 85 Abs. 1 GemO).

Beteiligungsverhältnisse

(§ 90 Abs. 2 Satz 2 Nr. 1 GemO)

Am Stammkapital des Unternehmens sind beteiligt:

- Die Stadt Worms Beteiligungs-GmbH zu 99 %
- Die Stadt Worms zu 1 %

Die Beteiligungen haben sich im Berichtsjahr nicht verändert.

Besetzung der Organe im Geschäftsjahr 2017

(§ 90 Abs. 2 Satz 2 Nr. 1 GemO)

Gesellschafterversammlung 2017:

- Stadt Worms Beteiligungs-GmbH: Michael Baumann
- Stadt Worms: Bürgermeister Hans-Joachim Kosubek

Aufsichtsrat 2017:

• Vorsitzender: Hans-Joachim Kosubek

Mandatsträger:

- Willi Fuhrmann
- Uwe Gros
- Pierre Tchokoute Tchoula

- Serdar Uzatmaz
- Dr. Klaus Werth
- Monika Stellmann
- Annelie Büssow
- Barbara Wirth
- David Hilzendegen
- Karl Müller
- Dr. Uwe Radmacher

Geschäftsführung 2017:

- Geschäftsführer: Karl-Heinz Adelfinger
- Prokurist: Alexander Möller

Personalentwicklung		
	2017	2016
Anzahl der Mitarbeiter	0	0
(nach § 267 Abs. 5 HGB)		

Laufende Gesamtbezüge der Geschäftsführung

(§ 90 Abs. 2 Satz 2 Nr. 3 GemO)

(Gesamtbezüge der Mitglieder der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates oder der entsprechenden Organe)

Der Geschäftsführer hat von der Gesellschaft keine Bezüge erhalten.

Die Aufwendungen für den Gesellschafterausschuss betragen 1.000,00 € für das Jahr 2017.

Kapitalzuführungen/-entnahmen

(§ 90 Abs. 2 Satz 2 Nr. 3 GemO)

Kapitalzuführungen/-entnahmen sind nicht erfolgt.

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft der Stadt Worms

(§ 90 Abs. 2 Satz 2 Nr. 3 GemO)

Kapitalzuführungen durch die Stadt Worms in den letzten 3 Jahren:

2015 - 2017: 0,00 €

Gewinnabführungen an die Stadt Worms in den letzten 3 Jahren:

2015 - 2017: 0,00 €

Vom Unternehmen gezahlte Steuern an die Stadt Worms in den letzten 3 Jahren:

2017: 15.293,38 € 2016: 15.293,38 € 2015: 15.293,38 €

Vom Unternehmen gezahlten Konzessionsabgaben an die Stadt Worms in den letzten 3 Jahren:

2015 - 2017: 0,00 €

Vorliegen der Voraussetzungen des § 85 Abs. 1 GemO

(§ 90 Abs. 2 Satz 2 Nr. 4 GemO)

Die Gemeinde darf wirtschaftliche Unternehmen nur errichten, übernehmen oder wesentlich erweitern, wenn

- 1. **der öffentliche Zweck das Unternehmen rechtfertigt** (§ 85 Abs. 1 Nr.1 GemO): Die notwendigen Angaben erfolgten hierzu unter "Gegenstand des Unternehmens".
- 2. das Unternehmen nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zu der Leistungsfähigkeit der Gemeinde und dem voraussichtlichen Bedarf besteht. (§ 85 Abs. 1 Nr. 2 GemO): Die notwendigen Angaben erfolgten hierzu unter "Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft".
- 3. der öffentliche Zweck nicht ebenso gut und wirtschaftlich durch einen privaten Dritten erfüllt wird oder erfüllt werden kann.
- ✓ Im Berichtsjahr gab es keinen Anlass, die bisherige Bewertung zu ändern.

Bilanz zum 31.12.2017

AKTIVA	31.12.2017	31.12.2016
	EUR	EUR
A. Anlagevermögen	4.658.100,42	4.729.404,42
I. Sachanlagen	4.658.100,42	4.729.404,42
B. Umlaufvermögen	281.368,41	158.397,05
I. Vorräte	3.423,65	6.994,80
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	277.080,56	151.179,25
III. Flüssige Mittel	864,20	223,00
C. Rechnungsabgrenzungsposten	193,21	305,39
Bilanzsumme	4.939.662,04	4.888.106,86
PASSIVA	31.12.2017	31.12.2016
	EUR	EUR
A. Eigenkapital	1.683.782,10	1.683.782,10
I. Gezeichnetes Kapital	1.300.000,00	1.300.000,00
II. Kapitalrücklage	383.782,10	383.782,10
B. Rückstellungen	102.592,05	107.021,58
C. Verbindlichkeiten	3.153.287,89	3.097.303,18
Bilanzsumme	4.939.662,04	4.888.106,86

Gewinn- und Verlustrechnung zum 31.12.2017

		31.12.2017	31.12.2016
		EUR	EUR
1.	Umsatzerlöse	1.657.906,55	1.665.679,75
2.	Sonstige betriebliche Erträge	32.677,88	17.550,36
3.	Materialaufwand		
a)	Aufwendungen für Hilfs- und Betriebsstoffe		
	für bezogene Waren	-153.241,09	-114.832,34
b)	Aufwendungen für bezogene Leistungen	-561.861,68	-406.781,92
4.	Abschreibungen auf Sachanlagen	-228.829,78	-224.704,89
5.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	-634.882,56	-603.928,44
6.	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	8,69	5,37
7.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-50.552,39	-71.383,81
8.	Ergebnis nach Steuern	61.225,62	261.604,08
9.	Sonstige Steuern	-15.727,38	-15.630,88
10.	Jahresergebnis vor Verwendung	45.498,24	245.973,20
11.	Aufgrund eines Gewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne	-45.498,24	-245.973,20
12.	Jahresergebnis	0,00	0,00

Kennzahlen zum 31.12.2017

Finanzkennzahlen				
EBITDA (in EUR)	340.599,10 Jahresergebnis + Steueraufwand - Steuererträge +/- Finanzergebnis + außerordentliche Erträge + Abschreibungen auf das Anlagevermögen - Zulagen auf das Anlagevermögen			
Wirtschaftlichkeit (in %)	107,08 Ertrag (bzw. Leistung) : Aufwand (bzw. Kosten) x 100			
Vermögenskennzahlen	,			
Eigenkapitalquote (in %)	34,09			
(70)	(Eigenkapital x 100) : Gesamtkapital			
Fremdkapitalquote	65,91			
(in %)	(Fremdkapital x 100) : Gesamtkapital			
D	1			

Personalkennzahl	
Personalaufwandsquote (in %)	0,00 Personalaufwand : Gesamtleistung x 100

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2017

1. Grundlagen des Unternehmens

1.1 Geschäftsmodell

Die Hafenbetriebe Worms GmbH ist das Hafenunternehmen der Stadt Worms. Die Geschäftstätigkeiten liegen im Hafenbahnbetrieb (Infrastrukturbereitstellung und -unterhaltung für Güterbahnverkehr) und dem Betrieb der Wormser Binnenhäfen (Handels- und Floßhafen) samt der Uferanlagen des Wormser Rheinstromkilometers. Darüber hinaus verwaltet sie die gesellschaftseigenen Liegenschaften und Objekte im Wormser Hafengebiet.

1.2 Ziele und Strategien

Die Hafenbetriebe Worms GmbH unterhält ihre gesamte Infrastruktur, also das Schienennetz sowie die Häfen und das Ufergebiet, im Rahmen der Verkehrssicherungspflicht in betriebssicherem und zeitgemäßem Zustand. Hiermit verfolgt sie das Ziel, dass beste Voraussetzungen für eine intensive, dauerhafte und nachhaltige Nutzungsmöglichkeit durch die Anrainer sowie für dritte Eisenbahnverkehrsunternehmen möglich sind. Daneben wird ebenso als attraktive Rahmenbedingung ein marktgerechtes Nutzungsentgeltverzeichnis angeboten.

2. Wirtschaftsbericht

2.1 Geschäfts- und Rahmenbedingungen

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb der Rheinhäfen, die Errichtung, der Erwerb, die Erweiterung und der Betrieb der diesen Zwecken dienenden Anlagen sowie dazugehörige und ähnliche Geschäfte. Die vorgenannten Tätigkeiten gehören aber nur insoweit zum Gegenstand des Unternehmens, als eine kommunale Zuständigkeit für die Aufgabenwahrnehmung gegeben ist. Daneben kann es andere versorgungswirtschaftliche und verkehrswirtschaftliche Aufgaben von der Stadt Worms übernehmen.

Die Gesellschaft kann alle ihren Unternehmensgegenstand oder ihre Wirtschaftlichkeit fördernden Geschäfte und alle ihrer Weiterentwicklung dienenden Tätigkeiten betreiben, soweit eine kommunale Zuständigkeit gegeben ist.

Die tatsächliche Geschäftstätigkeit der Hafenbetriebe Worms GmbH konzentriert sich auf die Bereitstellung und Unterhaltung von Infrastruktur.

An der Hafenbetriebe Worms GmbH sind die Stadt Worms Beteiligungs-GmbH mit 99 % und die Stadt Worms mit 1 % beteiligt.

Die Hafenbetriebe Worms GmbH ist Eigentümerin der überwiegenden Grundstücke im Hafengebiet Worms. Ihr sind insbesondere die Hafenbahnanlagen sowie die beiden Häfen (Industrie- und Floßhafen) zuzurechnen.

Für den "Güterbahnbereich", welcher nach dem Allgemeinen Eisenbahngesetz (AEG) als "Öffentliche Serviceeinrichtung Hafenbahn Worms" zu bezeichnen ist, hat die Hafenbetriebe Worms GmbH die Funktion als Eisenbahninfrastrukturunternehmen. Somit hat sie den eisenbahnrechtlichen Zugang zur Serviceeinrichtung per "Nutzungsbedingungen für Serviceeinrichtungen" (NBS) zu regeln und für den ordnungsgemäßen Zustand der Schienenanlagen Sorge zu tragen.

Daneben ist die Hafenbetriebe Worms GmbH gemäß der Landeshafenverordnung Rheinland-Pfalz der "Hafenunternehmer". Hierdurch erlangt sie die Rechte und Pflichten als sogenannte "Hafenaufsicht" über die Häfen und Umschlagsanlagen samt den Umschlagsabwicklungen der Anrainer sowie hinsichtlich des Rheinstromgebietes der Gemarkung Worms.

2.1.1 Unternehmensentwicklung

Der Wirtschaftsplan der Hafenbetriebe Worms GmbH sah einen Überschuss von TEUR 10 vor. Tatsächlich wurde in 2017 ein Jahresüberschuss von TEUR 45 erzielt, der um TEUR 35 über dem Planergebnis liegt, den Vorjahresüberschuss jedoch um TEUR 201 unterschreitet.

Für die Sparten bedeutet dies:

	Ist-Ergebnisse	Plan-Ergebnisse	Soll-Ist-Abweichungen
	TEUR	TEUR	TEUR
Hafenverwaltung	300	343	43
Hafenbahn	<u>-255</u>	-333	
	<u>45</u>	10	<u>35</u>

Die Gründe für die positiven Planabweichungen liegen insgesamt an den höheren Umsatzerlösen, obwohl erhebliche Unterhaltungsmaßnahmen den Materialaufwand bei den bezogenen Leistungen wesentlich ansteigen ließen.

Die Erlöse aus Lagerplatzmieten in Höhe von TEUR 115 runden das positive Gesamtergebnis ab.

2.1.2 Geschäftsverlauf in 2017

Der Gewinn aus der Hafenverwaltung hat sich von TEUR 368 auf TEUR 300 deutlich reduziert. Hierzu trugen Abnahmen bei den Tonnagen und somit geringere Ufergeldeinnahmen in Verbindung mit einer dennoch annehmbaren Beschäftigungslage bei den Hafenanliegern bei. Die negativen Auswirkungen durch die Niedrigwasserphase des Rheins zeigten ihre Wirkung. Das Ergebnis des Vorjahres wurde letztlich auch deshalb nicht erzielt, da die Aufwendungen rund um die Infrastruktur der Hafenverwaltung entsprechend fortgeführt werden mussten.

Das Ergebnis der Hafenbahn hat sich von TEUR -136 im Vorjahr auf TEUR -255 im Berichtsjahr unverkennbar verschlechtert. Dies liegt an der deutlichen Intensivierung der Infrastrukturunterhaltungsmaßnahmen, welche bei einer solch alten und wartungsintensiven Gleisanlage weiterhin notwendig sind. Gerade zur Aufrechterhaltung des ordnungsgemäßen und betriebssicheren Zustandes bleibt die Hafenbahn stark kostenbelastet. Die erkennbare Zunahme des Transportaufkommens führte zwar zu Erlössteigerungen, die Verkehrszunahme zeigte aber auch ihre Spuren in der Gleisinfrastruktur und somit bei den Unterhaltungsmaßnahmen. Die Einnahmen aus der Abstellung von Schienenfahrzeugen bestätigten sich erneut als positiver Aspekt.

Die Sparte Verkehr wurde in die Sparte Hafenverwaltung übergeleitet, weshalb keine separate Darstellung mehr erfolgt.

Auf Grund dieser Gegebenheiten ist die Geschäftsführung mit dem Geschäftsverlauf sowie dem erzielten Ergebnis dennoch zufrieden.

2.1.3 Finanzielle Leistungsindikatoren

Die Steuerung des Unternehmens erfolgt durch monatlichen Soll-Ist-Vergleich gegenüber dem Wirtschaftsplan.

2.2 Darstellung der Lage der Gesellschaft

2.2.1 Ertragslage

Im abgelaufenen Geschäftsjahr 2017 weist der Jahresabschluss der Hafenbetriebe Worms GmbH ein positives Ergebnis vor Ergebnisabführung in Höhe von TEUR 45 (i. Vj. TEUR 246) aus, während im Wirtschaftsplan 2017 ein Jahresüberschuss von TEUR 10 erwartet wurde.

Die Umsatzerlöse belaufen sich auf TEUR 1.658 und haben sich gegenüber dem Vorjahr um TEUR 8 vermindert. Im Wesentlichen stammen die Umsatzerlöse aus den Ufergeldern und der Bereitstellung der Schieneninfrastruktur sowie der Lagerplatzmieten.

Der wasserseitige Güterumschlag im Hafengebiet Worms verringerte sich in 2017 auf **1.330.186 Tonnen** (i. Vj. 1.454.921 Tonnen). Hierfür tragen **1.442** (i. Vj. 1.619) be- und entladene Binnenschiffe Rechnung.

Die sonstigen betrieblichen Erträge betragen TEUR 33. Sie haben gegenüber 2016 um TEUR 15 zugenommen.

Der Materialaufwand in Höhe von TEUR -715 gliedert sich in die Aufwendungen für Hilfs- und Betriebsstoffe (TEUR -153) sowie die Aufwendungen für bezogene Leistungen (TEUR

-562). Insgesamt liegen die Materialaufwendungen um TEUR 193 über denen des Vorjahres. Dabei haben die Aufwendungen für Hilfs- und Betriebsstoffe um TEUR 38 und die bezogenen Leistungen um TEUR 155 zugenommen. Die Erhöhung steht mit den in den bezogenen Leistungen enthaltenen gestiegenen Sanierungsaufwendungen bezüglich der Gleisanlagen im Zusammenhang.

Die Abschreibungen (TEUR -229) gliedern sich nach den Sparten Hafenbahn (TEUR -126) sowie Hafenverwaltung (TEUR -103). Die Abschreibungen haben sich gegenüber 2016 um TEUR 4 erhöht.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen haben gegenüber dem Vorjahr um TEUR 31 zugenommen. Ursache sind u.a. übliche Unterhaltungsaufwendungen für die gesellschaftseigenen Gebäude in Höhe von TEUR 8.

Die Zinsaufwendungen haben sich gegenüber dem Vorjahr um TEUR 21 vermindert. davon entfallen TEUR 18 auf Darlehenszinsen, die tilgungsbedingt abgenommen haben.

Zusammenfassend bleibt festzuhalten, dass die Zunahme der Materialaufwendungen um TEUR 193, von denen TEUR 238 auf Instandhaltungsaufwendungen entfallen, nicht kompensiert werden konnten, so dass diese hauptursächlich für die Ergebnisverschlechterung von TEUR 201 gegenüber dem Vorjahr sind.

2.2.2 Finanzlage

Die Gesellschaft finanziert ihre Geschäftstätigkeit im Wesentlichen durch die Teilnahme am Cash-Management mit der Stadt Worms Beteiligungs-GmbH sowie ergänzend durch ein Bankdarlehen.

Für 2017 wird die Gesellschaft im Rahmen des Ergebnisabführungsvertrags erneut einen Gewinn von TEUR 45 an die Stadt Worms Beteiligungs-GmbH abführen.

Durch den Cash-Managementvertrag mit der Stadt Worms Beteiligungs-GmbH ist die Liquidität jederzeit gesichert. Die Gesellschaft weist hieraus zum 31. Dezember 2017 Verbindlichkeiten in Höhe von TEUR -2.582 (i. Vj. TEUR -1.381) aus.

Gegenüber Kreditinstituten bestehen zum Bilanzstichtag Verbindlichkeiten von TEUR 310 (i. Vj. TEUR 1.233). Darin enthalten sind Bankdarlehen über ursprünglich TEUR 2.226, die zum 31.12.2017 in Höhe von TEUR 310 valutieren. Das Darlehen bei der Volksbank Alzey-Worms wurde mit Ablauf August 2017 über das Cash-Management abgelöst. Von dem bestehenden Darlehen bei der Sparkasse Worms-Alzey-Ried hat zum Jahresende 2017 TEUR 238 eine Restlaufzeit von mehr als fünf Jahren.

In 2017 wurden insgesamt TEUR 158 in das Sachanlagevermögen investiert. Davon entfällt der wesentliche Teil auf den Austausch von Gleisanlagen.

Das Finanzmanagement der Gesellschaft dient dem Ziel, die Zahlungsfähigkeit zur Finanzierung von Investitionen und des laufenden Geschäftsbetriebs sicherzustellen.

Aufgrund dieser Finanzierungsstrategie war die Gesellschaft jederzeit in der Lage ihre finanziellen Verpflichtungen vollumfänglich und zeitnah erfüllen zu können.

2.2.3 Vermögenslage

Die Bilanzsumme hat sich gegenüber dem Vorjahr um TEUR 52 erhöht. Bei einem aufgrund des bestehenden Ergebnisabführungsvertrags unveränderten Eigenkapital von TEUR 1.684 hat sich die Eigenkapitalquote geringfügig um 0,3 %-Punkte auf 34,1 % verringert.

Der Anstieg des Gesamtvermögens resultiert im Wesentlichen aus der Erhöhung der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen um TEUR 128. Beim Sachanlagevermögen liegt eine Verringerung um TEUR 71 vor. Hier stehen den Zugängen von TEUR 158 Abschreibungen von TEUR 229 gegenüber. Beim Umlaufvermögen haben sich die sonstigen Vermögensgegenstände um TEUR 2 sowie die Vorräte um TEUR 4 vermindert.

Die Zunahme des Gesamtkapitals steht hauptsächlich mit der Erhöhung der Verbindlichkeiten gegenüber der Gesellschafterin um TEU 983 im Zusammenhang. Gegenläufig hierzu haben die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten um TEUR 923 abgenommen. Grund ist die Tilgung und damit verbundene Überleitung eines Darlehens in die Verbindlichkeiten gegenüber der Gesellschafterin aus Cash-Management.

2.2.4 Gesamtaussage

Die Geschäftsentwicklungen der Hafenbetriebe Worms GmbH im abgelaufenen Geschäftsjahr 2017 können aus finanzieller Sicht erneut als gut bezeichnet werden.

Die Ergebnisse und Entwicklungen sind als positiv zu bewerten, was u.a. auf die recht stabile Auftragslage im Schienengüterverkehr der Hafenbahn sowie hinsichtlich des Schiffsumschlags in der Hafenverwaltung zurückzuführen ist. In der Hafenverwaltung ist trotz negativer Abweichung – in Bezug zu einer sehr guten Vorjahresgeschäftslage ("Rekordjahr") – dennoch kein Grund zur Sorge. Die Rahmenbedingungen im Hafen Worms sind unverändert gut.

Die Ergebnisverschlechterung gegenüber dem Vorjahr resultiert aus deutlich höheren Instandhaltungsaufwendungen in die Infrastruktur der Gesellschaft.

Insgesamt kann der Geschäftsverlauf 2017 sowie die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage als gut bewertet werden.

3. Zukunftsorientierte Angaben

3.1 Prognosebericht

Für das Geschäftsjahr 2018 wird im Wirtschaftsplan ein Jahresergebnis vor Gewinnabführung in Höhe von TEUR 15 (i. Vj. TEUR 10) prognostiziert.

Der "Güterbahnbetrieb" bleibt nach wie vor defizitär. Selbst bei anhaltender guter oder gar steigender Auftragslage und Fortbestand der Nutzungsbedingungen für Serviceeinrichtungen (NBS) samt Entgeltregelungen scheint es mit Blick auf die schwer beherrschbaren und anhaltend hohen Infrastrukturkosten nicht realistisch, den Verlust zu vermeiden. Das Alter der Infrastruktur und die eingetretene Abnutzung stehen nicht mehr im Einklang mit der heutigen guten Nachfrage, sowohl in Form der Wagenanzahl, als auch bezüglich der zu befördernden Tonnagen. Der Wirtschaftsplan 2018 zeigt dies erneut deutlich bei den Aufwendungen sowie im Investitionsplan.

Im Bereich des wasserseitigen Hafenbetriebs ist eine Verringerung der Verkehrsleistung zu verzeichnen. In diesem Berichtsjahr blieben wir von dem sogenannten Niedrigwasser in Worms nicht verschont. Es bestätigt sich, dass dieses grundsätzliche Risiko – ebenso wie gravierende Einflüsse durch Hochwasser, eine Schiffshavarie oder auch eine Verlagerung auf andere Verkehrsträger – latent gegeben ist. Deshalb muss die langfristige Entwicklung hinsichtlich der Nutzbarkeit (Schiffbarkeit) der Wasserstraße Rhein genau beobachtet werden. Die klimatischen Evolutionen spielen hierbei die entscheidende Rolle.

Dennoch wird in der Wormser Hafenverwaltung weiterhin mit einem positiven Spartenergebnis gerechnet.

Wir weisen darauf hin, dass unsere Planungen auf Erfahrungswerten und Annahmen basieren, so dass diese mit Unsicherheiten behaftet sind. Es kann somit zu Abweichungen zwischen dem Plan- und Ist-Ergebnis kommen. Hieraus können sich sowohl Chancen, als auch Risiken ergeben.

3.2 Risiken und Chancen der voraussichtlichen Entwicklung

3.2.1 Risikomanagement und Risiken

Die "operativen" Risiken werden im Rahmen der Aufstellung des Wirtschaftsplanes und somit Geschäftsjahresplanung angeführt. Hierzu zählt ebenso die Abstimmung mit dem für die Schieneninfrastruktur eingesetzten (externen) Eisenbahnbetriebsleiter, welcher für den verkehrssicheren Zustand der Gleisanlagen und den Betrieb in großem Maße verantwortlich ist. Darüber hinaus erfolgt die Abstimmung mit den (betriebseigenen) Hafenmeistern, welche Risiken und/oder Infrastrukturmaßnahmen ggf. im Bereich der Hafenbecken oder der Uferanlagen gegeben sind.

D.h. als wesentliche Risiken sind einschränkende Infrastrukturmaßnahmen zu nennen. Deshalb wird eine ganz besondere Betrachtung und Überprüfung dieser Anlagen vorgenommen, um "unser Kapital" – sprich die Infrastruktur – so vorzuhalten und zu unterhalten, dass zu jeder Zeit die nachgefragte/vorhandene Verkehrsleistung – ob Schiene oder "wasserseits" – befriedigt werden kann. Letzteres nicht nur im eigenen wirtschaftlichen Interesse, sondern auch hinsichtlich der Erfüllung von vertraglichen Verpflichtungen bzgl. der Anrainer / Anschließer im Wormser Hafen.

Die bereits eingeleiteten Maßnahmen, sprich die aufgenommenen regelmäßigen Überprüfungen durch den Eisenbahnbetriebsleiter sowie die Hafenaufsicht und darüber hinaus der Hafenmeister, dienen der Risikominimierung. Daneben unterstützt der im Berichtsjahr erneut überarbeitete "Sicherungsplan für die Hafenbahn Worms" die Reduzierung von Risiken im Eisenbahnbetrieb. Das nunmehr eingerichtete und aktivierte Sicherheitsmanagementsystem zur Schieneninfrastruktur – in Form eines sogenannten "SMS-light" – wird einen weiteren Beitrag zur aktiven Risikobetrachtung leisten.

Dem Risiko, dass sich ansässige Betriebe örtlich Verändern (Umsiedlungen) oder Umstellungen in den Transportketten oder Transportwegen vornehmen, sind wir ebenso latent ausgesetzt wie evtl. Umwelteinwirkungen. Hinsichtlich der Betriebe und Transportleistungen sehen wir in der guten Kundenkontaktpflege sowie den angebotenen marktüblichen Entgelten und Tarifen samt unserer Flexibilität eine gute Grundlage zur "Bestandssicherung".

Mit Beginn des Jahres 2017 besteht ein weiteres Risiko für Häfen, da durch die neue Baugebietskategorie "Urbane Gebiete" Beeinträchtigungen in Form von Einschränkungen für u.a. Hafenbetriebe drohen. Grund ist

das ggf. mögliche Heranrücken von Wohngebieten an Industriegebiete, welches durchaus zu veränderten Nutzungsbedingungen in Sachen Emissionen und Immissionen führen könnten. Die Branchenverbände sowie das Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau Rheinland-Pfalz haben sich dieser Thematik bereits im Sinne der rheinlandpfälzischen Häfen angenommen und eine Studie zur Flächensicherung von Hafengebieten beauftragt.

3.2.2 Chancen

Durch die aufgenommene intensive Betrachtung und Maßnahmenergreifung in Sachen "Infrastrukturunterhaltung" eröffnet sich die Chance, die Verkehrsnachfragen hoch zu halten und darüber hinaus auszubauen. Dies bezieht sich nicht nur auf die reine Unterhaltung der Gleise, Hafenbecken und Uferanlagen, sondern vielmehr auch auf attraktive/marktübliche Entgelt- und Tarifregelungen. Wenn diese beiden Bereiche in Einklang gebracht werden, besteht die Chance nachhaltig gute wirtschaftliche Ergebnisse zu erzielen und somit den Hafenstandort Worms weiter zu etablieren und auszubauen.

3.2.3 Zusammenfassung

Die Hafenbetriebe Worms GmbH ist trotz der vorstehend aufgeführten Risiken im Fortbestand nicht gefährdet. Dies zeigt die Gesamtentwicklung im Wormser Hafengebiet. Darüber hinaus sichert der bestehende Ergebnisabführungsvertrag mit der Stadt Worms Beteiligungs-GmbH den Bestand, sofern Verluste zu übernehmen sind. Der Fortbestand der Gesellschaft ist insofern gesichert, als sie entweder weiterhin Gewinne erzielt oder aber die Stadt Worms Beteiligungs-GmbH wirtschaftlich in der Lage ist, etwaige Verluste zu übernehmen und auszugleichen.

Es sind momentan keine Risiken erkennbar, welche die künftige Vermögens-, Finanz- und Ertragslage nachhaltig negativ beeinflussen werden.

Worms, den 16. März 2018

Karl-Heinz Adelfinger Geschäftsführung

4.2.8 Mainz Worms Energiebündnis GmbH

Allgemeines

Rechtsform: GmbH

Gründung: 16.11.2016 **Satzungsdatum:** 16.11.2016

Wirtschaftsjahr: Kalenderjahr

Stammkapital am Ende des Wirtschaftsjahres 2017: 25.000,00 €

Veränderung im Berichtsjahr: keine

Gegenstand des Unternehmens/Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks

(§ 90 Abs. 2 Satz 2 Nr. 1 und Nr. 2 GemO)

Gleichberechtigte Kooperation im Bereich der Energie- und Wasserversorung, Baulandentwicklung, Erneuerbaren Energien, Speichertechnologien, Breitband- und DSL-Telekommunikation und Elektromobilität.

Der Gegenstand des Unternehmens ist eine wirtschaftliche Betätigung (§ 85 Abs. 1 GemO).

Beteiligungsverhältnisse

(§90 Abs. 2 Satz 2 Nr. 1 GemO)

Am Stammkapital des Unternehmens sind beteiligt:

- EWR Aktiengesellschaft zu 50 %
- Mainzer Stadtwerke AG zu 50%

Die Beteiligungen haben sich im Berichtsjahr nicht verändert.

Besetzung der Organe im Geschäftsjahr 2017

(§ 90 Abs. 2 Satz 2 Nr. 1 GemO)

Gesellschafterversammlung 2017:

- EWR Aktiengesellschaft: Helmut Antz, Stephan Wilhelm
- Mainzer Stadtwerke AG: Dr. Tobias Brosze

Aufsichtsrat 2017:

- Vorsitzender: Oberbürgermeister Michael Kissel
- Stellvertretender Vorsitzender: Oberbürgermeister Michael Ebling (Mainz)

Mandatsträger:

- Alexandra Gill-Gers
- Richard Grünewald
- Jens Guth
- Dr. Klaus Karlin
- Martin Kinzelbach (ab 01.07.2017)
- Sylvia Köbler-Gross
- Dr. Eckart Lensch (bis 30.06.2017)
- Hannsgeorg Schönig
- Norbert Solbach
- Andreas Wasilakis

Arbeitnehmervertreter:

- Christian Binnefeld
- Hubert Diehl

Geschäftsführung 2017:

• Geschäftsführer: Hans-Detlev Höhne (bis 19.10.2017), Daniel Gahr (ab 19.10.2017) und Günter Reichart

Personalentwicklung			
	2017	2016	
Anzahl der Mitarbeiter	0	0	
(nach § 267 Abs. 5 HGB)	_		

Laufende Gesamtbezüge der Geschäftsführung

(§ 90 Abs. 2 Satz 2 Nr. 3 GemO)

(Gesamtbezüge der Mitglieder der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates oder der entsprechenden Organe)

Die Geschäftsführung erhält von der Gesellschaft keine Bezüge.

Die Aufwendungen für den Aufsichtsrat betragen 4.600,00 € für das Jahr 2017.

Kapitalzuführungen/-entnahmen

(§ 90 Abs. 2 Satz 2 Nr. 3 GemO)

Kapitalzuführungen und -entnahmen sind nicht erfolgt.

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft der Stadt Worms

(§ 90 Abs. 2 Satz 2 Nr. 3 GemO)

Kapitalzuführungen durch die Stadt Worms in den letzten 3 Jahren:

2015 - 2017: 0,00 €

Gewinnabführungen an die Stadt Worms in den letzten 3 Jahren:

2015 - 2017: 0,00 €

Vom Unternehmen gezahlte Steuern an die Stadt Worms in den letzten 3 Jahren:

2015 - 2017: 0,00 €

Vom Unternehmen gezahlten Konzessionsabgaben an die Stadt Worms in den letzten 3 Jahren:

2015 - 2017: 0,00 €

Vorliegen der Voraussetzungen des § 85 Abs. 1 GemO

(§ 90 Abs. 2 Satz 2 Nr. 4 GemO)

Die Gemeinde darf wirtschaftliche Unternehmen nur errichten, übernehmen oder wesentlich erweitern, wenn

- 1. **der öffentliche Zweck das Unternehmen rechtfertigt** (§ 85 Abs. 1 Nr.1 GemO): Die notwendigen Angaben erfolgten hierzu unter "Gegenstand des Unternehmens".
- 2. das Unternehmen nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zu der Leistungsfähigkeit der Gemeinde und dem voraussichtlichen Bedarf besteht. (§ 85 Abs. 1 Nr. 2 GemO): Die notwendigen Angaben erfolgten hierzu unter "Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft".
- 3. der öffentliche Zweck nicht ebenso gut und wirtschaftlich durch einen privaten Dritten erfüllt wird oder erfüllt werden kann.
- ✓ Im Berichtsjahr gab es keinen Anlass, die bisherige Bewertung zu ändern.

Bilanz zum 31.12.2017

AKTIVA	31.12.2017	31.12.2016
	EUR	EUR
A. Anlagevermögen	0,00	0,00
B. Umlaufvermögen	244.342,06	24.242,30
I. Vorräte	104.659,70	0,00
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	41.848,47	112,13
III. Flüssige Mittel	97.833,89	24.130,17
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	0,00
Bilanzsumme	244.342,06	24.242,30
PASSIVA	31.12.2017	31.12.2016
	TEUR	TEUR
A. Eigenkapital	113.567,02	24.112,30
I. Gezeichnetes Kapital	25.000,00	25.000,00
II. Kapitalrücklage	100.000,00	0,00
III. Verlustvortrag	-887,70	0,00
IV. Jahresfehlbetrag	-10.545,28	-887,70
B. Rückstellungen	6.230,00	130,00
C. Verbindlichkeiten	124.545,04	0,00
D. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	0,00
Bilanzsumme	244.342,06	24.242,30

Gewinn- und Verlustrechnung zum 31.12.2017

		31.12.2017	31.12.2016
		EUR	EUR
1.	Umsatzerlöse	125.427,89	0,00
2.	Sonstige betriebliche Erträge	130,00	0,00
3.	Materialaufwand	-112.704,75	0,00
4.	Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sach-		
	anlagen	0,00	0,00
5.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	-23.398,42	-887,70
6.	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,00	0,00
7.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,00	0,00
8.	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0,00	0,00
9.	Ergebnis nach Steuern	-10.545,28	-887,70
10.	Sonstige Steuern	0,00	0,00
11.	Jahresfehlbetrag	-10.545,28	-887,70

Kennzahlen zum 31.12.2017

inanzkennzahlen	
EBITDA (in EUR)	-10.545,28 Jahresergebnis + Steueraufwand - Steuererträge +/- Finanzergebnis + außerordentliche Erträge + Abschreibungen auf das Anlagevermögen - Zulagen auf das Anlagevermögen
Wirtschaftlichkeit (in %)	92,25 Ertrag (bzw. Leistung) : Aufwand (bzw. Kosten) x 100
Vermögenskennzahlen	
Eigenkapitalquote (in %)	46,48 (Eigenkapital x 100) : Gesamtkapital
Fremdkapitalquote (in %)	53,52 (Fremdkapital x 100) : Gesamtkapital

Personalkennzahl	
Personalaufwandsquote (in %)	0,00 Personalaufwand : Gesamtleistung x 100

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2017

Grundlage der Gesellschaft

Die Mainz Worms Energiebündnis GmbH wurde in der Rechtsform einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung im Jahr 2016 gegründet. Sie dient einer gleichberechtigten Kooperation der EWR AG und der Mainzer Stadtwerke AG im Bereich der Energie- und Wasserversorgung, Baulandentwicklung, Erneuerbaren Energien, Speichertechnologien, Breitband- und DSL-Telekommunikation und Elektromobilität.

Wirtschaftsbericht

Geschäftsverlauf

Die Steuerung der Gesellschaft erfolgt vor allem auf Basis folgender Ertragskennzahlen:

- Umsatzerlöse
- EBIT (Ergebnis vor Zinsen und Steuern unter Berücksichtigung der sonstigen Steuern).

Darüber hinaus überwachen und steuern wir die Entwicklung der Finanz- und Vermögenslage auf Grundlage des Investitionsvolumens pro Jahr. Die Gesellschaft erwirtschaftete einen Jahresfehlbetrag, was insgesamt der Planung entsprach.

Ertragslage

Die Umsatzerlöse belaufen sich auf 125.427,87 EUR, die hauptsächlich aus dem Handel mit Ladeinfrastruktur resultieren. Den Umsatzerlösen stehen Materialaufwendungen, aus der Beschaffung der Ladeinfrastruktur, in Höhe von 125.427,89 EUR gegenüber.

Unter Berücksichtigung der sonstigen betrieblichen Aufwendungen in Höhe von 23.398,42 EUR, welche die Teilnahme an einer Studie der EWI Köln, Aufwendungen für IHK Beiträge, Aufwendungen für die Veröffentlichung des Jahresabschlusses, sowie Kosten des Zahlungsverkehrs beinhalten, erzielt die Gesellschaft im Berichtsjahr 2017 einen Jahresfehlbetrag in Höhe von 10.545,28 EUR.

Finanzlage

Die Finanzierung der Gesellschaft ist durch die ausreichende Kapitaleinzahlung der Gesellschafter gesichert. Die wesentlichen Zahlungsflüsse resultieren aus dem An- und Verkauf der Ladeinfrastruktur.

Vermögenslage

Die Vermögenslage ist geprägt durch das hohe Vorratsvermögen aus der Beschaffung von Ladeinfrastruktur.

Die Bilanzsumme zum 31.12.2017 beträgt 244.342,06 EUR. Unter Berücksichtigung des voll eingezahlten Stammkapitals in Höhe von 25.000,00 EUR und der in 2017 eingelegten Kapitalrücklage in Höhe von 100.000,00 EUR, ergibt sich unter Berücksichtigung der Verluste des Vorjahres und des Geschäftsjahres eine Eigenkapitalquote in Höhe von 46,5 %.

Insgesamt entsprach die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage den Erwartungen und kann als zufriedenstellend bezeichnet werden.

Mitarbeiter

Die Gesellschaft beschäftigt keine Mitarbeiter.

Prognosebericht

Der nachfolgende Bericht erläutert die wesentlichen Prognosen zur Geschäftstätigkeit der Mainz Worms Energiebündnis GmbH im Jahr 2018.

Da das Ergebnis überwiegend durch den Handel mit Ladeinfrastruktur bestimmt wird, geht die Geschäftsführung derzeit davon aus, dass die Gesellschaft zukünftig ein positives Ergebnis erzielen wird. Für das Geschäftsjahr 2018 geht die Geschäftsführung von einem positiven Jahresergebnis vor Steuern in Höhe von 33.644 EUR aus.

In Zukunft soll auch der Vertrieb von Ladeinfrastruktur an Dritte verwirklicht werden.

Als weiteres Geschäftsfeld sollen, im Rahmen von Kooperationsmodellen, weitere Aktivitäten im Bereich der Baulandentwicklung in Rheinhessen umgesetzt werden. Hierzu werden verschiedene Geschäftsmodelle geprüft.

Chancen- und Risikobericht

Maßgeblichen Einfluss auf den Geschäftsverlauf hat die Entwicklung der Elektromobilität (Chance). Risiken ergeben sich durch den Eintritt von weiteren Anbietern von Ladeinfrastruktur und den Preisverfall der Ladeinfrastruktur.

Aufgrund der aktuellen Entwicklung im Bereich der Elektromobilität, lässt die derzeitige Risikosituation keine den Fortbestand des Unternehmens gefährdenden Risiken erkennen.

Worms, im Februar 2018

Mainz Worms Energiebündnis GmbH, Mainz Die Geschäftsführung

4.2.9 Parkhausbetriebs GmbH Worms

Allgemeines

Rechtsform: GmbH

Gründung: 25.11.2002 **Satzungsdatum**: 14.12.2006

Wirtschaftsjahr: Kalenderjahr

Stammkapital am Ende des Wirtschaftsjahres 2017: 25.000,00 €

Veränderung im Berichtsjahr: keine



Gegenstand des Unternehmens / Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks

(§ 90 Abs. 2 Satz 2 Nr. 1 und Nr. 2 GemO)

Die Bewirtschaftung von Parkhäusern in der Stadt Worms, die Errichtung, der Erwerb, die Erweiterung und der Betrieb der diesen Zwecken dienenden Anlagen sowie dazugehörige und ähnliche Geschäfte. Daneben kann es andere versorgungswirtschaftliche und verkehrswirtschaftliche Aufgaben von der Stadt Worms übernehmen.

Der Gegenstand des Unternehmens ist eine wirtschaftliche Betätigung (§ 85 Abs. 1 GemO).

Beteiligungsverhältnisse

(§ 90 Abs. 2 Satz 2 Nr. 1 GemO)

Am Stammkapital des Unternehmens sind beteiligt:

• die Stadt Worms Beteiligungs-GmbH zu 100 %

Die Beteiligungen haben sich im Berichtsjahr nicht verändert.

Besetzung der Organe im Geschäftsjahr 2017

(§ 90 Abs. 2 Satz 2 Nr. 1 GemO)

Gesellschafterversammlung 2017:

• Stadt Worms Beteiligungs-GmbH: Michael Baumann

Gesellschafterausschuss 2017:

• Vorsitzender: Bürgermeister Hans-Joachim Kosubek

Mandatsträger:

- Willi Fuhrmann
- Uwe Gros
- Pierre Tchokoute Tchoula
- Barbara Wirth
- Raimund Sürder
- Dr. Klaus Werth
- Serdar Uzatmaz
- Marcus Centmayer
- Steffen Landskron
- Sabine Sackreuther
- Hans-Jürgen Müsel

Geschäftsführung 2017:

Geschäftsführer: Alexander MöllerProkurist: Karl-Heinz Adelfinger

Personalentwicklung		
	2017	2016
Anzahl der Mitarbeiter (nach § 267 Abs. 5 HGB)	6,0	5,5

Laufende Gesamtbezüge der Geschäftsführung

(§ 90 Abs. 2 Satz 2 Nr. 3 GemO)

(Gesamtbezüge der Mitglieder der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates oder der entsprechenden Organe)

Gem. § 286 Abs. 4 HGB wird auf eine Nennung der Bezüge der Geschäftsführung verzichtet. Die Aufwendungen für den Gesellschafterausschuss belaufen sich auf 1.500,00 € im Jahr 2017.

Kapitalzuführungen/-entnahmen

(§ 90 Abs. 2 Satz 2 Nr. 3 GemO)

Kapitalzuführungen/-entnahmen sind nicht erfolgt.

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft der Stadt Worms

(§ 90 Abs. 2 Satz 2 Nr. 3 GemO)

Kapitalzuführungen durch die Stadt Worms in den letzten 3 Jahren:

2015 - 2017: 0,00 €

Gewinnabführungen an die Stadt Worms in den letzten 3 Jahren:

2015 - 2017: 0,00 €

Vom Unternehmen gezahlte Steuern an die Stadt Worms in den letzten 3 Jahren:

2017: 42.543,46 € 2016: 44.257,35 € 2015: 44.257,35 €

Vom Unternehmen gezahlten Konzessionsabgaben an die Stadt Worms in den letzten 3 Jahren:

2015 - 2017: 0,00 €

Vorliegen der Voraussetzungen des § 85 Abs. 1 GemO

(§ 90 Abs. 2 Satz 2 Nr. 4 GemO)

Die Gemeinde darf wirtschaftliche Unternehmen nur errichten, übernehmen oder wesentlich erweitern, wenn

- 1. **der öffentliche Zweck das Unternehmen rechtfertigt** (§ 85 Abs. 1 Nr.1 GemO): Die notwendigen Angaben erfolgten hierzu unter "Gegenstand des Unternehmens".
- 2. das Unternehmen nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zu der Leistungsfähigkeit der Gemeinde und dem voraussichtlichen Bedarf besteht. (§ 85 Abs. 1 Nr. 2 GemO): Die notwendigen Angaben erfolgten hierzu unter "Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft".
- 3. der öffentliche Zweck nicht ebenso gut und wirtschaftlich durch einen privaten Dritten erfüllt wird oder erfüllt werden kann.
- ✓ Im Berichtsjahr gab es keinen Anlass, die bisherige Bewertung zu ändern.

Bilanz zum 31.12.2017

AKTIVA	31.12.2017	31.12.2016
	EUR	EUR
A. Anlagevermögen	3.022.044,63	3.153.143,86
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	0,00	0,00
II. Sachanlagen	3.022.044,63	3.153.143,86
B. Umlaufvermögen	858.215,46	641.668,19
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	846.989,36	638.426,09
II. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	11.226,10	3.242,10
C. Rechnungsabgrenzungsposten	189,82	19.759,74
Bilanzsumme	3.880.449,91	3.814.571,79
PASSIVA	31.12.2017	31.12.2016
	EUR	EUR
A. Eigenkapital	53.362,80	53.362,80
I. Gezeichnetes Kapital	25.000,00	25.000,00
II. Rücklagen	29.468,43	29.468,43
III. Verlustvortrag	-1.105,63	-1.105,63
IV. Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (-)	0,00	0,00
B. Sonderposten für Investitionszuschüsse	1.586.916,78	1.686.076,74
C. Rückstellungen	22.942,62	12.737,72
D. Verbindlichkeiten	2.202.134,74	2.049.036,23
E. Rechnungsabgrenzungsposten	15.092,97	13.358,30
Bilanzsumme	3.880.449,91	3.814.571,79

Gewinn- und Verlustrechnung zum 31.12.2017

		31.12.2017	31.12.2016
		EUR	EUR
1.	Umsatzerlöse	830.390,04	891.051,97
2.	Sonstige betriebliche Erträge	116.609,18	115.236,90
3.	Materialaufwand		
	Aufwendungen für Hilfs- und Betriebsstoffe Aufwendungen für bezogene Leistungen	-102.761,39 -842.335,66	-101.058,79 -723.489,85
4.	Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-172.461,53	-170.077,41
5.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	-593.833,48	-566.523,04
6.	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	4,17	132,65
7.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-19.658,06	-19.163,58
8.	Ergebnis nach Steuern	-784.046,73	-573.891,15
9.	Sonstige Steuern	-42.667,46	-44.519,81
10.	Jahresfehlbetrag vor Verlustübernahme	-826.714,19	-618.410,96
11.	Erträge aus Verlustübernahme	826.714,19	618.410,96
12.	Jahresergebnis	0,00	0,00

Kennzahlen zum 31.12.2017

Finanzkennzahlen			
EBITDA (in EUR)	-591.931,31		
	Jahresergebnis + Steueraufwand - Steuererträge +/- Finanzergebnis + außerordentliche Erträge + Abschreibungen auf das Anlagevermögen - Zulagen auf das Anlagevermögen		
Wirtschaftlichkeit (in %)	55,34		
(/)	Ertrag (bzw. Leistung) : Aufwand (bzw. Kosten) x 100		

Vermögenskennzahlen		
Eigenkapitalquote (in %)	21,82	
(111 70)	(Eigenkapital x 100) : Gesamtkapital	
Fremdkapitalquote	78,18	
(in %)	(Fremdkapital x 100) : Gesamtkapital	
Personalkennzahl		
Personalaufwandsquote 0,00		
(in %)	Personalaufwand : Gesamtleistung x 100	

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2017

Geschäfts- und Rahmenbedingungen

Gegenstand der Gesellschaft ist die Bewirtschaftung von Parkhäusern in der Stadt Worms, sowie die Errichtung, der Erwerb, die Erweiterung und der Betrieb der diesen Zwecken dienenden Anlagen sowie dazugehörige und ähnliche Geschäfte. Daneben kann die Gesellschaft andere versorgungswirtschaftliche und verkehrswirtschaftliche Aufgaben von der Stadtverwaltung Worms übernehmen.

Die Parkhausbetriebs GmbH Worms verwaltet an Parkeinrichtungen die nachfolgenden Objekte:

Objekt	Verpächter
1. Parkhaus am Dom	Stadt, Sondervermögen Vermietung/Verpachtung
2. Tiefgarage Ludwigsplatz	Stadt, Sondervermögen Vermietung/Verpachtung
3. Tiefgarage Friedrichstraße	Stadt, Sondervermögen Vermietung/Verpachtung
4. Parkhaus am Theater	Stadt, Sondervermögen Vermietung/Verpachtung
5. P&R-Parkhaus	wirtschaftliches Eigentum der Gesellschaft
6. Tiefgarage DAS WORMSER	Stadt, Sondervermögen Vermietung/Verpachtung

Die Objekte 1 bis 4 und 6 stehen im Eigentum der Stadtverwaltung Worms, Sondervermögen Vermietung und Verpachtung. Zwischen der Stadtverwaltung Worms, Sondervermögen Vermietung und Verpachtung und der Parkhausbetriebs GmbH Worms wurde zum 02.01.2003 ein Pachtvertrag über die oben aufgeführten Objekte (1-3) abgeschlossen.

Im Jahr 2010 wurde das Parkhaus Am Theater (4) in diesen Pachtvertrag integriert, da die Stadt Worms, Sondervermögen Vermietung und Verpachtung, ihr Vorkaufsrecht zum Parkhaus Am Theater ausgeübt hatte und das Objekt zum 01. Januar 2010 übernahm.

Die Tiefgarage im DAS WORMSER (6) ist seit Mai 2011 in das Pachtverhältnis zum Sondervermögen Vermietung und Verpachtung einbezogen.

Das P&R-Parkhaus am Bahnhof (5) befindet sich im wirtschaftlichen Eigentum der Gesellschaft. Da sich dieses Objekt jedoch auf dem Grundstück des Sondervermögen Vermietung und Verpachtung befindet, wird auch hierfür ein Pachtzins gezahlt.

Das Parkhaus "Am Dom" wurde zum Monat Mai 2016 endgültig geschlossen und aus Altersgründen abgerissen. Der Neubau erfolgt im Jahr 2017, die voraussichtliche Eröffnung des neuen Objektes ist für das vierte Quartal des Jahres 2018 geplant.

Das bei der Parkhausbetriebs GmbH Worms beschäftigte Personal steht im Rahmen eines Personalüberlassungsvertrages zwischen der Stadtverwaltung Worms und der Parkhausbetriebs GmbH der Gesellschaft zur Verfügung. Die Personalkosten sind unter "sonstige betriebliche Aufwendungen" berücksichtigt.

Ertragslage

Der Jahresfehlbetrag vor Verlustübernahme beträgt T€ 827 (i. Vj. T€ 618), während im Wirtschaftsplan 2017 ein Jahresfehlbetrag von T€ 698 erwartet wurde. Dies liegt im Wesentlichen an den Aufwendungen für die Sanierung der Tiefgarage "Ludwigsplatz".

Die Umsatzerlöse, die ausschließlich aus der Vermietung von Parkraum resultieren, sind mit T€ 830 (i. Vj. T€ 891) geringer als im Geschäftsjahr 2016. Sie liegen dennoch über den erwarteten Erlösen des Wirtschaftsplans 2017 in Höhe von T€ 775. Eine Steigerung der Umsatzerlöse ist seit der Erhöhung des Kontrolldrucks durch die Ordnungskräfte (Falschparker) bzw. seit Anhebung der Tarife auf den öffentlichen Parkflächen kontinuierlich zu erkennen. Aufgrund der massiv verstärkten Ahndung von Parkvergehen werden die Parkbauten deutlich häufiger genutzt.

Beim P&R-Parkhaus ist im Berichtsjahr eine Umsatzminderung gegenüber dem Vorjahr um rd. T€ 4 festzuhalten (2017 mit 103 T€ gegenüber 2016 mit 107 T€). Die mit dem Ministerium des Innern, für Sport und Infrastruktur Rheinland-Pfalz im Februar 2011 getroffenen Neuregelungen hinsichtlich der Tarife zeigen ihre positive Wirkung. Ungeachtet dessen wurden die Vorgaben des Ministeriums (Ziel 80 % Auslastung) für das Geschäftsjahr 2017 erreicht.

Insgesamt bleibt die Belegung und somit die Erlössituation der städtischen Parkhäuser und Tiefgaragen weiter unbefriedigend. Grund hierfür sind insbesondere die Parkmöglichkeiten am Stadtrand (Festplatz und Wormser Einkaufspark), die privaten Parkbauten der Kaiserpassage (ITG) und des Kaufhauses Jost (CPS). Die seitens der Stadt Worms neu geschaffene Parkfläche in der Prinz-Carl-Anlage, welche dem Nutzer kostenfrei zur Verfügung steht, hat derzeit keine erkennbaren Auswirkungen auf die Gesellschaft.

Weiterhin wurde das Ergebnis durch die Aufwendungen für Pachtzinsen von T€ 578 (i. Vj. T€ 580), die Abschreibungen des Anlagevermögens in Höhe von T€ 172 (i. Vj. T€ 170) und die Aufwendungen für Personalüberlassung in Höhe von T€ 313 (i. Vj. T€ 333) beeinflusst.

Investitionen

Investitionen wurden im Geschäftsjahr 2017 in der Tiefgarage "Ludwigsplatz" und "Friedrichstraße" getätigt. Hier wurden die Brandmeldeanlagen nach Vorgabe Feuerwehr aufgerüstet.

Eine weitere geplante Investition, die Herstellung einer Außenparkfläche am P&R-Parkhaus, wurde nicht umgesetzt, da sich der finanzielle Aufwand aufgrund der Bodenbeschaffenheit als nicht rentabel erwies.

Die erforderliche Stützwand mit integriertem Notausgang am Parkhaus "Am Theater" soll im Geschäftsjahr 2018 errichtet werden.

Vermögenslage und Liquidität

Bedingt durch den Ergebnisabführungsvertrag hat sich die Vermögenslage der Parkhausbetriebs GmbH Worms nur unwesentlich verändert.

Durch den Cash-Managementvertrag mit der Stadt Worms Beteiligungs-GmbH ist die Liquidität der Parkhausbetriebs GmbH jederzeit gesichert. Die Gesellschaft weist aus dem Cash-Management Verbindlichkeiten in Höhe von € 1.009.000 (i. Vj. T€ 669) aus.

Ausblick, Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Der Wirtschaftsplan 2018 der Parkhausbetriebs GmbH Worms schließt mit einem Jahresfehlbetrag vor Verlustübernahme in Höhe von T€ -775 ab.

Der Verlauf des Geschäftsjahres 2018 unterliegt einigen Unwägbarkeiten. Hierbei steht besonders die Fertigstellung des Parkhauses "Am Dom" im Mittelpunkt. Begleitend hierzu bleibt abzuwarten, wann das als Zwischenlösung genutzte Parkhaus im ehemaligen Bauhaus endgültig geschlossen bzw. abgebrochen wird.

Aufgrund eines irreparablen Defektes an der Sprinkleranlage der Tiefgarage "Friedrichstraße", welcher Ende des Jahres 2017 festgestellt wurde, muss die Garage gänzlich geschlossen werden. Die Installation einer neuen Sprinkleranlage ist unumgänglich, allerdings aus wirtschaftlichen Gründen nicht vertretbar. Die weitere Entwicklung der Tiefgarage muss auf politischer Ebene entschieden werden.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurde die Tiefgarage "Ludwigsplatz" soweit saniert, dass ein Weiterbetrieb der Garage über einen mittelfristigen Zeitraum aufrechterhalten werden kann. Diese statischen Sicherungsmaßnahmen hielten sich weitestgehend in dem veranschlagten finanziellen Rahmen.

Für den Fall, dass die Voraussetzungen des Bewilligungsbescheides bzw. des Änderungsbescheides, insbesondere im Hinblick auf die zweckentsprechende Nutzung und die Auslastung des P&R-Parkhauses, nicht erfüllt werden können, besteht ein Rückforderungsvorbehalt des Landes Rheinland-Pfalz für den gewährten Zuschuss. Für diese möglichen Rückforderungsansprüche haften die Gesellschaft und die Stadt Worms gesamtschuldnerisch. Zur Sicherung des möglichen Rückforderungsanspruches hat die Stadt Worms auf dem Grundstück der geförderten Anlagen eine Buchgrundschuld in Höhe des bewilligten Zuschusses nebst 10% Zinsen jährlich zugunsten des Landes Rheinland-Pfalz eintragen lassen. Derzeit werden jedoch die Förderkriterien des heutigen Ministeriums des Innern, für Sport und Infrastruktur, eingehalten: Die Auslastung liegt über den aktuell geforderten 80%.

Mittelfristig werden als weitere Potenziale insbesondere die Aufnahme des Echtbetriebes der S-Bahn Rhein-Neckar im Jahr 2018 gesehen. Hierzu, aber auch generell zum P&R-Parkhaus, sind Marketingmaßnahmen aufzugreifen, um auf die höchst attraktiven Einstellbedingungen im P&R-Parkhaus für Bahn- und Busnutzer hinzuweisen. Auch wenn zwischenzeitlich einige Maßnahmen zur Vandalismus-Bekämpfung unternommen wurden, ist in diesem Objekt auch weiterhin mit Vandalismus-Schäden zu rechnen, die zu finanziellen Belastungen führen.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurde das Nebengrundstück am P&R-Parkhaus an einen privaten Investor verkauft. Dieser beabsichtigt, dort ein Wohn- und Geschäftshaus zu errichten. Geplant ist auch die direkte Anbindung an das Parkhaus. Es wird davon ausgegangen, dass sich die oben angeführten Vandalismus-Schäden reduzieren, wenn unmittelbar ein bewohntes Gebäude an das Parkhaus angrenzt.

Eine Bauwerksuntersuchung zur Ermittlung des Zustandes des Tragwerks wird im P&R-Parkhaus im Geschäftsjahr 2018 durchgeführt, sodass etwaige Schäden rechtzeitig erkannt werden und entsprechende Sanierungsmaßnahmen eingeleitet werden können.

Im Parkhaus "Am Theater" stehen im Geschäftsjahr 2018 noch Arbeiten bzgl. der erforderlichen Brandschutzsanierung an. Hierbei handelt es sich um die Errichtung einer Stützwand zum Nachbargrundstück sowie der Realisierung eines zweiten Rettungsweges aus dem Untergeschoss. Des Weiteren wird in zwei bis drei Parkebenen im Laufe des Jahres 2019 eine Sanierung der Oberflächenbeschichtung durchgeführt, da diese bereits massiv angegriffen ist. Diesbezüglich wurden bereits Betonuntersuchungen durchgeführt, die den schlechten Zustand der Substanz bestätigten. Den finanziellen Aufwand dieser Maßnahme wird die Eigentümerin, also die Stadt Worms, Sondervermögen, Vermietung und Verpachtung, stemmen. Diese Maßnahme kann erst erfolgen, wenn das neue Parkhaus "Am Dom" betriebsbereit ist.

So sind auch für das Geschäftsjahr 2018 und 2019 neben mittlerweile dringend notwendigen Sanierungs- bzw. Neubaumaßnahmen auch weitere Verschönerungs- und Verbesserungsmaßnahmen vorgesehen, welche letztlich nicht nur zur Steigerung der Auslastung beitragen sollen, sondern auch einen Beitrag zur Verlängerung der Lebenszeit der Objekte darstellen.

Der Personalstamm wird im Geschäftsjahr 2018 keine Veränderungen erfahren.

Mit Blick auf die vorgenannten Sachverhalte und Gegebenheiten kommen im Geschäftsjahr 2018 erneut viele Variablen und Ungewissheiten auf die Parkhausbetriebs GmbH Worms zu, welche unter anderem finanzielle Nachteile respektive Risiken mit sich bringen. Hierbei wird nochmals auf die Pacht des neuen Parkhauses hingewiesen.

Daneben muss berücksichtigt werden, dass sich in unmittelbarer Umgebung der städtischen Parkbauten noch andere attraktive Parkeinrichtungen von Privatbetreibern befinden.

Eine generelle Tarifanpassung ist grundsätzlich nicht unumgänglich, um die wirtschaftlichen Verhältnisse der Gesellschaft unter Berücksichtigung der anstehenden Maßnahmen nicht weiter zu verschlechtern. Definitiv ist eine neue Tarifgestaltung für das neue Parkhaus "Am Dom" vorgesehen. Diese legitimiert sich alleine durch das Bereitstellen eines Parkhauses, welches nach den aktuellen Standards erbaut und eingerichtet sein wird.

Auch wenn sich in den kommenden Jahren die Erlössituation unter Bezugnahme auf die vorgenannten Ereignisse nicht positiv entwickeln wird, sind die Bemühungen der Gesellschaft dennoch darauf ausgerichtet, die Verlustübernahme durch die Stadt Worms Beteiligungs-GmbH auf das unabdingbare Maß zu reduzieren.

Bestandsgefährdende Risiken für die Parkhausbetriebs GmbH Worms sind durch den Ergebnisabführungsvertrag mit der Stadt Worms Beteiligungs-GmbH nicht erkennbar.

Die Zulässigkeit der Verlustausgleichszahlungen im Sinne des europäischen Wettbewerbsrechts (Artikel 107 AEUV, Verbot von unerlaubten Beihilfen) wurde intern geprüft. Einen möglichen Verstoß gegen diese Vorgaben der EU kann die Geschäftsführung aktuell nicht erkennen.

Worms, im März 2018 Parkhausbetriebs GmbH Worms

Alexander Möller Geschäftsführer

4.2.10Rhenania Worms AG

Allgemeines

Rechtsform: AG

Gründung: 1921

Satzungsdatum: 04.12.2017

Wirtschaftsjahr: Kalenderjahr

Stammkapital am Ende des Wirtschaftsjahres 2017: 1.000.000,00 €

Veränderung im Berichtsjahr: keine



Rhenania

Worms AG

Gegenstand des Unternehmens/Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks

(§ 90 Abs. 2 Satz 2 Nr. 1 und Nr. 2 GemO)

Sämtliche logistischen Dienstleistungen mit den Schwerpunkten:

- Umschlag, Lagerung, Bearbeitung von Gütern
- speditionelle Organisation von Transportleistungen auf Straße, Schiene, Wasserstraße
- logistische Dienste incl. Value added services
- Beratungen für Industrie und Handel

Der Gegenstand des Unternehmens ist eine wirtschaftliche Betätigung (§ 85 Abs. 1 GemO)

Beteiligungsverhältnisse

(§90 Abs. 2 Satz 2 Nr. 1 GemO)

Am Stammkapital des Unternehmens sind beteiligt:

- die Stadt Worms 50 %
- Rhenus Logistics GmbH, Mannheim 50%

Die Beteiligungen haben sich im Berichtsjahr nicht verändert.

Besetzung der Organe im Geschäftsjahr 2017

(§ 90 Abs. 2 Satz 2 Nr. 1 GemO)

Hauptversammlung 2017:

- Stadt Worms: Oberbürgermeister Michael Kissel
- Rhenus Port Logistics GmbH & Co.KG: Michael Appelhans

Aufsichtsrat 2017:

- Oberbürgermeister Michael Kissel (Vorsitzender)
- Heidi Lammeyer, Stadträtin
- Michael Appelhans, Rhenus Port Logistics GmbH & Co.KG
- Volker Molz, Rhenus Port Logistics GmbH & Co.KG
- Christopher Niepieklo, Arbeitnehmervertreter Rhenania Worms AG (bis 18.Mai 2017)
- Jörg Obentheuer, Arbeitnehmervertreter Rhenania Worms AG (ab 18.Mai 2017)
- Reinfried Martin, Arbeitnehmervertreter Rhenania Worms AG

Vorstand 2017:

Alleinvorstand: Oliver Schüttler

Personalentwicklung			
	2017	2016	
Anzahl der Mitarbeiter	56	54	
(nach § 267 Abs. 5 HGB)			

Laufende Gesamtbezüge der Geschäftsführung

(§ 90 Abs. 2 Satz 2 Nr. 3 GemO)

(Gesamtbezüge der Mitglieder der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates oder der entsprechenden Organe)

Gem. § 286 Abs. 4 HGB wird auf eine Nennung der Bezüge der Geschäftsführung verzichtet.

Die Aufwendungen für den Aufsichtsrat betragen 4.000,00 € für das Jahr 2017.

Kapitalzuführungen/-entnahmen

(§ 90 Abs. 2 Satz 2 Nr. 3 GemO)

Kapitalzuführungen und -entnahmen sind nicht erfolgt.

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft der Stadt Worms

(§ 90 Abs. 2 Satz 2 Nr. 3 GemO)

Kapitalzuführungen /-entnahmen durch die Stadt Worms in den letzten 3 Jahren:

2015 - 2017: 0,00 €

Gewinnabführungen an die Stadt Worms in den letzten 3 Jahren:

2015 - 2017: je 110.437,50 €

Vom Unternehmen gezahlte Steuern an die Stadt Worms in den letzten 3 Jahren:

2017: 382.584,50 € 2016: 316.505,30 € 2015: 297.699,50 €

Vom Unternehmen **gezahlten Konzessionsabgaben an die Stadt Worms** in den letzten 3 Jahren:

2015 - 2017: 0,00 €

Vorliegen der Voraussetzungen des § 85 Abs. 1 GemO

(§ 90 Abs. 2 Satz 2 Nr. 4 GemO)

Die Gemeinde darf wirtschaftliche Unternehmen nur errichten, übernehmen oder wesentlich erweitern, wenn

- 1. **der öffentliche Zweck das Unternehmen rechtfertigt** (§ 85 Abs. 1 Nr.1 GemO): Die notwendigen Angaben erfolgten hierzu unter "Gegenstand des Unternehmens".
- 2. das Unternehmen nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zu der Leistungsfähigkeit der Gemeinde und dem voraussichtlichen Bedarf besteht. (§ 85 Abs. 1 Nr. 2 GemO): Die notwendigen Angaben erfolgten hierzu unter "Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft".
- 3. der öffentliche Zweck nicht ebenso gut und wirtschaftlich durch einen privaten Dritten erfüllt wird oder erfüllt werden kann.
- ✓ Im Berichtsjahr gab es keinen Anlass, die bisherige Bewertung zu ändern.

Bilanz zum 31.12.2017

AKTIVA	31.12.2017	31.12.2016
	EUR	EUR
A. Anlagevermögen	29.479.115,21	24.345.896,07
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	5.561,00	7.190,00
II. Sachanlagen	29.473.554,21	24.338.706,07
B. Umlaufvermögen	2.347.141,14	1.867.120,93
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	1.861.881,63	1.139.366,90
II. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	485.259,51	727.754,03
C. Rechnungsabgrenzungsposten	41.515,45	37.354,66
D. Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögens- rechnung	4.156,08	8.928,09
Bilanzsumme	31.871.927,88	26.259.299,75
PASSIVA	31.12.2017	31.12.2016
	EUR	EUR
A. Eigenkapital	6.157.101,43	4.782.071,03
I. Gezeichnetes Kapital	1.000.000,00	1.000.000,00
II. Kapitalrücklage	137.113,15	137.113,15
III. Gewinnrücklage	2.500.000,00	1.900.000,00
IV. Bilanzgewinn / Bilanzverlust (-)	2.519.988,28	1.744.957,88
B. Rückstellungen	2.594.246,01	2.877.977,83
C. Verbindlichkeiten	22.911.955,44	18.438.625,89
D. Rechnungsabgrenzungsposten	208.625,00	160.625,00
Bilanzsumme	31.871.927,88	26.259.299,75

Gewinn- und Verlustrechnung zum 31.12.2017

		31.12.2017	31.12.2016
		EUR	EUR
1.	Umsatzerlöse	17.082.722,01	15.043.275,92
2.	Sonstige betriebliche Erträge	494.179,77	53.948,85
3.	Materialaufwand		
a)	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	-734.824,82	-676.436,90
b)	Aufwendungen für bezogene Leistungen	-6.451.509,89	-5.122.813,49
4.	Personalaufwand		
	Löhne und Gehälter	-2.380.042,29	-2.225.053,49
b)	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung	-527.858,39	-528.973,35
5.	Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sach-		
	anlagen	-1.474.849,30	-1.390.883,58
6.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	-2.920.459,11	-2.580.065,20
7.	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	55,00	59.329,00
8.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-622.433,74	-568.233,64
9.	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-755.936,65	-631.440,60
10.	Ergebnis nach Steuern	1.709.042,59	1.432.653,52
11.	Sonstige Steuern	-34.012,19	-44.053,74
12.	Jahresüberschuss	1.675.030,40	1.388.599,78
13.	Gewinnvortrag	1.744.957,88	1.156.358,10
14.	Einstellung in Gewinnrücklagen	-600.000,00	-500.000,00
15.	Gewinnausschüttung	-300.000,00	-300.000,00
16.	Bilanzgewinn	2.519.988,28	1.744.957,88

Kennzahlen zum 31.12.2017

Finanzkennzahlen	Finanzkennzahlen			
EBITDA (in EUR)	4.562.207,28			
	Jahresergebnis + Steueraufwand - Steuererträge +/- Finanzergebnis + außerordentliche Erträge + Abschreibungen auf das Anlagevermögen - Zulagen auf das Anlagevermögen			
Wirtschaftlichkeit (in %)	121,31			
(111 76)	Ertrag (bzw. Leistung) : Aufwand (bzw. Kosten) x 100			
Vermögenskennzahlen				
Eigenkapitalquote (in %)	19,32			
(111 70)	(Eigenkapital x 100) : Gesamtkapital			
Fremdkapitalquote	80,68			
(in %)	(Fremdkapital x 100) : Gesamtkapital			
Personalkennzahl	Personalkennzahl			
Personalaufwandsquote (in %)	16,54			
(111 70)	Personalaufwand : Gesamtleistung x 100			

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2017

1. Grundlagen des Unternehmens

1.1. Geschäftsmodell des Unternehmens

Die Rhenania Worms AG ist eine Aktiengesellschaft bei der zu je 50% die Stadt Worms sowie die Rhenus Logistics GmbH, Mannheim, beteiligt sind. Die Rhenania Worms AG, unter Führung des Alleinvorstands Herrn Oliver Schüttler, verfügt über ein Grundkapital von 1 Mio. Euro und generierte im Jahr 2017 einen Umsatz von 17,1 Mio. Euro (im Vorjahr 15,0 Mio. Euro). Die im Geschäftsjahr 2017 durchschnittliche Anzahl an Mitarbeitern (inkl. Auszubildende) betrug 62 Mitarbeiter. Diese sorgten für einen Gesamtumschlag von 1,85 Mio. Tonnen Gütern (Vorjahr 1,83 Mio. Tonnen).

Die Rhenania Worms AG ist in insgesamt 5 operative Sparten und eine administrative Abteilung unterteilt. Die Sparten "gedecktes Lager", "Freilager" und "Getreide/Futtermittel" erbringen als Haupttätigkeit Lagerdienstleistungen und Lagerservices für diverse Klein- und Großkunden. Die Rhenania Worms AG verfügt über Freilagerflächen von ca. 40.000 qm sowie 6 Portal- und Brückenkräne zum Umschlag. Die Hauptaktivitäten sind Umschlag und Lagerung von losen Massengütern und Schwergütern.

Die Sparte "gedeckte Lager" verfügt über ca. 42.500 qm gedeckten Lagerraum für Stückgüter und ca. 18.400 cbm für nässeempfindliche Massengüter. Für die Umschlagstätigkeiten stehen diverse Maschinen und Geräte zur Verfügung.

Die Sparte "Getreide/ Futtermittel" hat ihre Hauptaktivitäten ebenfalls in Umschlag und Lagerung von Getreide, Ölsaaten und Futtermittel. Hierfür stehen Silos mit einer Kapazität von ca. 30.000 Tonnen zur Verfügung. Neben der Lagerung und dem Umschlag bietet die Rhenania Worms AG auch diverse Zusatzservices wie Begasung, Trocknung und Aspiration der Waren an.

In der Sparte "Container" liegt der Fokus auf dem Umschlag von Containern und Trailern ex Binnenschiff und Bahnwaggon in dem eigenen Containerterminal. Neben den speditionellen Tätigkeiten der Containerabteilung werden für diverse Kunden auch Lagerdepots geführt. Das Containerterminal verfügt über eine Kapazität von 3.200 TEU Containerstellplätze, 280 TEU Containerstellplätze für Gefahrgut sowie 20 Reeferanschlüsse. Die Containeraktivitäten werden von zwei Portalkränen und zwei Reachstackern bedient.

Die Sparte allgemeine Spedition arbeitet mit den restlichen Abteilungen Hand in Hand und erledigt vor allen Dingen die speditionellen Tätigkeiten der Sparte "Freilager" und "gedecktes Lager".

Als administrative Abteilung steht der Rhenania Worms AG die Abteilung "Verwaltung" zur Verfügung. Hier werden alle administrativen Aufgaben zentral gesteuert und die einzelnen operativen Fachabteilungen gelenkt. Im Bereich "Verwaltung" finden auch der zentrale Einkauf, das Finanzwesen und die allgemeine Verwaltung statt. Zum Bereich "Verwaltung" zählen auch die Qualitätsmanagementaktivitäten sowie der Bereich Arbeitssicherheit und Technik. Die Rhenania Worms AG ist nach ISO 9001 / 50001 sowie AEO-F, GMP B2 und IFS Global Logistics zertifiziert.

1.2. Forschung und Entwicklung

Im Bereich Forschung und Entwicklung ist die Rhenania Worms AG stets an Neuerungen interessiert und passt sich den steigenden Kundenanforderungen an. Durch kontinuierliche Verbesserungen und Entwicklungen sowie Schulungen im Personalbereich wird man so den Anforderungen gerecht. Durch die Vielseitigkeit des Unternehmens ist eine dynamische Entwicklung möglich und kann jederzeit angepasst werden.

2. Wirtschaftsbericht

2.1. Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die deutsche Wirtschaft wuchs nach vorläufigen Zahlen im Jahr 2017 beim Bruttoinlandsprodukt nochmals um 2,2% (Vorjahr 1,9%) und damit bereits das achte Jahr in Folge. Trotz schwieriger Einflüsse wie z.B. der EU-Austritt Großbritanniens, "Dieselaffäre" oder die aktuelle US-Politik geht es der deutschen Wirtschaft aktuell sehr gut. Dafür sorgen der steigende Konsum, zunehmende Exporte, Bauboom und stärker investierende Unternehmen. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt ist weiterhin sehr gut, dies bedeutet aber jetzt bereits spürbare Probleme bei der Rekrutierung von geeigneten Arbeitskräften, nicht nur Fachkräften.

2018 dürfte das Ergebnis ähnlich gut ausfallen, sagen Bundesregierung und Institute voraus. Rekordbeschäftigung und steigende Reallöhne stützen die Kauflaune der Verbraucher, während die anziehende Weltkonjunktur gute Geschäfte für die Exporteure verspricht.

Die Logistik ist in Deutschland nach wie vor der größte Wirtschaftsbereich nach der Automobilwirtschaft und dem Handel. Sie rangiert noch vor der Elektronikbranche und dem Maschinenbau, mit rund 3 Millionen übertrifft sie dessen Beschäftigtenzahl um das Dreifache.

Es bleibt abzuwarten wie sich die Entwicklung in der Welt, aber auch in Deutschland z.B. durch die neue Bundesregierung auf den Logistikmarkt auswirkt. Aber kurzfristig wird es hier hoffentlich keine negativen Einflüsse geben.

2.2. Geschäftsverlauf

Im Zuge der weiterhin guten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen konnte die Rhenania Worms AG durch den weiteren Ausbau der Geschäfte mit Bestandskunden das Geschäftsjahr 2017 wieder mit einem sehr guten Ergebnis abschließen. Im Jahr 2017 war kein größerer Kundenverlust zu verzeichnen. Positiv wirkte sich dagegen die Ausweitung des Lager- und Umschlaggeschäftes mit Bestandskunden aus. Unsere Getreide- und Futtermittelabteilung konnte mit gesteigerten Umschlags- und Lagermengen ein gutes Ergebnis erzielen. Im Bereich "gedeckte Lagerung" verzeichnen wir einen Umsatzzuwachs bei einem unserer Großkunden, verbunden mit der zusätzlichen Anmietung von Fremdlägern. Zum Umsatzzuwachs trägt auch die neue im Oktober 2017 in Betrieb genommene ca. 9.300 m² Logistikhalle bei. Der Bereich der Automobil Logistik läuft auch weiterhin sehr stabil und gut.

Ebenso wurden die Umschlagsmengen im Freilagerbereich speziell im Bestandskundenbereich ausgeweitet. Hier trägt auch der komplett neue multimodale Kran, mit der Inbetriebnahme im Oktober 2015, zu einem guten Ergebnis bei.

Weiterhin stabil läuft die letztjährige Geschäftsausweitung mit einem Großkunden im Bereich "allgemeine Spedition", was zu einer Steigerung im Binnenschiffs- und Transportbereich beigetragen hat.

Der Containerbereich erzielte weiterhin insbesondere im Lagerbereich, aber auch beim wasser- und schienenseitigen Umschlag, ein gutes Ergebnis.

2.3. Lage

2.3.1 Ertragslage

Durch die geschilderte Entwicklung im Geschäftsverlauf insbesondere im Lagerbereich erhöhten sich die Umsatzerlöse und liegen deutlich höher als prognostiziert. Da die Erhöhung der Umsätze auch in einem größeren Umfang den Transportbereich betroffen hat, wirkt sich dies auch auf die Fremdleistungen aus.

Die sonstigen betrieblichen Erträge erhöhten sich um T€ 440 auf T€ 494 aufgrund gestiegener Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen.

Die Personalkosten erhöhten sich nochmals um T€ 154 auf T€ 2.908 im Wesentlichen durch die Geschäftsausweitung mit der nochmals gestiegenen Mitarbeiterzahl.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen erhöhten sich im Wesentlichen durch die gestiegene Anmietung von zusätzlichen Lagerflächen um T€ 340 auf T€ 2.920.

Die Abschreibungen sind um T€ 84 auf T€ 1.475 im Wesentlichen durch die Abschreibung der neuen Lagerhalle aber auch durch eine Vielzahl von Modernisierungsinvestitionen gestiegen.

Die Zinsen und ähnliche Aufwendungen sind durch die Investition in die neue Lagerhalle um T€ 54 auf T€ 622 gestiegen.

Das Ergebnis vor Steuern konnte nochmals um 19,4% (Vorjahr um 20,1%) auf T€ 2.465 gesteigert werden.

Insgesamt ergibt sich ein Jahresüberschuss von T€ 1.675, der um T€ 286 über dem des Vorjahres liegt und somit höher ist als von uns im Vorjahr prognostiziert.

2.3.2 Finanzlage

Die unterjährige Liquidität war jederzeit gesichert. Sämtliche Verbindlichkeiten können stets innerhalb der Zahlungsziele beglichen werden.

Zur weiteren Stärkung des Eigenkapitals wurde die Gewinnrücklage nochmals um T€ 600 erhöht. Die weitere Verbesserung des Eigenkapitals wird auch zukünftig ein primäres Ziel sein, um die Kapitalstruktur nachhaltig zu verbessern. Die Eigenkapitalquote verbesserte sich auf 19,3% (Vorjahr 18,2%).

2.3.3 Vermögenslage

Im Geschäftsjahr 2017 hat sich das Anlagevermögen nach Abschreibungen in Höhe von T€ 1.475 (Vorjahr T€ 1.391) um T€ 5.133 auf T€ 29.479 erhöht.

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sind um T€ 635 auf T€ 1.726 stichtagsbedingt angestiegen.

Die sonstigen Vermögensgegenstände haben sich im Geschäftsjahr 2017 um T€ 86 auf T€ 135 erhöht.

Die Guthaben bei Kreditinstituten haben sich von T€ 728 um T€ 243 auf T€ 485 verringert.

Die Rückstellungen sind um T€ 284 auf T€ 2.594 zurückgegangen.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten erhöhten sich von T€ 17.432 um T€ 3.868 auf T€ 21.300 durch die Finanzierung einer neuen Logistikhalle, sowie der Modernisierung von zwei Krananlagen. Dies konnte durch die vorhanden liquiden Mittel mit einem Zuwachs aus laufender Betriebstätigkeit (Cash Flow) um T€ 180 (+6,7%) zu 2016 bewerkstelligt werden. Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten bestehen aus mittel- und langfristigen Darlehen zu marktüblichen Konditionen.

Der Fokus liegt auch mit den Neuinvestitionen weiterhin auf einer den wirtschaftlichen Verhältnissen und Geschäften angepassten Finanzierungsstruktur.

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistung haben sich um T€ 634 auf T€ 1.567 stichtagsbezogen erhöht.

2.4. Finanzielle und nicht finanzielle Leistungsindikatoren

2.4.1 Finanzielle Leistungsindikatoren

Wir ziehen für unsere Unternehmenssteuerung u.a. die Kennzahlen EBIT sowie den Cash Flow heran.

Der Cash Flow wird ermittelt aus der Summe von Jahresergebnis, Abschreibung und Dotierung (bzw. Auflösung) längerfristiger Rückstellungen.

Das EBIT ist um T€ 514 auf T€ 3.087 gestiegen. Der Cash Flow beträgt T€ 2.886 und ist damit um T€ 180 höher als im Vorjahr (T€ 2.706). Die Kennzahlen weisen alle weiterhin eine gute Entwicklung auf. Alle Kennzahlen sind im positiven Bereich und mehr als zufriedenstellend.

2.4.2 Nicht finanzielle Leistungsindikatoren

Umweltbelange

Der Umweltschutz ist ein wichtiges Unternehmensziel. Alle anstehenden Investitionen und Veränderungen werden auf Umweltrelevanz geprüft. Insbesondere Energieeinsparungen und entsprechende Modernisierungen werden im Unternehmen stetig vorangetrieben. Hier sind auch Energieprogramme aufgrund der ISO 50001 Zertifizierung am Laufen, welche zu weiterer Reduzierung von Kosten und CO₂-Belastung führen sollen.

Aus und Weiterbildung

Im Geschäftsjahr 2017 wurden bei uns durchschnittlich 5 Auszubildende beschäftigt. Wir legen weiterhin auf die Ausbildung von geeignetem Nachwuchs großen Wert, um auch in Zukunft kompetente Mitarbeiter zu haben bzw. um dem Nachwuchskräftemangel rechtzeitig vorzubeugen. Es konnten bereits in der Vergangenheit viele ehemalige Auszubildende dauerhaft bei uns weiterbeschäftigt werden.

Sowohl kaufmännische als auch gewerbliche Mitarbeiter nehmen regelmäßig an internen und externen Schulungen teil, um ihre Kenntnisse zu vertiefen und auszubauen.

Arbeitssicherheit

Das Thema Arbeitssicherheit hat weiterhin mit den höchsten Stellenwert im Unternehmen. Mittels Richtlinien zur Arbeitssicherheit und der Einbindung unseres Qualitätsmanagements mit stetiger Nachverfolgung wollen wir die Sicherheit und Gesundheit unserer Mitarbeiter schützen. Einheitliche Anforderungsprofile erleichtern die Integration. Sicheres Arbeiten fördern und überprüfen wir durch regelmäßige Arbeitssicherheitssitzungen, Gefährdungsbeurteilungen, Sicherheitsregeln, Seminare, Schulungen und Audits.

2.5. Gesamtaussage

Insgesamt ergab sich im Jahr 2017 durch den weiteren Ausbau der Geschäfte mit Bestandskunden sowie gestiegener sonstiger betrieblicher Erträge ein Jahresüberschuss von T€ 1.675, der mit T€ 286 über dem Ergebnis des Vorjahres liegt.

Die Eigenkapitalquote konnte von 18,2% auf 19,3% verbessert werden.

Sämtliche für unsere Unternehmenssteuerung relevanten Kennzahlen weisen eine gute Entwicklung auf und befinden sich alle im positiven Bereich

3. Bericht über Zweigniederlassungen

Die Rhenania Worms AG hat keine Zweigniederlassungen oder sonstige Tochtergesellschaften. Am Standort Worms gibt es zwei Areale an denen die Rhenania Worms AG tätig ist: Handelshafen und Floßhafen.

4. Mitarbeiter

Die durchschnittliche Anzahl der Mitarbeiter stieg leicht aufgrund des neuen Lagergeschäftes und der guten Geschäftsentwicklung in anderen Bereichen zum Vorjahreszeitraum von 54 auf 56. Je nach Entwicklung im weiteren Lagerbereich wird es nochmals zu einem leichten Anstieg kommen. Mitarbeiter stellen für uns als Dienstleistungsunternehmen das entscheidende Kapital zur Sicherung von Qualität und Erfolg dar. Hier zahlt sich vor allem die zum großen Teil lange Firmenzugehörigkeit beim kaufmännischen als auch gewerblichen Personal aus. Ebenso kann man weiterhin mit eigenen Auszubildenden den entsprechenden notwendigen Nachwuchs langfristig aufbauen und sichern. Es wird ebenso in allen Bereichen auf eine entsprechend gute und zukunftsorientierte Altersstruktur geachtet, um sich rechtzeitig am schwieriger werdenden Arbeitsmarkt die entsprechenden Fachkräfte zu sichern.

5. Prognosebericht

Die Gesellschaft wird auch in 2018 ein organisches Wachstum anstreben. Hierfür wurde auch die Planung einer weiteren neuen Logistikhalle mit Inbetriebnahme im Oktober 2018 vorangetrieben und bereits vom Aufsichtsrat genehmigt.

Für die Fortentwicklung und Optimierung des Bestands- wie auch des Neukundengeschäftes in den nächsten Jahren sind wir gut aufgestellt.

Somit sehen wir die Voraussetzungen für eine kontinuierlich gute Ergebnissituation auch in den kommenden Jahren für geschaffen an. Der erwartete Umsatz 2018 wird auf dem Niveau des Jahres 2017 liegen, der Jahresüberschuss in 2018 wird mit T€ 1.500 erwartet.

6. Chancen- und Risikobericht

6.1. Risikobericht

Risiken ergeben sich generell durch die Abhängigkeit unseres Geschäftes durch Schwankungen der Konjunktur und durch die Schnelllebigkeit des Marktes.

Mit den zwei größten langjährigen Kunden gibt es langfristige Verträge für mehrere Geschäfte, so dass dies mit einer engen Verzahnung unserer Geschäftsprozesse mit den betriebsinternen Abläufen unserer Kunden zu einer hohen Kontinuität und Zukunftssicherheit führt, um somit schmerzhafte Rückgänge durch eine Aufkündigung der Zusammenarbeit zu verhindern. Dies gilt auch für diverse weitere Bestandskunden in den verschiedenen Bereichen.

Für Haftungsrisiken bei Schadensfällen sind in ausreichendem Maße Versicherungen abgeschlossen. Im Übrigen unterliegen die Aufträge im Wesentlichen den Allgemeinen Deutschen Spediteurbedingungen (ADSp) mit ihren jeweiligen Haftungsausschlüssen.

Forderungsausfälle, z. B. durch Insolvenz von Kunden oder Partnern, kommen bei uns aufgrund langjähriger Bestandskunden mit überwiegend sehr guter Bonität nicht vor. Neukunden werden im Vorfeld auf Bonität geprüft. Aktives Forderungsmanagement zur Reduzierung von Ausfällen ist geübte Praxis. Gemäß ADSp kann gegebenenfalls vom Speditionspfandrecht Gebrauch gemacht werden.

Der Vorstand und der Aufsichtsrat werden durch interne monatliche BAB's und vierteljährliche Berichte über die Ergebnisentwicklung der Gesellschaft laufend unterrichtet; in monatlichen Ergebnisbesprechungen werden entsprechende Soll-Ist-Analysen erstellt und im Bedarfsfall zeitnah geeignete Maßnahmen zur Ergebnissicherung eingeleitet.

6.2. Chancenbericht

Das Unternehmen ist durch die breite Aufstellung im Dienstleistungsportfolio in diversen Branchen und mit weitreichendem Knowhow und jahrelanger Erfahrung gut gerüstet, um künftigen Anfragen von Handel und Industrie idealtypisch zu entsprechen.

Unser besonderer Fokus gilt weiter den Bereichen Qualitätssicherung, Kundenbetreuung, Fokussierung auf die Kerngeschäfte sowie gezielte Prozessoptimierung und Kostenbegrenzung. Hier sehen wir auch weitere Chancen für unser Unternehmen.

Ebenso sehen wir Chancen in unserer hohen Kundenorientierung.

6.3. Gesamtaussage

Insgesamt sehen wir uns für die Bewältigung der künftigen Risiken in den nächsten Jahren gut gerüstet.

Unter Berücksichtigung der beschriebenen Chancen sehen wir gute Möglichkeiten für eine weitere positive Unternehmensentwicklung.

Es sind keine bestandsgefährdenden oder sonstigen Risiken mit wesentlichem Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage bekannt.

7. Risikoberichterstattung über die Verwendung von Finanzinstrumenten

Zu den im Unternehmen bestehenden Finanzinstrumenten zählen im Wesentlichen Forderungen und Verbindlichkeiten, Guthaben bei Kreditinstituten und Darlehensverbindlichkeiten.

Ziel des Finanz- und Risikomanagements der Gesellschaft ist die Sicherung des Unternehmenserfolgs gegen finanzielle Risiken jeglicher Art. Beim Management der Finanzpositionen verfolgt das Unternehmen eine konservative Risikopolitik.

Forderungsausfälle, z. B. durch Insolvenz von Kunden oder Partnern, kommen bei uns aufgrund langjähriger Bestandskunden mit überwiegend sehr guter Bonität nicht vor. Neukunden werden im Vorfeld auf Bonität geprüft. Aktives Forderungsmanagement zur Reduzierung von Ausfällen ist geübte Praxis. Gemäß ADSp kann gegebenenfalls vom Speditionspfandrecht Gebrauch gemacht werden.

Worms am Rhein, den 8. Februar 2018

Vorstand der RHENANIA WORMS AG

4.2.11WSW-Wärme-Service-Worms-GmbH

Allgemeines

Rechtsform: GmbH

Gründung: 18.12.2015 **Satzungsdatum:** 26.10.2016

Wirtschaftsjahr: Kalenderjahr

Wärme-Service-Worm

Stammkapital am Ende des Wirtschaftsjahres 2017: 25.000,00 €

Veränderung im Berichtsjahr: keine

Gegenstand des Unternehmens/Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks

(§ 90 Abs. 2 Satz 2 Nr. 1 und Nr. 2 GemO)

Der Bezug, die Erzeugung und der Verkauf von Energie und Wärme sowie das Betreiben von Fernwärmenetzen im Konversionsgebiet des Liebenauer Feldes sowie für die Wohnungen der Wohnungsbau GmbH Worms und der Liebenauer Feld GmbH Worms.

Der Gegenstand des Unternehmens ist eine wirtschaftliche Betätigung (§ 85 Abs. 1 GemO)

Beteiligungsverhältnisse

(§90 Abs. 2 Satz 2 Nr. 1 GemO)

Am Stammkapital des Unternehmens sind beteiligt:

- Wohnungsbau GmbH Worms zu 50 %
- Wika Bauträger GmbH zu 50 %

Die Beteiligungen haben sich im Berichtsjahr nicht verändert.

Besetzung der Organe im Geschäftsjahr 2017

(§ 90 Abs. 2 Satz 2 Nr. 1 GemO)

Gesellschafterversammlung 2017:

- Wika Bauträger GmbH, Osthofen: Karl-Walter Berkes
- Wohnungsbau GmbH Worms, Worms: Michael Baumann (bis 30.09.2017), Stefan Hoffmann (ab 01.10.2017)

Geschäftsführung 2017:

Geschäftsführer:

- Karl-Walter Berkes
- Michael Baumann (bis 30.09.2017, gem. Gesellschafterbeschluss)
- Stefan Hoffmann (ab 01.10.2017, gem. Gesellschafterbeschluss)

Personalentwicklung			
	2017	2016	
Anzahl der Mitarbeiter	0	0	
(nach § 267 Abs. 5 HGB)			

Laufende Gesamtbezüge der Geschäftsführung

(§ 90 Abs. 2 Satz 2 Nr. 3 GemO)

(Gesamtbezüge der Mitglieder der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates oder der entsprechenden Organe)

Gem. § 286 Abs. 4 HGB wird auf eine Nennung der Bezüge der Geschäftsführung verzichtet.

Kapitalzuführungen/-entnahmen

(§ 90 Abs. 2 Satz 2 Nr. 3 GemO)

Kapitalzuführungen und -entnahmen sind nicht erfolgt.

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft der Stadt Worms

(§ 90 Abs. 2 Satz 2 Nr. 3 GemO)

Kapitalzuführungen durch die Stadt Worms in den letzten 3 Jahren:

2016 - 2017: 0,00 €

Gewinnabführungen an die Stadt Worms in den letzten 3 Jahren:

2016 - 2017: 0,00 €

Vom Unternehmen gezahlte Steuern an die Stadt Worms in den letzten 3 Jahren:

2016 - 2017: 0,00€

Vom Unternehmen gezahlten Konzessionsabgaben an die Stadt Worms in den letzten 3 Jahren:

2017: 10.044,00 €2016: 5.430,88 €

Vorliegen der Voraussetzungen des § 85 Abs. 1 GemO

(§ 90 Abs. 2 Satz 2 Nr. 4 GemO)

Die Gemeinde darf wirtschaftliche Unternehmen nur errichten, übernehmen oder wesentlich erweitern, wenn

- 1. **der öffentliche Zweck das Unternehmen rechtfertigt** (§ 85 Abs. 1 Nr.1 GemO): Die notwendigen Angaben erfolgten hierzu unter "Gegenstand des Unternehmens".
- 2. das Unternehmen nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zu der Leistungsfähigkeit der Gemeinde und dem voraussichtlichen Bedarf besteht. (§ 85 Abs. 1 Nr. 2 GemO): Die notwendigen Angaben erfolgten hierzu unter "Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft".
- 3. der öffentliche Zweck nicht ebenso gut und wirtschaftlich durch einen privaten Dritten erfüllt wird oder erfüllt werden kann.
- ✓ Im Berichtsjahr gab es keinen Anlass, die bisherige Bewertung zu ändern.

Bilanz zum 31.12.2017

AKTIVA	31.12.2017	31.12.2016
	EUR	EUR
A. Anlagevermögen	1.242.675,00	1.288.621,00
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	0,00	0,00
II. Sachanlagen	1.242.675,00	1.288.621,00
III. Finanzanlagen	0,00	0,00
B. Umlaufvermögen	301.322,48	549.581,44
I. Vorräte	0,00	0,00
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	240.904,90	549.581,44
III. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	60.417,58	0,00
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	2.049,78
D. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	29.323,21	14.569,91
Bilanzsumme	1.573.320,69	1.854.822,13
PASSIVA	31.12.2017	31.12.2016
	EUR	EUR
A. Eigenkapital	0,00	0,00
I. Gezeichnetes Kapital	25.000,00	25.000,00
II. Verlustvortrag	-39.569,91	0,00
III. Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (-)	-14.753,30	-39.569,91
IV. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	29.323,21	14.569,91
B. Rückstellungen	43.457,25	70.300,00
C. Verbindlichkeiten	1.409.025,58	1.704.234,13
D. Rechnungsabgrenzungsposten	120.837,86	80.288,00
Bilanzsumme	1.573.320,69	1.854.822,13

Gewinn- und Verlustrechnung zum 31.12.2017

		31.12.2017	19.01.2016 bis 31.12.2016
		EUR	EUR
1. Umsatzerlö	se	1.021.791,30	990.544,73
2. Sonstige be	triebliche Erträge	13.791,76	0,00
3. Materialau	fwand		
für bezoge	ngen für Hilfs- und Betriebsstoffe ne Waren ngen für bezogene Lieferungen und	-734.363,89	-679.037,23
Leistungen	gentui bezogene Lieterungen unu	0,00	-4.885,65
l. Abschreibu	ngen auf Sachanlagen	-144.653,31	-136.963,19
. Sonstige be	triebliche Aufwendungen	-148.290,64	-211.451,28
5. Sonstige Zi	nsen und ähnliche Erträge	961,81	2.222,71
7. Zinsen und	ähnliche Aufwendungen	-23.990,33	0,00
8. Ergebnis r	ach Steuern	-14.753,30	-39.569,91
9. Sonstige St	euern	0,00	0,00
10. Jahresfehl	betrag	-14.753,30	-39.569,91

Kennzahlen zum 31.12.2017

Finanzkennzahlen	
EBITDA (in EUR)	152.928,53 Jahresergebnis + Steueraufwand - Steuererträge +/- Finanzergebnis + außerordentliche Erträge + Abschreibungen auf das Anlagevermögen - Zulagen auf das Anlagevermögen
Wirtschaftlichkeit (in %)	100,81 Ertrag (bzw. Leistung) : Aufwand (bzw. Kosten) x 100
Vermögenskennzahlen	
Eigenkapitalquote (in %)	0,00
, ,	(Eigenkapital x 100) : Gesamtkapital
Fremdkapitalquote (in %)	100,00
(··· /0)	(Fremdkapital x 100) : Gesamtkapital

Personalkennzahl	
Personalaufwandsquote (in %)	0,00 Personalaufwand : Gesamtleistung x 100

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2017

Gesamtwirtschaftliche Lage und Branchenentwicklung

Die anhaltend positive Entwicklung der Weltwirtschaft zeichnete sich im Jahr 2017 durch ein Wachstum von 4,2 % aus. Neueste Prognosen gehen von einem nachhaltig positiven Wachstumstrend auch für das Jahr 2018 aus. Die befürchteten negativen Auswirkungen auf die Weltwirtschaft durch tiefgreifende wirtschaftspolitische Maßnahmen in den USA sowie auf den europäischen Wirtschaftsraum infolge des geplanten "Brexit" blieben bislang aus. Somit konnte das Wirtschaftswachstum im Euroraum in 2017 gegenüber dem Vorjahr um 0,7 %-Punkte gesteigert werden und lag bei 2,4 %. Dies spiegelt sich auch in einer Steigerung der Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts der Bundesrepublik Deutschland wider. Ebenfalls anhaltend positiv bleibt die Entwicklung auf dem deutschen Arbeitsmarkt. Hier konnte ein Rückgang der Arbeitslosenquote gegenüber dem Vorjahr um 0,4 %-Punkte festgestellt werden. Dies führte auch zu einer Steigerung der privaten Konsumausgaben, die nach Angaben von destatis in 2017 ihren größten Zuwachs seit 1994 zu verzeichnen hatten.

Der Energieverbrauch in Deutschland stieg nach Angaben der Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen e.V. (AGEB) gegenüber dem Vorjahr leicht um insgesamt 0,9 %. Dies wird insbesondere dem starken gesamtwirtschaftlichem Wachstum, dem deutlichen Anstieg im produzierenden Gewerbe und der Zunahme der Bevölkerungszahlen zugeschrieben. Die witterungsbedingten Einflüsse wirkten sich im Gegensatz dazu nur gering auf den Anstieg des Energieverbrauchs aus. Nach Berechnungen der AGEB stieg die Erzeugung von Nettowärme im Jahr 2017 in Deutschland gegenüber dem Vorjahr um 0,7 %. Der Nettowärmeverbrauch aus den Netzen lag bereinigt bei 124,2 Mrd. kWh. Damit einhergehend wurde ein Anstieg des Brennstoffeinsatzes um 1,1 % gegenüber dem Vorjahr gemessen. Der Wärmeverbrauch privater Haushalte auf dem Sektor der Wohnungswirtschaft nahm insbesondere durch eine Erhöhung der Anzahl von Fernwärmeanschlüssen infolge einer Steigerung der Baugenehmigungen um 1,4 % zu.

Geschäftsverlauf und Ergebnisentwicklung

Die WSW-Wärme-Service-Worms GmbH hat ihren Geschäftsbetrieb im Jahr 2016 aufgenommen und ist durch den Erwerb des Fernwärmeleitungsnetzes sowie des dazugehörigen Blockheizkraftwerkes und der Pelletanlage alleiniger Wärmeversorger des Gebietes Liebenauer Feld sowie der angrenzenden, an das Netz angeschlossenen Liegenschaften der Wohnungsbau GmbH Worms. Unverändert zum Vorjahr sind die Wohnungsbau GmbH Worms und die Wika Bauträger GmbH jeweils zu 50 % an der Gesellschaft beteiligt.

Durch die Ausgliederung des Fernwärmegeschäfts aus der Schwestergesellschaft, der Liebenauer Feld GmbH, konnte die Gesellschaft ein bereits funktionierendes Netzsystem sowie abgeschlossene Wärmelieferverträge mit Endabnehmern übernehmen. Im Geschäftsjahr 2017 wurden weitere Liegenschaften im Rahmen der Herstellung von Eigentumsmaßnahmen der Liebenauer Feld GmbH sowie von Instanhaltungs-/Modernisierungsmaßnahmen der Wohnungsbau GmbH Worms an das Fernwärmenetz angeschlossen. Insgesamt bestanden zum Bilanzstichtag 112 Übergabestationen mit langfristigen Wärmelieferungsverträgen.

Die Gesellschaft tätigte im Berichtsjahr Investitionen in Höhe von 98,7 TEUR in das Fernwärmenetz. Diese betrafen im Wesentlichen Ausgaben für die Herstellung neuer Fernwärmeanschlüsse für Eigentumsmaßnahmen der Liebenauer Feld GmbH (Stadtvillen im Liebenauer Feld) sowie die beiden Neubaumaßnahmen der Wohnungsbau GmbH Worms an der Ecke Würtdwein-/Bebelstraße.

Der Wärmeabsatz im Jahr 2017 lag insgesamt bei 7.652.545 kWh. Die Menge des externen Wärmebezugs betrug insgesamt 9.852.670 kWh.

Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Das Geschäftsjahr 2017 schließt mit einem Jahresfehlbetrag von 14.753,30 €. Der nicht durch Eigenkapital gedeckte Fehlbetrag erhöht sich zum Bilanzstichtag somit auf 29.323,21 €. Der Jahresfehlbetrag ist im Wesentlichen auf gestiegene Aufwendungen für Roh- und Betriebsstoffe sowie der erstmaligen Fälligkeit von Zinsaufwendungen zurückzuführen, die insgesamt nicht durch den Anstieg der Umsatzerlöse kompensiert werden konnten. Den Umsatzerlösen aus Wärmelieferungen stehen hauptsächlich Aufwendungen für bezogene Betriebsstoffe und Contracting-Kosten gegenüber. Bis zum 31.12.2017 erfolgte die Geschäftsbesorgung der Gesellschaft durch die Liebenauer Feld GmbH, da die Gesellschaft über keinen eigenen Personalbestand verfügt. Ab dem Geschäftsjahr 2018 wird diese Aufgabe durch die Wohnungsbau GmbH Worms übernommen.

Das Gesamtvermögen hat sich um rund 290 TEUR bzw. 16 % gegenüber dem Vorjahr verringert. Neben den planmäßigen Abschreibungen auf technische Anlagen und Maschinen war im Wesentlichen der Rückgang der Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände ursächlich hierfür. Durch den Ausgleich bestehender Forderungen konnten die Flüssigen Mittel der Gesellschaft im Berichtsjahr gestärkt werden. Sie belaufen sich zum 31.12.2017 auf insgesamt ca. 60 TEUR. Das Gesamtvermögen der Gesellschaft besteht zum Bilanzstichtag zu 80,5 % aus Anlagevermögen (2016: 69,5 %), welches durch entsprechende mittel- und langfristige Darlehensaufnahmen finanziert wurde. Der durch planmäßige Tilgungen bedingte Rückgang der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten im Geschäftsjahr 2017 führt zu einem Anstieg des Anlagendeckungsrads (Anlagevermögen/Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten) von 107,6 % auf 120,5 % gegenüber dem Vorjahr. Der mittel- und langfristige Fremdkapitalanteil der Gesellschaft beläuft sich zum 31.12.2017 auf 48,6 % (2016: 54,4 %). Die Übernahme der Verbindlichkeiten im Rahmen des Ankaufs des Fernwärmenetzes sowie der zum Betrieb des Netzes zugehörigen Vermögensgegenstände erfolgte zum Jahresende 2016, so dass im Vorjahr keine Zinsaufwendungen anfielen.

Aufgrund des Jahresfehlbetrags ist die Eigenkapitalverzinsung im Berichtsjahr negativ und die Gesellschaft weiterhin bilanziell überschuldet. Dennoch sind die Vermögens- und Kapitalverhältnisse der Gesellschaft sowie die Finanzlage geordnet. Ihren Zahlungsverpflichtungen ist die Gesellschaft im Berichtsjahr jederzeit termingerecht nachgekommen.

Ausblick

Die Anzahl der Hausanschlüsse an des Fernwärmenetz und damit die Abnehmerzahl für Wärmemengen wird erwartungsgemäß bis zum Jahr 2020 steigen und anschließend auf konstantem Niveau verbleiben. Weitere Investitionen durch die Gesellschaft in das Fernwärmenetz sind daher geplant. Die noch ausstehenden Bauabschnitte im Konversionsgebiet werden durch die Liebenauer Feld GmbH sukzessive bis ins Jahr 2020 fertiggestellt und an das Fernwärmenetz angeschlossen. Ein weiterer Zuwachs der Abnehmerzahlen wird voraussichtlich durch den Anschluss verschiedener Liegenschaften der Wohnungsbau GmbH Worms erfolgen. Hierbei handelt es sich um Liegenschaften, die unmittelbar an das Gebiet des Liebenauer Feldes angrenzen und für die bereits Fernwärmeleitungen vorgesehen sind. Die langfristige Sicherung der Abnehmerzahl bleibt durch die zeitlich unbefristeten grundbuchrechtlichen Eintragungen der Lieferrechte für die Gesellschaft zumindest im Konversionsgebiet gesichert.

Die Entwicklung des Wärmeabsatzes kann daher grundsätzlich als konstant prognostiziert werden. Allerdings nehmen Rahmenbedingungen wie Witterung, Klimaänderung oder auch in geringerem Umfang die konjunkturelle Entwicklung einen nicht unerheblichen Einfluss auf den Wärmemengenabsatz. Daneben lässt die Entwicklung der Bevölkerungszahlen der Stadt Worms für die kommenden Geschäftsjahre ein stetiges Nachfragepotential erwarten.

Die Prüfung möglicher rechtlicher Verpflichtungen aus der Zeit der Herstellung des Fernwärmenetzes ist noch nicht vollumfänglich abgeschlossen. Nach wie vor wird das Risiko hieraus resultierender finanzieller Verpflichtung jedoch als geringfügig angesehen. Darüber hinaus bestehen für die Gesellschaft die allgemeinen mit dem Energiesektor verbundenen Risiken, insbesondere die Auswirkungen witterungsbedingter Einflüsse sowie die Preisentwicklung der Rohstoffe. Das Zahlungsausfallrisiko im Kundenbereich wird aufgrund der Abnehmerstruktur als gering eingestuft.

Für das Geschäftsjahr 2018 rechnet die Gesellschaft mit einem ausgeglichenen Jahresergebnis. Durch die in 2018 vorgenommenen Einzahlungen der Gesellschafter in die Kapitalrücklagen wird der nicht durch Eigenkapital gedeckte Fehlbetrag vollumfänglich kompensiert und die bilanzielle Überschuldung der Gesellschaft damit aufgehoben.

4.3 Immobilien- und Wohnungswirtschaft, Wirtschaftsförderung

4.3.1 Liebenauer Feld GmbH

Allgemeines

Rechtsform: GmbH

Gründung: 03.07.2002 **Satzungsdatum:** 03.07.2002

IEBENAUE (mbH

Wirtschaftsjahr: Kalenderjahr

Stammkapital am Ende des Wirtschaftsjahres 2017: 500.000,00 €

Veränderung im Berichtsjahr: keine

Gegenstand des Unternehmens/Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks

(§ 90 Abs. 2 Satz 2 Nr. 1 und Nr. 2 GemO)

Der Erwerb und die Sanierung des Geländes und der Gebäude des ehemaligen Thomas-Jefferson-Village im Liebenauer Feld in Worms, die Bildung von baureifen Grundstücken, die Errichtung von Gebäuden und sonstigen Anlagen durch Dritte im Liebenauer Feld sowie die Vermarktung aller Teile.

Der Gegenstand des Unternehmens ist eine wirtschaftliche Betätigung (§ 85 Abs. 1 GemO)

Beteiligungsverhältnisse

(§90 Abs. 2 Satz 2 Nr. 1 GemO)

Am Stammkapital des Unternehmens sind beteiligt:

- Wohnungsbau GmbH Worms zu 50 %
- Wika Bauträger GmbH zu 50 %

Die Beteiligungen haben sich im Berichtsjahr nicht verändert.

Besetzung der Organe im Geschäftsjahr 2017

(§ 90 Abs. 2 Satz 2 Nr. 1 GemO)

Gesellschafterversammlung 2017:

- WIKA Bauträger GmbH, Osthofen: Karl-Walter Berkes
- Wohnungsbau GmbH Worms, Worms: Amelind Eckel (bis 30.09.2017), Stefan Hoffmann (ab 01.10.2017)

Geschäftsführung 2017:

Geschäftsführer:

- Karl-Walter Berkes
- Amelind Eckel (bis 30.09.2017, gem. Gesellschafterbeschluss)
- Stefan Hoffmann (ab 01.10.2017, gem. Gesellschafterbeschluss)

Personalentwicklung			
	2017	2016	
Anzahl der Mitarbeiter	2	2	
(nach § 267 Abs. 5 HGB)	5	5	

Laufende Gesamtbezüge der Geschäftsführung

(§ 90 Abs. 2 Satz 2 Nr. 3 GemO)

(Gesamtbezüge der Mitglieder der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates oder der entsprechenden Organe)

Gem. § 286 Abs. 4 HGB wird auf eine Nennung der Bezüge der Geschäftsführung verzichtet.

Kapitalzuführungen/-entnahmen

(§ 90 Abs. 2 Satz 2 Nr. 3 GemO)

Kapitalzuführungen und -entnahmen sind nicht erfolgt.

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft der Stadt Worms

(§ 90 Abs. 2 Satz 2 Nr. 3 GemO)

Kapitalzuführungen durch die Stadt Worms in den letzten 3 Jahren:

2015 - 2017: 0,00 €

Gewinnabführungen an die Stadt Worms in den letzten 3 Jahren:

2017: 0,00 € 2016: 0,00 € 2015: 100.000,00 €

Vom Unternehmen gezahlte Steuern an die Stadt Worms in den letzten 3 Jahren:

2017: 179.679,00 € 2016: 57.731,30 € 2015: 74.129,89 €

Vom Unternehmen gezahlten Konzessionsabgaben an die Stadt Worms in den

letzten 3 Jahren:

2017: 0,00 € 2016: 0,00 € 2015: 6.734,61 €

Vorliegen der Voraussetzungen des § 85 Abs. 1 GemO

(§ 90 Abs. 2 Satz 2 Nr. 4 GemO)

Die Gemeinde darf wirtschaftliche Unternehmen nur errichten, übernehmen oder wesentlich erweitern, wenn

- 1. **der öffentliche Zweck das Unternehmen rechtfertigt** (§ 85 Abs. 1 Nr.1 GemO): Die notwendigen Angaben erfolgten hierzu unter "Gegenstand des Unternehmens".
- 2. das Unternehmen nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zu der Leistungsfähigkeit der Gemeinde und dem voraussichtlichen Bedarf besteht. (§ 85 Abs. 1 Nr. 2 GemO): Die notwendigen Angaben erfolgten hierzu unter "Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft".
- 3. der öffentliche Zweck nicht ebenso gut und wirtschaftlich durch einen privaten Dritten erfüllt wird oder erfüllt werden kann.
- ✓ Im Berichtsjahr gab es keinen Anlass, die bisherige Bewertung zu ändern.

Bilanz zum 31.12.2017

AKTIVA	31.12.2017	31.12.2016
	EUR	EUR
A. Anlagevermögen	6.446.748,16	4.787.712,99
I. Sachanlagen	6.446.748,16	4.787.712,99
B. Umlaufvermögen	5.793.054,04	5.654.384,67
I. Vorräte	2.805.666,60	3.309.189,39
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	1.196.011,64	1.342.480,04
III. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	1.791.375,80	1.002.715,24
C. Rechnungsabgrenzungsposten	35.765,73	36.416,37
Bilanzsumme	12.275.567,93	10.478.514,03
PASSIVA	31.12.2017	31.12.2016
	EUR	EUR
A. Eigenkapital	2.725.073,57	2.270.899,50
I. Gezeichnetes Kapital	500.000,00	500.000,00
II. Gewinnrücklage	1.770.899,50	1.460.188,01
III. Jahresüberschuss	454.174,07	310.711,49
B. Rückstellungen	1.073.026,48	1.596.314,15
C. Verbindlichkeiten	8.468.739,18	6.609.240,88
D. Rechnungsabgrenzungsposten	8.728,70	2.059,50
Bilanzsumme	12.275.567,93	10.478.514,03

Gewinn- und Verlustrechnung zum 31.12.2017

	_	31.12.2017	31.12.2016
		EUR	EUR
1.	Umsatzerlöse	5.441.352,19	7.033.822,42
2.	Erhöhung (im Vj. Verminderung) des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	865.003,04	-2.642.784,19
3.	Sonstige betriebliche Erträge	456.574,46	46.567,15
4.	Materialaufwand		
	Aufwendungen für Hilfs- und Betriebsstoffe für bezogene Waren Aufwendungen für bezogene Leistungen	-2.174,53 -5.047.005,50	-783,23 -2.690.672,92
5.	Personalaufwand		
·	Löhne und Gehälter Soziale Abgaben und Aufwendungen für Alters-	-258.581,42	-243.179,60
,	versorgung und Unterstützung	-26.840,27	-31.068,54
6.	Abschreibungen auf Sachanlagen	-200.258,06	-148.660,00
7.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	-437.859,97	-665.903,71
8.	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	5.293,37	127,94
9.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-161.728,40	-309.223,02
10.	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-161.777,37	-31.040,51
11.	Ergebnis nach Steuern	471.997,54	317.201,79
12.	Sonstige Steuern	-17.823,47	-6.490,30
13.	Jahresüberschuss	454.174,07	310.711,49

Kennzahlen zum 31.12.2017

inanzkennzahlen		
EBITDA (in EUR)	990.468,00	
, ,	Jahresergebnis + Steueraufwand - Steuererträge +/- Finanzergebnis + außerordentliche Erträge + Abschreibungen auf das Anlagevermögen - Zulagen auf das Anlagevermögen	
Wirtschaftlichkeit (in %)	98,75	
(111 70)	Ertrag (bzw. Leistung) : Aufwand (bzw. Kosten) x 100	

Vermögenskennzahlen		
Eigenkapitalquote (in %)	22,20	
(111 70)	(Eigenkapital x 100) : Gesamtkapital	
Fremdkapitalquote	77,80	
(in %)	(Fremdkapital x 100) : Gesamtkapital	
Personalkennzahl		
Personalaufwandsquote	4,84	
(in %)	Personalaufwand : Gesamtleistung x 100	

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2017

Gesamtwirtschaftliche Lage und Branchenentwicklung

Die Entwicklung der Weltwirtschaft ist im Berichtsjahr 2017 weiterhin positiv verlaufen. Im europäischen Währungsraum lag das Wirtschaftswachstum insgesamt bei 2,4 %, wobei hier im Vergleich zu den Vorjahren erstmals wieder flächendeckend positive Wachstumsraten in den Mitgliedsländern zu verzeichnen waren. Diese positive Entwicklung spiegelt sich auch in den Kennzahlen für die Bundesrepublik Deutschland wider. Hier lag die Wachstumsrate des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts im Berichtsjahr bei 2,2 % und die Arbeitslosenquote sank gegenüber dem Vorjahr auf 5,7 %. Die Wachstumsrate im Bereich der Bauinvestitionen lag mit 2,6 % in etwa auf Vorjahresniveau (2016: 2,7 %) wobei die Anzahl der Baugenehmigungen gegenüber dem Vorjahr leicht rückläufig war. Aufgrund des niedrigen Zinsniveaus, den ausgelasteten Auftragsbüchern der Baubranche sowie einem deutlichen Überhang von genehmigten, jedoch noch nicht fertig gestellten Wohnungen werden auch in den Folgejahren positive Wachstumsraten der Bauinvestitionen erwartet.

Die Anzahl der erteilten Baugenehmigungen in Rheinland-Pfalz ist aufgrund des Überhangs aus dem Vorjahr im Geschäftsjahr 2017 gesunken. Dieser Trend war auch in der Stadt Worms zu verzeichnen, in der im Berichtsjahr insgesamt 179 Baugenehmigungen für Wohnungen erteilt wurden (im Vorjahr: 266). Damit liegt Worms auf Platz 8 der kreisfreien Städte in Rheinland-Pfalz. Spitzenreiter war in 2017 die Stadt Trier mit insgesamt 803 erteilten Baugenehmigungen, gefolgt von den Städten Mainz und Landau. Die Nachfrage nach Eigentumswohnungen blieb jedoch im Berichtsjahr unverändert hoch.

Geschäftsverlauf und Ergebnisentwicklung

Der Geschäftsverlauf entwickelte sich in 2017 weiterhin erfolgreich. Die vorgesehenen Maßnahmen im Quartier Liebenauer Feld wurden weitgehend planmäßig umgesetzt und führten zu einer weiteren Steigerung der Attraktivität des Wohngebietes. Dies spiegelt sich insbesondere in der hohen Nachfrage des Wohnstandortes wider.

Der Schwerpunkt der Bauaktivitäten lag unverändert zum Vorjahr auf der Errichtung der sogenannten Stadtvillen im Bereich der Von-Steuben-Straße/Carl-Schurz-Straße/Seidenbender-straße. Die insgesamt zehn Stadtvillen verfügen alle über einen direkten Tiefgaragenanschluss und eine hochwertige Ausstattung. Die Nachfrage nach Eigentumswohnungen, insbesondere nach den im obersten Stockwerk befindlichen Penthouse-Wohnungen war im Berichtsjahr unverändert hoch. So konnten bis zum Bilanzstichtag insgesamt 24 Kaufvertragsabschlüsse für Eigentumswohnungen mit einem Kaufpreisvolumen von 7,1 Mio € erzielt werden. Die Fertigstellung der veräußerten Eigentumswohnungen liegt im Zeitraum Juli 2017 bis Dezember 2019. Zusätzlich

wurden 12 Tiefgaragenstellplätze veräußert. Die verausgabten Baukosten im Bereich der Stadtvillen betrugen im Berichtsjahr insgesamt 5,0 Mio €.

Die Planung der Bebauung des letzten freien Baufeldes im Konversionsgebiet mit dem sogenannten Magnolienhof wurde weiter fortgeführt. Aufgrund der angespannten Parkplatzsituation im Bereich des Ärztehauses Liebenauer Feld wurde trotz bereits erteilter Baugenehmigung nicht mit der Errichtung des Gebäudes begonnen. Die angedachte Entschärfung der Parkplatzproblematik durch eine Erhöhung der Anzahl der zu errichtenden unterirdischen Stellplätze in diesem Bauprojekt soll im Rahmen der Umsetzung einer vorhabenbezogenen Änderung des Bebauungsplans erfolgen. Aufgrund der erforderlichen Einholung der Zustimmung der städtischen Gremien sowie der notwendigen verwaltungstechnischen Bearbeitungszeit wird sich die geplante Fertigstellung des Projekts deutlich verzögen. Neben den bereits geplanten 51 barrierearmen Wohnungen mit Tiefgaragenstellplätzen sollen zusätzliche Stellplätze errichtet werden, die u.a. durch den Publikumsverkehr des anliegenden Ärztehauses genutzt werden können. Mit der Schließung der letzten Baulücke wird das Wohngebiet Liebenauer Feld vervollständigt.

Die Erschließung bzw. Sanierung des letzten Straßenabschnitts im Konversionsgebiet Liebenauer Feld im Bereich der Carl-Schurz-Straße/Kantstraße konnte im Berichtsjahr begonnen und in 2018 abgeschlossen werden. Der bereits im Vorjahr in Planung befindliche naturnahe Spielplatz an der Ecke Kantstraße/Sickingenweg wurde fertiggestellt und eingeweiht. Hier ist das Spielen auf einer Fläche von rund 600 m², unter altem, schattenspendendem Baumbestand möglich, wodurch das umliegende Wohngebiet weiter an Attraktivität gewinnt.

Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Das Geschäftsjahr 2017 schließt mit einem Jahresüberschuss von 454.174,07 €. Hierin enthalten sind Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen in Höhe von rund 0,3 Mio €, wodurch das bereinigte operative Jahresergebnis insbesondere aufgrund gesunkener Umsatzerlöse deutlich unter dem Vorjahresniveau liegt.

Das Gesamtvermögen ist gegenüber dem Vorjahr um rund 1,8 Mio € auf 12.275.567,93 € gestiegen. Ursächlich hierfür war im Wesentlichen die Herstellung weiterer Stadtvillen, deren Baukosten unter den Vorräten im Umlaufvermögen bilanziert sind. Der Anstieg des Anlagevermögens beruht auf Umbuchungen aus dem Umlaufvermögen aus in Vorjahren hergestellten Praxisflächen im Ärztehaus Liebenauer Feld, die aufgrund mangelnder Käufernachfrage vermietet wurden und in das langfristige Vermögen der Gesellschaft übergegangen sind.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind gegenüber dem Vorjahr um rund 1,0 Mio € gestiegen. Der Anstieg ist auf Valutierungen für Darlehen für die im Bau befindlichen Stadtvillen zurückzuführen, denen planmäßige Tilgungen gegenüberstehen. Neben den Verbindlichkeiten ist ebenfalls ein Anstieg der erhaltenen Anzahlungen gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen. Hierfür sind im Wesentlichen erhaltene Anzahlungen nach MaBV auf Eigentumswohnungen in Stadtvillen ursächlich.

Der Anstieg des Eigenkapitals beruht auf dem erwirtschafteten Jahresüberschuss 2017. Die Eigenkapitalquote, bezogen auf das bilanzielle Eigenkapital, erhöhte sich somit zum Bilanzstichtag um 0,5 %-Punkte auf 22,2 % (im Vorjahr 21,7 %).

Die Gesellschaft erwirtschaftete im Geschäftsjahr einen Jahrescashflow in Höhe von rund 131 T€. Der Finanzmittelbestand erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um ca. 0,8 Mio €.

Die Vermögens- und Kapitalverhältnisse der Gesellschaft sowie die Finanzlage sind geordnet. Ihren Zahlungsverpflichtungen ist die Gesellschaft jederzeit termingerecht nachgekommen. Die Geschäftsführung dankt allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die im Geschäftsjahr 2017 geleistete Arbeit.

Ausblick

Die Entwicklung der Geschäftstätigkeit hat sich auch im Folgejahr bis dato planmäßig weiterentwickelt. Schwerpunkt bleibt weiterhin die Fertigstellung und der Vertrieb der Stadtvillen einschließlich Tiefgaragenstellplätze sowie des letzten Bauvorhabens (Magnolienhof). Bis zur Berichtserstellung konnten Kaufverträge über 7 Eigentumswohnungen und 3 Tiefgaragenstellplätze im Bereich der Stadtvillen notariell geschlossen werden. Insgesamt zehn Eigentumswohnungen befinden sich noch in der Vermarktung. Die Fertigstellung der letzten Stadtvilla ist Ende des Jahres 2019 geplant. Mit der Vermarktung der Eigentumswohnungen im Magnolienhof wird planmäßig im Jahr 2018 begonnen.

Die Entwicklung der Bevölkerungszahlen der Stadt Worms lässt für die kommenden Geschäftsjahre ein wachsendes Nachfragepotential erwarten. Die im Wesentlichen barrierearmen Ausstattungskonzepte der Stadtvillen und des Magnolienhofs berücksichtigen hierbei auch den demographischen Wandel der Bevölkerung und berücksichtigen somit die hohe Nachfrage in diesem Marktsegment. Diese Rahmenbedingungen wirken sich positiv auf die künftigen Vermarktungsmöglichkeiten des letzten freien Baufelds mit der geplanten Bebauung des Magnolienhofs aus.

Die gute gesamtwirtschaftliche Lage, das niedrige Zinsniveau sowie die hohe Nachfrage nach barrierearmem Wohnraum begünstigen die Chance der schnellen Vermarktung und Abwicklung der Bauprojekte. Ein seit langem erwartetem Anstieg des Zinsniveaus könnte sich jedoch negativ auf die Nachfrageentwicklung auswirken. Gleichzeit bergen steigende Baukosten insbesondere durch landesrechtlich veränderte Rahmenbedingen und Auflagen das Risiko einer Gewinnreduzierung, da die steigenden Kosten hierfür nur begrenzt durch höhere Verkaufspreise kompensiert werden können.

Im Rahmen der Ausgliederung des Fernwärmegeschäfts bleiben mögliche rechtliche Verpflichtungen aus der Zeit der Herstellung des Fernwärmenetzes bestehen. Darüber hinaus bestehen für die Gesellschaft die allgemeinen mit dem Bauträgergeschäft verbundenen Risiken der Mängel- und Gewährleistungsansprüche.

Für das Geschäftsjahr 2018 rechnet die Gesellschaft mit einem positiven Jahresergebnis.

4.3.2 Wirtschaftsförderungsgesellschaft für die Stadt Worms mbH

Allgemeines

Rechtsform: GmbH

Gründung: 04.05.2000 **Satzungsdatum**: 19.08.2008

Wirtschaftsjahr: Kalenderjahr

wfg Mworms

Wirtschaftsförderungsgesellschaft für die Stadt Worms mbH

Stammkapital am Ende des Wirtschaftsjahres 2017: 315.000,00 €

Veränderung im Berichtsjahr: keine

Gegenstand des Unternehmens / Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks

(§ 90 Abs. 2 Satz 2 Nr. 1 und Nr. 2 GemO)

Die Verbesserung der sozialen und wirtschaftlichen Struktur der Stadt Worms. Die Tätigkeit der Gesellschaft ist darauf gerichtet, Worms als Wirtschaftsstandort weiterzuentwickeln, sowie zur Schaffung neuer und zur Erhaltung vorhandener Arbeitsplätze in Worms die An- und Umsiedlung von Industrie-, Gewerbe- und Dienstleistungsbetrieben zu fördern.

Der Gegenstand des Unternehmens ist eine wirtschaftliche Betätigung (§ 85 Abs. 1 GemO).

Beteiligungsverhältnisse

(§ 90 Abs. 2 Satz 2 Nr. 1 GemO)

Am Stammkapital des Unternehmens sind beteiligt:

- Stadt Worms zu 61,30 %
- Volksbank Worms Wonnegau eG zu 8,35 %
- Sparkasse Worms-Alzey-Ried zu 13,08 %
- EWR AG zu 14,29 %
- IHK Rheinhessen zu 2,98 %

Beteiligungen des Unternehmens:

• Rheinhessen-Touristik GmbH zu 5,84 %

Die Beteiligungen haben sich im Berichtsjahr nicht verändert.

Besetzung der Organe im Geschäftsjahr 2017

(§ 90 Abs. 2 Satz 2 Nr. 1 GemO)

Gesellschafterversammlung 2017:

- Stadt Worms
 - o Oberbürgermeister Michael Kissel
 - o Timo Horst
 - o Heidi Lammeyer
 - o Pierre Tchokoute Tchoula
 - o Johann Nock
 - o Dr. Klaus Werth
 - o Richard Grünewald
 - Steffen Landskron

- Volksbank Alzey-Worms eG
 - o Bernd Hühn
 - o Armin Bork
- Sparkasse Worms-Alzey-Ried
 - o Dr. Marcus Walden
 - Wolfhard Hensel
- EWR AG
 - o Stephan Wilhelm
- IHK Rheinhessen
 - o Katja Furtwängler
 - o Andrea Wensch

Geschäftsführung 2017:

• Geschäftsführer: Volker Roth, Oliver Stojiljkovic

Personalentwicklung		
	2017	2016
Anzahl der Mitarbeiter (nach § 267 Abs. 5 HGB)	6,75	6,75

Laufende Gesamtbezüge der Geschäftsführung

(§ 90 Abs. 2 Satz 2 Nr. 3 GemO)

(Gesamtbezüge der Mitglieder der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates oder der entsprechenden Organe)

Gem. § 286 Abs. 4 HGB wird auf eine Nennung der Bezüge der Geschäftsführung verzichtet. Die Aufwendungen für die Gesellschafterversammlung belaufen sich auf 510,00 € im Jahr 2017.

Kapitalzuführungen/-entnahmen

(§ 90 Abs. 2 Satz 2 Nr. 3 GemO)

Kapitalzuführungen/-entnahmen sind nicht erfolgt.

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft der Stadt Worms

(§ 90 Abs. 2 Satz 2 Nr. 3 GemO)

Kapitalzuführungen durch die Stadt Worms in den letzten 3 Jahren:

2015 - 2017: 0,00 €

Gewinnabführungen an die Stadt Worms in den letzten 3 Jahren:

2015 - 2017: 0,00 €

Vom Unternehmen **gezahlte Steuern an die Stadt Worms** in den letzten 3 Jahren:

2017: 4.001,49 € 2016: 4.001,49 € 2015: 4.001,49 €

Vom Unternehmen gezahlten Konzessionsabgaben an die Stadt Worms in den letzten 3 Jahren:

2015 - 2017: 0,00 €

Vorliegen der Voraussetzungen des § 85 Abs. 1 GemO

(§ 90 Abs. 2 Satz 2 Nr. 4 GemO)

Die Gemeinde darf wirtschaftliche Unternehmen nur errichten, übernehmen oder wesentlich erweitern, wenn

- 1. **der öffentliche Zweck das Unternehmen rechtfertigt** (§ 85 Abs. 1 Nr.1 GemO): Die notwendigen Angaben erfolgten hierzu unter "Gegenstand des Unternehmens".
- 2. das Unternehmen nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zu der Leistungsfähigkeit der Gemeinde und dem voraussichtlichen Bedarf besteht. (§ 85 Abs. 1 Nr. 2 GemO): Die notwendigen Angaben erfolgten hierzu unter "Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft".
- 3. der öffentliche Zweck nicht ebenso gut und wirtschaftlich durch einen privaten Dritten erfüllt wird oder erfüllt werden kann.
- ✓ Im Berichtsjahr gab es keinen Anlass, die bisherige Bewertung zu ändern.

Bilanz zum 31.12.2017

AKTIVA	31.12.2017	31.12.2016
		EUR
A. Anlagevermögen	758.592,00	783.938,40
I. Sachanlagen	755.884,00	781.230,40
II. Finanzanlagen	2.708,00	2.708,00
B. Umlaufvermögen	1.545.025,50	1.550.455,40
I. Vorräte	15.476,69	19.199,55
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	42.941,53	18.207,84
III. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	1.486.607,28	1.513.048,01
C. Rechnungsabgrenzungsposten	360,55	204,20
Bilanzsumme	2.303.978,05	2.334.598,00
PASSIVA	31.12.2017	31.12.2016
		EUR
A. Eigenkapital	1.919.958,79	1.897.235,23
I. Gezeichnetes Kapital	315.000,00	315.000,00
II. Kapitalrücklage	568.908,94	568.908,94
III. Gewinnvortrag / Verlustvortrag (-)	1.013.326,29	1.021.351,75
IV. Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (-)	22.723,56	-8.025,46
B. Sonderposten mit Rücklageanteil gem. Art. 67 Abs. 3 EGHGB	93.132,00	124.176,00
C. Rückstellungen	203.911,38	209.155,21
D. Verbindlichkeiten	82.479,73	99.192,20
E. Rechnungsabgrenzungsposten	4.496,15	4.839,36
Bilanzsumme	2.303.978,05	2.334.598,00

Gewinn- und Verlustrechnung zum 31.12.2017

		31.12.2017	31.12.2016
		EUR	EUR
1.	Umsatzerlöse	352.902,01	272.589,81
2.	Sonstige betriebliche Erträge	104.397,45	123.614,24
3.	Materialaufwand		
a)	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe		
h)	und für bezogene Waren Aufwendungen für bezogene Leistungen	-36.814,40 -141.430,80	-25.242,79 -74.217,26
		-141.450,60	-74.217,20
4.	Personalaufwand		
a)	Gehälter	-69.133,85	-87.347,48
b)	Soziale Abgaben	-15.086,22	-17.696,03
5.	Abschreibungen auf Sachanlagen	-29.084,60	-28.380,35
6.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	-127.522,44	-159.828,23
7.	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	91,46	964,04
8.	Abschreibungen auf Finanzanlagen	-10.120,00	-10.120,00
9.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-1.500,00	-2.723,00
10.	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	26,44	4.363,08
11.	Ergebnis nach Steuern	26.725,05	-4.023,97
12.	Sonstige Steuern	-4.001,49	-4.001,49
13.	Jahresergebnis	22.723,56	-8.025,46

Kennzahlen zum 31.12.2017

Finanzkennzahlen		
EBITDA (in EUR)	67.311,75	
	Jahresergebnis + Steueraufwand - Steuererträge +/- Finanzergebnis + außerordentliche Erträge + Abschreibungen auf das Anlagevermögen - Zulagen auf das Anlagevermögen	
Wirtschaftlichkeit (in %)	109,12	
(111 70)	Ertrag (bzw. Leistung) : Aufwand (bzw. Kosten) x 100	

Vermögenskennzahlen		
Eigenkapitalquote	83,33	
(in %)	(Eigenkapital x 100) : Gesamtkapital	
Fremdkapitalquote	16,67	
(in %)	(Fremdkapital x 100) : Gesamtkapital	
Personalkennzahl		
Personalaufwandsquote	18,42	
(in %)	Personalaufwand : Gesamtleistung x 100	

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2017

Sparte Wirtschaftsförderung

Im Berichtsjahr war der Mangel an gewerblichen Freiflächen weiterhin prägend in der Arbeit der Wirtschaftsförderung. So konnten zahlreiche Ansiedlungsanfragen mit unterschiedlichsten Anforderungen nicht bedient werden. Großes Interesse am Standort Worms bestand dabei überwiegend bei der Logistikbranche, aber auch ein Ansiedlungsgesuch eines renommierten Luftfahrtunternehmens zur Errichtung einer Produktionsstätte mit geschätzten 500 Arbeitsplätzen konnte aufgrund des mangelnden Angebots an großflächigen Entwicklungsarealen nicht weiterverfolgt werden.

Trotz der schwierigen Rahmenbedingungen konnte die Wirtschaftsförderung mehrere Entwicklungen erfolgreich unterstützen und begleiten. So hat Oberflächenspezialist Helbig & Lang nach vielen Hürden die neue Halle am bestehenden Standort auf der gegenüberliegenden Straßenseite in Betrieb nehmen können. Da hierfür keine gewerblichen Freiflächen zur Verfügung standen, musste das Unternehmen auf eine ungenutzte (Parkplatz-)Fläche der Fa. KHS im B-Plangebiet PFE 26 ausweichen. Das Projekt war von unzähligen Abstimmungsverfahren u.a. hinsichtlich der Einigung der Eigentümer, bei der Schaffung von Baurecht, z.B. für die Befreiung von den Festsetzungen des B-Plans, bei der Verlegung eines Feldweges und bei einem notwendigen Flächentausch zwischen Stadt und der Fa. KHS geprägt und ist nicht zuletzt auch aufgrund der wiederholten Initiative der wfg zustande gekommen. Damit ist dieses Projekt bespielhaft für die zunehmende Komplexität und Zeitintensität bei Ansiedlungs- und Erweiterungsvorhaben.

Die zuletzt leerstehende Altimmobilie in der Mainzer Str. 189 wurde im Berichtsjahr von der Haus+Co Projektmanagement GmbH abgerissen und ein großer moderner Neubau für den von der wfg vermittelten Mieter, der DHL Group, ist dort am Entstehen.

Die durch die Firma Peter Hempt GmbH & Co. KG angestrebte Umstrukturierung auf dem bestehenden Firmengelände, einhergehend mit der Standortverlagerung des Werkstattbetriebs auf Flächen entlang der Mittelrheinstraße/Hüttenstraße konnte noch nicht vollzogen werden. Seitens des Unternehmens wurde zum Ende des Berichtsjahres der Antrag auf Baugenehmigung eingereicht. Ein erfolgreicher Projektabschluss und der Grundstücksverkauf sind für das kommende Jahr wahrscheinlich.

Bei den Erweiterungsabsichten der Firma Trans-Service-Team ist die wfg in unterschiedlichen Themenstellungen beteiligt. So konnte u.a. Handelseinigkeit hinsichtlich eines städtischen Grundstücksverkaufs erzielt werden. Für das kommende Jahr sollen die bauplanerischen Voraussetzungen geschaffen werden.

Auch im Berichtsjahr konnte die Ansiedlung eines IT-Unternehmens in der Prinz-Carl-Anlage nicht vollendet werden. Der große Aufwand für die Bodenuntersuchung (Kampfmittelfreiheit und Gründungsmöglichkeiten) stellt diese Entwicklung vor neuerliche Hürden.

Die Hotelansiedlung am WORMSER Tagungszentrum bleibt weiterhin Aufgabe der Wirtschaftsförderung. Seitens der Stadt sind die erforderlichen Rahmenbedingungen für einen erfolgreichen Projektabschluss mit den derzeitigen Interessenten geschaffen worden. Nun liegt es an der Interessensgruppe das Vorhaben umzusetzen und abzuschließen.

Durch den Rückbau des bereits stillgelegten Zuführungsgleises von Guntersblum nach Worms-Rheindürkheim ergeben sich zwangsläufig neue Vertragsinhalte zwischen der DB Netz AG und den Hafenbetrieben für den Betrieb des Industriestammgleises. Damit einhergehend wird sich die Kostensituation für die Anschließer im Gewerbegebiet Rheindürkheim nicht unerheblich verändern. Neben eisenbahnrechtlichen Belangen (Wartung, Instandhaltung, usw.) verursachen hierbei vor allem investive Maßnahmen, z.B. der Ausbau der Anschlussweiche, zusätzliche Kosten. Um jedoch die dauerhafte Bereitstellung dieser Infrastruktur für das Gewerbegebiet grundsätzlich zu erhalten und dabei auch die Budgetverträglichkeit für die Unternehmen zu wahren, haben sich die Hafenbetriebe und die wfg frühzeitig um Informations-, Verhandlungs- und Vermittlungsgespräche zwischen allen Beteiligten bemüht. Die Zusage der Unternehmen zur Fortführung des Industriestammgleises ist mittlerweile bereits erfolgt.

Um die Betriebe bei der Fachkräftegewinnung zu unterstützen, führte die wfg in Kooperation mit der Hochschule Worms, der IHK und HWK Rheinhessen, der Agentur für Arbeit sowie dem Jobcenter Worms mehrere Veranstaltungen durch, die sich schwerpunktmäßig an die Fachkräftereserve bei Menschen mit Migrationshintergrund richteten. Im Fokus der Veranstaltungen standen die Gruppe der gut ausgebildeten Studierenden mit Migrationshintergrund sowie die Flüchtlinge, die die Berufsvorbereitungssprachklassen der Berufsbildenden Schulen besuchen.

Ziel der Veranstaltung im Projekt STAIR ("Studieren, Arbeiten, Integration am Rhein") in Kooperation mit der Hochschule Worms war es, den Unternehmern die hohe Verfügbarkeit qualifizierter Studienabsolventen mit Migrationshintergrund in Worms bekannt zu machen und diese Fachkräfte in der Region zu halten.

Auf Initiative und mit organisatorischer Unterstützung der wfg fand im Berichtsjahr die "SchauSelbstTour" der IHK und HWK Rheinhessen in Kooperation mit der Bildungskoordinatorin für Neuzugewanderte statt. Dabei konnten junge Migranten in der Berufsschulausbildung in den Herbstferien Einblick in verschiedene Ausbildungsberufe gewinnen.

Um die regionalen Unternehmen beim technologischen Strukturwandel im Hinblick auf Industrie 4.0 und Digitalisierung zu unterstützen, war die wfg in vielen Netzwerken in der Region aktiv, u.a. in einem Arbeitskreis zur Förderung des Wissenstransfers zwischen Hochschule und Unternehmen, im Mittelstandskompetenzzentrum und smartFactory Kaiserslautern, im Netzwerkforum "Smart Production Rhein-Neckar" der Metropolregion Rhein-Neckar (MRN) und beim Projekt "Wirtschaft 4.0" der Zukunftsinitiative Rheinland-Pfalz (ZIRP). Das dabei gewonnene Fachwissen zu den Themen Digitalisierung und Vernetzung wird bei Beratungen an die Unternehmen weitergegeben.

In der Innenstadt ist die Wiederbelebung des ehemaligen C&A Gebäude in der Wilhelm-Leuschner-Straße durch die Verlagerung einer KIK-Filiale weiter vorangeschritten. In dieser Straße hat auch das Bekleidungsgeschäft Re-Sale neueröffnet. Die Inhaber des Bekleidungsgeschäftes Emotion am Obermarkt schlossen aus Altersgründen. Eine zügige Nachnutzung ist nach Umbau mit einem Frisör-Salon gelungen. In der Hafergasse hat sich im ehemaligen Ladengeschäft V-Fashion ein Gastronomiebetrieb niedergelassen. Die Firma Jost hat in die Sanierung und Modernisierung der Immobilie, in der sie seit neun Jahren das Textilhaus betreibt, investiert und setzt ein Zeichen für den Einzelhandelsstandort Worms.

Sparte Existenzgründung

Im Berichtsjahr hat sich die positive Entwicklung bei der Auslastung des Gründerzentrums fortgesetzt. Mit einer zwischenzeitlichen Belegung von 88 % war die Immobilie besser ausgelastet denn je. Im Berichtsjahr wurden Neuvermietungen an die Firmen Gerstenberg (Beratung) und Elabs AG (IT-Dienstleistungen) erzielt. Zum Ende des Jahres mussten einige Firmen (R&M Sicherheitsdienst (Dienstleistungen), Roske & Bräumer (IT-Dienstleistungen) und M1 Events (Eventplanung)) den Betrieb jeweils nach nur kurzer Mietdauer wieder aufgeben. Für das kommende Berichtsjahr plant die Geschäftsführung daher mit einer geringeren Auslastung.

In 2017 hat die positive Auslastungsentwicklung und die damit verbundene Erhöhung der Umsatzerlöse zu einem mit rund 32.500 € positiven Jahresergebnis in der Sparte "Existenzgründung" geführt.

Das Vorhaben, ein gemeinsames Gründungszentrum am Campus der Hochschule Worms zu errichten, hat sich im Berichtsjahr zerschlagen. Das Investitionsvorhaben war betriebswirtschaftlich und im Hinblick auf die finanzielle Leistungsfähigkeit der Gesellschaft nicht darstellbar. Die Kooperation mit der Hochschule beim Thema Existenzgründung soll jedoch weiter intensiviert werden. 2018 ist vorgesehen, dass sowohl die Stadt wie auch die wfg Kooperationspartner des mit EU-Mittel geförderten Gründungsbüros am Campus werden.

Sparte Tourismus

Das Jahr 2017 war geprägt von leicht steigenden Übernachtungszahlen in Rheinland-Pfalz. Das Land verzeichnete in den meldepflichtigen Beherbergungsbetrieben (ohne Campingplätze) ein Plus von 0,8% Übernachtungen. Worms konnte das Ergebnis des Vorjahres deutlich übertreffen und weist mit 150.582 Übernachtungen einen überdurchschnittlichen Anstieg von 5,4% aus. Die Aufenthaltsdauer beträgt weiterhin zwei Übernachtungen. Sie liegt damit im üblichen bundesweiten Durchschnitt für Städtereisen, andererseits aber höher als in Rheinhessen bzw. dem Durchschnitt der kreisfreien Städte in Rheinland-Pfalz. In diesen fiel das Ergebnis der Gästeübernachtungen mit einem Plus von 1,8% ebenfalls deutlich geringer aus als in Worms.

Auf weiterhin hohem Niveau stellten sich die Geschäftsfelder der Tourist Information, Vermittlung von Stadtführungen und Nibelungenbähnchen sowie Reiseveranstaltung dar. Ein signifikanter Anstieg der vermittelten Stadtführungen resultierte aus dem Reformationsjubiläum 2017. Reisegruppen aus dem ganzen Bundesgebiet interessierten sich stark für die Reformationsgeschichte des Südwestens, vornehmlich in Worms. Durch den Anstieg der Stadtführungen, vornehmlich kostümierter Führungen, arbeiteten sowohl die TI als auch viele Wormser Gästeführerinnen und Gästeführer, am personellen Limit. Dies führte zur Erkenntnis, dass es ab 2018 dringend einer Neuausbildung von Gästeführern bedarf, um spätestens 2021 einer ähnlich stark zu erwartenden Nachfrage gerecht werden zu können.

Im Außenmarketing wurde der Zusammenarbeit der touristischen Kooperationen wiederum ein besonderes Augenmerk zuteil. Die rheinland-pfälzische Städtekooperation "Romantic Cities/Städte zwischen Rhein und Mosel" konzentrierte sich weiterhin auf die Ausrichtung des Städtemarketings auf den Kulturtourismus. Auf der Internationalen Tourismusbörse Berlin im März 2017 konnte mit dem Kulturpartner Karl-Marx-Gesellschaft Trier eine hohe mediale Aufmerksamkeit für den Städtetourismus erzielt werden. Neben den alle Mitglieder betreffenden Themen arbeiten die Städte Mainz, Worms und Speyer weiterhin verstärkt zusammen, um das Thema "SchUM-Städte" öffentlichkeitswirksam zu präsentieren. Die Zusammenarbeit, die konzentriert und koordiniert mit dem SchUM-Verein fortentwickelt werden muss, stellt für die kommenden Jahre ein wichtiges Segment des Marketings dar. Um darüber hinaus den Städte- und Kulturtourismus stärker zu fördern, fand im Sommer ein Gespräch Wormser Vertreter von Stadtvorstand, Tourist Information und Kultur & Veranstaltung GmbH mit der Vorsitzenden der Tourismus-Enquetekommission im Landtag statt.

Als Mitglied im Verein "Lutherweg in Hessen e.V", dieser bearbeitet die Organisationsentwicklung des Lutherweges 1521, ist die WfG personell in dessen Beirat vertreten. Dieser Pilgerweg, von der Wartburg in Eisenach bis nach Worms führend, wurde im Rahmen der Lutherdekade entwickelt und führt in Rheinland-Pfalz auf der Trasse des Rheinterrassenweges von Oppenheim bis Worms. Der Weg wurde planmäßig am 14. Mai in

Romrod, dem Ort der Geschäftsstelle des Vereins, eröffnet. Zahlreiche Medien berichteten über die Veranstaltung und trugen so zur guten Frequenz auf dem Weg bei.

Nachdem der Europäische Verbund "Stätten der Reformation e.V." im Jahr 2016 eine Reaktivierung erfahren hatte, ein neuer Vorstand mit einem von den Mitgliedern verabschiedeten Organisations- und Marketingkonzept für neue Aktivitäten und für neuen Optimismus sorgte, musste bereits zu Beginn des Jubiläumsjahres festgestellt werden, dass der Verein nicht zukunftsfähig ist. Finanzielle Aspekte sowie eine Überforderung des Ehrenamtes in Zeiten professioneller Marketingstrukturen führte schnell zum Austritt aller kommunalen Mitglieder, was die Auflösung des Vereins im kommenden Jahr bedeuten wird. Damit einher geht die Frage, ob und wie eine weitere Kooperation der Reformationsstädte in Deutschland bzw. Europa gestaltet werden kann.

Seit Mitte 2017 erarbeitet eine Expertengruppe aus unterschiedlichen Bereichen das Tourismuskonzept "Worms 4.0". Hierbei handelt es sich um ein Kooperationsprojekt der Stadt Worms und der Hochschule Worms mit dem Ziel der Stärkung des touristischen Auftritts der Stadt. Beteiligte im Lenkungskreis zur Projektsteuerung sind Tourist Information Worms, Stadtmarketing Nibelungenstadt Worms e.V., Wirtschaftsförderungsgesellschaft der Stadt Worms mbH, Kultur und Veranstaltungs GmbH und Kulturkoordination der Stadt Worms. Vorsitzende des Lenkungskreises ist Petra Graen, Beigeordnete der Stadt Worms. Die wissenschaftliche Leitung hat Prof. Knut Scherhag, Fachbereich Touristik der Hochschule Worms. Das Projekt wurde mit Mitteln der Stadt Worms auf den Weg gebracht in der Erkenntnis, dass es sich beim Tourismus um einen für die Stadt wichtigen Wirtschaftsfaktor handelt, dessen Volumen durch eine Studie des DWIF im Jahre 2014 eindrucksvoll dargestellt wurde.

Allgemeines und Ausblick

Die Bilanz für 2017 schließt mit einem Jahresgewinn von 22.723,56 € Euro ab. Damit hat sich das Ergebnis gegenüber der bei der Verabschiedung des Wirtschaftsplans angekündigten Entwicklung positiver gestaltet.

Die Liquidität der Gesellschaft war zu jedem Zeitpunkt sichergestellt.

Die in der Touristinfo beschäftigte wfg-Mitarbeiterin ist im Laufe des Berichtsjahres zur Stadt Worms gewechselt, die bereits alle anderen Festangestellten der Touristinfo beschäftigt. Die Zuschusszahlungen der Stadt für die Sparte Tourismus werden sich dadurch in Zukunft verringern. Die wfg bleibt Arbeitgeberin für Aushilfen und Saisonkräfte.

Der Arbeitskreis Wormser Unternehmer (Federführung IHK) hat sich mit der Wirtschaftsentwicklung und den künftigen Aufgaben der Wirtschaftsförderung beschäftigt. Erstmals beschloss der Stadtrat dazu eine wirtschaftspolitische Resolution, die die wfg vorgelegt hat und in der die künftigen Herausforderungen und Handlungsfelder für Stadt und Wirtschaft beschrieben werden. Darauf aufbauen wird eine gemeinsame Projektarbeit mit der Hochschule, Wirtschaftsunternehmen und IHK, um Fragestellungen zur künftigen standortspezifischen und bedarfsgerechten Wirtschaftsförderung zu bearbeiten. Die wissenschaftliche Arbeit wird die wfg 2018 und darüber hinaus beschäftigen und soll in einer konzeptionellen Ausarbeitung für eine zukunftsfähige Wirtschaftsförderung Mitte 2019 enden.

4.3.3 Wohnungsbau GmbH Worms

Allgemeines

Rechtsform: GmbH

Gründung: 1950

Satzungsdatum: 15.11.2017

Wirtschaftsjahr: Kalenderjahr

Stammkapital am Ende des Wirtschaftsjahres 2017: 5.000.000,00 €

Veränderung im Berichtsjahr: keine



Gegenstand des Unternehmens/Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks

(§ 90 Abs. 2 Satz 2 Nr. 1 und Nr. 2 GemO)

Zweck der Gesellschaft ist vorrangig eine sichere und sozial verantwortbare Wohnungsversorgung der breiten Schichten der Bevölkerung.

Die Gesellschaft errichtet, betreut, bewirtschaftet und verwaltet Bauten in allen Rechts- und Nutzungsformen, darunter Eigenheime und Eigentumswohnungen. Sie kann außerdem alle im Bereich der Wohnungswirtschaft, des Städtebaus und der Infrastruktur anfallenden Aufgaben übernehmen, Grundstücke erwerben, belasten und veräußern sowie Erbbaurechte ausgeben. Sie kann Gemeinschaftsanlagen und Folgeeinrichtungen, Läden und Gewerbebauten, soziale, wirtschaftliche und kulturelle Einrichtungen und Dienstleistungen bereitstellen. Die Gesellschaft ist berechtigt, Zweigniederlassungen zu errichten, andere Unternehmen zu erwerben oder sich an solchen zu beteiligen.

Die Gesellschaft kann alle ihren Unternehmensgegenstand oder ihrer Wirtschaftlichkeit fördernde Geschäfte und alle ihrer Weiterentwicklung dienenden Tätigkeiten betreiben.

Die Preisbildung für die Überlassung von Mietwohnungen und die Veräußerung von Wohnungsbauten soll angemessen sein, d.h. die Kostendeckung einschließlich angemessener Verzinsung des Eigenkapitals sowie die Bildung ausreichender Rücklagen unter Berücksichtigung einer Gesamtrentabilität des Unternehmens ermöglichen.

Die Gesellschaft übt Tätigkeiten nach § 34c Abs. 1 GewO aus. Sie vermittelt gewerbsmäßig den Abschluss von Verträgen über Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte, gewerbliche Räume und Wohnräume. Des Weiteren bereitet sie als Bauherr und Baubetreuer Bauvorhaben vor und führt diese durch.

Der Gegenstand des Unternehmens ist eine nicht-wirtschaftliche Betätigung (§ 85 Abs. 4 GemO)

Beteiligungsverhältnisse

(§90 Abs. 2 Satz 2 Nr. 1 GemO)

Am Stammkapital des Unternehmens sind beteiligt:

- Stadt Worms Beteiligungs-GmbH zu 94,9 %
- Stadt Worms zu 5,1 %

Die Beteiligungen haben sich im Berichtsjahr nicht verändert.

Besetzung der Organe im Geschäftsjahr 2017

(§ 90 Abs. 2 Satz 2 Nr. 1 GemO)

Gesellschafterversammlung 2017:

- Stadt Worms Beteiligungs-GmbH: Michael Baumann
- Stadt Worms: Oberbürgermeister Michael Kissel

Aufsichtsrat 2017:

Vorsitzender: Michael Kissel (Oberbürgermeister der Stadt Worms)

Mandatsträger:

- Willi Fuhrmann
- Uwe Merz
- Edgar Walther
- Adolf Kessel
- Dr. Klaus Werth
- Annelie Büssow
- Kurt Lauer
- Michael Gernsheimer
- Peter Gertel
- Heiner Boegler

Geschäftsführung 2017:

Geschäftsführer:

- Amelind Eckel (bis 30.09.2017)
- Michael Baumann (bis 30.09.2017)
- Stefan Hoffmann (ab 01.10.2017)

Prokuristin: Amelind Eckel (ab 01.10.2017)

Personalentwicklung		
	2017	2016
Anzahl der Mitarbeiter	42	42
(nach § 267 Abs. 5 HGB)	· -	

Laufende Gesamtbezüge der Geschäftsführung

(§ 90 Abs. 2 Satz 2 Nr. 3 GemO)

(Gesamtbezüge der Mitglieder der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates oder der entsprechenden Organe)

Gem. § 286 Abs. 4 HGB wird auf eine Nennung der Bezüge der Geschäftsführung verzichtet. Die Aufwendungen für den Aufsichtsrat betragen 2.964,00 € im Jahr 2017.

Kapitalzuführungen/-entnahmen

(§ 90 Abs. 2 Satz 2 Nr. 3 GemO)

Kapitalzuführungen und -entnahmen sind nicht erfolgt.

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft der Stadt Worms

(§ 90 Abs. 2 Satz 2 Nr. 3 GemO)

Kapitalzuführungen durch die Stadt Worms in den letzten 3 Jahren:

2015 - 2017: 0,00 €

Gewinnabführungen an die Stadt Worms in den letzten 3 Jahren:

2015 - 2017: 0,00 €

Vom Unternehmen gezahlte Steuern an die Stadt Worms in den letzten 3 Jahren:

2017: 466.153,39 € 2016: 450.778,08 € 2015: 451.114,99 € Vom Unternehmen gezahlten Konzessionsabgaben an die Stadt Worms in den letzten 3 Jahren:

2015 - 2017: 0,00 €

Vorliegen der Voraussetzungen des § 85 Abs. 1 GemO

(§ 90 Abs. 2 Satz 2 Nr. 4 GemO)

Die Gemeinde darf wirtschaftliche Unternehmen nur errichten, übernehmen oder wesentlich erweitern, wenn

- 1. **der öffentliche Zweck das Unternehmen rechtfertigt** (§ 85 Abs. 1 Nr.1 GemO): Die notwendigen Angaben erfolgten hierzu unter "Gegenstand des Unternehmens".
- 2. das Unternehmen nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zu der Leistungsfähigkeit der Gemeinde und dem voraussichtlichen Bedarf besteht. (§ 85 Abs. 1 Nr. 2 GemO): Die notwendigen Angaben erfolgten hierzu unter "Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft".
- 3. der öffentliche Zweck nicht ebenso gut und wirtschaftlich durch einen privaten Dritten erfüllt wird oder erfüllt werden kann.
- ✓ Im Berichtsjahr gab es keinen Anlass, die bisherige Bewertung zu ändern.

Bilanz zum 31.12.2017

AKTIVA	31.12.2017	31.12.2016
	EUR	EUR
A. Anlagevermögen	109.668.572,60	102.702.958,29
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	87.398,77	117.925,03
II. Sachanlagen	109.309.208,11	102.312.067,58
III. Finanzanlagen	271.965,72	272.965,68
B. Umlaufvermögen	6.748.541,51	12.806.388,49
I. Vorräte	4.943.406,52	4.816.775,21
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände III. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben	1.123.749,35	845.546,00
bei Kreditinstituten und Schecks	681.385,64	7.144.067,28
Bilanzsumme	116.417.114,11	115.509.346,78
PASSIVA	31.12.2017	31.12.2016
	EUR	EUR
A. Eigenkapital	37.613.437,46	35.480.306,83
I. Gezeichnetes Kapital	5.000.000,00	5.000.000,00
II. Gewinnrücklagen	30.480.306,83	29.738.886,39
III. Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (-)	2.133.130,63	741.420,44
B. Rückstellungen	3.180.840,52	3.240.618,62
C. Verbindlichkeiten	75.335.381,09	76.629.689,68
D. Rechnungsabgrenzungsposten	287.455,04	158.731,65
Bilanzsumme	116.417.114,11	115.509.346,78

Gewinn- und Verlustrechnung zum 31.12.2017

		31.12.2017	31.12.2016
		EUR	EUR
1.	Umsatzerlöse	18.760.288,35	18.292.317,34
2.	Erhöhung des Bestands an unfertigen Erzeugnissen	124.470,38	3.370,24
3.	Andere aktivierte Eigenleistungen	431.965,60	111.634,00
4.	Sonstige betriebliche Erträge	273.237,90	197.874,02
5.	Materialaufwand Aufwendungen für bezogene Lieferungen und Leistungen	-8.492.074,96	-9.061.916,77
6.	Personalaufwand		
- ,	Löhne und Gehälter	-2.045.718,32	-1.908.440,86
b)	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	-551.835,85	-525.558,84
7.	Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sach-		
	anlagen	-3.508.818,42	-3.318.997,20
8.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	-768.664,33	-882.397,77
9.	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	4.363,65	13.269,08
10.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-1.627.490,98	-1.727.894,72
11.	Ergebnis nach Steuern	2.599.723,02	1.193.258,52
12.	Sonstige Steuern	-466.592,39	-451.838,08
13.	Jahresüberschuss	2.133.130,63	741.420,44

Kennzahlen zum 31.12.2017

Finanzkennzahlen	
EBITDA (in EUR)	7.731.668,77
	Jahresergebnis + Steueraufwand - Steuererträge +/- Finanzergebnis + außerordentliche Erträge + Abschreibungen auf das Anlagevermögen - Zulagen auf das Anlagevermögen
Wirtschaftlichkeit (in %)	123,86
(70)	Ertrag (bzw. Leistung) : Aufwand (bzw. Kosten) x 100

Vermögenskennzahlen	
Eigenkapitalquote (in %)	32,31
(111 70)	(Eigenkapital x 100) : Gesamtkapital
Fremdkapitalquote	67,69
(in %)	(Fremdkapital x 100) : Gesamtkapital
Personalkennzahl	
Personalaufwandsquote	13,65
(in %)	Personalaufwand : Gesamtleistung x 100

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2017

I. Rahmenbedingungen

Gesamtwirtschaftliche Lage und Branchenentwicklung

Weltwirtschaft und Euro-Raum

Die positive Entwicklung der Weltwirtschaft aus dem Vorjahr hat sich im Jahr 2017 fortgesetzt. Nach vorläufigen Zahlen expandierte die Weltwirtschaft im Berichtsjahr um 4,2 %. Eine Fortführung dieses Trends wird angenommen, da insbesondere die negativen Erwartungen von weltwirtschaftlichen Risiken durch einen Wachstumseinbruch in China sowie tiefgreifende wirtschaftspolitische Umstrukturierungen in den USA nicht eintrafen. Die negativen Ausmaße auf die konjunkturelle Entwicklung des europäischen Handelsraums durch den angekündigten "Brexit" beschränkten sich bislang nur auf eine deutliche Verlangsamung der konjunkturellen Dynamik in Großbritannien selbst. Die Gefahr eines Übergreifens auf den europäischen Handelsraum ist jedoch noch nicht gebannt.

Auch im Euroraum konnte ein flächendeckender Aufschwung in 2017 festgestellt werden. Das Wirtschaftswachstum lag hier insgesamt bei 2,4 % und somit 0,7 %-Punkte über dem Vorjahresniveau. Von diesem positiven Trend waren alle Länder der europäischen Währungsunion betroffen, insbesondere auch Griechenland, dessen Bruttoinlandsprodukt im Vorjahr noch um 0,2 % gesunken war. In Ländern wie Spanien, Italien und Frankreich hatte diese erfreuliche Entwicklung jedoch keine Auswirkung auf die Arbeitslosigkeit, die unverändert auf hohem Niveau bestehen blieb und damit den konjunkturellen Aufschwung abschwächte.

Deutschland und die Metropolregion Rhein-Neckar

In Deutschland konnte der positive Trend des Vorjahres fortgesetzt werden. Mit 2,2 % lag die Wachstumsrate des preisbereinigten Bruttoinlandprodukts im Betrachtungszeitraum zwar leicht unter der europäischen Wachstumsrate, jedoch übertraf sie das Vorjahresniveau von 1,9 %. Dabei war in fast allen Wirtschaftsbereichen ein Anstieg der Wirtschaftsleistung zu verzeichnen. Die höchsten Wachstumsraten wurden in den Dienstleistungsbereichen Information und Kommunikation (+ 3,9 %) sowie Handel, Verkehr und Gastgewerbe (+ 2,9 %) erzielt. Im Baugewerbe lag die Wachstumsrate im Bundesdurchschnitt (+ 2,2 %). Die Grundstücks- und Immobilienwirtschaft wuchs bedingt durch die tendenziell geringere Konjunkturabhängigkeit bei einem Anteil von 10,8 % an der gesamten Wertschöpfung um 1,4 % (2016: 0,8 %).

Auch die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt ist unverändert positiv. Die Zahl der Erwerbstätigen lag im Berichtsjahr im Jahresdurchschnitt mit 44,3 Millionen Erwerbstätigen auf dem höchsten Stand seit der Wiedervereinigung. Die Arbeitslosenquote sank erneut gegenüber dem Vorjahr auf 5,7 % (-0,4 %-Punkte). Das andauernde Wirtschaftswachstum sowie die aktuelle Arbeitsmarktsituation lassen Deutschland weiterhin zu einem Schwerpunkt der EU-Binnenmigration werden. Auch in Rheinland-Pfalz ist die Bevölkerungszahl durch Zuwanderung gegenüber dem Vorjahr gestiegen und erreicht mit rund 4,1 Mio. Menschen zum Bilanzstichtag den höchsten Stand in der inzwischen mehr als 70-jährigen Landesgeschichte. Die Lage in der Metropolregion Rhein-Neckar bleibt aufgrund der zentralen Lage und der hohen Wirtschaftskraft weiterhin stabil.

Die Wachstumsrate im Bereich der Bauinvestitionen lag im Berichtsjahr mit 2,6 % in etwa auf Vorjahresniveau (2016: 2,7 %). Mit 61,1 % hält der Wohnungsbau den größten Anteil der Bauinvestitionen insgesamt. Hier lag die Wachstumsrate in 2017 bei 3,1 %. Der positive Trend wird aufgrund des deutlichen Überhangs von genehmigten, jedoch noch nicht fertiggestellten Wohnungen, dem niedrigen Zinsniveau sowie den ausgelasteten Auftragsbüchern der Baubranche anhaltend sein. Jedoch deutet der Rückgang der Baugenehmigungen von rund 7 % gegenüber dem Vorjahr auf ein Ende des Neubaubooms hin.

Die Entwicklung des regionalen und örtlichen Wohnungsmarktes

Die wirtschaftliche Situation der Stadt Worms ist weiterhin durch ihre wirtschaftliche Ausrichtung der Vergangenheit geprägt. Die Arbeitslosenquote in der Stadt Worms lag nach Statistik der Bundesagentur für Arbeit Ende Dezember 2017 bei 6,5 % und somit weiterhin deutlich unter dem Landesdurchschnitt von 4,5 %.

Auch in Rheinland-Pfalz ist die Zahl der erteilten Baugenehmigungen in 2017 rückläufig. Mit insgesamt 15.661 erteilten Baugenehmigungen für Wohnungen im Jahr 2017 in Rheinland-Pfalz ist die Zahl um knapp 10 % gegenüber dem Vorjahr gesunken. Hiervon entfallen auf die Stadt Worms im Berichtsjahr insgesamt 179 Stück (-28 %). Damit liegt die Stadt auf Platz 8 der kreisfreien rheinland-pfälzischen Städte (im Vorjahr noch Platz 6). Spitzenreiter ist in 2017 die Stadt Trier (803 Stück), gefolgt von den Städten Mainz (561 Stück) und Landau (467 Stück).

Die Nachfrage am örtlichen Mietmarkt zeigt sich weiterhin stabil bis steigend. Auch im Jahr 2017 besteht ein Angebotsüberhang im oberen Preissegment, während im unteren Preissegment ein deutlicher Nachfrage- überhang nach günstigem Wohnraum vorhanden ist. Die Ursachen hierfür sind im Wesentlichen mit der wirtschaftlichen Situation der Nachfrager sowie mit der besonderen lokalen Arbeitsmarktsituation verbunden. Ergänzt werden diese durch jene Personengruppen, die aufgrund weiterer Merkmale einen erschwerten Zugang zum Wohnungsmarkt haben. Eine Vermietung bleibt daher bei entsprechender Wohnungsausstattung ohne größere Anstrengungen möglich.

Für die Wohnungsbau GmbH Worms ergibt sich aufgrund der positiven Rahmenbedingungen eine stabile Nachfragesituation mit unverändert hohem Nachfrageüberhang. Insbesondere die Nachfrage nach günstigem und der Lebenssituation angemessenem Wohnraum bleibt hoch. Im Vergleich zu Wohnungsmärkten anderer Kommunen in der Metropolregion ist das Mietniveau in der Stadt Worms als eher günstig und weiterhin stabil anzusehen.

II. Geschäftsverlauf und Ergebnisentwicklung

Wohnungsbestand

Der unternehmenseigene Immobilienbestand stellt die zentrale Basis eines Wohnungsunternehmens dar. Im Geschäftsjahr 2017 konnten insgesamt vier Wohnungen durch Ausbau von Dachgeschossflächen sowie Umwandlung von Gewerbe- in Wohnflächen geschaffen werden. Durch Zusammenlegung zweier Wohnungen wurde darüber hinaus für eine Wohneinheit ein zeitgemäßer Grundriss geschaffen. Im Bereich der sonstigen Mieteinheiten konnte die im Berichtsjahr fertiggestellte Kindertagesstätte in der Gibichstraße planmäßig im dritten Quartal bezogen werden.

Der sich ausschließlich im Stadtgebiet Worms befindliche Immobilienbestand beläuft sich zum 31.12.2017 auf insgesamt 3.655 Wohnungen, 114 Appartements, 41 sonstige Mieteinheiten sowie 531 Garagen. Die Anzahl der öffentlich geförderten Wohnungen hat sich gegenüber dem Vorjahr um 20 Wohnungen auf insgesamt 1.024 Einheiten erhöht. Unverändert zum Vorjahr verwaltete das Unternehmen noch 18 angemietete Tiefgaragenstellplätze im Bereich der Altstadt.

Die Wohnfläche der Wohnungen und Appartements belief sich zum Stichtag 31.12.2017 auf insgesamt 234.538,91 m², die Nutzfläche der sonstigen Mieteinheiten auf insgesamt 7.516,47 m².

Mieten und Betriebskosten

Unverändert zu den Vorjahren werden im Segment des freifinanzierten Wohnungsbestandes kontinuierlich Erhebungen hinsichtlich möglicher Mieterhöhungsspielräume vorgenommen. Neben rollierenden Prüfungen auf Ebene der Wirtschaftseinheiten werden insbesondere bei Mieterwechseln Einzelfallprüfungen vorgenommen. Dabei werden nicht nur die allgemeinen Marktgegebenheiten berücksichtigt, sondern auch sogenannte "weiche Faktoren" wie beispielsweise das Wohnumfeld oder Aspekte zur Vermeidung von Leerstand in die Analyse der Mietfestsetzung miteinbezogen. Aufgrund des Gesellschaftszwecks erfolgt hierbei grundsätzlich eine Orientierung am Medianwert des Mietspiegels der Stadt Worms. Darüber hinaus werden Teile der Modernisierungskosten nach Abschluss der Maßnahmen "sozialverträglich" innerhalb der gesetzlichen Vorgaben des Bürgerlichen Gesetzbuches durch sogenannte Modernisierungszuschläge an die Mieter im Rahmen von Mieterhöhungen weitergegeben.

Im Berichtsjahr wurden im Bereich des öffentlich geförderten Wohnraums Mieterhöhungen im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben, vor allem aufgrund einer Erhöhung der Verwaltungs- und Instandhaltungskostenpauschalen, durchgeführt.

Absolut betrachtet haben sich die Grundmieten einschließlich der Modernisierungszuschläge gegenüber dem Vorjahr um rund 439.218 € bzw. 3,5 % erhöht. Nach Durchführung aller vorgesehenen Mietänderungen 2017 betrugen zum Jahresende durchschnittlich die monatlichen

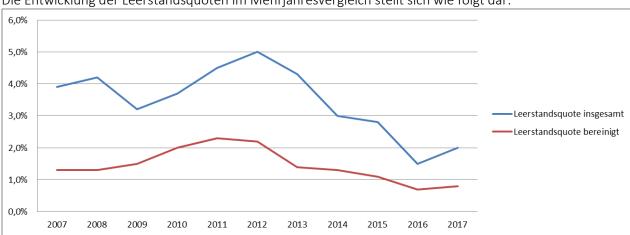
	2017	Änderung zum Vorjahr
Grundmieten	4,59 €/m²	+ 2,5 %
Betriebskostenvorauszahlungen	1,49 €/m²	+/- 0,0 %
Heizkostenabschlagszahlungen	1,24 €/m²	+ 1,3 %

Im Fokus der Beobachtung steht ferner die Entwicklung der Betriebs- und Heizkosten. Neben allgemeinen Preiserhöhungen haben sich insbesondere die steigenden Anforderungen des Gesetzgebers negativ auf die Entwicklung der sogenannten "zweiten Miete" ausgewirkt.

Die Betriebs- und Heizkosten sind in 2017 gegenüber dem Vorjahr um insgesamt 116.823 € bzw. 2,2 % gestiegen. Dies ist im Wesentlichen auf gestiegen verbrauchsabhängige Heizkosten sowie höhere Kosten für Aufzugsanlagen und Allgemeinbeleuchtung zurückzuführen. Insgesamt beliefen sich die Betriebs- und Heizkosten einschließlich umlagefähiger Grundsteuer und Hausmeisterkosten auf 5,4 Mio. € (Vorjahr: 5,3 Mio. €). Den größten Anteil am Gesamtbetrag haben wie im Vorjahr die Positionen Heizkosten/Warmwasser, Kaltwasser/Abwasser und Müllbeseitigung. Diese betrugen 2017 insgesamt 3,2 Mio. € und somit rund 65,4 % des Gesamtbetrags.

Leerstand und Fluktuation

Die Anzahl der leerstehenden Wohnungen betrug zum Bilanzstichtag 74 (Vorjahr: 58). Grund für den Anstieg war im Wesentlichen eine Erhöhung der Anzahl von leerstehenden Wohnungen, die aufgrund von umfangreichen Modernisierungsmaßnahmen vorrübergehend nicht nutzbar waren. Die Leerstandsquote lag stichtagsbezogen folglich bei 2,0 % und damit 0,5 %-Punkte über der Vorjahresquote von 1,5 %. Ohne Berücksichtigung des bewusst gewollten Leerstandes in Höhe von insgesamt 45 Wohneinheiten ergibt sich eine bereinigte Leerstandsquote von 0,8 % (2016: 0,7 %). Dies zeigt weiterhin, dass für die Wohnungsbau GmbH Worms keine Leerstandsproblematik besteht.



Die Entwicklung der Leerstandsquoten im Mehrjahresvergleich stellt sich wie folgt dar:

Die Fluktuationsrate lag im Geschäftsjahr 2017 bei 6,1 % (Vorjahr: 7,1 %). Wie auch im Vorjahr sind hier Kündigungen aufgrund von Modernisierungsaktivitäten enthalten, nicht jedoch die Wechsel im Studentenwohnheim der Gesellschaft, da es durch die grundsätzlich kürzere Verweildauer in diesem Marktsegment zu starken Abweichungen kommt.

Vermietungsabwicklung

Die Anzahl der bei der Gesellschaft registrierten Wohnungsbewerber ist nochmals gegenüber den Vorjahren gestiegen. Zum Bilanzstichtag waren insgesamt 1.592 Anträge aktiv (2016: 1.364). Diese Zahl beinhaltet alle Bewerber, die innerhalb der letzten zwölf Monate aktiv eine Wohnung nachfragten.

Der größte Anteil hiervon betraf Nachfragen im unteren Preissegment durch Haushalte mit geringerem Einkommen bzw. Bezieher von Transfereinkommen. Von den 1.592 Wohnungsbewerbern verfügten auskunftsgemäß 1.119 Bewerber über einen Wohnberechtigungsschein, was einen Anteil von ca. 70,3 % am Gesamtbestand ausmacht (im Vorjahr: 66,2 %). Ein Wohnberechtigungsschein wird durch die zuständige städtische Dienststelle auf Antrag erteilt, wenn das Gesamteinkommen des Antragstellers die sich aus den Vorschriften des Wohngeldgesetzes ergebene Einkommensgrenze nicht übersteigt.

Im Geschäftsjahr 2017 wurden insgesamt 221 Neuvermietungen durchgeführt. Damit liegen die durchgeführten Vermietungsfälle leicht unter dem Vorjahresniveau (2016: 269). Ebenfalls leicht rückläufig zum Vorjahr war die Anzahl der Wohnungswechsel innerhalb des Bestandes der Gesellschaft mit insgesamt 36 Fällen (Vorjahr: 42). Davon erfolgten 6 Umsetzungen durch die Gesellschaft aufgrund des sukzessiven Leerzuges von zum Abriss vorgesehenen Mietbeständen.

Wertmäßiges Bauvolumen

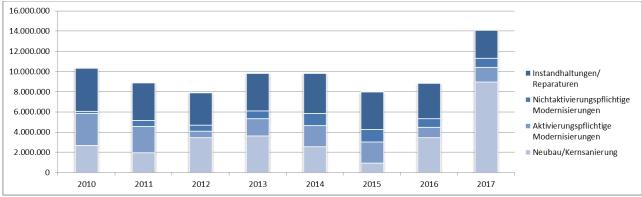
Die Wohnungsbau GmbH Worms wendete im Geschäftsjahr 2017 für die Bereiche Neubau, Kernsanierung, Modernisierung und Instandhaltung insgesamt rund 14,1 Mio. € auf (Vorjahr: 8,8 Mio. €). Damit erreicht das

Bauvolumen den höchsten Stand in den letzten zehn Jahren. Die Tendenz für die Folgejahre ist aufgrund der erhöhten Neubautätigkeit weiter steigend.

Auf den Bereich Neubau/Kernsanierung entfielen im Geschäftsjahr 2017 insgesamt 9,0 Mio. € bzw. 63,7 % des gesamten Bauvolumens. Im Wesentlichen sind hier Kosten für die Neubauprojekte von Mehrfamilienhäusern in der Würdtweinstraße (ca. 3,6 Mio. €), in der Bebelstraße (ca. 2,1 Mio. €) sowie Baukosten für die Errichtung von zwanzig Rheinhäuser in der Carl-Villinger-Straße (ca. 1,8 Mio. €) enthalten. Darüber hinaus wurden in dieser Sparte ca. 1,3 Mio. € für die Fertigstellung einer Kindertagesstätte in der Gibichstraße verausgabt. Für umfangreiche Modernisierungsmaßnahmen wandte die Gesellschaft im Berichtsjahr insgesamt 2,3 Mio. € auf (ca. 16,5 % des Bauvolumens). Davon belasteten ca. 0,9 Mio. € das Jahresergebnis, da es sich um nichtaktivierungspflichtige Kosten handelte. Der größte Anteil wurde für den Einbau von Heizungsanlagen, die Anbringung von Wärmedämmverbundsystemen sowie Wohnungseinzelmodernisierungen verausgabt.

Für Instandhaltungsausgaben im Bereich der laufenden "Klein- oder Normalreparaturen" fielen in 2017 insgesamt 2,8 Mio. € an. Damit ist der rückläufige Trend der Vorjahre anhaltend (2016: 3,5 Mio. €). Damit werden ca. 21,1 % des Mietaufkommens einschließlich der kalten Betriebskosten für die Unterhaltung der Gebäude eingesetzt (Vorjahr: 25,7 %).





Personal und Organisation

Das Unternehmen beschäftigte zum 31. Dezember 2017 insgesamt 44 Arbeitnehmer, welche sich wie folgt aufgliedern lassen:

- 24 Kaufmännische Angestellte (davon 3 Angestellte in Teilzeit),
- 9 Technische Angestellte (davon 1 Angestellter in Teilzeit)
- 8 Hausmeister
- 3 Auszubildende
- = 44 Arbeitnehmer/innen

Es befanden sich zum Jahresende drei Mitarbeiterinnen in Elternzeit und eine in Mutterschutz. Eine Mitarbeiterin ist noch in der Freistellungsphase der Altersteilzeit.

Besondere personelle Veränderungen ergaben sich zum Ende des Berichtsjahres in der Geschäftsführung sowie der Technischen Abteilung des Unternehmens. Im Hinblick auf die anstehenden umfassenden Bauprojekte entschloss man sich seitens der Unternehmensführung zu einer personellen Aufstockung der Technischen Abteilung um eine zusätzliche Architektin.

Im Geschäftsjahr 2017 wurde zudem mit der Erstellung eines Organisationshandbuches begonnen. Dieses soll sämtliche gültigen organisatorischen und betrieblichen Regelungen und Vorschriften enthalten und einen Überblick über standardisierte Arbeitsabläufe bieten. Das Organisationshandbuch wird künftig zentral auf dem

Server der Gesellschaft hinterlegt sein, für jede Mitarbeiterin und jeden Mitarbeiter zugänglich sein und den sich verändernden Anforderungen kontinuierlich angepasst werden.

Im Berichtsjahr hat das Unternehmen seine erfolgreiche Aus- und Weiterbildungspolitik fortgeführt und für das Ausbildungsjahr 2017 einen Ausbildungsplatz im Berufsbild des "Immobilienkaufmann/frau" angeboten und besetzt. Zusätzlich konnten drei Auszubildende im Sommer 2017 erfolgreich ihre Ausbildung abschließen. Somit sind derzeit insgesamt drei Auszubildende in jedem der drei Lehrjahre im Unternehmen beschäftigt. Auch zukünftig soll das hohe Niveau an Fachkräften und Fachwissen innerhalb der Gesellschaft durch Investitionen in die Aus- und Weiterbildung erhalten und weiter ausgebaut werden. Dies geschieht auch insbesondere im Hinblick auf die Altersstruktur des Unternehmens und die damit verbundene frühzeitige, proaktive und adäquate Nachfolgeplanung. Hier stehen in den kommenden Jahren noch Generationswechsel in verschiedenen Bereichen an, die weiterhin eine Herausforderung für die Personalplanung des Unternehmens bleiben.

Der Vergütung liegt der "Vergütungsvertrag für die Beschäftigten in der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft" zugrunde.

Die Gesellschaft ist Mitglied bei der Zusatzversorgungskasse der Gemeinden und Gemeindeverbände in Darmstadt. Ebenso können sich die Mitarbeiter für die betriebliche Altersversorgung der SV bAV Consulting GmbH entscheiden, zu der jeder Mitarbeiter einen Arbeitgeberzuschuss in Höhe von 20% erhält.

Die Geschäftsführung dankt allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die im Geschäftsjahr 2017 geleistete Arbeit.

Beteiligungsgesellschaften

Liebenauer Feld GmbH

Der Geschäftsverlauf der Liebenauer Feld GmbH entwickelte sich auch im Jahr 2017 erfolgreich. Die günstigen Rahmenbedingungen am Immobilienmarkt sowie die attraktive Wohnlage im Quartier Liebenauer Feld führten auch im Berichtsjahr zu einer anhaltend hohen Nachfrage nach Eigentumswohnungen.

Die Errichtung der geplanten Stadtvillen mit Tiefgaragenanschluss im Bereich der Seidenbender-, Carl-Schurzsowie Von-Steuben-Straße wurde auch in 2017 weiter erfolgreich umgesetzt. Hier konnten Kaufverträge über 21 Eigentumswohnungen zu einem Veräußerungsvolumen von insgesamt 7,5 Mio. € abgeschlossen werden. Die Nachfrage in diesem Bereich ist unverändert hoch, so dass auch im Folgejahr bereits weitere Verkaufsabschlüsse erzielt werden konnten.

Weitere Veräußerungserfolge konnten durch den Verkauf von zwei bislang vermieteten Lebenszyklushäusern sowie einer Praxisfläche im Ärztehaus des Liebenauer Felds erzielt werden. Insgesamt wurde hier ein Veräußerungsvolumen von 0,9 Mio. € umgesetzt. Eine weitere Fläche im Ärztehaus wurde im Berichtsjahr an eine Gemeinschaftspraxis vermiete. Somit stehen derzeit noch ca. 12 % der Flächen zur Vermarktung frei.

Die Planung der Bebauung des letzten freien Baufeldes im Konversionsgebiet wurde weiter fortgeführt. Hier werden insgesamt 51 Wohnungen mit angeschlossenen Tiefgaragenstellplätzen entstehen. Mit der Schließung der letzten Baulücke wird das Wohngebiet Liebenauer Feld vervollständigt.

WSW-Wärme-Service-Worms GmbH

Das im vorangegangenen Geschäftsjahr auf die neu gegründete Gesellschaft übertragene Fernwärmegeschäft wurde im Geschäftsjahr 2017 erfolgreich weitergeführt. Gegenstand des Unternehmens ist der Bezug, die Erzeugung und der Verkauf von Energie und Wärme sowie das Betreiben von Fernwärmenetzen im Konversionsgebiet des Liebenauer Feldes.

Der im ersten Geschäftsjahr durch den erzielten Jahresfehlbetrag entstandene nicht durch Eigenkapital gedeckte Fehlbetrag kann nach dem derzeitigen Stand der Unternehmensplanung in 2017 durch ein positives Jahresergebnis kompensiert werden. Die im Vorjahr begonnen Sonderuntersuchungen hinsichtlich mögliche Rechtsnachfolgerisiken aus der Übernahme des Fernwärmegeschäftes wurden abgeschlossen. Das Ergebnis der Untersuchung liefert keine Hinweise auf zu erwartende, umfangreiche Regressansprüche.

Im Geschäftsjahr 2017 konnte die Anzahl der Hausanschlüsse erhöht werden. Durch den Anschluss weiterer Liegenschaften der Wohnungsbau GmbH Worms am Konrad-Meit-Platz an das Fernwärmenetz der Gesellschaft werden dadurch 30 weitere Wohnungen mit Fernwärme aus dem Green Office versorgt. Ebenso führte der Anschluss der im Berichtsjahr fertiggestellten Stadtvillen zu einer Erhöhung der Abnahmemengen bei der Gesellschaft.

III. Wirtschaftliche Lage

Geschäftsergebnis

Im Geschäftsjahr 2017 erwirtschaftetet die Gesellschaft einen Jahresüberschuss in Höhe von 2.133.130,63 €. Die deutliche Steigerung gegenüber dem Vorjahr ist im Wesentlichen auf gestiegen Umsatzerlöse aus der Hausbewirtschaftung sowie einen Rückgang der Instandhaltungskosten zurückzuführen.

Der Schwerpunkt der Geschäftstätigkeit lag im Berichtsjahr auf der Fortführung der bereits im Vorjahr begonnen Neubaumaßnahmen sowie der Durchführung umfangreicher energetischer Modernisierungsmaßnahmen im Altbaubestand sowie auf Ebene von Wohnungseinzelmodernisierungen im Rahmen von Mieterwechseln. Darüber hinaus wurden die im Vorjahr begonnenen internen Umstrukturierungen sowie der Aufbau eines Organisationshandbuches konsequent fortgeführt.

Um dem Rückgang der Anzahl öffentlich geförderter Wohnungen infolge des Auslaufs der Miet- bzw. Belegungsbindungen entgegen zu wirken und somit den dringend benötigten bezahlbaren Wohnraum für einkommensschwache Haushalte zu schaffen, hat die Gesellschaft im Jahr 2017 das Förderprogramm der Investitionsund Strukturbank Rheinland-Pfalz in Anspruch genommen. Für insgesamt 20 Wohnungen erhielt die Gesellschaft die Förderzusage und einen Zuschuss von ca. 159.000 €. Die geförderten Wohnungen unterliegen für die Dauer von 10 Jahren Belegungs- und Mietbindungen zugunsten von Haushalten, deren Einkommen die Einkommensgrenze des § 13 Landeswohnraumförderungsgesetzes Rheinland-Pfalz um nicht mehr als 40 % übersteigen.

Auf der Ertragsseite stiegen die Umsatzerlöse aus der Hausbewirtschaftung im Geschäftsjahr 2017 durch Anpassungen der Kostenmieten im Bereich des öffentlich geförderten Wohnraums aufgrund der allgemeinen Erhöhung der Instandhaltungs- und Verwaltungskostenpauschalen. Im Bereich des freifinanzierten Wohnraums konnten die Umsatzerlöse durch allgemeine Mieterhöhungen nach § 558 BGB, durch Mieterhöhungen nach energetischen Modernisierungsmaßnahmen in insgesamt zwei Wirtschaftseinheiten sowie durch Mieterhöhungen im Rahmen von Mieterwechseln gesteigert werden.

Die Aufwendungen für Hausbewirtschaftung sanken gegenüber dem Vorjahr um ca. 6,3 % und betrugen rund 8,5 Mio. €. Der Rückgang ist im Wesentlichen durch geringere Instandhaltungskosten bedingt, diese liegen jedoch mit insgesamt 3,7 Mio. € unverändert auf hohem Niveau.

Einmalige Auswirkungen auf das Jahresergebnis 2017 hatte einerseits die Auflösung von im Vorjahr gebildeten Rückstellungen für Prozesskostenrisiken in Höhe von rund 140.000 €, die aufgrund des positiven Prozessausgangs für die Gesellschaft nicht verbraucht werden mussten und somit zu einem Anstieg der sonstigen betrieblichen Erträge gegenüber dem Vorjahr führten. Gegenläufig hierzu führten außerplanmäßige Abschreibungen in Höhe von rund 297.000 € auf zwei Wirtschaftseinheiten zu einem einmaligen Anstieg der Abschreibungen auf Sachanlagen.

Der Jahresüberschuss für das Geschäftsjahr 2017 liegt deutlich über dem Planergebnis. Für die Folgejahre ist aufgrund der verstärkten Wiederaufnahme der Neubautätigkeit durch die Gesellschaft von einem kurzzeitigen Rückgang der Instandhaltungsaufwendungen auszugehen, aufgrund des Baualters des Wohnungsbestandes der Gesellschaft werden die Kosten für Instandhaltungsaufwendungen jedoch mittelfristig weiterhin auf hohem Niveau erwartet. Rentabilität, Liquidität, Vermögen und qualitatives Wachstum der Gesellschaft sind unverändert gesichert.

Vermögenslage

Der Vermögens- und Kapitalaufbau stellt sich zum 31. Dezember 2017 wie folgt dar:

Anlagevermögen Umlaufvermögen

Gesamtvermögen

Eigenkapital Rückstellungen

Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und anderen Kreditgebern

Übrige Verbindlichkeiten und Rechnungsabgrenzungsposten

Gesamtkapital

Stand	Prozentual	
31.12.2017 rd.	2017	Vorjahr
109.668.573 €	94,2 %	88,9 %
6.748.541 €	5,8 %	11,1 %
116.417.114 €	100,0 %	100,0 %
37.613.437 €	32,3 %	30,7 %
3.180.841€	2,7 %	2,8 %
67.837.289 €	58,3 %	60,5 %
7.785.547€	6,7 %	6,0 %
116.417.114 €	100,0 %	100,0 %

Das Gesamtvermögen ist gegenüber dem Vorjahr um 0,9 Mio. € bzw. 0,8 % gestiegen. Der Anstieg ist auf eine Erhöhung des Anlagevermögens um 7,0 Mio. € (ca. 6,8 %) zurückzuführen, dem ein Rückgang des Umlaufvermögens um 6,1 Mio. € (ca. 47,3 %) gegenüber steht. Die Reduzierung des Umlaufvermögens beruht im Wesentlichen auf einem Rückgang der Flüssigen Mittel und Bausparguthaben. Hier ist zu berücksichtigen, dass im Finanzmittelfonds des Vorjahres 3,4 Mio. € aus valutierten Darlehen enthalten waren, die erst nach Baufortschrittsanzeige ausgezahlt wurden und bis dahin verpfändet waren. Die ausgezahlten Bausparguthaben wurden im Berichtsjahr planmäßig für Sondertilgungen von Darlehen verwendet.

Die Zunahme des Anlagevermögens ergibt sich aus Investitionen von 10,5 Mio. €, denen planmäßige und außerplanmäßige Abschreibungen von 3,5 Mio. € gegenüber stehen. Das Anlagevermögen hat zum Bilanzstichtag somit einen Anteil von 94,2 % am gestiegenen Gesamtvermögen. Der Anlagendeckungsgrad liegt mit 92,8 % aufgrund des überproportionalen Anstiegs des Anlagevermögens leicht unter Vorjahresniveau (2016: 96,3 %). Das Eigenkapital der Gesellschaft beläuft sich zum 31.12.2017 auf rund 37,6 Mio. € und ist gegenüber dem Vorjahr in Höhe des Jahresüberschusses 2017 gestiegen. Dies führte zu einem Anstieg der Eigenkapitalquote um 1,6 %-Punkte auf 32,3 %. Sie bleibt damit weiterhin für eine kommunale Kapitalgesellschaft auf einem angemessenen Niveau.

Wesentlicher Posten in der Kapitalstruktur der Gesellschaft bleiben unverändert die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und anderen Kreditgebern. Diese sind gegenüber dem Vorjahr um rund 2,0 Mio. € (ca. 2,9 %) gesunken. Grund hierfür sind im Wesentlichen die plan- und außerplanmäßigen Tilgungen von rund 5,1 Mio. €, denen Valutierungen von insgesamt 3,2 Mio. € gegenüber stehen.

Die Vermögens- und Kapitalverhältnisse der Gesellschaft sind geordnet.

Finanzlage

Die Finanzlage des Unternehmens war im vergangenen Geschäftsjahr unverändert solide.

Aus der laufenden Geschäftstätigkeit konnte die Gesellschaft einen Mittelzufluss in Höhe von 9,2 Mio. € erwirtschaften. Dieser reichte jedoch nicht aus, um die Mittelabflüsse aus der Investitionstätigkeit von rund 10,5 Beteiligungsbericht 2017 der Stadt Worms

Seite 161 von 267

Wohnungsbau GmbH Worms

Mio. € sowie der Finanzierungstätigkeit von ca. 3,6 Mio. € zu kompensieren. Zum Bilanzstichtag verringerte sich der Finanzmittelfonds daher um 4,9 Mio. €. Hierbei ist jedoch zu beachten, dass die Gesellschaft seit dem Berichtsjahr in den Cash-Pool der Stadt Worms Beteiligungs-GmbH eingebunden ist. Guthaben bzw. Verbindlichkeiten der Gesellschaft aus diesem Cash-Pool werden somit zum Bilanzstichtag in den Forderungen bzw. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern und nicht in den Flüssigen Mitteln ausgewiesen.

Die nachfolgende Kapitalflussrechnung stellt Herkunft und Verwendung der geflossenen Finanzmittel dar:

2017

	in T€
Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	9.176,5
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	- 10.503,3
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	- 3.573,0
Zahlungswirksame Veränderung des	
Finanzmittelfonds	- 4.899,8
Finanzmittelfonds zum 01.01.2017	5.219,0
Finanzmittelfonds zum 31.12.2016	319,2

Der Jahres-Cashflow im Berichtsjahr konnte gegenüber dem Vorjahr gesteigert werden und beläuft sich auf 5.582.171 € (2016: 4.156.934 €). Hierdurch konnte die Tilgungskraft der Gesellschaft trotz gestiegenen planmäßigen Tilgungen auf 1,62 erhöht werden (im Vorjahr lag die Tilgungskraft bei 1,41). Die Kennzahl zeigt die Fähigkeit des Unternehmens an, die planmäßigen Tilgungsverpflichtungen aus dem laufenden Cashflow bedienen zu können. Die Kennzahl sollte langfristig einen Wert von 1,0 nicht unterschreiten.

Die Kapitaldienstdeckung stieg gegenüber dem Vorjahr von 37,8 % auf 39,7 %. Dieser Indikator gibt an, wie viel das Unternehmen aus den Mieteinnahmen für den laufenden Kapitaldienst, d. h. Zins- und planmäßigen Tilgungszahlungen für Objektfinanzierungsmittel zu leisten hat. In den letzten drei Jahren hat sich die Kennzahl von 36,2 % auf 39,7 % erhöht. Sie liegt mit rund 40 % jedoch im unkritischen Bereich und gemäß der Jahresstatistik des GdW (Quelle: Wohnungswirtschaftliche Daten und Trends 2017/2018, Hrsg. GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen e.V.) im Rahmen vergleichbarer kommunaler Wohnungsunternehmen.

Die Finanzlage ist geordnet. Ihren Zahlungsverpflichtungen ist die Gesellschaft jederzeit termingerecht nachgekommen. Zu keiner Zeit mussten eingeräumte Kreditlinien in Anspruch genommen werden.

Ertragslage

Kerngeschäft der Gesellschaft bleibt weiterhin die Bewirtschaftung ihres Immobilienbestandes. Der Jahresüberschuss ergibt sich entsprechend der Geschäftsbereiche wie folgt:

Hausbewirtschaftung
Andere Lieferungen und Leistungen
Finanzergebnis
Ordentliches Ergebnis
Sonstiges Ergebnis
Jahresüberschuss

2017 in T€	2016 in T€	Veränderung in T€
2.019,8	704,1	1.315,7
0,0	0,0	0,0
-97,9	-24,9	-73,0
1.921,9	679,2	1.242,7
211,2	62,2	149,0
2.133,1	741,4	1.391,7

Das Ergebnis aus der Hausbewirtschaftung hat sich gegenüber dem Vorjahr deutlich verbessert. Dies ist einerseits auf gestiegene Umsatzerlöse sowie andererseits im Wesentlichen auf den Rückgang der Instandhaltungskosten zurückzuführen. Hierbei ist anzumerken, dass neben den nicht hinreichend planbaren Kosten der lau-

fenden Klein- und Normalreparaturen auch zwangsläufig anfallende Instandhaltungskostenanteile aus Modernisierungsmaßnahmen das Jahresergebnis belasten. Letztere führen jedoch im Hinblick auf die Langlebigkeit der Wirtschaftsgüter in den Folgejahren zu einer Minderung der laufenden Klein- und Normalreparaturen. Darüber hinaus tragen sie im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeit auch zu einer Steigerung der Ertragskraft infolge von Modernisierungsmieterhöhungen in den Folgejahren bei.

Das Finanzergebnis hat sich gegenüber dem Vorjahr aufgrund gesunkener Erträge aus Bausparguthaben sowie angefallenen Bereitstellungszinsen für ein Neubauprojekt verringert. Die Veränderung des sonstigen Ergebnisses ist im Wesentlichen durch Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen bedingt.

Der durchschnittliche Mietenmultiplikator lag im Geschäftsjahr 2017 bei einem Wert von 5,84 (Vorjahr: 6,04). Er spiegelt das Verhältnis von Anlagevermögen zu den erlösgeschmälerten Sollmieten wider. Damit ist er ein Indikator für die positive Ertragssituation des Unternehmens sowie eine faire Bewertung des Anlagevermögens.

Insgesamt liegt die Vermögens-, Finanz- und insbesondere Ertragslage über unseren Erwartungen und wird von uns als gut beurteilt.

Ausblick zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Die Geschäftstätigkeit hat sich auch im Folgejahr bis dato planmäßig weiterentwickelt. Die strategische Ausrichtung der Gesellschaft ist unverändert auf eine Erhöhung des Wohnungsbestandes durch Neubautätigkeit und Nachverdichtung in bestehenden Gebäuden sowie die kontinuierliche Fortführung der Sanierung und Modernisierung des Altbaubestandes gerichtet. Zusätzlich werden die Erhaltung von öffentlich geförderten Wohnungen nach Ablauf der Miet- bzw. Belegungsbindung sowie die Ausweitung des Wohnungsangebots in diesem Marktsektor angestrebt. Hierzu werden die Förderprogramme der Investitions- und Strukturbank Rheinland-Pfalz in Anspruch genommen.

Die geplanten Sanierungs- und Modernisierungsmaßnahmen im vorhandenen Gebäudebestand werden nach Möglichkeit im unbewohnten Zustand durchgeführt. Dies führt kurzfristig zu einer Erhöhung der Leerstände und Mietausfälle, verbessert jedoch die Abwicklung der Maßnahmen. Zudem führt es zu einer Entlastung der Mieter, da diese nicht den oftmals lärm- und staubintensiven Arbeiten ausgesetzt sind.

Das nachhaltige erfolgreiche Bewirtschaften eines nachfrageorientierten Wohnungsbestandes stellt weiterhin die Kernaufgabe des Unternehmens dar. Neben der bereits erwähnten Weiterführung energetischer Sanierungsmaßnahmen ist die Wohnungsmodernisierung auf das Niveau der heutigen Wohnstandards weiteres Ziel. Um den Bestand darüber hinaus nachfrageorientiert und die Anzahl an barrierearmen Wohnungen zu erhöhen, verstärkt die Gesellschaft ferner ihre Neubautätigkeit. Dabei soll der damit geschaffene Wohnraum für die Nachfrager bezahlbar bleiben und ein Wohnungsangebot in nachfragerelevanten Preissegmenten geschaffen werden. Da auch bei Projekten in unteren Preissegmenten eine wirtschaftliche Rentabilität gegeben sein muss, ist in Einzelfällen eine Investition in nicht zu Wohnzwecken dienende Projekte denkbar, die neben einer Erhöhung der Attraktivität des Wohnumfeldes und seiner Infrastruktur eine mögliche Quersubventionierung solcher Projekte erlauben.

Die geplanten Investitionsmaßnahmen führen künftig zu einer Erhöhung der Bauvolumina. Dies wird mit Änderungen der Finanzkraft der Gesellschaft einhergehen. Die Finanzierung der geplanten Maßnahmen wird auch künftig durch langfristige Darlehen erfolgen, die bedarfsgerecht durch mögliche Förderprogramme der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) wie auch Landesmitteln aus Modernisierungs- oder Neubauprogrammen ergänzt werden. Vor diesem Hintergrund ist von einem Anstieg der Kapitaldienstdeckung auszugehen. Es bleibt jedoch abzuwarten, inwieweit die mit den geplanten Maßnahmen einhergehende Entwicklung der Netto-Jahressollmieten während der kommenden Geschäftsjahre dem Anstieg der Kennzahl entgegen wirkt.

Die künftige Ertragslage der Gesellschaft wird unverändert von der Entwicklung des erwirtschafteten Mietaufkommens sowie der Instandhaltungs- und Zinsaufwendungen abhängig sein. Die regelmäßige Überprüfung

möglicher Mieterhöhungsspielräume sowohl bei den öffentlich geförderten als auch bei den freifinanzierten Wohneinheiten - stets unter dem Aspekt der Sozialverträglichkeit − bleibt daher unabdingbar. Ebenso ist es notwendig, Teile der angefallenen Modernisierungskosten entsprechend der gesetzlichen Rahmenbedingungen weiterzugeben, um so eine Entlastung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage zu erreichen. Für das Geschäftsjahr 2018 plant die Gesellschaft ein positives Jahresergebnis im Bereich zwischen 200.000 € und 500.000 €. In den nachfolgenden Geschäftsjahren sollen weiterhin stetig steigende Umsätze wie auch positive Jahresergebnisse erreicht werden, welche auch zu weiteren Verbesserungen der Eigenkapitalquote führen werden, sofern die Gesellschafter einer Zuführung zu den Gewinnrücklagen zustimmen.

Die für die Umsetzung der geplanten baulichen Maßnahmen notwendigen Eigenmittel werden allein durch die Anstrengung der Gesellschaft getragen. Finanzielle Zuschüsse durch die Gesellschafter erfolgen nicht. Sofern kommunalverbürgte Darlehen in Anspruch genommen werden, tragen diese jedoch zu einer Verbesserung der grundschuldrechtlichen Belastung der Gesellschaft bei. Die erfolgreiche Erhaltung einer guten Positionierung am Markt sowohl heute als auch in Zukunft ist deshalb nur bei konsequentem Handeln als Wirtschaftsunternehmen sowie einer Konzentration auf das Kerngeschäft möglich.

IV. Zukünftige Chancen und Risiken sowie Risikomanagement

Auch in Zukunft wird das Unternehmen umfassende Investitionen in seinen Wohnungsbestand tätigen. Insbesondere das verstärkte Engagement im Bereich der Neubautätigkeit wird zu anhaltend hohen Bauvolumina in den kommenden Jahren führen. Gleichzeit ist die Gesellschaft jedoch bestrebt das hohe Niveau der Modernisierungsmaßnahmen beizubehalten. Ziel der Gesellschaft ist es damit, den bestehenden Wohnungsbestand an die aktuellen Nachfragekomponenten hinsichtlich zeitgemäßer Wohnungsgrundrisse und Ausstattungswünsche der Mietinteressenten anzupassen und gleichzeitig das Wohnungsangebot in der Stadt Worms entsprechend der Nachfragemengen in den jeweiligen Preis- und Ausstattungssegmenten zu erhöhen. Die langfristige Nachhaltigkeit des Bestandes soll somit gesichert und die Leerstandsquote auf geringem Niveau gehalten werden. Bleiben. Ebenso wird durch die Ausweitung des Wohnungsangebots durch Neubau die Grundlage der Geschäftstätigkeit der Gesellschaft nachhaltig gestärkt.

Dem Risiko für die Unternehmensentwicklung aufgrund steigender Nachfrage nach barrierearmem bzw. barrierefreiem Wohnraum infolge des demographischen Wandels, die oftmals mit Wohnungen im "Altbestand" aufgrund baulicher Hindernisse nur schwer zu bedienen ist, wirkt die Gesellschaft mit verstärkter Neubautätigkeit entgegen. Hierbei stellen die gestiegenen Baukosten, die insbesondere infolge zunehmender Umsetzung von gesetzlichen Anforderungen in den letzten zwei Jahren deutlich zugenommen haben, eine große Herausforderung dar. Um der steigenden Nachfrage nach bezahlbarem Wohnraum gerecht zu werden sind hier künftig bauliche Kreativität innerhalb der rechtlichen Rahmenbedingungen sowie eine deutliche Reduzierung an die Erwartungen der Rentabilität erforderlich. Ohne ein Umdenken auf politischer Ebene, das insbesondere zu einer Reduzierung der in den letzten Jahren gestiegenen Auflagen und Normen führt, wird die Schaffung von neuem Wohnraum zur Bedienung der Nachfrage im untersten Preissegment anhaltend schwierig sein.

Die im Schnitt als günstig zu bezeichnenden Mieten der Gesellschaft werden auch künftig gefragt bleiben, zumal die Ausstattung der Wohnungen durch die kontinuierlich durchgeführten Modernisierungen stetig verbessert bzw. dem aktuellen Stand entsprechend angepasst wird. Die Weiterentwicklung des kaufmännischen Sozialmanagements fördert die Chance, den steigenden sozialen Herausforderungen innerhalb des Wohnumfelds sowie den negativen monetären Auswirkungen durch Mietausfall und Forderungsabschreibungen entgegen zu wirken.

Trotz hoher finanzieller Belastungen für die Gesellschaft werden mittelfristig weiterhin positive Jahresergebnisse erzielt werden. Der mittelbar anstehende Ablauf der steuerlichen Bindungsfrist zur Besteuerung von Ausschüttungen aus dem EK02-Bestand der Gesellschaft birgt das Risiko zunehmender Liquiditätsabflüsse der Gesellschaft durch Ausschüttungen an die Gesellschafter aus den erzielten Jahresergebnissen, was zu einer Verschlechterung der finanziellen Ausstattung führen könnte und somit die Handlungsspielräume im Rahmen

von Investitionen einschränken wird. Wesentliche Marktveränderungen, die Einfluss auf die wirtschaftliche Entwicklung der Gesellschaft haben könnten, sind aus heutiger Sicht in 2018 nicht zu erwarten.

Für die frühzeitige Erkennung möglicher bestandsgefährdender Risiken für die Gesellschaft wurde in Vorjahren ein Risikomanagementsystem im Unternehmen implementiert. Relevante Unternehmensrisiken werden im Rahmen eines Risikoreportings kontinuierlich überwacht.

Hervorzuhebende Funktionen dieses Systems sind:

- Systematisches Risikomanagement auf der Grundlage eines Handbuches
- Portfoliomanagement
- EPIQR-Gebäudebestandserfassung
- Zinsrisiken
- Controlling

Auf der Basis der vorhandenen Kapitalausstattung und dem zu erwartenden Geschäftsergebnis ist die mittelfristig geplante Geschäftspolitik ohne bestandsgefährdende Risiken und Einfluss auf die Vermögens- und Ertragslage zu realisieren. Die Einleitung von Vorsorgemaßnahmen ist aus heutiger Sicht nicht notwendig. Auch sind derzeit keine rechtlichen Gefahrenpotenziale vorhanden, die den Fortbestand der Gesellschaft gefährden könnten.

4.4 Soziales, Gesundheit

4.4.1 Integrations- und Dienstleistungsbetrieb gGmbH der Stadt Worms

Allgemeines

Rechtsform: gGmbH

Gründung: 05.05.2017 **Satzungsdatum**: 05.05.2017

Wirtschaftsjahr: Kalenderjahr

Stammkapital am Ende des Wirtschaftsjahres 2017: 25.000,00 €

Veränderung im Berichtsjahr: keine



Gegenstand des Unternehmens / Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks

(§ 90 Abs. 2 Satz 2 Nr. 1 und Nr. 2 GemO)

(1) Gegenstand des Unternehmens ist es, auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt Dauerarbeitsplätze für behinderte Menschen zu schaffen, deren Eingliederung in eine sonstige Beschäftigung auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt aufgrund von Art und Schwere der Behinderung oder wegen sonstiger Umstände trotz Ausschöpfens aller Fördermöglichkeiten und des Einsatzes von Integrationsfachdiensten auf besondere Schwierigkeiten stößt. Gegenstand des Unternehmens ist somit die Förderung der Volks- und Berufsbildung gem. § 52 Abs. 2 S. 1 Nr. 7 AO.

Weiterer Zweck des Betriebes ist die Integration von benachteiligten Menschen auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt sowie das Angebot von Dienstleistungen (Catering, Lager und Logistik) im Konzern Stadt Worms und für externe Auftraggeber und Kunden unter betriebswirtschaftlich optimierten Bedingungen. Das Unternehmen wird ohne Gewinnerzielungsabsicht geführt. Im Rahmen der sachgerechten Bewirtschaftung wird der Betrieb insbesondere in den Bereichen Catering- und Veranstaltungsservice, Kantinen- und Bistrobetrieb, Dienstleistungen in Distribution und Logistik sowie Bildungsmaßnahmen tätig.

(2) Die Gesellschaft kann alle ihren Unternehmensgegenstand oder ihre Wirtschaftlichkeit fördernde Geschäfte und alle ihrer Weiterentwicklung dienenden Tätigkeiten betreiben.

Der Gegenstand des Unternehmens ist eine wirtschaftliche Betätigung (§ 85 Abs. 1 GemO).

Beteiligungsverhältnisse

(§ 90 Abs. 2 Satz 2 Nr. 1 GemO)

Am Stammkapital des Unternehmens sind beteiligt:

die Stadt Worms Beteiligungs-GmbH zu 100 %

Die Beteiligungen haben sich im Berichtsjahr nicht verändert.

Besetzung der Organe im Geschäftsjahr 2017

(§ 90 Abs. 2 Satz 2 Nr. 1 GemO)

Gesellschafterversammlung 2017:

Stadt Worms Beteiligungs-GmbH: Michael Baumann
 (Bei Personenidentität der Geschäftsführung und der Gesellschafterversammlung stehen sämtliche Gesellschafterbeschlüsse unter dem Vorbehalt der Zustimmung des Aufsichtsratsvorsitzenden der Stadt Worms Beteiligungs-GmbH)

Aufsichtsrat 2017:

• Vorsitzender: Beigeordneter Uwe Franz

Mandatsträger:

- Dirk Beyer
- Monika Fischer
- Carlo Riva
- Edgar Walther
- Dr. Klaus Karlin
- Monika Stellmann
- Raimund Sürder
- Iris Muth
- Sabine Sackreuther
- Astrid Perl-Haag
- Katharina Schmitt

Geschäftsführung 2017:

• Geschäftsführer: Michael Baumann

Personalentwicklung		
	2017	2016
Anzahl der Mitarbeiter	21,5	0
(nach § 267 Abs. 5 HGB)		

Laufende Gesamtbezüge der Geschäftsführung

(§ 90 Abs. 2 Satz 2 Nr. 3 GemO)

(Gesamtbezüge der Mitglieder der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates oder der entsprechenden Organe)

Der Geschäftsführer erhält von der Gesellschaft keine Bezüge.

Die Aufwendungen für den Aufsichtsrat belaufen sich auf 850,00 € im Jahr 2017.

Kapitalzuführungen/-entnahmen

(§ 90 Abs. 2 Satz 2 Nr. 3 GemO)

Kapitalzuführungen/-entnahmen sind nicht erfolgt.

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft der Stadt Worms

(§ 90 Abs. 2 Satz 2 Nr. 3 GemO)

Kapitalzuführungen durch die Stadt Worms in den letzten 3 Jahren:

2017: 0,00€

Gewinnabführungen an die Stadt Worms in den letzten 3 Jahren:

2017: 0,00€

Vom Unternehmen **gezahlte Steuern an die Stadt Worms** in den letzten 3 Jahren:

2017: 0,00€

Vom Unternehmen gezahlten Konzessionsabgaben an die Stadt Worms in den letzten 3 Jahren:

2017: 0,00€

Vorliegen der Voraussetzungen des § 85 Abs. 1 GemO

(§ 90 Abs. 2 Satz 2 Nr. 4 GemO)

Die Gemeinde darf wirtschaftliche Unternehmen nur errichten, übernehmen oder wesentlich erweitern, wenn

- 1. **der öffentliche Zweck das Unternehmen rechtfertigt** (§ 85 Abs. 1 Nr.1 GemO): Die notwendigen Angaben erfolgten hierzu unter "Gegenstand des Unternehmens".
- 2. das Unternehmen nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zu der Leistungsfähigkeit der Gemeinde und dem voraussichtlichen Bedarf besteht. (§ 85 Abs. 1 Nr. 2 GemO): Die notwendigen Angaben erfolgten hierzu unter "Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft".
- 3. der öffentliche Zweck nicht ebenso gut und wirtschaftlich durch einen privaten Dritten erfüllt wird oder erfüllt werden kann.
- ✓ Im Berichtsjahr gab es keinen Anlass, die bisherige Bewertung zu ändern.

Bilanz zum 31.12.2017

AKTIVA	31.12.2017 EUR	31.05.2017 EUR
A. Anlagevermögen	195.798,00	0,00
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	917,00	0,00
II. Sachanlagen	194.881,00	0,00
B. Umlaufvermögen	121.511,18	25.000,00
I. Vorräte	30.244,72	0,00
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	85.268,99	0,00
III. Flüssige Mittel	5.997,47	25.000,00
C. Rechnungsabgrenzungsposten	5.823,52	0,00
Bilanzsumme	323.132,70	25.000,00
PASSIVA	31.12.2017	31.05.2017
	EUR	EUR
A. Eigenkapital	90.341,00	25.000,00
I. Gezeichnetes Kapital	25.000,00	25.000,00
II. Jahresüberschuss	65.341,00	0,00
B. Sonderposten für Investitionszuschüsse	51.864,36	0,00
C. Rückstellungen	79.142,30	0,00
D. Verbindlichkeiten	100.285,04	0,00
E. Rechnungsabgrenzungsposten	1.500,00	0,00
Bilanzsumme	323.132,70	25.000,00

Gewinn- und Verlustrechnung zum 31.12.2017

		31.12.2017
		EUR
1.	Umsatzerlöse	558.652,42
2.	Sonstige betriebliche Erträge	329.642,23
3.	Materialaufwand	
	Aufwendungen für Hilfs- und Betriebsstoffe für bezogene Waren Aufwendungen für bezogene Leistungen	-186.058,66 -9.758,24
4.	Personalaufwand	
′	Löhne und Gehälter Soziale Abgaben und Aufwendungen für Alters-	-394.609,80
	versorgung und Unterstützung	-86.821,96
5.	Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-21.113,21
6.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	-124.000,66
7.	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,00
8.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-269,63
9.	Ergebnis nach Steuern	65.662,49
10.	Sonstige Steuern	-321,49
11.	Jahresüberschuss	65.341,00

Kennzahlen zum 31.12.2017

Finanzkennzahlen		
EBITDA (in EUR)	87.045,33	
	Jahresergebnis + Steueraufwand - Steuererträge +/- Finanzergebnis + außerordentliche Erträge + Abschreibungen auf das Anlagevermögen - Zulagen auf das Anlagevermögen	
Wirtschaftlichkeit (in %)	108,02	
(/5)	Ertrag (bzw. Leistung) : Aufwand (bzw. Kosten) x 100	

Vermögenskennzahlen		
Eigenkapitalquote (in %)	27,96	
(75)	(Eigenkapital x 100) : Gesamtkapital	
Fremdkapitalquote	72,04	
(in %)	(Fremdkapital x 100) : Gesamtkapital	
Personalkennzahl		
Personalaufwandsquote	54,20	
(in %)	Personalaufwand : Gesamtleistung x 100	

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2017

Lagebericht für das Rumpfgeschäftsjahr vom 31.05. – 31.12.2017

Vorbemerkung

Die Integrations- und Dienstleistungsbetrieb gGmbH der Stadt Worms (kurz IDB) hat zum 31.05.2017 ihren Geschäftsbetrieb aufgenommen.

Sie führt unter Erwerb des materiellen und immateriellen Vermögens des Integrations- und Dienstleistungsbetriebs der Stadt Worms seit dem 31.05.2017 die Geschäfte des ehemaligen Eigenbetriebs fort. Die Mitarbeiter wurden im Rahmen eines Betriebsübergangs vom Eigenbetrieb bzw. von der Stadt Worms übernommen.

Die Geschäftsführung hat einen Abschluss für das Rumpfgeschäftsjahr vom 31.05. – 31.12.2017 aufgestellt.

Der nachfolgende Lagebericht beschreibt die Unternehmenstätigkeit der Integrations- und Dienstleistungsbetrieb gGmbH der Stadt Worms.

1. Grundlagen des Unternehmens

1.1. Geschäftsmodell

Die Integrations- und Dienstleistungsbetrieb gGmbH der Stadt Worms (kurz IDB) wird seit dem 31.05.2017 als gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung geführt. Die Gesellschaft trat die Nachfolge der eigenbetriebsähnlichen kommunalen Einrichtung (Regiebetrieb) des Integrations- und Dienstleistungsbetriebs der Stadt Worms an.

Aus der sozialen Verpflichtung heraus, Menschen mit Behinderungen auch in Arbeitsbereichen Perspektiven zu bieten, wird die Gesellschaft als Integrationsbetrieb im Sinne des § 132 SGB IX geführt. Die IDB verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke nach § 52 Absatz 1 Satz 1 Abgabenordnung (AO) im Sinne des Dritten Abschnitts "Steuerbegünstigte Zwecke". Demnach ist gemeinnütziger Zweck der IDB nach § 52 Abs. 2 Satz 1 Nr. 7 AO die Förderung der Volks- und Berufsbildung, nämlich auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt Dauerarbeitsplätze für behinderte Menschen zu schaffen, deren Eingliederung in eine sonstige Beschäftigung auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt aufgrund von Art und Schwere der Behinderung oder wegen sonstiger Umstände trotz Ausschöpfens aller Fördermöglichkeiten und des Einsatzes von Integrationsfachdiensten

auf besondere Schwierigkeiten stößt. Der Satzungszweck wird insbesondere durch die Integration von benachteiligten Menschen auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt sowie das Angebot von Dienstleistungen (Catering, Lager und Logistik) im Konzern Stadt Worms und für externe Auftraggeber unter betriebswirtschaftlich optimierten Bedingungen verwirklicht.

Im Rahmen der sachgerechten Bewirtschaftung war die Gesellschaft insbesondere in folgenden Bereichen tätig:

- ◆ Catering- und Veranstaltungsservice (IB Catering)
- ♦ Dienstleistungen und Logistik (IB Lager)
- ♦ Maßnahmenabwicklung

Der Gesellschafterausschuss wird durch den Vorsitzenden, Herrn Uwe Franz, sowie 11 Mitgliedern aus der Mitte des Stadtrates vertreten.

Die Geschäftsführung obliegt Herrn Michael Baumann. Das operative Geschäft wird von den zwei Abteilungsleitern der IDB, Herrn Philipp Seiler (Catering) sowie Herrn Detlef Hirsch (Lager, Archiv und Schulbuchausleihe) wahrgenommen.

Seit Bestehen der Integrations- und Dienstleistungsbetrieb gGmbH wird das Unternehmen unter Beachtung sparsamer und wirtschaftlicher Betriebsführung nach kaufmännischen Gesichtspunkten geleitet.

1.2. Ziele und Strategien

Basis ist die strategische Expansion des Bereiches IB Catering, der Ausbau der Abteilung IB Lager sowie die projektbezogene Beibehaltung von arbeitsmarktpolitischen Bildungsprojekten (Arbeitsgelegenheiten).

Die Sparte IB Catering hat ihr Tätigkeitsspektrum zum 01.06.2017 um den Betrieb des Kiosks im Heinrich-Völker-Bad in Worms erweitert. Hierdurch entstehen zusätzliche Beschäftigungsmöglichkeiten für Menschen mit Behinderung.

Wichtigste Zielsetzung des Unternehmens ist es, Menschen mit Behinderungen in den ersten Arbeitsmarkt zu integrieren, jedoch stets unter Beachtung der wirtschaftlichen Grundsätze, damit die Gesellschaft dauerhaft und am Markt tätig sein kann.

2. Wirtschaftsbericht

2.1. Geschäfts- und Rahmenbedingungen

2.1.1. Unternehmensentwicklung und Geschäftsverlauf im Rumpfgeschäftsjahr 2017

Der Wirtschaftsplan 2017 sah Umsatzerlöse in Höhe von 573 T€ vor. In 2017 wurden dagegen Umsatzerlöse in Höhe von 559 T€ erzielt. Der Planansatz wurde somit um 14 T€ unterschritten. Dagegen konnten mit 330 T€ im Vergleich zum Planansatz um 105 T€ höhere sonstige betriebliche Erträge verbucht werden. Der Planansatz der betrieblichen Leistung insgesamt wurde somit um 90 T€ überschritten.

Diese positive Entwicklung setzt sich auch beim Jahresergebnis fort. Gemäß des Wirtschaftsplans 2017 wurde ein positives Ergebnis in Höhe von 14 T€ erwartet, welches um rund 41 T€ übertroffen wurde.

2.1.2. Finanzielle Leistungsindikatoren

Die Unternehmenssteuerung erfolgte nicht über Kennzahlen, sondern über regelmäßige Plan-Ist-Vergleiche gegenüber dem Wirtschaftsplan.

2.1.3. Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Als Dienstleistungsunternehmen stellten unsere motivierten und qualifizierten Mitarbeiter den wesentlichen nichtfinanziellen Leistungsindikator dar.

2.2. Darstellung der Lage der Gesellschaft

2.2.1. Vermögenslage

Bei einem gezeichneten Kapital von 25 T€ und dem Jahresüberschuss von 65 T€ beträgt das Eigenkapital zum 31.12.2017 90 T€. Bei einer Bilanzsumme von 323 T€ ergibt sich daraus eine Eigenkapitalquote von 28 %.

Das Gesamtvermögen wurde durch die Übertragung des Anlagevermögens sowie der Vorräte zu Buchwerten des ehemaligen Eigenbetriebes zum 01.06.2017 auf die Integrations- und Dienstleistungsbetrieb gGmbH wesentlich beeinflusst. Das Anlagevermögen hat einen Anteil an der Bilanzsumme von 61 %.

Größter Posten des Gesamtkapitals sind die Verbindlichkeiten von 100 T€. Dies entspricht einem Anteil an der Bilanzsumme von 31 %.

Neben dem Eigenkapital hat der Sonderposten für Investitionszuschüsse langfristigen Charakter. Rechnet man diese beiden Posten zusammen, dann ergibt sich ein langfristiges Kapital von 142 T€. Der Deckungsgrad des Anlagevermögens durch das langfristige Kapital beträgt 72 %.

2.2.2. Ertragslage

Die Geschäftsführung zeigt sich nach Abschluss des Rumpfgeschäftsjahres 2017 zufrieden. Zum 31.12.2017 schließt die Gesellschaft mit einem Jahresüberschuss von 65.341 € das Rumpfgeschäftsjahr 2017 ab.

Das Rumpfwirtschaftsjahr vom 31.05. – 31.12.2017 wurde wesentlich von der Vermögensübertragung aus dem ehemaligen Integrations- und Dienstleistungsbetriebs der Stadt Worms beeinflusst. In dem Zusammenhang kam es insgesamt zu einer positiven Ergebnisauswirkung von 197 T€. Davon entfallen 247 T€ auf die sonstigen betrieblichen Erträge sowie 50 T€ auf die sonstigen betrieblichen Aufwendungen. Diese außergewöhnliche Ergebnisauswirkung war in der Planung für das Rumpfgeschäftsjahr 2017 nicht enthalten gewesen. Dagegen enthielt die Planung in den sonstigen betrieblichen Erträgen einen Betriebskostenzuschuss von 133 T€, der aber aufgrund der außergewöhnlichen Erträge nicht in Anspruch genommen werden musste.

2.2.3. Finanzlage

Die Gesellschaft nimmt am Cash Management der Stadt Worms Beteiligungs-GmbH teil und nutzt dieses zur Finanzierung ihrer Geschäftstätigkeit.

Weiterhin hat der Betrieb in 2017 einen Investitionszuschuss des Landes Rheinland-Pfalz über 20 T€ erhalten.

Der positive Finanzmittelfonds setzt sich zum 31.12.2017 aus dem Stand Cash-Management i.H.v. 28 T€ und dem Kassenbestand i.H.v. 6 T€ zusammen.

2.2.4. Gesamtaussage

Allgemein bleibt festzuhalten, dass die Entwicklung der Gesellschaft sich im Rumpfgeschäftsjahr sehr positiv darstellte. Die IDB hat bewiesen, dass sie ein verlässlicher Partner der Stadt Worms bei der Bewältigung verschiedener Herausforderungen war.

Aufgrund ihrer Finanzierungsstrategie war die IDB jederzeit in der Lage gewesen, ihre finanziellen Verpflichtungen vollumfänglich und zeitnah erfüllen zu können.

3. Zukunftsorientierte Angaben

3.1. Prognosebericht

Der für das Jahr 2018 von der Geschäftsführung aufgestellte und von der Gesellschafterversammlung verabschiedete Wirtschaftsplan schließt mit einem positiven Ergebnis von rund 16 T€. Da den jährlich erzielten Umsätzen nur in geringem Umfang langfristige Verträge zugrunde liegen, fußt die Umsatzerwartung überwiegend auf Erfahrungswerten. Dennoch bleibt festzuhalten, dass die Umsätze und Betriebsergebnisse im langfristigen Trend – unter Berücksichtigung der Entwicklungen des vormaligen Regiebetriebs – eine positive Entwicklung aufzeigen, sodass eine negative Entwicklung für das kommende Jahr nicht erwartet wird.

Die Planzahlen für 2018 basieren auf Erfahrungswerten sowie Annahmen und sind somit mit Unsicherheiten behaftet. Es kann zu Abweichungen zwischen den Plan- und Ist-Werten kommen, woraus sich sowohl Chancen als auch Risiken ergeben können.

3.2. Risiken und Chancen der voraussichtlichen Entwicklung

Die Umsätze der Gesellschaft unterliegen marktüblichen Schwankungen, während die Kostenseite maßgeblich von Fixkosten geprägt ist.

Zum aktuellen Zeitpunkt kann die Geschäftsführung jedoch keine Risiken erkennen, die die künftige Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Integrations- und Dienstleistungsbetrieb gGmbH der Stadt Worms nachhaltig negativ beeinflussen und somit den Fortbestand und die Entwicklung der Gesellschaft gefährden könnten.

Worms, den 16.03.2018 Integrations- und Dienstleistungsbetrieb gGmbH der Stadt Worms

Baumann (Geschäftsführer)

4.4.2 Klinikum Worms gGmbH

Allgemeines

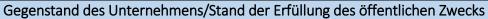
Rechtsform: GmbH

Gründung: 26.11.1999 **Satzungsdatum:** 12.08.2014

Wirtschaftsjahr: Kalenderjahr

Stammkapital am Ende des Wirtschaftsjahres 2017: 5.113.000,00 €

Veränderung im Berichtsjahr: keine



(§ 90 Abs. 2 Satz 2 Nr. 1 und Nr. 2 GemO)

Betrieb des Klinikums Worms einschließlich der organisatorisch und wirtschaftlich mit ihm verbundenen Einrichtungen und Nebenbetriebe sowie die Schaffung der Rahmenbedingungen zum Betrieb eines Akademischen Lehrkrankenhauses der Johannes-Gutenberg-Universität Mainz durch das Land Rheinland-Pfalz bzw. die Johannes-Gutenberg-Universität Mainz. Das Unternehmen hat den Zweck der Förderung der Gesundheitspflege und der Berufsausbildung.

klinikum Mworms

Der Gegenstand des Unternehmens ist eine nicht-wirtschaftliche Betätigung (§ 85 Abs. 4 GemO)

Beteiligungsverhältnisse

(§90 Abs. 2 Satz 2 Nr. 1 GemO)

Am Stammkapital des Unternehmens sind beteiligt:

• Die Stadt Worms zu 100 %

Beteiligungen des Unternehmens:

Medizinisches Versorgungszentrum Klinikum Worms gGmbH zu 100 %

Die Beteiligungen haben sich im Berichtsjahr nicht verändert.

Besetzung der Organe im Geschäftsjahr 2017

(§ 90 Abs. 2 Satz 2 Nr. 1 GemO)

Gesellschafterversammlung 2017:

Stadt Worms: Oberbürgermeister Michael Kissel

Aufsichtsrat 2017:

Vorsitzender: Oberbürgermeister Michael Kissel

Mandatsträger:

- Jeanine Emans-Heischling
- Jens Guth
- Volker Janson
- Adolf Kessel
- Annette Krasberg
- Heidi Lammeyer
- Dr. Uwe Radmacher
- Raimund Sürder

- Oliver Geffert
- Helga Jennerich
- Karin Loibl

Geschäftsführung 2017:

Geschäftsführer: Bernhard Büttner

Handlungsbevollmächtigter: Florian Busse

Personalentwicklung			
	2017	2016	
Anzahl der Mitarbeiter (nach § 267 Abs. 5 HGB)	1.803,10	1.810,10	

Laufende Gesamtbezüge der Geschäftsführung

(§ 90 Abs. 2 Satz 2 Nr. 3 GemO)

(Gesamtbezüge der Mitglieder der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates oder der entsprechenden Organe)

Gem. § 286 Abs. 4 HGB wird auf eine Nennung der Bezüge der Geschäftsführung verzichtet. Die Aufwendungen für den Aufsichtsrat belaufen sich auf 2.250,00 € im Jahr 2017.

Kapitalzuführungen/-entnahmen

(§ 90 Abs. 2 Satz 2 Nr. 3 GemO)

Kapitalzuführungen und -entnahmen sind nicht erfolgt.

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft der Stadt Worms

(§ 90 Abs. 2 Satz 2 Nr. 3 GemO)

Kapitalzuführungen durch die Stadt Worms in den letzten 3 Jahren:

2015 - 2017: 0,00 €

Gewinnabführungen an die Stadt Worms in den letzten 3 Jahren:

2015 - 2017: 0.00 €

Vom Unternehmen gezahlte Steuern an die Stadt Worms in den letzten 3 Jahren:

2017: 80.101,16 € 2016: 42.373,73 € 2015: 35.082,65 €

Vom Unternehmen gezahlten Konzessionsabgaben an die Stadt Worms in den letzten 3 Jahren:

2015 - 2017: 0,00 €

Vorliegen der Voraussetzungen des § 85 Abs. 1 GemO

(§ 90 Abs. 2 Satz 2 Nr. 4 GemO)

Die Gemeinde darf wirtschaftliche Unternehmen nur errichten, übernehmen oder wesentlich erweitern, wenn

- 1. **der öffentliche Zweck das Unternehmen rechtfertigt** (§ 85 Abs. 1 Nr.1 GemO): Die notwendigen Angaben erfolgten hierzu unter "Gegenstand des Unternehmens".
- 2. das Unternehmen nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zu der Leistungsfähigkeit der Gemeinde und dem voraussichtlichen Bedarf besteht. (§ 85 Abs. 1 Nr. 2 GemO): Die notwendigen Angaben erfolgten hierzu unter "Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft".
- 3. der öffentliche Zweck nicht ebenso gut und wirtschaftlich durch einen privaten Dritten erfüllt wird oder erfüllt werden kann.
- ✓ Im Berichtsjahr gab es keinen Anlass, die bisherige Bewertung zu ändern.

Bilanz zum 31.12.2017

AKTIVA	31.12.2017	31.12.2016
	EUR	EUR
A. Anlagevermögen	71.763.983,61	69.882.913,54
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	501.535,00	591.006,00
II. Sachanlagen	71.147.448,61	69.176.907,54
III. Finanzanlagen	115.000,00	115.000,00
B. Umlaufvermögen	77.703.838,66	64.906.630,51
I. Vorräte	4.880.470,32	4.818.300,54
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	29.495.861,90	25.748.177,72
III. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben		
bei Kreditinstituten und Schecks	43.327.506,44	34.340.152,25
C. Rechnungsabgrenzungsposten	472.692,29	451.572,18
Bilanzsumme	149.940.514,56	135.241.116,23
PASSIVA	31.12.2017	31.12.2016
	EUR	EUR
A. Eigenkapital	64.579.592,05	57.496.356,70
I. Gezeichnetes Kapital	5.113.000,00	5.113.000,00
II. Kapitalrücklagen	1.999.669,25	1.999.669,25
III. Gewinnrücklagen	50.383.687,45	41.563.828,42
IV. Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (-)	7.083.235,35	8.819.859,03
B. Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung		
des Sachanlagevermögens	35.546.495,00	27.529.766,00
C. Rückstellungen	30.920.985,39	28.360.441,19
D. Verbindlichkeiten	18.893.367,12	21.829.693,34
E. Rechnungsabgrenzungsposten	75,00	24.859,00
Bilanzsumme	149.940.514,56	135.241.116,23

Gewinn- und Verlustrechnung zum 31.12.2017

		31.12.2017	31.12.2016
		EUR	EUR
1.	Erlöse aus Krankenhausleistungen	116.759.744,86	115.877.977,46
2.	Erlöse aus Wahlleistungen	719.792,13	705.263,05
3.	Erlöse aus ambulanten Leistungen des Krankenhauses	4.778.177,25	4.954.467,00
4.	Nutzungsentgelte der Ärzte	2.237.418,90	2.191.257,14
4a.	Umsatzerlöse nach § 277 Abs. 1 HGB	5.171.176,28	5.041.015,13
5.	Erhöhung des Bestands an unfertigen Leistungen	100.152,39	47.142,64
6.	Zuweisungen und Zuschüsse der öffentlichen Hand, soweit nicht unter Nr. 11	928.776,89	967.736,38
7.	Sonstige betriebliche Erträge	1.619.545,98	1.903.734,40
	Materialaufwand Aufwendungen für Hilfs- und Betriebsstoffe für bezogene Waren Aufwendungen für bezogene Leistungen	-19.300.037,29 -2.718.646,94	-20.338.786,72 -2.622.136,19
9.	Personalaufwand		
•	Löhne und Gehälter Soziale Abgaben und Aufwendungen für Alters-	-68.914.732,01	-66.614.851,36
۷,	versorgung und Unterstützung	-18.311.073,81	-16.940.382,34
10.	Erträge aus Zuwendungen zur Finanzierung von Investitionen	5.794.965,83	8.418.394,27
11.	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten / Verbindlichkeiten nach KHG und aufgrund sonstiger Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	3.862.720,95	3.981.236,24
12.	Aufwendungen aus der Zuführung zu Sonderposten / Verbindlichkeiten nach dem KHG und aufgrund sonstiger Zuwendungen zur Finnazierung des Anlagevermögens	-5.754.045,49	-8.346.684,85
13.	Aufwendungen für die nach dem KHG geförderte Nutzung von Anlagegegenständen	-69.404,91	-63.941,64
14.	Abschreibungen auf immaterielle Vermögens- gegenstände des Anlagevermögens und Sach- anlagen	-5.374.189,54	-5.383.930,96
15.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	-14.048.246,21	-14.658.499,78
16.	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	196.308,69	111.309,51
17.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-277.153,18	-229.745,37
18.	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-276.792,26	-141.823,89
19.	Sonstige Steuern	-41.223,16	-38.891,09
20.	Jahresüberschuss	7.083.235,35	8.819.859,03

Kennzahlen zum 31.12.2017

Finanzkennzahlen			
EBITDA (in EUR)	14.747.609,34 Jahresergebnis + Steueraufwand - Steuererträge +/- Finanzergebnis + außerordentliche Erträge + Abschreibungen auf das Anlagevermögen - Zulagen auf das Anlagevermögen		
Wirtschaftlichkeit (in %)	102,04 Ertrag (bzw. Leistung) : Aufwand (bzw. Kosten) x 100		
Vermögenskennzahlen			
Eigenkapitalquote (in %)	43,07 (Eigenkapital x 100) : Gesamtkapital		
Fremdkapitalquote (in %)	56,93 (Fremdkapital x 100) : Gesamtkapital		
Personalkennzahl			
Personalaufwandsquote (in %)	66,44 Personalaufwand : Gesamtleistung x 100		

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2017

I. <u>Grundlagen der Gesellschaft</u>

Geschäftsmodell

Das Klinikum wird seit dem 01.01.2000 als gemeinnützige GmbH geführt und führt die Bezeichnung Klinikum Worms gGmbH. Gesellschafter der Einrichtung ist zu 100 % die Stadt Worms.

Das Klinikum Worms erfüllt als Schwerpunktkrankenhaus und akademisches Lehrkrankenhaus der Johannes Gutenberg-Universität in Mainz einen regionalen Versorgungs- und Sicherstellungsauftrag im "geographischen Dreieck" Mainz, Kaiserslautern und Ludwigshafen. In 11 bettenführenden Kliniken und Fachbereichen sowie 2 Instituten, wurden im Jahr 2017 nach bisheriger Systematik rd. 31.600 und damit rd. 1.500 Patienten weniger als im Vorjahr stationär versorgt. Die Summe der Bewertungsrelationen betrug im Jahr 2017 31.674,989 der Casemix-Index über alle Fälle 1,002. Bei einer durchschnittlichen Verweildauer von 6,3 Tagen ergab sich ein Auslastungsgrad ohne Neugeborene von 76,72%. Das Klinikum gehört damit auch weiterhin zu den fünf größten Krankenhäusern in Rheinland-Pfalz.

Als Schwerpunktversorgung wurden im Rahmen des Krankenhauszielplanes die Geburtshilfe, die Unfallchirurgie, die Kardiologie mit Stroke Unit und die Gastroenterologie ausgewiesen. Darüber hinaus ist das Klinikum als neonatologischer Schwerpunkt (Versorgung von Risikoschwangerschaften und Risikogeburten) und seit 2004 auch als diabetologisches Zentrum ausgewiesen.

In Kooperation mit der Kassenärztlichen Vereinigung wird seit dem 01.12.2000 eine Ärztliche Bereitschaftspraxis am Krankenhaus betrieben. In enger Zusammenarbeit wird hierdurch die optimale vertragsärztliche Versorgung des Einzugsgebietes gewährleistet.

Um den sich verändernden Rahmenbedingungen im Gesundheitswesen Rechnung zu tragen, wurde am 01.07.2004 ein ambulantes Operationszentrum in Betrieb genommen. Im Jahr 2017 konnten 1.753 ambulante Operationen (VJ: 1.184) durchgeführt werden.

Im September 2005 wurde mit zwei niedergelassenen Ärzten ein Miet- und Kooperationsvertrag zum Betrieb einer Praxis für Strahlentherapie geschlossen. Seit dem 01.01.2014 ist Herr Dr. Ahmad Waziri alleiniger Betreiber und Pächter der Praxis. In 2014 und 2015 wurde aufgrund des Leistungszuwachses der 2. Strahlenschutzbunker ausgebaut.

Seit dem 01.10.2007 betreibt das Klinikum Worms ein Medizinisches Versorgungszentrum (MVZ) in Form einer 100%igen Tochtergesellschaft des Klinikums. Als Ärztlicher Leiter wurde der Nuklearmediziner Dr. Jörg Andreas berufen. Er ist gleichzeitig Belegarzt für die zwei Betten umfassende Klinik für Nuklearmedizin. Als Geschäftsführer des MVZs sind Herr Bernhard Büttner und Herr Florian Busse ernannt. Das MVZ besteht mit Stand 31.12.2017 aus den vier Fachbereichen Anästhesie, Nuklearmedizin, Neurologie und Orthopädie.

Mit der Übernahme des Agaplesion Hochstift Evangelisches Krankenhaus Worms erging zum 01.04.2015 ein entsprechender Bescheid des zuständigen Ministeriums, wonach das Klinikum Worms als Einzelkrankenhaus mit zwei Standorten, über insgesamt 696 ausgewiesene Planbetten verfügt. Die originären Planbetten des Agaplesion Hochstift Evangelisches Krankenhaus Worms wurden somit vollumfänglich in den Versorgungsauftrag des Klinikums integriert. Weiterhin wurde seit diesem Zeitpunkt eine Hauptfachabteilung Geriatrie mit 30 Planbetten für das Klinikum ausgewiesen, welche am Standort des ehemaligen Evangelischen Krankenhauses Hochstift, betrieben wird. Seit dem 01.01.2018 verfügt das Klinikum vor dem Hintergrund des im April 2018 vorgenommenen Umzugs der Hauptfachabteilung Geriatrie an den originären Standort des Klinikums, über insgesamt 40 Planbetten im Bereich der Akutgeriatrie. Diese Bettenerhöhung, sowie die Erhöhung der Betten im Bereich der Intensivmedizin von 33 Betten auf 38 Betten, erfolgten planbettenneutral, so dass die Gesamtbettenzahl von 696 ausgewiesenen Planbetten unverändert fortbesteht.

Die Klinik für Kinder- und Jugendmedizin bildet gemeinsam mit der Klinik für Gynäkologie und Geburtshilfe ein Perinatalzentrum Level 1, die höchst mögliche Versorgungsstufe. Das Ministerium erteilt hierfür grundsätzlich keinen offiziellen Bescheid, die Anerkennung erfolgt seit dem Jahr 2006 im Rahmen der Entgeltverhandlungen durch die Kostenträger.

An dieser Stelle sei auch auf die Punkt IV. Prognose-, Chancen- und Risikobericht verwiesen.

II. Wirtschaftsbericht

a) Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Aufgrund der erneuten Konvergenzphase zur Angleichung der Landesbasisfallwerte an einen Bundesbasisfallwert mit Korridor, ist mittelfristig wieder mit einer Konsolidierung der Erlösseite zu rechnen. Grund hierfür ist der in Rheinland-Pfalz im Bundesdurchschnitt hohe Landesbasisfallwert, der nach unten anzupassen ist. Der Bundesbasisfallwert für 2017 beträgt EUR 3.376,11; somit liegt die Obergrenze des Bundesbasisfallwertkorridors bei EUR 3.460,51. Aufgrund der in den kommenden Jahren zu erwartenden lediglich moderaten, und im

Vergleich zu den letzten Jahren unterdurchschnittlichen Steigerung des Landesbasisfallwertes, ist daher dringend angezeigt, die Erlöszuwächse der kommenden Jahre treuhänderisch zu verwalten und nicht mit steigenden Ausgaben den operativen Bereich dauerhaft zu belasten.

b) Geschäftsverlauf

Trotz der Erhöhung des Landesbasisfallwertes von EUR 3.465,02 für das Jahr 2016 auf EUR 3.530,50 für das Jahr 2017 sanken die Erlöse wegen der rückläufigen Belegung.

Gegenüber den Planzahlen konnte das Ergebnis 2017 noch verbessert werden.

<u>Investitionen</u>

Um die Behandlungssituation von Müttern mit kranken Neugeborenen zu verbessern hat das Klinikum beschlossen, in südöstlicher Anbindung an die bestehende Kinderklinik ein Mutter-Kind-Zentrum zu bauen. Die Entwurfsplanung wurde im Jahr 2013 mit dem Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie besprochen und es fand eine entsprechende Prüfung der "Haushaltsunterlage Bau" (HU-Bau) durch die LBB statt. Am 05.08.2014 überreichte der Gesundheitsminister des Landes Rheinland-Pfalz, Herr Alexander Schweitzer, dem Klinikum einen Fördermittelbescheid in Höhe von EUR 13,3 Mio. Somit verbleibt eine Eigenmittelinvestition in Höhe von EUR 11,2 Mio. bei dem Klinikum. Der Spatenstich fand am 24.10.2014 statt, die Gesamtkosten liegen bei rd. EUR 30,0 Mio., wobei im Erstausbau EUR 24,5 Mio. eingeplant wurden. Geplant hätte die 1. Bauphase (Errichtung des neuen Gebäudeteils und Innenausbau der Stockwerke -1 bis +1) bis Juni 2016 realisiert sein sollen. Ebenfalls hätte zu diesem Zeitpunkt ein erster interimistischer Umzug von Bereichen der Kinderklinik in die fertiggestellten Räumlichkeiten stattfinden sollen. Diese Planung wurde aufgrund eines umfassenden Wasserschadens, welcher sich im Juni 2016 ereignet hat, massivst behindert. So musste das für den interimistischen Bezug bereits vollständig fertiggestellte und eingerichtete Geschoss -1 vollständig, bis zur Bodenplatte, zurückgebaut werden. Mit dem Wiederaufbau konnte erst ab März 2017 begonnen werden. Insgesamt wird dieser Wasserschaden das gesamte Bauvorhaben um ca. 18-20 Monate verzögern, weshalb sich auch die angedachte Schließung des Standorts Hochstift als Ort der Erbringung von stationären Krankenhausbehandlungsleistungen, entsprechend verzögert hat, da die Leistungsbereiche des Hochstifts baulich nicht am originären Standort des Klinikums integriert werden konnten. Der für das Jahr 2016 angedachte interimistische Umzug der Kinderklinik, gleichzeitig Ende des 1. Bauabschnittes, fand im Dezember 2017 statt. Die Klinik für Kinder- und Jugendmedizin zog hier interimsweise in die ersten drei Etagen des neuen Mutter-Kind-Zentrums ein. Anfang Januar konnte dann der 2. Bauabschnitt beginnen, verbunden mit der Kernsanierung bzw. dem Teilabriss des bestehenden Kinderklinikgebäudes. Im Anschluss wird der kernsanierte Altbestand in einem letzten Bauabschnitt nahtlos mit dem bereits fertig gestellten Teil des Mutter-Kind-Zentrums verbunden. Nach dem aktuellen Stand der Planungen ist davon auszugehen, dass das Mutter-Kind-Zentrum im Herbst 2019 fertig gestellt sein wird.

Zur Realisierung einer Unterbringung der Hauptfachabteilung Geriatrie wurden mit dem Ministerium entsprechende Gespräche zum Ausbau des originär als Kapazitätsreserve des Klinikums angedachten Obergeschosses, geführt. Im Ergebnis erfolgte bereits parallel zum Rück- und Wiederaufbau der Ebene -1 des Mutter- Kind-Zentrums, ein Ausbau des Obergeschosses des Neubaus als geriatrische Bettenstation mit insgesamt 40 Betten, um das Gesamtvorhaben entsprechend voranzutreiben. Bezüglich der Förderung der ergänzenden Baumaßnahme fanden verschiedene Gespräche mit dem zuständigen Ministerium statt. Am 23.01.2018 übergab Sabine Bätzing-Lichtenthäler, rheinland-pfälzische Ministerin für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie, den offiziellen Fördermittelbescheid. Das Ministerium beteiligt sich an dieser Maßnahme mit 3,856 Mio. €. Der Bezug der neuen Räumlichkeiten der Geriatrie fand im April 2018, verbunden mit der Schließung des Standorts Hochstift, statt.

Die Kosten des Wasserschadens für Schadensbeseitigung und Rückbau, den Wiederaufbau, sowie die finanziellen Mehrbelastungen (bspw. Logistikkosten und Kosten der Doppelvorhaltung von Wirtschaftsbereichen aufgrund der zeitlichen Verschiebung der Schließung des Standorts Hochstift), betragen in Summe ca. 5 Mio.

€. Aktuell wird noch versucht, eine umfängliche Einigung mit den Versicherungen der Schadensverursacher des Wasserschadens zu erreichen, die bis dato lediglich pauschale Akontozahlungen vorgenommen haben, um das Klinikum mit anteiliger Liquidität bei den Rückbau- und Wiederaufbauarbeiten zu unterstützen. Mit Blick auf den Umfang des Schadens und insbesondere die dem Klinikum entstandenen Vermögensschäden, erscheint es allerdings Stand heute als unumgänglich, entsprechende umfangreiche und Jahre überdauernde gerichtliche Verfahren führen zu müssen, um eine umfangreiche Refinanzierung aller Schäden zu erreichen.

Im Jahr 2016 wurde mit einer umfangreichen baulichen Zielplanung für den originären Standort des Klinikums begonnen, welche den voraussichtlichen Bedarf baulicher Maßnahmen im Klinikum erfassen und in Einklang mit der strategischen Ausrichtung des Hauses bringen soll. Hierbei sollen neben zukünftig notwendig werdenden baulichen Erweiterungen, auch Aspekte der Modernisierung und Sanierung mit geplant werden, die vor dem Hintergrund des Alters des Bestandsbaus, ebenfalls mittelfristig zu berücksichtigen sein werden. Grundsätzlich erscheint eine solche Zielplanung rollierend und entsprechend flexibel konzipiert, um sich zukünftig ergebende Entwicklungen ebenfalls zu berücksichtigen. Nach aktuellem Stand gilt es aus Sicht der Verantwortlichen des Klinikums insbesondere folgende anstehenden Entwicklungen in ein solches Konzept mit einfließen zu lassen:

- Sanierungs- und Modernisierungsbedarf im Bereich von Lüftung, Kälte- und Klimaversorgung
- Notwendigkeit der Verbesserung der energetischen Qualität der Außenfassade
- Ausstattung der Patientenzimmer, insbesondere im Sanitärbereich, aber auch konzeptionelle Prüfung eines Bedarfs, bspw. an einer Wahlleistungsstation oder an zusätzlichen Ausstattungselementen wie bspw. W-LAN für das Patientenentertainment und medizinische Zwecke
- Modernisierungsbedarf der "Schwesternstützpunkte"
- Notwendigkeit einer Neukonzeption des Bereichs Endoskopie
- Bauliche Konzeption der Zentralen Notaufnahme
- Implementierung einer Aufnahmestation am Klinikum
- Bauliche Konzeption einer der notwendigen Entwicklung des Hauses entsprechenden Intensivstation (Intensivtherapie, Überwachung, "intermediate care")
- Bauliche Konzeption eines bedarfsnotwendigen OP- Bereichs, inkl. der damit notwendigerweise verbundenen Organisationeinheiten, wie einer "holding area" oder eines Aufwachraums
- Auskömmliche Räumlichkeiten für die Verwaltung des Klinikums, ggf. unter gleichzeitigem Erhalt wertvoller Flächen für die Patientenbehandlung im aktuellen Verwaltungstrakt

Im Jahr 2017 wurde der im Jahr 2009 erstbeschaffte OP Roboter "Da Vinci" ersetzt. Der bisher genutzte Roboter wurde der Herstellerfirma zur weiteren Verwertung überlassen. Seit dem Jahr 2009 hat sich in diesem Innovationsbereich eine enorme technische Weiterentwicklung vollzogen und es ist seit einigen Jahren ein neues Modell des OP- Roboters "Da Vinci" verfügbar, das so genannte "Xi- System". Das neue System stellt umfangreiche Neuerungen, insbesondere im Bereich der Viszeralchirurgie, bereit. Die Ersatzbeschaffung des "Da Vinci" inkl. eines mit dem Roboter synchronisierbaren OP- Tisches, ist verbunden mit einer Investitionen in Höhe von 2,3 Mio. €, welche komplett aus Eigenmitteln finanziert wurde.

Personal- und Sozialbereich

Das Klinikum beschäftigte im Jahr 2017 durchschnittlich 1.803 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter; die Gesamtzahl der durchschnittlichen Beschäftigten betrug 1.464 Vollkräfte. Der Personalkostenaufwand für das Jahr 2017 belief sich auf insgesamt rd. EUR 87,2 Mio.

Für die nichtärztlichen Beschäftigten trat zum 01.01.2017 die neue Entgeltordnung zum TVöD in Kraft (gemäß Tarifeinigung vom 29. April 2016 zwischen dem Verband der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) und der Gewerkschaft ver.di). Zum 01.02.2017 erhöhte sich das Tabellenentgelt für die Beschäftigten um 2,35 Prozent. Die Ausbildungsentgelte (TVAöD) wurden zum 01.02.2017 um 30,00 EUR monatlich erhöht. Die Laufzeit dieser Tarifverträge (TVöD und TVAöD) ging bis zum 28. Februar 2018.

Für die Ärztinnen und Ärzte erfolgte zum 01.09.2017 eine Erhöhung des Tabellenentgelts einschließlich der Bereitschaftsdienstvergütung nach dem TV-Ärzte/VKA um 2,0 Prozent. Mit diesem Tarifabschluss vom 19. Oktober 2016 zwischen dem Verband der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) und der Gewerkschaft Marburger Bund wurde auch eine weitere Erhöhung um 0,7 Prozent zum 01.05.2018 vereinbart. Die Laufzeit gilt bis 31. Dezember 2018.

Zum 1. April 2015 wurde das Agaplesion Hochstift Evangelisches Krankenhaus Worms im Rahmen eines Betriebsübergangs übernommen und in das Klinikum Worms integriert. Die zum Zeitpunkt des Betriebsübergangs bestehenden Beschäftigungs- und Ausbildungsverhältnisse nach AVR.HN wurden gemäß § 613a BGB im Rahmen der mit den Gewerkschaften ver.di und Marburger Bund jeweils vereinbarten Überleitungstarifverträge auf die Klinikum Worms gGmbH übernommen und den Tarifen TVöD-K, TVAöD BT-Pflege bzw. TV-Ärzte/VKA zugeordnet

Das Klinikum ist Akademisches Lehrkrankenhaus der Johannes Gutenberg-Universität Mainz und bildet pro Jahr bis zu 34 Studenten aus. Seit dem Jahr 2009 bestand gem. Bescheid des Landesamtes für Soziales, Jugend und Versorgung vom 12.03.2009, eine Krankenpflegeschule mit 75 Plätzen im Bereich der Gesundheits- und Krankenpflege und 45 Plätzen für die Ausbildung Gesundheits- und Kinderkrankenpflege. Mit Wirkung zum 01.01.2007 wurde eine Kooperation mit der Stadtklinik Frankenthal in der Art getroffen, dass jährlich 45 Auszubildende (jährlicher Lehrgang á 15 Auszubildende) in der Gesundheits- und Krankenpflege ihre theoretische Ausbildung in der Krankenpflegeschule des Klinikums erhalten, aber weiterhin in der Stadtklinik Frankenthal angestellt sind. Zum 01.09.2014 wurde die Kooperation auf das Kreiskrankenhaus Grünstadt ausgeweitet. Im Rahmen der Übernahme des Agaplesion Hochstift Evangelisches Krankenhaus Worms wurde auch die mit dem Krankenhaus verbundene Pflegeschule, mit ihren angestellten Lehrkräften und den Ausbildungsplätzen übernommen. Somit verfügt die Schule aktuell über insgesamt 221 Ausbildungsplätze im Fachbereich der Gesundheits- und Krankenpflege, wovon der Stadtklinik Frankenthal 50 Ausbildungsplätze und dem Kreiskrankenhaus Grünstadt 30 Ausbildungsplätze zur Verfügung stehen. Weiterhin werden 45 Plätze im Bereich der Gesundheits- und Kinderkrankenpflege vorgehalten. Mit Übernahme des Agaplesion Hochstift Evangelisches Krankenhaus ebenfalls neu hinzugekommen, sind 25 Ausbildungsplätze in der Gesundheits- und Krankenpflegehilfe. Mit insgesamt nunmehr 291 Ausbildungsplätzen in den verschiedenen Bereichen, ist die Pflegeschule die größte ihrer Art in der Region. In Kooperation mit einem Krankenhaus in Speyer wird eine Hebammenschule betrieben, wobei ein Teil der praktischen Ausbildung in Worms durchgeführt wird. Daneben werden weitere Ausbildungsplätze im kaufmännischen Bereich erfolgreich angeboten und angenommen.

Gemäß Bescheid des Ministeriums für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie des Landes Rheinland-Pfalz, hat die Klinikum Worms gGmbH zum 01.09.2015 die Physiotherapieschule des "Internationalen Bundes" in Worms, mit insgesamt 75 Ausbildungsplätzen im Bereich der Physiotherapie übernommen. Durch den Betrieb der Schule in der Trägerschaft der Klinikum Worms gGmbH, verbunden mit einer Aufnahme der Schule in den Ausbildungsstättenplan des Landes Rheinland-Pfalz, kann die Ausbildung nunmehr seit dem 01.09.2015 schulgeldfrei erfolgen, da die Kosten des Betriebs der Schule zu großen Teilen durch die Kostenträger, im Rahmen der jährlichen Verhandlungen zum Ausbildungsbudget, refinanziert werden.

c) Lage der Gesellschaft

1) Ertragslage

Das Jahresergebnis hat sich gegenüber dem Vorjahr um TEUR 1.737 auf TEUR 7.083 verschlechtert. Diese Veränderung setzt sich aus der Veränderung des Betriebsergebnisses (Ergebnis vor neutralem Ergebnis, Finanzergebnis und Steuern) mit TEUR -3.754 (Vj. TEUR -4.401), des Finanzergebnisses mit TEUR +34 (Vj. TEUR 40), des Fördermittelergebnisses mit TEUR -13 (Vj. TEUR 0), des neutralen Ergebnisses mit TEUR +2.131 (Vj. TEUR -1.816) sowie der Ertragsteuern mit TEUR -135 (Vj. TEUR -44) zusammen.

Die Erlöse aus stationären Leistungen sind durch die Budgetverhandlung sowie die Auslastung geprägt. Bei 31.595 DRG-Fällen (Vj. 33.107) wurde ein Casemix von 31.674,989 (Vj. 32.593,434) abgerechnet.

Der Personalkostenaufwand für das Jahr 2017 belief sich auf insgesamt rd. TEUR 87.226 (Vj. TEUR 83.555). Der Aufwand je Vollkraft beträgt rd. TEUR 59,6 (Vj. TEUR 60,8).

Der Materialaufwand hat sich um TEUR 358 auf TEUR 22.019 verringert, was auf die geringere Patientenzahl zurück zu führen ist.

Die Instandhaltungsaufwendungen sind um TEUR 1.457 auf TEUR 7.239 gestiegen. Die höheren Aufwendungen stehen insbesondere in Zusammenhang mit dem Wasserschaden des Mutter-Kind-Zentrums.

Von den Abschreibungen entfallen TEUR 3.821 (Vj. TEUR 3.926) auf gefördertes Anlagevermögen, TEUR 30 (Vj. TEUR 26) auf Gebrauchsgüter sowie TEUR 1.523 (Vj. TEUR 1.432) auf nicht gefördertes Anlagevermögen.

2) Finanzlage

Der Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit verbesserte sich auf TEUR 13.871, der Cashflow aus Investitionstätigkeit beträgt TEUR -7.228. Der Cashflow aus Finanzierungstätigkeit beläuft sich auf TEUR 2.345, so dass der Finanzmittelfonds am Ende des Geschäftsjahres mit TEUR 43.328 (Vj. TEUR 34.340) positiv ist.

3) Vermögenslage

Das Bilanzbild ist durch die Sachanlagenintensität des Krankenhauses gekennzeichnet. Die langfristig im Anlagevermögen gebundenen Mittel werden unter Berücksichtigung der Rückstellungen für ausstehende Instandhaltungsmaßnahmen wie im Vorjahr vollständig durch Eigen- und langfristiges Fremdkapital gedeckt. Die Finanzierungsstruktur entspricht dem betriebswirtschaftlichen Grundsatz, langfristig gebundenes Vermögen mit langfristig zur Verfügung gestelltem Kapital zu finanzieren.

Die Immateriellen Vermögensgegenstände und Sachanlagen erhöhten sich um TEUR 1.881 auf TEUR 71.649. Finanziert wurden die Zugänge mit pauschalen Fördermitteln (TEUR 1.580, Vj. TEUR 1.393), Pflegesätzen (TEUR 28, Vj. TEUR 71), Spenden (TEUR 35, Vj. TEUR 10), Festbetragsförderung (TEUR 0, Vj. TEUR 7.442) sowie Eigenmittel (TEUR 5.804, Vj. TEUR 1.413).

Die Sonderposten erhöhten sich um TEUR 8.017 auf TEUR 35.546, woraus sich ein Fördermitteldeckungsgrad des Anlagevermögens von 49,6 % (Vj. 39,4 %) ergibt.

Das Umlaufvermögen erhöhte sich um TEUR 12.797 auf EUR 77,7 Mio.

Die Flüssigen Mittel erhöhten sich insbesondere aufgrund des positiven Cash-Flows aus laufender Geschäftstätigkeit um TEUR 8.988 auf TEUR 43.328.

Das Eigenkapital erhöht sich durch den Jahresüberschuss des Berichtsjahres. Das wirtschaftliche Eigenkapital beträgt 56,5 % (Vj. 53,4 %) des Gesamtkapitals (Bilanzsumme abzgl. Sonderposten).

Die Verbindlichkeiten aus Fördermitteln nach § 13 LKG erhöhten sich um TEUR 331 auf TEUR 1.408. Es wird eine Rückzahlungsverpflichtung aus dem Krankenhausentgeltgesetz i. H. von TEUR 1.504 (Vj. TEUR 1.283) ausgewiesen. Die Fremdkapitalquote verringerte sich auf 43,5 % (Vj. 46,6 %).

III. Prognose-, Chancen- und Risikobericht

a) Prognosebericht

Wie in den letzten Jahren an dieser Stelle bereits erwähnt, wurde erwartet, dass im Zuge gesetzlicher Novellierungen, wahrscheinlich mit einer Abkehr von bundesweit unterschiedlichen Landesbasisfallwerten zu rechnen ist. Durch das "Krankenhausstrukturgesetz", welches zum 01.01.2016 in Kraft getreten ist, fand eine umfangreiche Reform der Krankenhausfinanzierung statt. Insbesondere wird dem Aspekt der qualitativ hochwertigen Erbringung von stationären Krankenhausleistungen zukünftig noch mehr Beachtung zu schenken sein. Leistungen, die diesen Anforderungen nicht genügen, werden zukünftig nicht bzw. nur noch mit einem geminderten Betrag vergütet. Auch finden Qualitätsaspekte zukünftig im Rahmen der Krankenhausplanung mehr Beachtung. Aktuell wird ein neuer Landeskrankenhausplan für die Jahre 2018 bis 2025 in Rheinland-Pfalz aufgelegt. Laut dem zuständigen Ministerium soll dieser den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen ebenso Rechnung tragen, wie der demografischen Entwicklung und den medizinischen Möglichkeiten. Aktuell wurde ein Institut seitens des Ministeriums beauftragt, ein Gutachten zur Prognose der Entwicklung des zukünftigen Bettenbedarfs, sowie zur Entwicklung von Fallzahlen und Verweildauern in der stationären Patientenversorgung, anzufertigen. Welche konkreten Auswirkungen der neue Landeskrankenhausplan auf die Klinikum Worms gGmbH haben wird, gilt dann abzuwarten.

Diese Krankenhausreform hat weitere Auswirkungen, insbesondere auf die Krankenhäuser in Rheinland-Pfalz und deren Vergütungssituation. Seit dem Jahr 2005 besitzt Rheinland-Pfalz bundesweit den höchsten Landesbasisfallwert. Insbesondere auf Initiative der Länder mit den geringsten Landesbasisfallwerten, kommt es nunmehr zu einer Konvergenzphase, die eine weitestgehende Angleichung der Landesbasisfallwerte zur Folge haben soll. Konkret bedeutet dies, dass der Landesbasisfallwert in Rheinland-Pfalz in den nächsten sechs Jahren auf eine "Korridorgrenze" (maximale Abweichung nach oben vom Bundesbasisfallwert) hin abgeschmolzen werden soll. Somit wird der Landesbasisfallwert in Rheinland-Pfalz in den nächsten Jahren bis 2021 nicht in der Höhe der letzten Jahre ansteigen und über diesen Mechanismus angeglichen werden. Für das Klinikum bedeutet dies nach aktueller Hochrechnung eine nicht erlösbare Summe in Höhe von ca. 6,5 Mio. EUR (kumuliert) in den Jahren 2016 bis 2021. Ob nach dem Jahr 2021 ein bundesweiter Basisfallwert Anwendung finden wird, ist aktuell noch nicht ersichtlich.

Die Geschäftsführung wird diesen Effekt der Krankenhausfinanzierung in die Wirtschafts- und Liquiditätsplanung der nächsten Jahre mit einplanen. Grundsätzlich ist davon auszugehen, dass diese negativen Effekte nur dadurch abgemildert werden können wenn es gelingt, das Leistungsgefüge des Klinikums weiter zu stabilisieren und falls möglich durch die Akquise von Mehrfällen korrelierende Mehrerlöse zu generieren, wobei hier das Einzugsgebiet und die Ausrichtung eines regionalen Schwerpunktversorgers ebenso limitierende Wirkung haben, wie die einschränkend wirkenden neuen gesetzlichen Regelungen zum "Fixkostendegressionsabschlag" bei einer Leistungsausweitung zu berücksichtigen sind. Parallel müssen weiterhin die Kostenstrukturen und insbesondere die Prozesse innerhalb des Hauses, bzw. deren Funktionalität an den Schnittstellen, noch konsequenter als in der Vergangenheit beobachtet und dort wo möglich, verbessert werden. Eine besondere Rolle nimmt hier die zunehmende Fokussierung bei der Betriebssteuerung auf die wertschöpfenden Prozesse und die damit verbundenen relevanten Projekte ein. Im Jahr 2017 wurde hierfür eine entsprechende Stabsstelle "Projektmanagement" im Klinikum geschaffen und ein Projektstatut etabliert, mit welchem die betriebsrelevanten Projekte, nach Freigabe durch die Geschäftsleitung, innerhalb des Hauses strukturiert und koordiniert bearbeitet werden. Die nunmehr kurzfristig im April 2018 antizipierte Zusammenführung beider Krankenhausstandorte am originären Standort des Klinikums wird ebenfalls zu einer Verbesserung der Kostenstrukturen des Hauses beitragen, um die Effekte der neuen Gesetzgebung für das Haus abzufedern.

Der Geschäftsverlauf des Klinikums der nächsten Jahre wird noch maßgeblich von der Übernahme des Agaplesion Hochstift Evangelisches Krankenhaus in Worms mit geprägt sein. Mit der Übernahme des Hauses übernahm die Klinikum Worms gGmbH ein Krankenhaus, das in den letzten Jahren ein siebenstelliges Defizit aufwies. Durch verschiedene Konsolidierungsmaßnahmen, wie bspw. die Schließung der Intensivstation am Standort Hochstift unter gleichzeitigem Aufbau dieser Kapazitäten am originären Standort des Klinikums, oder

die Einschränkung der täglichen Betriebszeiten der Notaufnahme am Standort Hochstift, wurden bereits im Jahr 2015 frühzeitig und in 2016 fortlaufend Maßnahmen etabliert, um das aus der Übernahme des Hauses resultierende Defizit zu vermindern und den Krankenhausbetrieb in die Organisationsstruktur des Klinikums zu integrieren. Während der Betriebszeit des Standorts unter der Ägide des Klinikums galt es weiterhin, dieses hohe Defizit durch die Hebung von Synergieeffekten, die Abschaffung von Doppelstrukturen und die Zusammenführung von Leistungsbereichen, zu reduzieren. Die Geschäftsführung hatte bereits vor der Übernahme des Hauses darauf hingewiesen, dass die Leistungsbereiche des Agaplesion Hochstift Ev. Krankenhaus Worms am Standort des Klinikums auf der Herrnsheimer Höhe konzentriert werden und der bisherige Standort des Hochstifts in der Stadtmitte nicht weitergeführt werden sollte, um das bisherige finanzielle Defizit zu egalisieren. Die Integration des Standorts Hochstift und der damit verbundenen Leistungen wurde dementsprechend in den letzten Jahren vorangetrieben.

Trotz aller Bemühungen der Verantwortlichen des Klinikums um eine Minimierung der durch den Betrieb eines funktionsfähigen Krankenhausstandorts Hochstift entstehenden Kosten, erschien eine weitere Möglichkeit der Optimierung im Bereich der Kosten nicht gegeben. Insbesondere die Vorhaltekosten im Bereich des OP-Betriebs und der aus medizinischen und forensischen Gründen gegebenen Notwendigkeit einer "Rund-umdie-Uhr- Notfallversorgung" der Patienten im Bereich der Anästhesie, konnten nicht weiter gesenkt oder gar eliminiert werden. Im Rahmen der Sitzung des Aufsichtsrates am 04.09.2017 hatte die Geschäftsführung berichtet, dass seit einigen Monaten ein eklatanter Belegungsrückgang am Standort Hochstift zu verzeichnen war, welcher aus Sicht der Geschäftsleitung eine baldige Neubewertung der restlichen Betriebsdauer des Standortes erforderlich macht. In der Folge hatte der Aufsichtsrat dem Antrag der Geschäftsführung zugestimmt, den Standort Hochstift im Lauf des 2. Quartals 2018 zu schließen und die dort noch erbrachten Leistungen, vornehmlich aus dem Bereich der Akutgeriatrie, am originären Standort des Klinikums zu integrieren. Nachfolgend wurde die breite Öffentlichkeit über entsprechende Pressemeldungen und die Mitarbeiter beider Standorte in jeweils von der Geschäftsführung vor Ort durchgeführten Betriebsversammlungen über das Vorhaben und die zu erwarteten Auswirkungen umfassend informiert. Weiterhin hatte sich ein Arbeitskreis aus verantwortlichen Mitarbeitern des Klinikums gebildet, der die Schließung und Abwicklung des Standorts, sowie die Integration der am Standort Hochstift noch erbrachten Leistungen am Klinikum und hierbei insbesondere den geordneten Umzug, umfassend begleitet hat. Der finale Umzug aller Patienten und Mitarbeiter des Hochstifts und die damit verbundene Schließung des Standorts zur stationären Leistungserbringung fanden reibungslos am 16.04.2018 statt. Wie im Überleitungstarifvertrag für die Mitarbeiter des Standorts Hochstift aus dem Jahr 2015 vorgesehen, gab es keine betriebsbedingten Kündigungen für die Mitarbeiter beider Standorte im Zusammenhang mit der Schließung des Standorts Hochstift.

Bezüglich der Nachnutzung der Immobilie und des Geländes wurden bereits erste Sondierungsgespräche mit der Stadt geführt. Zunächst ist festzuhalten, dass das Klinikum vorerst alle Mietverträge der am Standort Hochstift eingemieteten Leistungserbringer, vertragskonform erfüllen wird. Der Geschäftsführung wurde aufgetragen, ein entsprechendes Gutachten zur Wertermittlung des Grundstücks, sowie zu den mit einer anschließenden Nutzung verbundenen Abrisskosten, in Auftrag zu geben. Parallel wird innerhalb der Stadt und deren Gremien sondiert werden, wie das Areal zukünftig städtebaulich entwickelt werden könnte.

Auch nach der nunmehr im April 2018 realisierten endgültigen Aufgabe des Standorts Hochstifts als Ort zur Erbringung von stationären Krankenhausbehandlungsleistungen, sorgen die Bewirtschaftung des Areals des Hochstifts bis zu einer finalen Entscheidung über die zukünftige Nutzung dessen, gemeinsam mit der Stadt, sowie die notwendige Aufrechterhaltung einer grundlegen Infrastruktur für die im Haus A des Hochstifts eingemieteten Praxen, für entsprechende Kosten beim Klinikum.

Ansonsten werden die unter II. b. erwähnten, mit dem Wasserschaden im Mutter-Kind- Zentrum verbundenen Kosten das Klinikum zumindest vorübergehend belasten, bis diese Kosten seitens der Versicherungen der Schadensverursacher beglichen werden, bzw. das Ergebnis eines entsprechenden Klageverfahren diesbezüglich vorliegt. Um das weitere Bauvorhaben und die damit verbundene Aufnahme der Kapazitäten des Standorts Hochstift nicht weiter zu verzögern, müssen die mit dem Schaden verbundenen Zahlungen in einem ersten Schritt im Vorgriff durch das Klinikum geleistet werden. Die Verantwortlichen des Klinikums erhoffen sich

hier eine umfangreiche Refinanzierung dieser Vorleistungen und werden auch entsprechend langwierige Gerichtsverfahren, wenn diese sinnhaft erscheinen, nicht scheuen, um dieses Ziel zu erreichen.

Für das Jahr 2018 wird nach heutigen Planzahlen, trotz der aktuell absehbaren Tarifsteigerungen in den maßgeblichen Tarifverträgen, weiterhin ein positives Betriebsergebnis erwartet. Bei dieser Annahme wurde eine konservative, den kaufmännischen Regeln nach vorsichtige Aufstellung des Wirtschaftsplans, zugrunde gelegt. Insgesamt gehen die Verantwortlichen des Klinikums davon aus, dass die seit einigen Monaten relativ hohe Auslastung des Hauses fortgesetzt wird und zu ähnlich hohen Umsätzen wie 2017 führt. Auf der Kostenseite werden steigende Personal- und Instandhaltungskosten, sowie Kosten für gesetzliche Entwicklungen wie unter III.b. geschildert, das Ergebnis negativ beeinflussen.

Für das Jahr 2019 ist aus o. g. Gründen noch keine Prognose möglich.

b) Risikobericht

Mittel- und langfristig sind weitere Risiken bei der Finanzierung der Zusatzversorgungskasse zu erwarten. Das bisher in Höhe von 1,8% an die ZVK abzuführende Sanierungsgeld wurde zum 01.01.2009 um 0,5 % auf 2,3 % erhöht (diese 2,3% entsprechen ca. TEUR 1.349 jährlich). Der seit 01.11.2001 eingefrorene Umlagesatz verbleibt unverändert bei 6,2 % (5,7 % AG und 0,5 % AN). Die weitere Entwicklung ist heute nur schwer abzuschätzen. Es erscheint zumindest fraglich, ob die bereits erhobenen Sanierungsgelder zukünftig ausreichen werden, um die bestehenden Finanzierungslücken decken zu können. Die Finanzierung der Zusatzversorgungskasse stellt somit zumindest ein potenzielles finanzielles Risiko für die Zukunft dar. Dies wird im Geschäftsbericht der ZVK Darmstadt des Jahres 2007 im Teil D "Risiken" gleichlautend zum Ausdruck gebracht.

Das Klinikum Worms ist auf Grund der Verpflichtung zur Erbringung einer zusätzlichen Altersversorgung an die Mitarbeiter in Form von Zahlungen an die ZVK eine sogenannte mittelbare Pensionsverpflichtung i. S. d. Art. 28 Abs. 1 S. 2 des EGHGB eingegangen. Die künftig zu erbringenden Leistungen an die Mitarbeiter erfolgen durch die ZVK und werden auf deren Mitglieder in Form eines Beitrages umgelegt. Für zukünftig an die ZVK zu zahlende Beiträge, die ihre wirtschaftliche Verursachung in der Beschäftigung der Mitarbeiter in der Vergangenheit haben, wird entsprechend dem Passivierungswahlrecht in Art. 28 Abs. 1 S. 2 EGHGB seitens des Krankenhauses eine Rückstellung von unverändert EUR 10 Mio. gebildet..

Insgesamt ist das Risikopotenzial aufgrund kurzfristig sich ändernder externer Rahmenbedingungen mittlerweile als erheblich einzustufen. Mittelfristige strukturelle Planungen des Klinikums, die landesplanerisch wirksam werden sollen, gestalten sich aufgrund der langen Vorbereitungs- und Umsetzungszeit als schwierig. Um sich dauerhaft am Markt und in der Konkurrenzsituation behaupten zu können, ist das Klinikum seit vielen Jahren und wohl auch auf Dauer, so lange die Betriebsergebnisse dies ermöglichen gehalten, Investitionen unter Verzicht auf eine eigentlich gemäß der dualen Krankenhausfinanzierung vorgesehenen Beteiligung des Fördermittelgebers (Land), aus eigener Substanz vorzunehmen. Langfristige Planungen sind ohne eine erhöhte Risikobereitschaft kaum noch möglich.

Die bisherige Entwicklung des Klinikums darf nicht für eine Prognose der Folgejahre herangezogen werden. Aus Sicht der Verantwortlichen des Klinikums werden verschiedene Faktoren den Krankenhausbetrieb in den nächsten Jahren zunehmend belasten. So zeichnet sich aktuell die Schwierigkeit ab, das innerhalb des Klinikums benötigte Fachpersonal am Arbeitsmarkt zu akquirieren. Dies betrifft insbesondere den ärztlichen sowie den pflegerischen Bereich, allerdings zunehmend auch die Fachkräfte in den technischen Bereichen. Aktuell herrscht hier eine komplett arbeitnehmerzentrierte Marktlage vor. Die Lage wird sich aus Sicht der Verantwortlichen des Klinikums hier noch weiter zuspitzen, da entsprechende Mindestbesetzungen im Bereich der Leistungserbringung in spezialisierten Behandlungsbereichen (bspw. Perinatalzentrum) als positive Voraussetzung für eine Leistungserbringung und –abrechnung zu gewährleisten sind. Weiterhin sollen zukünftig in verschiedenen, so genannten "pflegesensitiven" Bereichen, Personaluntergrenzen und Anhaltszahlen in der Pflege eingeführt werden. Das Klinikum ist von dieser im Jahr 2018 wirksam werdenden Regelung in den Bereichen der Neurologie, Geriatrie, Kardiologie, Unfallchirurgie und Intensivmedizin direkt betroffen. Selbst

wenn das Klinikum sich in der guten Lage befindet, in den letzten Jahren in diesen Bereichen sukzessive Stellen aufgebaut zu haben, erscheint es bereits heute erkennbar schwierig, dauerhaft das für eine umfangreiche und sich ggf. noch ausdehnende Leistungserbringung erforderliche Personal, an das Klinikum binden zu können.

Weitere, die Leistungserbringung beeinflussende Faktoren bringen jüngere gesetzliche Veränderungen der Rahmenbedingungen mit sich, wie bspw. die Erhöhung bzw. Ausweitung von Mindestmengen bei bestimmten Leistungen oder die jährlichen Anpassungen der Voraussetzungen zur Erbringung von Komplexbehandlungen. Diese jährlichen Änderungen bringen immer wieder Verschärfungen bei Vorhaltungen im Bereich von Personal und Infrastruktur in verschiedensten Leistungsbereichen mit sich. Das Klinikum ist hier als Schwerpunktversorger meist direkt in verschiedensten Bereichen, wie bspw. der Kinderklinik, der Intensivmedizin oder der Neurologie, betroffen.

Auch lassen in 2018 zeitnah eintretende gesetzliche Neuregelungen, wie die Europäischen Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) oder die seit Juni 2017 gesetzlich festgelegte Zugehörigkeit des Klinikum Worms zur "kritischen Infrastruktur" im Sinne des "IT- Sicherheitsgesetz" und der damit in Verbindung stehenden "Verordnung zur Bestimmung Kritischer Infrastrukturen" bereits heute erkennen, dass hier verschiedenste Auflagen und Aufgaben auf das Klinikum zukommen, die ihrerseits mit massiven Kosten verbunden sind, ohne dass diese Maßnahmen nennenswert positive Auswirkungen auf die Geschäftstätigkeit oder das wirtschaftliche Ergebnis der Klinikum Worms gGmbH entfalten werden. Hier ist aktuell auch nicht davon auszugehen, dass eine Refinanzierung der dem Klinikum entstehenden Kosten aus den beiden vorgenannten gesetzlichen Regelungen auf absehbare Zeit erfolgen wird.

c) Chancenbericht

Aus Sicht der Verantwortlichen des Klinikums bestehen für das Klinikum weiterhin aussichtsreiche Chancen, auf den bisherigen positiven Entwicklungen des Hauses aufzubauen und das Klinikum auch zukünftig mit entsprechenden Leistungssteigerungen innerhalb der Gewinnzone zu führen. Als Grundlage hierzu dienen die über die vergangenen Jahre hinweg getätigten investiven Maßnahmen im Bereich der Medizintechnik inkl. der Großgeräte, die sich auf dem aktuellen Stand der technischen Entwicklung befinden. Auch die in den vergangenen Jahren stetig neu geschaffenen Stellen und deren Besetzung mit motivierten Mitarbeitern, bilden eine fundierte Grundlage für ein weiteres Wachstum des Hauses. Für diese erwartete Entwicklung spricht auch der stetige Leistungszuwachs in den vergangenen Jahren. Engagierte Chefärzte sorgen durch innovative und am anerkannten Stand der medizinischen Wissenschaft orientierte Methoden, wie bspw. der Einsatz des OP-Roboters

"Da Vinci" im Bereich der Allgemeinchirurgie, der bisher nur im Bereich der Urologie und der Gynäkologie genutzt wurde, ebenfalls für einen entsprechenden Leistungszuwachs und finden Zuspruch bei Patienten und Einweisern über die Grenzen des angestammten Einzugsgebietes des Hauses hinaus. Neben der Erwartung eines zukünftigen mengenmäßigen Wachstums stehen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Hauses insbesondere die qualitativ hochwertige Patientenversorgung, sowie die Patientensicherheit im zentralen Fokus. So zeigen die bereits seit einigen Jahren etablierte Maßnahmen, wie bspw. die Zertifizierung der Organzentren, die Einführung von Patientenarmbändern oder die Implementierung des internen Fehlermeldewesens "CIRS" (critical incident reporting system), die klare Ausrichtung des Hauses hin zur qualitativ hochwertigen und sicheren Patientenversorgung.

Mit vorsichtig geschätzten positiven Effekten ist aus Sicht der Verantwortlichen des Klinikums zu berücksichtigen, dass die zuvor im Risikobericht gemachten Ausführungen zu den anstehenden gesetzlichen Neuregelungen, auch zu Marktvorteilen für das Klinikum führen können, sofern andere Krankenhäuser entsprechende Vorgaben nicht erfüllen können. So können vorzunehmende Vorkehrungen, die aus der Zugehörigkeit des Klinikums zur "kritischen Infrastruktur" resultieren auch dazu führen, dass die Leistungserbringung im Vergleich zu den Mitbewerbern abgesichert wird. Auch könnten aktuell anstehende Neuregelungen, wie die am 19.04.2018 vom Gemeinsamen Bundesausschusses (GBA) beschlossene "Gestufte Notfallversorgung" aufgrund der Betriebsgröße des Klinikums dazu führen, dass das Klinikum entsprechende Zuschläge und Fallzahlmehrungen generieren kann.

Da diese Einstufung des Klinikums aber ebenfalls mit gesetzlichen Mindestvorgaben und Vorhaltekosten ve	r-
bunden sind, erscheinen die wirtschaftlichen Effekte für das Klinikum hier eher gering.	

Worms, den 31. März 2018

Klinikum Worms gGmbH

Bernhard Büttner Geschäftsführer

4.4.3 Medizinisches Versorgungszentrum Klinikum Worms gGmbH

Allgemeines

Rechtsform: GmbH

Gründung: 10.08.2007 **Satzungsdatum:** 10.08.2007

Wirtschaftsjahr: Kalenderjahr

Stammkapital am Ende des Wirtschaftsjahres 2017: 25.000,00 €

Veränderung im Berichtsjahr: keine



Gegenstand des Unternehmens/Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks

(§ 90 Abs. 2 Satz 2 Nr. 1 und Nr. 2 GemO)

- (1) Gemeinnütziger Betrieb eines Medizinischen Versorgungszentrums im Sinne des § 95 SGB V zur Erbringung vertrags- und privatärztlicher Leistungen unter ärztlicher Leitung.
- (2) Zweck des Unternehmens ist die Förderung der Gesundheitsfürsorge im Rahmen einer möglichst optimalen ambulanten Versorgung der Bevölkerung.

Der Gegenstand des Unternehmens ist eine nicht-wirtschaftliche Betätigung (§ 85 Abs. 4 GemO)

Beteiligungsverhältnisse

(§90 Abs. 2 Satz 2 Nr. 1 GemO)

Am Stammkapital des Unternehmens sind beteiligt:

• Die Stadt Worms zu 100 %

Die Beteiligungen haben sich im Berichtsjahr nicht verändert.

Besetzung der Organe im Geschäftsjahr 2017

(§ 90 Abs. 2 Satz 2 Nr. 1 GemO)

Gesellschafterversammlung 2017:

Klinikum Worms GmbH: Bernhard Büttner

Gesellschafterausschuss 2017:

Vorsitzender: Oberbürgermeister Michael Kissel

Mandatsträger:

- Jeanine Emans-Heischling
- Jens Guth
- Volker Janson
- Adolf Kessel
- Annette Krasberg
- Heidi Lammeyer
- Dr. Uwe Rademacher
- Raimund Sürder
- Oliver Geffert
- Helga Jennerich
- Karin Loibl

Geschäftsführung 2017:

Geschäftsführer: Bernhard Büttner

Handlungsbevollmächtigter: stellv. Verwaltungsdirektor Florian Busse

Personalentwicklung			
	2017	2016	
Anzahl der Mitarbeiter (nach § 267 Abs. 5 HGB)	18,25	12,10	

Laufende Gesamtbezüge der Geschäftsführung

(§ 90 Abs.2 Satz 2 Nr. 3 GemO)

(Gesamtbezüge der Mitglieder der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates oder der entsprechenden Organe)

Gem. § 286 Abs. 4 HGB wird auf eine Nennung der Bezüge der Geschäftsführung verzichtet. Die Aufwendungen für den Gesellschafterausschuss betragen 825,00 € für das Jahr 2017.

Kapitalzuführungen/-entnahmen

(§ 90 Abs. 2 Satz 2 Nr. 3 GemO)

Kapitalzuführungen und -entnahmen sind nicht erfolgt.

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft der Stadt Worms

(§ 90 Abs. 2 Satz 2 Nr. 3 GemO)

Kapitalzuführungen durch die Stadt Worms in den letzten 3 Jahren:

2015 - 2017: 0,00 €

Gewinnabführungen an die Stadt Worms in den letzten 3 Jahren:

2015 - 2017: 0,00 €

Vom Unternehmen gezahlte Steuern an die Stadt Worms in den letzten 3 Jahren:

2015 - 2017: 0,00 €

Vom Unternehmen gezahlten Konzessionsabgaben an die Stadt Worms in den letzten 3 Jahren:

2015 - 2017: 0,00 €

Vorliegen der Voraussetzungen des § 85 Abs. 1 GemO

(§ 90 Abs. 2 Satz 2 Nr. 4 GemO)

Die Gemeinde darf wirtschaftliche Unternehmen nur errichten, übernehmen oder wesentlich erweitern, wenn

- 1. **der öffentliche Zweck das Unternehmen rechtfertigt** (§ 85 Abs. 1 Nr.1 GemO): Die notwendigen Angaben erfolgten hierzu unter "Gegenstand des Unternehmens".
- 2. das Unternehmen nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zu der Leistungsfähigkeit der Gemeinde und dem voraussichtlichen Bedarf besteht. (§ 85 Abs. 1 Nr. 2 GemO): Die notwendigen Angaben erfolgten hierzu unter "Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft".
- 3. der öffentliche Zweck nicht ebenso gut und wirtschaftlich durch einen privaten Dritten erfüllt wird oder erfüllt werden kann.
- ✓ Im Berichtsjahr gab es keinen Anlass, die bisherige Bewertung zu ändern.

Bilanz zum 31.12.2017

AKTIVA	31.12.2017	31.12.2016
	EUR	EUR
A. Anlagevermögen	55.996,55	93.265,55
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	1,00	18.127,00
II. Sachanlagen	55.995,55	75.138,55
B. Umlaufvermögen	307.842,56	268.979,15
I. Vorräte	8.250,00	8.250,00
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände III. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben	120.714,24	91.510,65
bei Kreditinstituten und Schecks	178.878,32	169.218,50
C. Rechnungsabgrenzungsposten	1.360,94	1.636,96
Bilanzsumme	365.200,05	363.881,66
PASSIVA	31.12.2017	31.12.2016
	EUR	EUR
A. Eigenkapital	320.428,95	298.774,31
I. Gezeichnetes Kapital	25.000,00	25.000,00
II. Gewinnrücklagen	273.774,31	255.258,39
III. Gewinnvortrag / Verlustvortrag (-)	0,00	0,00
IV. Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (-)	21.654,64	18.515,92
B. Rückstellungen	23.976,00	26.037,00
C. Verbindlichkeiten	20.795,10	39.070,35
Bilanzsumme	365.200,05	363.881,66

Gewinn- und Verlustrechnung zum 31.12.2017

		31.12.2017	31.12.2016
		EUR	EUR
1.	Umsatzerlöse	1.160.487,12	1.175.102,62
2.	Sonstige betriebliche Erträge	122.090,64	90.209,32
3.	Materialaufwand		
a)	Aufwendungen für Hilfs- und Betriebsstoffe		
	für bezogene Waren	-160.475,85	-160.825,12
b)	Aufwendungen für bezogene Leistungen	-17.845,45	-16.694,25
4.	Personalaufwand		
a)	Löhne und Gehälter	-739.013,60	-737.230,87
b)	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Alters-		
	versorgung und Unterstützung	-118.437,71	-116.992,90
5.	Abschreibungen auf immaterielle Vermögens-		
	gegenstände des Anlagevermögens und Sach-		
	anlagen	-38.608,04	-39.990,64
6.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	-186.551,71	-175.127,41
7.	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	9,24	65,17
8.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,00	0,00
9.	Ergebnis nach Steuern / Jahresüberschuss	21.654,64	18.515,92

Kennzahlen zum 31.12.2017

Finanzkennzahlen	
EBITDA (in EUR)	60.253,44
	Jahresergebnis + Steueraufwand - Steuererträge +/- Finanzergebnis + außerordentliche Erträge + Abschreibungen auf das Anlagevermögen - Zulagen auf das Anlagevermögen
Wirtschaftlichkeit (in %)	101,72
()	Ertrag (bzw. Leistung) : Aufwand (bzw. Kosten) x 100

Vermögenskennzahlen	
Eigenkapitalquote (in %)	87,74
(75)	(Eigenkapital x 100) : Gesamtkapital
Fremdkapitalquote	12,26
(in %)	(Fremdkapital x 100) : Gesamtkapital
Personalkennzahl	
Personalaufwandsquote	66,85
(in %)	Personalaufwand : Gesamtleistung x 100

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2017

I. Grundlagen der Gesellschaft

a) Geschäftsmodell

Mit Wirkung zum 01. Oktober 2007 hat das Klinikum Worms das Medizinische Versorgungszentrum Klinikum Worms gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung gegründet. Das MVZ ist eine 100%ige Tochter der Klinikum Worms gGmbH und umfasst die Fachbereiche Nuklearmedizin, Anästhesie, Neurologie und seit 01.01.2013 den Fachbereich Orthopädie. Als Ärztlicher Leiter wurde der Nuklearmediziner Dr. Jörg Andreas berufen. Als Geschäftsführer wurden Herr Bernhard Büttner und Herr Florian Busse benannt. Als Aufsichtsorgan wurde ein Gesellschafterausschuss gegründet, der personell mit dem Aufsichtsrat der Klinikum Worms gGmbH identisch ist. Die ordentliche Gesellschafterversammlung findet einmal jährlich statt.

Das MVZ besteht mit Stand 31.12.2017 aus den vier Fachbereichen Anästhesie, Nuklearmedizin, Neurologie und Orthopädie. Das MVZ beschäftigte zum Stichtag 31.12.2017 3,88 VK Fachärzte für Nuklearmedizin, Anästhesie, Neurologie und Orthopädie, 8,14 VK Arzthelferinnen sowie 0,10 VK Verwaltungskräfte.

II. Wirtschaftsbericht

a) Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Nach der Reform des EBM im Jahr 2013, mit einem Ausgangspunktwert von 10 Cent/Punkt, hat sich die Basisbewertung der KV-Leistungen analog der Vorjahre weiter erhöht, so dass ein EBM-Punkt im Jahr 2017 einen Orientierungspunktwert von 10,53 Cent aufweist. Aufgrund der budgetorientierten Verteilmechanismen in Rheinland-Pfalz betrug die tatsächliche Vergütung eines EBM-Punktes für das MVZ im Jahr 2017 durchschnittlich 9,32 Cent, im Vergleich zum Vorjahreswert in Höhe von 9,36 Cent.

b) Geschäftsverlauf

Aufgrund der Stabilisierung der gesetzlichen Rahmenbedingungen mussten in 2017 analog des Geschäftsjahres 2016 keine Widersprüche gegen die Abrechnungsbescheide der KV eingelegt werden. Die sonstigen Rahmenbedingungen aus den Vorjahren blieben für das Jahr 2017 bestehen; die Laborleistungen werden weiterhin, innerhalb eines erhöhten Laborbudgets, quotiert vergütet.

Die Leistungen der einzelnen Arztsitze im MVZ befinden sich größtenteils auf einem stabilen Niveau. Sowohl die Anzahl der Behandlungsscheine, als auch die Gesamtvolumina der abgerechneten EBM-Punkte für jeden Sitz, sind auf einem vergleichbaren Stand mit den Vorjahresquartalen.

Eine Ausnahme stellt hier der nuklearmedizinische Sitz dar. Aufgrund eines Rückganges bei der Durchführung der stationären Radiojodtherapien am Klinikum ist es auch zu einem korrelierenden Rückgang der hiermit verbundenen Konsiliarleistungen/Belegarztleistungen im MVZ gekommen. Zwar wurde angestrebt, hier die Leistungseinbußen mit einem verstärkten Fokus auf rein ambulante Patienten zu kompensieren, dies war aber aufgrund der zeitlichen Latenz nicht in Gänze möglich.

Die, aufgrund der Wechsel in der ärztlichen Besetzung des orthopädischen Sitzes, in 2016 auftretenden Schwankungen konnten in 2017 stabilisiert werden, für einen vollumfänglichen Anschluss war es allerdings notwendig, dass zusätzliche Genehmigungen bei der KV für die Abrechnung von radiologischen Untersuchungen eingeholt mussten. Dies konnte im Jahresverlauf 2017 für die beiden betreffenden Ärzte abgeschlossen werden.

Das endgültige Ergebnis des MVZ kann immer erst rd. vier Monate nach Quartalsende oder Jahresende ermittelt werden, da die Abrechnungen der Kassenärztlichen Vereinigung erst zu diesen Terminen übermittelt werden. Des Weiteren sind keine Vorgänge von wesentlicher Bedeutung nach dem Bilanzstichtag bekannt.

Die in der Vorperiode berichtete Prognose, dass ein ausgeglichenes Ergebnis nur durch Zuschüsse der Muttergesellschaft zu erreichen ist, entspricht den tatsächlichen Verhältnissen. Insgesamt konnte der Geschäftsverlauf in 2017 wegen der o.g. Vorfälle die positive Tendenz aus den Vorjahren nicht fortführen, so dass der Ertragszuschuss durch das Klinikum Worms wieder in voller Höhe (109.578 €) in Anspruch genommen werden musste.

c) Lage der Gesellschaft

1. Ertragslage

Das Jahresergebnis in Höhe von TEUR 22 setzt sich aus dem positiven Betriebsergebnis (vor Zinsen und neutralem Ergebnis) von TEUR 26 (Vj. TEUR 20), dem Finanzergebnis von TEUR 0 (Vj. TEUR 0) sowie dem negativen neutralen Ergebnis von TEUR -4 (Vj. TEUR -1) zusammen.

Die Umsatzerlöse haben sich auf Vorjahresniveau eingependelt und verteilen sich auf die Bereiche Nuklearmedizin (TEUR 629; Vj. TEUR 638), die Anästhesie (TEUR 161; Vj. TEUR 150), die Neurologie (TEUR 193; Vj. TEUR 193) und die Orthopädie (TEUR 170; Vj. TEUR 187) sowie Erträge aus dem Sprechstundenbedarf (TEUR 7; Vj. TEUR 7).

In dem neutralen Ergebnis sind periodenfremden Erträge von TEUR 0,3 (Vj. TEUR 0,4) und periodenfremde Aufwendungen von TEUR 4,8 (Vj. TEUR 1,0 enthalten.

Der Personalaufwand ist im Jahr 2017 um TEUR 3 insbesondere infolge von Tariferhöhungen gestiegen und belief sich auf insgesamt TEUR 857 (Vj. TEUR 854). Der Aufwand je Vollkraft beträgt durchschnittlich TEUR 71 (Vj. TEUR 71). Die laufenden sonstigen betrieblichen Aufwendungen haben sich um TEUR 7 erhöht. In den betrieblichen Aufwendungen sind u. a. Sachaufwendungen des medizinischen Bedarfs (TEUR 153; Vj. TEUR 152), Fremdleistungen von Honorarärzten (TEUR 18; Vj. TEUR 17), Verwaltungsaufwendungen (TEUR 55; Vj. TEUR 54), Kosten für zentrale Dienstleistungen des Klinikums (TEUR 51; Vj. TEUR 51), Praxismiete (TEUR 41; Vj. TEUR 41), Abgaben und Versicherungen (TEUR 14; Vj. TEUR 5) sowie Abschreibungen (TEUR 39; Vj. TEUR 40) enthalten. Insgesamt wurde ein Jahresergebnis von TEUR 22 (Vj. TEUR 19) erzielt.

2. Finanzlage

Die Gesellschaft finanziert sich aus dem eigenen Cashflow und erhält darüber hinaus Zuschüsse der Gesellschafterin.

Der Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit beträgt TEUR 11 (Vj. TEUR 17); der Cashflow aus Investitionstätigkeit TEUR -1 (Vj. TEUR -2) sowie der aus Finanzierungstätigkeit TEUR 0 (Vj. TEUR 0), so dass sich der Finanzmittelfonds am Ende des Geschäftsjahres um TEUR 10 erhöht hat. Die Vermögensund Finanzlage stellt sich als stabil dar und gewährleistete im Berichtszeitraum die jederzeitige Zahlungsfähigkeit.

3. Vermögenslage

Das Bilanzbild ist auf der Aktivseite durch das Anlagevermögen in Höhe von TEUR 56 (Vj. TEUR 93) und Umlaufvermögen von TEUR 308 (Vj. TEUR 269) geprägt. Die langfristig im Anlagevermögen gebundenen Mittel werden dabei vollständig durch das Eigenkapital gedeckt.

Auf der Passivseite hat sich das Eigenkapital aufgrund des erzielten Jahresüberschusses um TEUR 22 erhöht.

Das Eigenkapital am Ende des Jahres beträgt TEUR 320 (87,7 % der Bilanzsumme, Vj. 82,1 %) und hat sich um TEUR 22 erhöht. Gegenläufig haben sich die Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschafter vermindert, es wird zum Bilanzstichtag eine Forderung von TEUR 45 (Vj. Verbindlichkeit TEUR 14) ausgewiesen.

Die Fremdkapitalquote beträgt 12,3 % (Vj. 17,9 %).

IV. Prognose-, Chancen- und Risikobericht

a) Prognosebericht

Die Leistungszahlen der vorhandenen Sitze haben sich auf einem stabilen Niveau, ohne größere Leistungsschwankungen, abgesehen von den oben genannten Einzelvorfällen, eingependelt. Der Ertragskostenzuschuss des Klinikums zur Sicherung eines positiven Betriebsergebnisses wurde auf das Ursprungsniveau von 109.578 € erhöht, um die punktuellen Leistungsrückgänge zu kompensieren.

Des Weiteren besteht, wie jedes Jahr, die Ungewissheit bei der Leistungsbewertung durch die Kassenärztliche Vereinigung und den geplanten Erlösen. Da die Kosten- und Erlössituation in den vorhandenen Sitzen stabil erscheint, ist davon auszugehen, dass bei gleichbleibenden Bedingungen auch in 2018 ein, dem Geschäftsjahr 2017, vergleichbares positives Jahresergebnis (finanzielle Steuerungsgröße) erwirtschaftet werden kann.

Gleichwohl besteht aufgrund der hoch stark personalisierten Leistungserbringung stets die Gefahr, dass bei Schwankungen der ärztlichen Präsenz, aufgrund von Erkrankung oder anderen unvorhersehbaren Abwesenheiten der Ärzte, hier sehr schnell Umsatzeinbußen entstehen, welche aufgrund der vorhandenen Ertragssituation nur schwer kompensiert werden können. Dies war aufgrund der Wechsel in der ärztlichen Besetzung des orthopädischen Sitzes in 2017 zu befürchten, konnte aber kurzfristig kompensiert werden, so dass ein stetiges Leistungsniveau für diesen Sitz gesichert wurde. Allerdings mussten hier zur Erfüllung von Leistungsvorgaben der KV erst noch vereinzelt Fachkundenachweise durch die neuen Ärzte nachgeholt werden, so dass hier einige Leistungsziffern erst mit Verzögerung wieder abgerechnet werden durften. Dies hat sich auch durch einen leichten Rückgang in den abgerechneten EBM-Punkten bemerkbar gemacht. Im Jahresverlauf konnten allerdings sämtliche Genehmigungen seitens der KV eingeholt werden, sodass hier in 2018 mit keinen weiteren Einbußen wegen fehlender Abrechnungsgenehmigungen gerechnet werden muss.

b) Risikobericht

Das Kosten- und Erlösgefüge des MVZ bewegt sich auch weiterhin in einem überschaubaren Rahmen. Insbesondere die Personalkosten mit weit höheren Gehaltsstrukturen im öffentlichen Dienst (im Vergleich zu den üblichen Durchschnittsgehältern in den freien Praxen) belastet das MVZ stark und beeinflusst das Ergebnis überdurchschnittlich negativ. Die Erlössituation stellt sich stabil dar, trotz hoher Auslastung der ärztlichen Mitarbeiter ist hier nach wie vor eine abweichende Leistungserbringung im Vergleich zu den niedergelassenen Ärzten pro Sitz zu verzeichnen.

Allerdings ist kostenseitig mittelfristig für die Erfüllung von Strukturvorgaben / regulatorischen Rahmenbedingungen eine Steigerung zu erwarten. Unmittelbar wären hier die verpflichtende Anbindung an die Telematikinfrastruktur (TI) in 2018 und die Vorhaltung eines umfassenden Qualitätsmanagements zu nennen. Darüber hinaus ist auch die Erfüllung der verschärften Datenschutzanforderungen (vornehmlich die DS-GVO) ein Faktor, welcher unmittelbar Kostensteigerungen mit sich bringt, ohne dass hier eine adäquate Refinanzierung garantiert wird.

Seitens der Geschäftsführung steht die fortlaufende Überprüfung und Überwachung der wirtschaftlichen Ergebnisse der einzelnen Bereiche weiterhin im Fokus, so dass notwendige Konsequenzen zeitnah ergriffen werden können. Dies gilt insbesondere für den Fall zukünftiger Verluste einzelner Bereiche, über die erwarteten Schwierigkeiten innerhalb der Anlaufphase hinaus. Als Maßnahme zur wirtschaftlichen Risikobegrenzung wurde ein monatliches Berichtswesen implementiert, welches die Verantwortlichen des MVZ zeitnah über die aktuellen und erwarteten Erlöse und Kosten der einzelnen Bereiche informiert, um daraus die entsprechenden Maßnahmen ableiten zu können. Darüber hinaus werden in regelmäßigen Leistungsbesprechungen die aktuellen Zahlen mit den Mitarbeitern des MVZ besprochen und reflektiert.

Risiken, welche nachhaltig den Bestand des MVZ gefährden, werden seitens der Geschäftsführung aktuell nicht gesehen. Es sind lediglich Entwicklungen in den nächsten Jahren absehbar, welche ggf. weitere Steuerungseingriffe seitens der Geschäftsführung notwendig machen, um den weiteren Bestand des Unternehmens nachhaltig zu sichern.

Hierunter fällt zum einen das absehbare Ausscheiden eines der im MVZ-Orthopädie tätigen Ärzte zur Jahresmitte. Hierbei droht wieder eine Übergangsphase mit den bekannten Risiken für die unmittelbare Leistungserbringung, analog den Vorjahren (Nachqualifikation für genehmigungspflichtige Leistungen, personalisierte Leistungserbringung). Hier wird aber bereits seit Jahresbeginn an einer Lösung für die Nachbesetzung mit den betroffenen Akteuren gearbeitet, so dass ein möglichst nahtloser Übergang frühzeitig in die Wege geleitet werden kann. Daher ist diesbezüglich keine gravierende Auswirkung auf das Jahresergebnis 2018 zu erwarten.

Zum anderen ist es möglich, dass im Nuklearmedizinischen Sitz des MVZ eine Verschiebung der Leistungserbringung stattfindet. Sollte sich der bereits in 2017 punktuell auftretende Trend einer rückläufigen Fallzahl stationärer Radiojodtherapien in den Folgejahren weiter fortsetzen, ist auch davon auszugehen, dass die hierdurch bedingten konsiliarärztlichen/belegärztlichen Erlöse im MVZ-Bereich ebenfalls dauerhaft ausbleiben. Hier müsste dann ein stärkerer Fokus auf die ambulante Versorgung gelegt werden, dies wäre aufgrund des aktuellen Patientenaufkommens ohne Probleme zeitnah realisierbar.

Darüber hinaus steht in 2018 eine Reform der Laborvergütung an. Hier steht noch nicht fest, inwiefern die bisherigen Sonderregelungen für das nuklearmedizinische Labor weiter Bestand haben werden. Sofern es hier signifikante Verschiebungen gibt, müssten diese mittels Sofortmaßnahmen (sowohl auf Erlös- als auch auf Kostenseite) kompensiert werden.

c) Chancenbericht

Für die nächsten Berichtszeiträume erwartet die Geschäftsführung weiterhin ein positives Ergebnis und daraus resultierend kann der bestehende Betriebsmittelzuschuss durch die Muttergesellschaft ggf. erneut in den nächsten Jahren vermindert werden. In diesem Zusammenhang wird seitens der Geschäftsführung mittelfristig geprüft, inwiefern eine Leistungsausweitung (durch Augmentation der vorhandenen Sitze bzw. den Erwerb zusätzlicher Sitze) betriebswirtschaftlich sinnvoll umgesetzt werden kann. Hierbei ist von zentraler Bedeutung, dass dies nur unter wirtschaftlich sinnvollen Rahmenbedingungen geschieht.

Worms, den 18.04.2018

Medizinisches Versorgungszentrum Klinikum Worms gemeinnützige GmbH

Bernhard Büttner Geschäftsführer Florian Busse Geschäftsführer

4.5 Kultur und Freizeit

4.5.1 Freizeitbetriebe Worms GmbH

Allgemeines

Rechtsform: GmbH

Gründung: 25.11.2002 **Satzungsdatum**: 06.12.2006

Wirtschaftsjahr: Kalenderjahr

Stammkapital am Ende des Wirtschaftsjahres 2017: 25.000,00 €

Veränderung im Berichtsjahr: keine



Gegenstand des Unternehmens / Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks

(§ 90 Abs. 2 Satz 2 Nr. 1 und Nr. 2 GemO)

Bewirtschaftung der Freizeitbetriebe der Stadt Worms (Bäder, Tiergarten), die Errichtung, der Erwerb, die Erweiterung und der Betrieb der diesen Zwecken dienenden Anlagen sowie dazugehörige und ähnliche Geschäfte.

Der Gegenstand des Unternehmens ist eine nicht-wirtschaftliche Betätigung (§ 85 Abs. 4 GemO).

Beteiligungsverhältnisse

(§ 90 Abs. 2 Satz 2 Nr. 1 GemO)

Am Stammkapital des Unternehmens sind beteiligt:

die Stadt Worms Beteiligungs-GmbH zu 100 %

Die Beteiligungen haben sich im Berichtsjahr nicht verändert.

Besetzung der Organe im Geschäftsjahr 2017

(§ 90 Abs. 2 Satz 2 Nr. 1 GemO)

Gesellschafterversammlung 2017:

• Stadt Worms Beteiligungs-GmbH: Michael Baumann

Gesellschafterausschuss 2017:

• Vorsitzender: Uwe Franz (Beigeordneter der Stadt Worms)

Mandatsträger:

- Andreas Wasilakis
- Timo Horst
- Dirk Beyer
- Willi Fuhrmann
- Heidi Lammeyer
- Marion Hartmann
- Iris Muth
- Dr. Klaus Werth
- Kurt Lauer
- Monika Weber

Sabine Sackreuther

Geschäftsführung 2017:

Geschäftsführer: Dieter Haag

Personalentwicklung		
	2017	2016
Anzahl der Mitarbeiter (nach § 267 Abs. 5 HGB)	75	68

Laufende Gesamtbezüge der Geschäftsführung

(§ 90 Abs. 2 Satz 2 Nr. 3 GemO)

(Gesamtbezüge der Mitglieder der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates oder der entsprechenden Organe)

Gem. § 286 Abs. 4 HGB wird auf eine Nennung der Bezüge der Geschäftsführung verzichtet. Die Aufwendungen für den Gesellschafterausschuss belaufen sich auf 1.750,00 € im Jahr 2017.

Kapitalzuführungen/-entnahmen

(§ 90 Abs. 2 Satz 2 Nr. 3 GemO)

Kapitalzuführungen/-entnahmen sind nicht erfolgt.

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft der Stadt Worms

(§ 90 Abs. 2 Satz 2 Nr. 3 GemO)

Kapitalzuführungen durch die Stadt Worms in den letzten 3 Jahren:

2015 - 2017: 0,00 €

Gewinnabführungen an die Stadt Worms in den letzten 3 Jahren:

2015 - 2017: 0,00 €

Vom Unternehmen **gezahlte Steuern an die Stadt Worms** in den letzten 3 Jahren:

2017: 1.916,51 € 2016: 1.916,51 € 2015: 1.342,68 €

Vom Unternehmen gezahlten Konzessionsabgaben an die Stadt Worms in den letzten 3 Jahren:

2015 - 2017: 0,00 €

Vorliegen der Voraussetzungen des § 85 Abs. 1 GemO

(§ 90 Abs. 2 Satz 2 Nr. 4 GemO)

Die Gemeinde darf wirtschaftliche Unternehmen nur errichten, übernehmen oder wesentlich erweitern, wenn

- 1. **der öffentliche Zweck das Unternehmen rechtfertigt** (§ 85 Abs. 1 Nr.1 GemO): Die notwendigen Angaben erfolgten hierzu unter "Gegenstand des Unternehmens".
- 2. das Unternehmen nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zu der Leistungsfähigkeit der Gemeinde und dem voraussichtlichen Bedarf besteht. (§ 85 Abs. 1 Nr. 2 GemO): Die notwendigen Angaben erfolgten hierzu unter "Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft".
- 3. der öffentliche Zweck nicht ebenso gut und wirtschaftlich durch einen privaten Dritten erfüllt wird oder erfüllt werden kann.
- ✓ Im Berichtsjahr gab es keinen Anlass, die bisherige Bewertung zu ändern.

Bilanz zum 31.12.2017

AKTIVA	31.12.2017	31.12.2016
	EUR	EUR
A. Anlagevermögen	3.862.443,57	4.160.356,63
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	923,63	3.419,33
II. Sachanlagen	3.861.519,94	4.156.937,30
B. Umlaufvermögen	974.622,23	312.755,47
I. Vorräte	22.523,85	28.136,69
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	926.672,71	265.360,88
III. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	25.425,67	19.257,90
C. Rechnungsabgrenzungsposten	2.369,98	2.036,83
Bilanzsumme	4.839.435,78	4.475.148,93
PASSIVA	31.12.2017	31.12.2016
	EUR	EUR
A. Eigenkapital	39.886,15	39.886,15
I. Gezeichnetes Kapital	25.000,00	25.000,00
II. Kapitalrücklagen	15.991,78	15.991,78
III. Gewinnvortrag / Verlustvortrag (-)	-1.105,63	-1.105,63
B. Rückstellungen	78.235,03	91.590,08
C. Verbindlichkeiten	4.694.537,04	4.312.075,71
D. Rechnungsabgrenzungsposten	26.777,56	31.596,99
Bilanzsumme	4.839.435,78	4.475.148,93

Gewinn- und Verlustrechnung zum 31.12.2017

		31.12.2017	31.12.2016
		EUR	EUR
1.	Umsatzerlöse	2.185.599,03	2.109.488,37
2.	Sonstige betriebliche Erträge	194.879,54	221.717,36
3.	Materialaufwand		
a)	Aufwendungen für Hilfs- und Betriebsstoffe für bezogene Waren	96F 229 19	-938.579,92
b)	Aufwendungen für bezogene Leistungen	-865.228,18 -733.148,80	-758.471,73
4.	Personalaufwand		
- ,	Löhne und Gehälter	-1.685.658,12	-1.628.568,42
(b)	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	-510.751,22	-485.063,80
5.	Abschreibungen auf immaterielle Vermögens-		
	gegenstände des Anlagevermögens und Sach- anlagen	-343.610,20	-394.593,58
6.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	-951.319,66	-1.003.990,91
7.	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	90,18	5.743,62
8.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-47.185,81	-84.819,52
9.	Ergbnis nach Steuern	-2.756.333,24	-2.957.138,53
10.	Sonstige Steuern	-3.272,41	-3.043,79
11.	Erträge aus der Verlustübernahme	2.759.605,65	2.960.182,32
12.	Jahresergebnis	0,00	0,00

Kennzahlen zum 31.12.2017

Finanzkennzahlen	
EBITDA (in EUR)	-2.365.627,41
	Jahresergebnis + Steueraufwand - Steuererträge +/- Finanzergebnis + außerordentliche Erträge + Abschreibungen auf das Anlagevermögen - Zulagen auf das Anlagevermögen
Wirtschaftlichkeit (in %)	46,77
(111 70)	Ertrag (bzw. Leistung) : Aufwand (bzw. Kosten) x 100

Vermögenskennzahlen	
Eigenkapitalquote (in %)	0,82
(75)	(Eigenkapital x 100) : Gesamtkapital
Fremdkapitalquote	99,18
(in %)	(Fremdkapital x 100) : Gesamtkapital
Personalkennzahl	
Personalaufwandsquote	92,27
(in %)	Personalaufwand : Gesamtleistung x 100

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2017

1. Grundlagen des Unternehmens

1.1 Geschäftsmodell

Die Freizeitbetriebe Worms GmbH (FZB) betreibt im Auftrag der Stadt Worms das Heinrich-Völker Bad, das Paternusbad und den Tiergarten der Stadt Worms.

1.2 Ziele und Strategien

Die FZB erbringt somit Leistungen im Bereich der Daseinsvorsorge, die nicht kostendeckend erbracht werden können, so dass jährlich ein Verlust entsteht, der im Rahmen des mit der Gesellschafterin bestehenden Ergebnisabführungsvertrages übernommen und ausgeglichen wird. Eines unserer wesentlichen Ziele besteht darin, die Verluste so gering wie möglich zu halten.

2. Wirtschaftsbericht

2.1 Finanzielle Leistungsindikatoren

Die Unternehmenssteuerung erfolgt nicht mittels Kennzahlen, sondern durch Soll-Ist-Vergleiche gegenüber den Wirtschaftsplänen. Insofern gibt es keine speziellen finanziellen Leistungsindikatoren.

2.2 Geschäftsverlauf

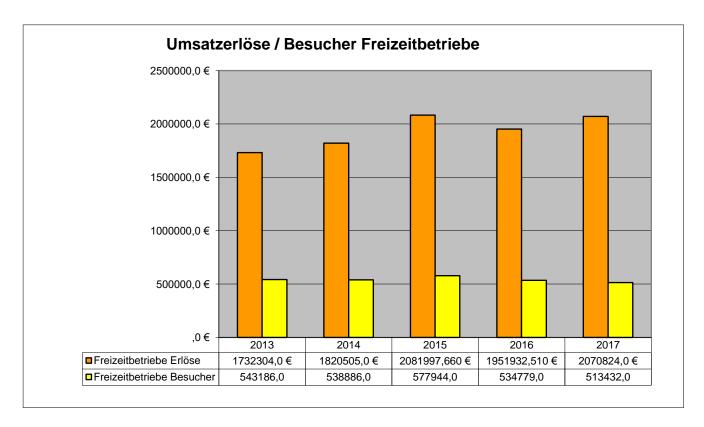
2.2.1 Wirtschaftsplan 2017

Das Wirtschaftsjahr 2017 wurde mit einem tatsächlichen Verlust von 2.760 T€ vor Verlustausgleich durch die Gesellschafterin abgeschlossen, damit ist der Verlust um 13 T€ geringer als das mit 2.773 € ursprünglich geplante Ergebnis des Wirtschaftsjahres 2017. Die Gesamterlöse liegen um 3 T€ höher als der Planansatz.

2.2.2 Entwicklung Umsatzerlöse und Besucherzahlen

Wie aus der nachstehenden Grafik zu entnehmen ist, zog es aufgrund eines attraktiven Angebotes im Tiergarten Worms und in den Wormser Sportbädern wieder über 500.000 Besucher in die beliebten Freizeiteinrichtungen. Mit fast 514.000 Besuchern und Umsatzerlösen von 2.071.000 € wurde 2017 erneut ein gutes Ergebnis erzielt. Der Rückgang der Besucherzahlen gegenüber 2016 ist ursächlich auf die schlechte Witterungssituation zurückzuführen. Damit zeigt sich erneut, dass diese Einrichtungen auch ein wichtiger Wirtschaftsfaktor für die Stadt Worms und die Metropolregion sind.

Die nachfolgende Darstellung der Umsatzerlöse berücksichtigt lediglich die besucherabhängigen Umsatzerlöse.



2.2.3 Nicht finanzielle Leistungsindikatoren

Den wesentlichen, nicht finanziellen Leistungsindikator stellen unsere qualifizierten und motivierten Mitarbeiter dar.

Die durchschnittliche Mitarbeiterzahl hat sich dabei in 2017 von 68 auf 75 erhöht. Dies ist auf die Einstellung von geringfügig Beschäftigten und das Besetzen von freien Ganztagsstellen mit Teilzeitkräften und vermehrt mit Saisonkräften zurückzuführen.

2.3 Ertrag- Finanz- und Vermögenslage

2.3.1 Ertragslage

Umsatzerlöse

Die insgesamt erzielten Umsatzerlöse haben die Planzahlen mit 3 T€ überschritten. Im Tiergarten konnten Mehrerlöse in Höhe von 119 T€ verzeichnet werden. In den Bädern sind Einnahmen 82 T€ niedriger als geplant. Diese Entwicklung der Umsatzerlöse stimmt auch mit der Entwicklung der Besucherzahlen überein. So ist die Besucherzahl beim Tiergarten gegenüber 2016 um fast 9.000 Eintritte gestiegen, während in den Bädern ein

Rückgang von rund 29.000 Gästen zu verzeichnen war, dieser ist auf die schlechte Freibadsaison zurückzuführen.

Sonstige betriebliche Erträge

Die sonstigen betrieblichen Erträge sind um 34 T€ geringer als geplant. Hauptursächlich dafür sind geringere Personalkostenerstattungen.

Materialaufwand

Die Planzahlen beim Materialaufwand wurden um 47 T€ unterschritten, dies ist im Wesentlichen auf geringere Energiekosten und geringere Fremdleistungen zurückzuführen.

Personal

Die Personalkosten liegen mit 111 T€ unter den Planzahlen. Dies ist auf mehr Langzeitkranke und nicht zeitnahe Wiederbesetzung von freien Stellen zurück zu führen.

Sonstige betriebliche Aufwendungen

Bei den sonstigen betrieblichen Aufwendungen waren Mehrausgaben von 181 T€ gegenüber dem Planansatz zu verzeichnen. Dies ist im Wesentlichen auf die Demontage- und Abbruchkosten im Rahmen der Brandschutzmaßnahmen im Heinrich-Völker-Bad zurückzuführen.

Zinsaufwendungen und Erträge

Im Vergleich zum Planansatz sind die Zinsaufwendungen um 41 T€ niedriger. Die Anschlussfinanzierung von 2 Darlehen konnte zu günstigeren Konditionen (Sollzinsatz 1,3%) abgeschlossen werden.

2.3.2 Finanzlage

Die Finanzierung der Gesellschaft erfolgt aus dem Cash-Pool der Stadt Worms Beteiligungs-GmbH (kurz SWB) und deren Zahlungen aus dem Verlustausgleich, Bankdarlehen sowie der Ausnutzung von Zahlungszielen der Lieferanten.

Insgesamt wurden Investitionen ins Anlagevermögen in Höhe von 392 T€ (VJ 396 T€) getätigt. Der positive Finanzmittelbestand, bestehend aus den flüssigen Mitteln, hat sich um 19 T€ auf 25 T€ erhöht.

Wir waren jederzeit in der Lage unsere finanziellen Verpflichtungen in vollem Umfang zu erfüllen.

2.3.3 Vermögenslage

Die Bilanzsumme hat sich um 364 T€ erhöht. Dadurch hat sich bei einem unveränderten Eigenkapital von 40 T€ die Eigenkapitalquote um 0,05%-Punkte auf 0,82% geringfügig verschlechtert.

Die Höhe des Eigenkapitals hat sich aufgrund der Verlustübernahme durch die SWB nicht verändert.

Die Zunahme des Gesamtvermögens steht im Wesentlichen Zunahme der Forderungen gegen die Stadt Worms (633 T€) sowie der sonstigen Vermögengegenstände (40 T€) im Zusammenhang. Gegenläufig war die Abnahme des Anlagevermögens (298 T€).

Die Zunahme des Gesamtkapitals ergibt sich im Wesentlichen aus der größeren Inanspruchnahme des Cash Pools, der damit verbunden Erhöhung der Verbindlichkeiten gegenüber der Gesellschafterin (520 T€, unter Berücksichtigung der Verrechnung mit der Forderung aus Verlustübernahme) und der tilgungsbedingten Reduzierung der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (155T€).

2.3.4 Zusammenfassung

Die Ertragslage stellt sich unverändert dar. Die Planzahlen wurden mit 13 T€ leicht unterschritten. Das dennoch gute Ergebnis ist auf die unterjährige Managementleistung zurückzuführen.

Auch die Vermögenslage hat sich nur unwesentlich verändert.

Die Finanzlage ist stabil geblieben, so dass sich der positive Finanzmittelfonds lediglich um 6 T€ erhöht hat.

3. Zukunftsorientierte Angaben

3.1 Chancen- und Risikobericht

Grundsätzlich bestehen Chancen, dass sich bei unseren Planungen für das Geschäftsjahr 2018 höhere Erträge ergeben Durch die anstehende Brandschutzsanierung im Bad wird es in den nächsten Jahren zu erheblichen Mehrkosten kommen. Abgesehen von den allgemeinen Planungsunsicherheiten gibt es folgende wesentliche Chancen und Risiken für unsere Gesellschaft:

Der Betrieb des Tierparks und der Schwimmbäder, insbesondere der Freibäder, ist sehr stark wetterabhängig, so dass bei einem guten Wetterverlauf die Chancen bestehen, höhere Besucherzahlen und damit steigende Umsatzerlöse erzielen zu können. Bei einer ungünstigen Wetterlage verhält es sich genau umgekehrt. Insofern sind die Chancen nur im geringen Umfang beeinflussbar.

Innerhalb des seit Jahren bestehenden Risikomanagements werden alle für die beiden Betriebsteile bestehenden und möglichen Risiken überprüft und wenn nötig angepasst.

Wesentliche Risiken im Tiergarten sind zum einen die Gesundheitsgefährdung von Mensch und Tier, sowie die Sicherheit der Wege und Gehege Die Gehege und Wege werden durch regelmäßige Begehungen kontrolliert.

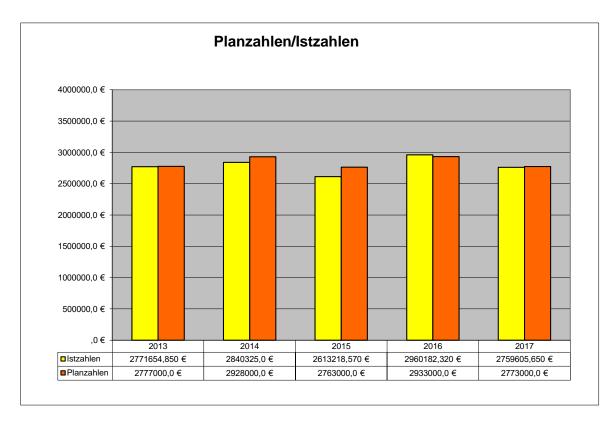
Die Hauptrisiken im Bäderbereich ergeben sich aus dem Betrieb der technischen Anlagen, einer sicheren Nutzung der Becken, ausreichendem Brandschutz, guten Hygienezuständen und der Sicherheit der Besucher. Eine Minimierung der Gefahren wird durch Wartungsverträge sowie einer ständigen Kontrolle des Badewassers, Begehungen der Beckenzu- und umgänge und dem Einsatz von zusätzlichem Personenschutz während der Freibadsaison und Zeiten mit hohem Besucheraufkommen gewährleistet. Um den Brandschutz zu optimieren wurden bereits entsprechende Pläne erstellt, die in den nächsten Jahren umgesetzt werden müssen. Auch an der Verbesserung des Hygienezustandes wird gearbeitet, so ist für das nächste Jahre der Bau von neuen Duschmöglichkeiten vorgesehen.

Aufgrund der bestehenden Verlustsituation der Gesellschaft sowie der begrenzten finanziellen Möglichkeiten der Stadt Worms einschließlich unserer dazu gehörenden Gesellschafterin SWB besteht das Risiko, dass aufgrund fehlender Finanzmittel eine nachhaltige bauliche Unterhaltung der Anlagen nicht durchgeführt werden kann. Allerdings sind wir gegenüber dem Sondervermögen der Stadt Worms, als Eigentümer verpflichtet, die bauliche Unterhaltung zu gewährleisten um den Betrieb des Tiergartens und der Bäder aufrecht zu erhalten. Unweigerlich würde sich dieser Mangel auf das Besucherverhalten und damit auch auf unsere künftige Vermögens-, Finanz- und Ertragslage nachhaltig negativ auswirken. Umgekehrt erhöhen stetige Investitionen in die Einrichtungen die Chancen mehr Besucher ansprechen und gewinnen zu können.

3.2 Prognosebericht

Insbesondere die Tatsache, dass in beiden Betriebsteilen das Personalkostenbudget trotz Lohnsteigerungen und der tariflich zu zahlenden Leistungsprämien eingehalten werden konnte, zeigt die hohe Verantwortlichkeit der Gesellschaft im Rahmen der Finanzsteuerung.

Für das Jahr 2018 wurde im Wirtschaftsplan insgesamt ein Verlust von 2.887.270 € eingestellt. Dabei wurde das Budget für Materialaufwand und sonstige betriebliche Aufwendungen gleich gehalten, da durch die Brandschutzsanierung im Bad höhere Kosten zu erwarten sind. Diese große Sanierungsmaßnahme ist auf Grund der Vorgaben dringend erforderlich. Dem gegenüber stehen Mehreinnahmen bei den Umsatzerlösen die den Einnahmen des Vorjahres angepasst wurden.



Wir haben in 2017 neben dem Wirtschaftsplan für das folgende Jahr 2018 zusätzlich eine Mittelfristplanung mit Erfolgs- und Finanzplänen für die drei weiteren Jahre 2019-2021 erstellt. Aus den Erfolgsplänen ergeben sich durch die SWB im Rahmen des bestehenden Ergebnisabführungsvertrages zu übernehmende und auszugleichende erwartete Verluste von 2.887 T€ (2018), 2.853 T€ (2019), 2.899 T€ (2020) und 2.908 T€ (2021).

Bezüglich unserer Planzahlen weisen wir darauf hin, dass diese auf Annahme und Erfahrungswerten basieren und dadurch mit Unsicherheiten behaftet sind. Das tatsächliche Ergebnis kann somit von dem Planergebnis abweichen, womit Chancen und Risiken verbunden sind.

Mit der Aufstellung des Wirtschaftsplanes 2018 wurde an die Sparmaßnahmen von 2017 angeknüpft, wobei es zu unvermeidlichen höheren Aufwendungen auf Grund der Brandschutzsanierung kommen wird. Geplant ist ein Verlust von 2.887 T€. Alle Bemühungen sind darauf gerichtet die Verlustübernahme durch die Stadt Worms Beteiligungs-GmbH auf das unabdingbare Maß zu reduzieren.

Allerdings sind alle weiteren Sparbemühungen unter dem Fokus der Veränderung / Reduzierung von Qualitätsstandards zu sehen. Diese müssten dann in einer Zielvorgabe durch den Gesellschafterausschuss der Gesellschaft vorgegeben werden. Außerdem ist auch festzuhalten, dass bereits heute ohne das ehrenamtliche und finanzielle Engagement der beiden Fördervereine Maßnahmen in den Betriebsteilen Tiergarten und Paternusbad nicht durchgeführt werden könnten. Hier beteiligen sich zurzeit ca.1000 Bürger/innen und Firmen durch Geldleistungen oder auch durch persönlichen Einsatz für die Erhaltung der beiden Einrichtungen.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass der für 2018 geplante Verlust von 2.887 T€ um 114 T€ über dem Planwert für 2017 liegt. Dies zeigt, dass sich die Verluste trotz aller Sparbemühungen auf einem Niveau von

rd. 3 Mio. € bewegen, dies schon seit fünf Jahren, so dass die Ergebnisse im Wesentlichen durch Wettereinflüsse und damit durch die Besucherzahlen sowie die erforderlichen Instandhaltungsmaßnahmen beeinflusst werden.

Abschließend stellen wir fest, dass solange der Ergebnisabführungsvertrag mit der SWB besteht und diese in der Lage ist unsere Verluste auszugleichen, der Fortbestand der Gesellschaft nicht gefährdet ist.

Worms, 15.03.2018

Dieter Haag (Geschäftsführer)

4.5.2 Kultur und Veranstaltungs GmbH Worms

Allgemeines

Rechtsform: GmbH

Gründung: 26.11.1999 **Satzungsdatum**: 21.08.2015

Wirtschaftsjahr: Kalenderjahr

Stammkapital am Ende des Wirtschaftsjahres 2017: 1.250.000,00 €

Veränderung im Berichtsjahr: keine



Gegenstand des Unternehmens / Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks

(§ 90 Abs. 2 Satz 2 Nr. 1 und Nr. 2 GemO)

Gegenstand des Unternehmens ist die Errichtung und der Betrieb des Nibelungenmuseums mit den dazugehörigen Geschäften, die Durchführung und Unterstützung städtischer Veranstaltungen und Förderung von Kulturprojekten der Stadt Worms sowie der Betrieb des Spiel- und Festhauses (Theater mit Kultur- und Tagungszentrum). Daneben unterstützt das Unternehmen die Stadt bei der Nutzung städtischer Liegenschaften.

Der Gegenstand des Unternehmens ist eine nicht-wirtschaftliche Betätigung (§ 85 Abs. 4 GemO).

Beteiligungsverhältnisse

(§ 90 Abs. 2 Satz 2 Nr. 1 GemO)

Am Stammkapital des Unternehmens sind beteiligt:

- die Stadt Worms Beteiligungs-GmbH zu 94,9 %
- die Stadt Worms zu 5,1 %

Die Beteiligungen haben sich im Berichtsjahr nicht verändert.

Besetzung der Organe im Geschäftsjahr 2017

(§ 90 Abs. 2 Satz 2 Nr. 1 GemO)

Gesellschafterversammlung 2017:

- Stadt Worms Beteiligungs-GmbH: Michael Baumann
- Stadt Worms: Beigeordnete Petra Graen

Gesellschafterausschuss 2017:

• Vorsitzende: Petra Graen (Beigeordnete der Stadt Worms)

Mandatsträger:

- Dirk Beyer
- Monika Fischer
- Alfred Haag
- David Hilzendegen
- Dr. Jörg Koch
- Heidi Lammeyer
- Michaela Langner
- Dr. Jürgen Neureuther

- Iris Muth
- Astrid Perl-Haag
- Andreas Wasilakis

Geschäftsführung 2017:

• Geschäftsführer: Sascha Kaiser

Prokurist: Jens Thiele

Personalentwicklung		
	2017	2016
Anzahl der Mitarbeiter (nach § 267 Abs. 5 HGB)	53,5	55,5

Laufende Gesamtbezüge der Geschäftsführung

(§ 90 Abs. 2 Satz 2 Nr. 3 GemO)

(Gesamtbezüge der Mitglieder der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates oder der entsprechenden Organe)

Gem. § 286 Abs. 4 HGB wird auf eine Nennung der Bezüge der Geschäftsführung verzichtet. Die Aufwendungen für den Gesellschafterausschuss belaufen sich auf 1.700,00 € im Jahr 2017.

Kapitalzuführungen/-entnahmen

(§ 90 Abs. 2 Satz 2 Nr. 3 GemO)

Kapitalzuführungen/-entnahmen sind nicht erfolgt.

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft der Stadt Worms

(§ 90 Abs. 2 Satz 2 Nr. 3 GemO)

Kapitalzuführungen durch die Stadt Worms in den letzten 3 Jahren:

2015 - 2017: 0,00 €

Gewinnabführungen an die Stadt Worms in den letzten 3 Jahren:

2015 - 2017: 0,00 €

Vom Unternehmen gezahlte Steuern an die Stadt Worms in den letzten 3 Jahren:

2015 - 2017: je 278,68 €

Vom Unternehmen gezahlten Konzessionsabgaben an die Stadt Worms in den letzten 3 Jahren:

2015 - 2017: 0,00 €

Vorliegen der Voraussetzungen des § 85 Abs. 1 GemO

(§ 90 Abs. 2 Satz 2 Nr. 4 GemO)

Die Gemeinde darf wirtschaftliche Unternehmen nur errichten, übernehmen oder wesentlich erweitern, wenn

- 1. **der öffentliche Zweck das Unternehmen rechtfertigt** (§ 85 Abs. 1 Nr.1 GemO): Die notwendigen Angaben erfolgten hierzu unter "Gegenstand des Unternehmens".
- 2. das Unternehmen nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zu der Leistungsfähigkeit der Gemeinde und dem voraussichtlichen Bedarf besteht. (§ 85 Abs. 1 Nr. 2 GemO): Die notwendigen Angaben erfolgten hierzu unter "Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft".
- 3. der öffentliche Zweck nicht ebenso gut und wirtschaftlich durch einen privaten Dritten erfüllt wird oder erfüllt werden kann.
- ✓ Im Berichtsjahr gab es keinen Anlass, die bisherige Bewertung zu ändern.

Bilanz zum 31.12.2017

AKTIVA	31.12.2017	31.12.2016
	EUR	EUR
A. Anlagevermögen	369.362,00	301.449,00
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	3.010,00	1.305,00
II. Sachanlagen	366.352,00	300.144,00
B. Umlaufvermögen	2.639.949,67	2.220.530,89
I. Vorräte	54.235,69	68.002,85
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	2.568.065,58	2.133.488,72
III. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	17.648,40	19.039,32
C. Rechnungsabgrenzungsposten	56.704,98	24.951,48
Bilanzsumme	3.066.016,65	2.546.931,37
PASSIVA	31.12.2017	31.12.2016
	EUR	EUR
A. Eigenkapital	941.719,96	941.719,96
I. Gezeichnetes Kapital	1.250.000,00	1.250.000,00
II. Rücklagen	0,00	1.733.093,12
III. Verlustvortrag	-308.280,04	-2.041.373,16
B. Rückstellungen	239.244,86	160.476,45
C. Verbindlichkeiten	1.627.245,74	1.202.418,72
D. Rechnungsabgrenzungsposten	257.806,09	242.316,24
Bilanzsumme	3.066.016,65	2.546.931,37

Gewinn- und Verlustrechnung zum 31.12.2017

		31.12.2017	31.12.2016
		EUR	EUR
1.	Umsatzerlöse	2.493.814,11	2.154.574,25
2.	Sonstige betriebliche Erträge	2.640.247,36	3.001.874,46
3.	Materialaufwand		
,	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	-313.280,12	-315.812,86
b)	Aufwendungen für bezogene Leistungen	-3.535.805,10	-3.409.004,45
4.	Personalaufwand		
- ,	Löhne und Gehälter Soziale Abgaben und Aufwendungen für Alters-	-2.264.687,21	-2.055.004,95
	versorgung und Unterstützung	-605.744,40	-556.493,86
5.	Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sach-		
	anlagen	-60.935,83	-40.445,44
6.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	-2.214.825,84	-2.147.725,51
7.	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,49	4.161,90
8.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-13.958,93	-11.470,18
9.	Ergebnis nach Steuern	-3.875.175,47	-3.375.346,64
10.	Sonstige Steuern	-10.249,73	-11.407,12
11.	Jahresfehlbetrag vor Verlustübernahme	-3.885.425,20	-3.386.753,76
12.	Erträge aus der Verlustübernahme	3.885.425,20	3.386.753,76
13.	Jahreserergebnis	0,00	0,00

Kennzahlen zum 31.12.2017

Finanzkennzahlen				
EBITDA (in EUR)	-3.800.281,20			
	Jahresergebnis + Steueraufwand - Steuererträge +/- Finanzergebnis + außerordentliche Erträge + Abschreibungen auf das Anlagevermögen - Zulagen auf das Anlagevermögen			
Wirtschaftlichkeit (in %)	57,08			
(/-)	Ertrag (bzw. Leistung) : Aufwand (bzw. Kosten) x 100			

Vermögenskennzahlen		
Eigenkapitalquote (in %)	30,71	
(111 70)	(Eigenkapital x 100) : Gesamtkapital	
Fremdkapitalquote	69,29	
(in %)	(Fremdkapital x 100) : Gesamtkapital	
Personalkennzahl		
Personalaufwandsquote	55,91	
(in %)	Personalaufwand : Gesamtleistung x 100	

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2017

1. Geschäfts- und Rahmenbedingungen

Unternehmensgegenstand der Kultur und Veranstaltungs GmbH Worms (KVG) ist die Durchführung und Unterstützung städtischer Veranstaltungen und Förderung von Kulturprojekten der Stadt Worms sowie der Betrieb des Wormser Theater, Kultur- und Tagungszentrums. Die Aktivitäten im Veranstaltungsbereich der Wormser Kultur wurden gebündelt und bieten ganzjährig ein vielfältiges Kulturprogramm mit den Sparten Wormser Theater, Kultur- und Tagungszentrum, Ticketservice, Worms Verlag, Spectaculum, Jazz & Joy und Sonderveranstaltungen (inkl. der ehem. Veranstaltungen des Stadtmarketing e. V.)

2. Ertragslage

Die Kultur und Veranstaltungs GmbH Worms schließt das Geschäftsjahr 2017 mit einer Bilanzsumme von 3.066 T€ und einem Jahresergebnis vor Verlustübernahme von (-) 3.885 T€ ab und liegt damit um 179 T€ besser als das geplante Jahresergebnis vor Verlustübernahme von (-) 4.064 T€.

Im Einzelnen:

Die Umsatzerlöse der Kultur und Veranstaltungs GmbH beinhalten überwiegend Erlöse aus den Kartenverkäufen und Vorverkaufsgebühren der jeweiligen Veranstaltungen, Erlöse aus der Dienstleistungstätigkeit für die Nibelungenfestspiele, Vermietungen im Tagungszentrum, Erlöse aus Buchverkäufen des Worms-Verlags sowie Sponsoren-, Cash- und Sachleistungen. Dabei konnten insbesondere in den Sparten Theater und Tagungszentrum Erlössteigerungen aufgrund besserer Auslastung gegenüber der Planung erzielt werden.

Die sonstigen betrieblichen Erträge bestehen hauptsächlich aus dem Betriebskostenzuschuss der Stadt Worms sowie dem Landeszuschuss für die Veranstaltung Worms: Jazz & Joy. Weiterhin sind Zuschüsse für Brauchtumspflege, Backfischfest, Kulturnacht und Wunderhoeren enthalten.

Der Materialaufwand beinhaltet im Wesentlichen die Pachtzahlung an das Sondervermögen Vermietung und Verpachtung für das Wormser Theater, Kultur- und Tagungszentrum, Aufwendungen für Künstlerhonorare inkl. Nebenkosten für den Theaterbetrieb sowie Aufwendungen zur Durchführung der kulturellen Veranstaltungen Jazz & Joy oder Spectaculum. Darüber hinaus sind ebenfalls Aufwendungen für Energiekosten für die Betriebsgebäude, Fremdleistungen für externe Dienstleister (Werkverträge) oder den Bereich Heylshof Park enthalten. Der Anstieg des Materialaufwandes ist überwiegend auf Steigerungen bei den Künstlerhonoraren Theater zurückzuführen.

Der Personalaufwand beinhaltet ganzjähriges und saisonales Personal. Darin enthalten sind auch Rückstellungen für Resturlaub und Überstunden.

Die Abschreibungen resultieren aus Altbeständen und neu angeschafften Gegenständen des Anlagevermögens.

Der sonstige betriebliche Aufwand beinhaltet überwiegend Kosten für die Gebäudeunterhaltung, für das technische und infrastrukturelle Gebäudemanagement im Wormser Theater, Kultur- und Tagungszentrum, Aufwendungen für Marketing- und Vertriebsmaßnahmen, Buchhaltung, sowie Mietaufwendungen für die Betriebsgebäude und Dienstleistungen für EDV / Telekommunikation. Bürobedarf, Telefongebühren, Kfz Kosten oder Porto sind weitere Bestandteile.

Das Finanzergebnis beinhaltet Darlehenszinsen sowie Zinsaufwendungen aus Cash-Management

Die sonstigen Steuern beinhalten Kfz-Steuer, Ausländersteuer (§ 50a EStG) und Pauschalversteuerung (§ 37 b EStG) für Jazz & Joy.

Der Jahresfehlbetrag in Höhe von 3.885 T€ wird von der Stadt Worms Beteiligungs-GmbH ausgeglichen (Ergebnisabführungsvertrag).

3. Finanzlage

Die permanente Zahlungsfähigkeit des Unternehmens ist durch einen Cash-Management-Vertrag mit der Stadt Worms Beteiligungs-GmbH (SWB) sichergestellt.

4. Vermögenslage

Das Eigenkapital der Gesellschaft gliedert sich in Gezeichnetes Kapital (1.250 T€) sowie Verlustvortrag (308 T€). Die zweckgebundenen Rücklagen wurden mit dem bestehenden Verlustvortrag gemäß Beschluss der Gesellschafterversammlung vom 16.05. 2017 verrechnet.

Die Verbindlichkeiten aus der Durchführung des unter Ziff. 3 genannten Cash-Management-Vertrages belaufen sich zum 31.12.2017 auf 1.621 T€ (vor Verrechnung mit der Forderung aus Verlustübernahme).

5. Gesamtaussage zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Insgesamt ist die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft unter Berücksichtigung des Ergebnisabführungsvertrages mit der Stadt Worms Beteiligungs-GmbH als gut zu bezeichnen.

6. Vorgänge von besonderer Bedeutung

Keine-

7. Risikobericht

Zahlreiche Sonderveranstaltungen wie Spectaculum und Jazz & Joy sind Freiluftveranstaltungen, deren Erfolg in der Regel wetterabhängig ist. Bleiben die Besucher infolge schlechten Wetters aus, fehlen die entsprechenden Umsatzerlöse zur Gegenfinanzierung der entstandenen Aufwendungen. Nahezu 75 % der Eintrittskarten werden erst in den letzten Tagen vor Beginn und während der Veranstaltung verkauft.

Ein wesentliches Risiko für das Jazz & Joy Festival besteht darin, einen aus Medien- und Presseberichterstattung bekannten Top-Act für das Festival bzw. Sonderkonzert unter Berücksichtigung der finanziellen Rahmenbedingungen des Gesamtetats zu finden und zu präsentieren. Die Honorarkosten für internationale und bekannte nationale Künstler sind in den letzten Jahren gestiegen, so dass aus Sicht der Programmgestalter die Akquise hochkarätiger Künstler und Musikgruppen zukünftig immer schwieriger werden.

Aber auch die Umsetzung von immer höheren Sicherheitsanforderungen kann zu Kostensteigerungen, Arbeitsmehrbelastungen und Ertragseinbußen führen, immer auch verbunden mit der Frage nach dem rechtzeitigen Abbruch von Veranstaltungen und den daraus resultierenden Konsequenzen.

Ein weiteres Risiko für das Spectaculum besteht im Veranstaltungsort. Durch die Veranstaltung wird das Naherholungsgebiet einer starken Belastung unterzogen. In ständiger Zusammenarbeit mit der Stadt Worms, dem Netzwerk "Lebendiges Mittelalter" und der KVG werden Problemstellungen diskutiert und Lösungsansätze erarbeitet, um den attraktiven Veranstaltungsort auch für die Zukunft zu sichern. Insgesamt muss an dieser Stelle auch erwähnt werden, dass zunehmende Reglementierungen und komplizierte gesetzliche Sicherheits- und Umweltauflagen die Durchführung von Veranstaltungen erschweren können. Darüber hinaus ist auch stets auf die Einhaltung der Lärmschutzwerte zu achten, um Probleme mit der ADD und Anwohnern zu vermeiden, die im schlimmsten Fall auch zu einem Abbruch der Veranstaltung führen können.

Eine wesentliche Aufgabe für das Wormser Theater besteht darin, die Abonnenten wieder für kommende Spielzeiten zu begeistern.

Die Anwendung des Tarifvertrages öffentlicher Dienst (TvÖD) in der Veranstaltungsbranche birgt Risiken für Arbeitgeber und Arbeitnehmer (Überstundenvergütung, Zuschlagssätze, Bindung von gutem und qualifiziertem Personal)

8. Prognosebericht

Mit den vielfältigen Aktivitäten und facettenreichen Angeboten trug die KVG 2017 erfolgreich zum Wormser Kulturleben und Einzelhandel bei. Daran anknüpfend sind für das Geschäftsjahr 2018 wieder zahlreiche Kulturevents geplant.

Neben der gewohnten Durchführung traditioneller und erfolgreicher Events wie "Worms: Jazz & Joy", "Spectaculum" oder die innerstädtischen Veranstaltungen und Brauchtums-veranstaltungen, wird auch im Wormser Theater und Kulturzentrum wieder ein attraktives Programm angeboten werden.

Das Wormser Tagungszentrum konnte zwar in 2017 die Umsatzerlösplanung leicht übertreffen, dennoch liegt das Hauptaugenmerk auch in 2018 weiterhin auf dem Ausbau des aktiven Vertriebs, zur Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit bzw. Generierung weiterer Neukunden. Dies auch vor dem Hintergrund eines umkämpften Wettbewerbsmarktes in der Region. Daher müssen mittelfristig die vertrieblichen Strukturen weiter ausgebaut werden um auch zukünftig die angestrebten Auslastungszahlen und Umsatzerlöse zu erreichen.

Vom 01. bis 03.06.2018 findet der Rheinland-Pfalz-Tag in Worms statt. Die Kultur und Veranstaltungs GmbH Worms wird diese Veranstaltung gemeinsam mit der Stadtverwaltung Worms und der Staatskanzlei ausrichten. Neben hochkarätigen musikalischen Programmpunkten und Ausstellungen verschiedener Verbände und Organisationen, soll insbesondere auch das kulturelle Angebot der Stadt Worms, geschichtliche Ereignisse und Sehenswürdigkeiten nachhaltig vorgestellt werden.

Dazu wurde auch in Zusammenarbeit mit der Hochschule Worms eine Smartphone-Applikation entwickelt, die es den Besuchern ermöglicht virtuell die Stadt zu entdecken.

Der Worms Verlag hat seinen Online-Shop in die Hände seiner Verlagsauslieferung gelegt, was prognostisch durch Einbettung in deren System zu vermehrten Bucheinkaufen durch die Endkunden führen sollte. Breitere

Aufmerksamkeit erzielt der Verlag durch forcierte eigene Veranstaltungen und den Aufbau eigener Reihen wie "Wormser Regionalbuchtage" oder "Starke Frauen" sowie Mitgliedschaften in Branchenverbänden. Das Verlagsprogramm regionaler Titel wird auch mit den bereits erweiterten Segmenten Kinderbuch und Belletristik fortgeführt.

Zur effizienteren Bearbeitung von regionalen und überregionalen Kundenanfragen in Zusammenhang mit den Veranstaltungen der Kultur und Veranstaltungs GmbH Worms oder anderen städtischen Veranstaltungen, wäre die Implementierung einer qualifizierten und zentralen Koordinationsstelle innerhalb der Stadt Worms (Zentraler Vertrieb) sinnvoll und könnte zu einer noch besseren Vermarktung der Veranstaltungen in Worms beitragen.

Zur Förderung und zum Ausbau des Tourismus in der Stadt Worms wird die KVG auch in 2018 an gemeinsamen Arbeitskreisen mit Stadt und Tourist-Info teilnehmen und sich z.B. auch auf der internationalen Fachmesse für Touristik (ITB) in Berlin präsentieren.

Die Geschäftsleitung sieht den Herausforderungen für das Geschäftsjahr 2018 zwar positiv entgegen, immer jedoch vor dem Hintergrund der unter Punkt 7 beschriebenen Risiken und Belastungen.

Seitens der Geschäftsleitung werden alle Anstrengungen unternommen, den operativen Verlust auf das notwendige Minimum zu begrenzen.

Worms, 23.03.2018

Kultur und Veranstaltungs GmbH Worms

Sascha Kaiser (Geschäftsführer)

4.5.3 Nibelungenfestspiele gGmbH der Stadt Worms

Allgemeines

Rechtsform: gGmbH

Gründung: 18.01.2001 **Satzungsdatum**: 06.12.2006

Wirtschaftsjahr: Kalenderjahr

Stammkapital am Ende des Wirtschaftsjahres 2017: 125.000,00 €

Veränderung im Berichtsjahr: keine



Gegenstand des Unternehmens / Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks

(§ 90 Abs. 2 Satz 2 Nr. 1 und Nr. 2 GemO)

Gegenstand des Unternehmens ist die Durchführung von Nibelungenfestspielen in der Stadt Worms sowie alle dazugehörigen Geschäfte.

Der Gegenstand des Unternehmens ist eine nicht-wirtschaftliche Betätigung (§ 85 Abs. 4 GemO).

Beteiligungsverhältnisse

(§ 90 Abs. 2 Satz 2 Nr. 1 GemO)

Am Stammkapital des Unternehmens sind beteiligt:

• die Stadt Worms Beteiligungs-GmbH zu 100 %

Die Beteiligungen haben sich im Berichtsjahr nicht verändert.

Besetzung der Organe im Geschäftsjahr 2017

(§ 90 Abs. 2 Satz 2 Nr. 1 GemO)

Gesellschafterversammlung 2017:

• Stadt Worms Beteiligungs-GmbH: Michael Baumann

Gesellschafterausschuss 2017:

• Vorsitzender: Oberbürgermeister Michael Kissel

Mandatsträger:

- Dirk Beyer
- Monika Fischer
- Alfred Haag
- David Hilzendegen
- Dr. Jörg Koch
- Heidi Lammeyer
- Michaela Langner
- Dr. Jürgen Neureuther
- Iris Muth
- Astrid Perl-Haag
- Andreas Wasilakis

Geschäftsführung 2017:

• Geschäftsführer: Sascha Kaiser

• Prokuristin: Petra Simon

Personalentwicklung		
	2017	2016
Anzahl der Mitarbeiter (nach § 267 Abs. 5 HGB)	14,50	16,25

Laufende Gesamtbezüge der Geschäftsführung

(§ 90 Abs. 2 Satz 2 Nr. 3 GemO)

(Gesamtbezüge der Mitglieder der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates oder der entsprechenden Organe)

Gem. § 286 Abs. 4 HGB wird auf eine Nennung der Bezüge der Geschäftsführung verzichtet. Die Aufwendungen für den Gesellschafterausschuss belaufen sich auf 1.150,00 € im Jahr 2017.

Kapitalzuführungen/-entnahmen

(§ 90 Abs. 2 Satz 2 Nr. 3 GemO)

Kapitalzuführungen/-entnahmen sind nicht erfolgt.

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft der Stadt Worms

(§ 90 Abs. 2 Satz 2 Nr. 3 GemO)

Kapitalzuführungen durch die Stadt Worms in den letzten 3 Jahren:

2015 - 2017: 0,00 €

Gewinnabführungen an die Stadt Worms in den letzten 3 Jahren:

2015 - 2017: 0,00€

Vom Unternehmen gezahlte Steuern an die Stadt Worms in den letzten 3 Jahren:

2017: 6.980,00 € 2016: 6.536,00 € 2015: 4.841,00 €

Vom Unternehmen gezahlten Konzessionsabgaben an die Stadt Worms in den letzten 3 Jahren:

2015 - 2017: 0,00 €

Vorliegen der Voraussetzungen des § 85 Abs. 1 GemO

(§ 90 Abs. 2 Satz 2 Nr. 4 GemO)

Die Gemeinde darf wirtschaftliche Unternehmen nur errichten, übernehmen oder wesentlich erweitern, wenn

- 1. **der öffentliche Zweck das Unternehmen rechtfertigt** (§ 85 Abs. 1 Nr.1 GemO): Die notwendigen Angaben erfolgten hierzu unter "Gegenstand des Unternehmens".
- 2. das Unternehmen nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zu der Leistungsfähigkeit der Gemeinde und dem voraussichtlichen Bedarf besteht. (§ 85 Abs. 1 Nr. 2 GemO): Die notwendigen Angaben erfolgten hierzu unter "Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft".
- 3. der öffentliche Zweck nicht ebenso gut und wirtschaftlich durch einen privaten Dritten erfüllt wird oder erfüllt werden kann.
- ✓ Im Berichtsjahr gab es keinen Anlass, die bisherige Bewertung zu ändern.

Bilanz zum 31.12.2017

AKTIVA	31.12.2017	31.12.2016
	EUR	EUR
A. Anlagevermögen	197.555,00	179.397,00
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	5.894,00	9.303,00
II. Sachanlagen	191.661,00	170.094,00
B. Umlaufvermögen	712.205,52	32.853,93
I. Vorräte	0,00	6.239,29
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	661.601,10	16.160,22
III. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	50.604,42	10.454,42
C. Rechnungsabgrenzungsposten	590,90	1.279,63
D. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	2.033.010,68	2.057.086,52
Bilanzsumme	2.943.362,10	2.270.617,08
PASSIVA	31.12.2017	31.12.2016
	EUR	EUR
	2011	
A. Eigenkapital	0,00	0,00
A. Eigenkapital I. Gezeichnetes Kapital		0,00 125.000,00
	0,00	
I. Gezeichnetes Kapital	0,00 125.000,00	125.000,00
I. Gezeichnetes Kapital II. Allgemeine Rücklagen	0,00 125.000,00 0,00	125.000,00 811.400,00
I. Gezeichnetes Kapital II. Allgemeine Rücklagen IV. Verlustvortrag	0,00 125.000,00 0,00 -2.182.086,52	125.000,00 811.400,00 -3.039.248,41
I. Gezeichnetes Kapital II. Allgemeine Rücklagen IV. Verlustvortrag V. Jahresüberschuss	0,00 125.000,00 0,00 -2.182.086,52 24.075,84	125.000,00 811.400,00 -3.039.248,41 45.761,89
I. Gezeichnetes Kapital II. Allgemeine Rücklagen IV. Verlustvortrag V. Jahresüberschuss VI. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0,00 125.000,00 0,00 -2.182.086,52 24.075,84 2.033.010,68	125.000,00 811.400,00 -3.039.248,41 45.761,89 2.057.086,52
I. Gezeichnetes Kapital II. Allgemeine Rücklagen IV. Verlustvortrag V. Jahresüberschuss VI. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag B. Rückstellungen	0,00 125.000,00 0,00 -2.182.086,52 24.075,84 2.033.010,68 30.816,96	125.000,00 811.400,00 -3.039.248,41 45.761,89 2.057.086,52 29.223,49

Gewinn- und Verlustrechnung zum 31.12.2017

		31.12.2017	31.12.2016
		EUR	EUR
1.	Umsatzerlöse	1.342.521,37	1.359.721,70
2.	Sonstige betriebliche Erträge	2.415.129,74	2.540.690,31
3.	Materialaufwand		
a)	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe		
h)	und für bezogene Waren Aufwendungen für bezogene Leistungen	-103.285,85 -1.995.263,93	-124.559,07 -2.012.001,56
·		-1.993.203,93	-2.012.001,30
4.	Personalaufwand		
a)	Löhne und Gehälter	-661.706,50	-526.585,89
b)	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Alters-	405 646 50	440 500 07
	versorgung und Unterstützung	-125.646,58	-119.509,97
5.	Abschreibungen auf immaterielle Vermögens-	40, 426,00	42.070.02
	gegenstände des Anlagevermögens und Sach- anlagen	-40.436,08	-42.070,03
6.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	-743.027,36	-941.119,81
7.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-13.534,88	-37.876,65
8.	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-18.034,99	-15.751,16
9.	Ergebnis nach Steuern	56.714,94	80.937,87
10.	Sonstige Steuern	-32.639,10	-35.175,98
11.	Jahresüberschuss	24.075,84	45.761,89

Kennzahlen zum 31.12.2017

Finanzkennzahlen	
EBITDA (in EUR)	128.720,89
	Jahresergebnis + Steueraufwand - Steuererträge +/- Finanzergebnis + außerordentliche Erträge + Abschreibungen auf das Anlagevermögen - Zulagen auf das Anlagevermögen
Wirtschaftlichkeit (in %)	102,41
(,7)	Ertrag (bzw. Leistung) : Aufwand (bzw. Kosten) x 100

Vermögenskennzahlen	
Eigenkapitalquote (in %)	0,00
(111 %)	(Eigenkapital x 100) : Gesamtkapital
Fremdkapitalquote	100,00
(in %)	(Fremdkapital x 100) : Gesamtkapital
Personalkennzahl	
Personalaufwandsquote	20,95
(in %)	Personalaufwand : Gesamtleistung x 100

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2017

1. Geschäft und Rahmenbedingungen

Unternehmensgegenstand der Nibelungenfestspiele gGmbH der Stadt Worms ist die Durchführung der Nibelungen-Festspiele sowie alle dazugehörigen Geschäfte.

Die Nibelungen-Festspiele Worms 2017 fanden zum dritten Mal unter der Leitung von Intendant Nico Hofmann statt.

2. Ertragslage

Die Nibelungenfestspiele gGmbH schließt das Geschäftsjahr 2017 mit einer Bilanzsumme von 2.943 T€ sowie einem Jahresüberschuss in Höhe von 24 T€ ab. Der städtische Zuschuss lag bei 1.500 T€. Das Ziel des Wirtschaftsplans, ein ausgeglichenes Ergebnis zu erzielen, wurde somit um 24 T€ übertroffen. Kostensteigerungen in den technischen und künstlerischen Gewerken konnten durch Einsparungen und Mehreinnahmen ausgeglichen werden.

Im Einzelnen:

Die Umsatzerlöse beinhalten Eintrittsgelder und Vorverkaufsgebühren für die Inszenierung "Glut" sowie des Kulturprogramms. Ebenfalls enthalten sind Erlöse aus Cash- und Sachleistungen der Sponsoren sowie Erlöse durch den Kostümverkauf. Insgesamt konnte bei den Kartenverkäufen und Sponsorenerträgen die Planung übertroffen werden.

Die sonstigen betrieblichen Erträge bestehen zum größten Teil aus dem Liquiditätszuschuss der Stadt Worms Beteiligungs GmbH, der Förderung durch das Land Rheinland-Pfalz und Spendenerträgen.

Der Materialaufwand beinhaltet überwiegend Aufwendungen für künstlerisches Personal bzw. künstlerische und technische Materialien und Dienstleistungen in allen Gewerken. Insbesondere bei den technischen infrastrukturellen Aufwendungen sind Kostensteigerungen gegenüber der Planung zu verzeichnen.

Der Personalaufwand setzt sich aus eigenen Mitarbeitern sowie technischem und künstlerischen Personal im Angestelltenverhältnis zusammen.

Die Abschreibungen resultieren aus Altbeständen und neu angeschafften Gegenständen des Anlagevermögens.

Der sonstige betriebliche Aufwand beinhaltet u.a. Aufwendungen für die Dienstleistungstätigkeit von der KVG, Aufwendungen für Werbung-, Marketing-, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Tantieme an den Theaterverlag sowie Reisekosten.

Das Finanzergebnis beinhaltet vollständig die Zinsaufwendungen aus Cash-Management an die Stadt Worms Beteiligungs- GmbH.

Bei den sonstigen Steuern handelt es sich überwiegend um abgeführte Lohnsteuer im Zusammenhang mit Sachzuwendungen im Rahmen der Lohnsteuerpauschalierung.

Die Steuern vom Einkommen und vom Ertrag beinhalten Körperschaft- und Gewerbesteuer in Zusammenhang mit dem wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb Sponsoring.

3. Finanzlage

Die permanente Zahlungsfähigkeit des Unternehmens ist durch einen Cash-Management-Vertrag mit der Stadt Worms Beteiligungs-GmbH (SWB) sichergestellt.

4. Vermögenslage

Die Gesellschaft ist bilanziell überschuldet. Die aufgelaufenen Fehlbeträge des Unternehmens, die nicht durch Eigenkapital gedeckt sind, belaufen sich auf 2.033 T€.

Die Verbindlichkeiten gegenüber der Gesellschafterin, insbesondere aus der Durchführung des unter Ziff. 3 genannten Cash-Management-Vertrages, belaufen sich zum 31.12.2017 auf 2.575 T€.

Für diese Verbindlichkeiten hat die Gesellschafterin den Rangrücktritt erklärt, so dass sie bei einer Überschuldungsermittlung unberücksichtigt bleiben.

5. Gesamtaussage zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Insgesamt ist die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft als stabil zu beurteilen.

6. Vorgänge besonderer Bedeutung

-Keine-

7. Risikobericht

Zunehmende Sicherheitsanforderungen und Reglementierungen in der Veranstaltungsbranche wirken sich auch auf die Kostensituation der Nibelungen-Festspiele aus. Insbesondere die technischen infrastrukturellen Kosten bei den Nibelungen-Festspielen sind in den letzten Jahren durch erhöhten Lärmschutz und Sicherheitsanforderungen oder Ausschreibungen deutlich angestiegen und konnten bisher nur durch Einsparungen in anderen Bereichen sowie Mehrerträgen im Bereich Kartenverkäufe und Sponsoring / Spenden kompensiert werden.

Die Nibelungen-Festspiele zeigten im Jahr 2017 eine erfolgreiche Uraufführung. Die Herausforderung und das Risiko bestehen auch darin, die Besucher für das Stück im kommenden Jahr wieder zu begeistern und neue Besuchergruppen zu mobilisieren. Hierzu sind umfassende Presse- und Marketingmaßnahmen erforderlich, die allerdings aufgrund begrenzter Budgets nicht immer vollumfänglich umgesetzt werden können.

Weiterhin können wirtschaftliche und politische Entwicklungen dazu führen, dass Sponsorengelder, Spenden oder auch Zuschüsse vom Land Rheinland-Pfalz gekürzt werden. Sponsoren- und Spendengelder sind nicht kontinuierlich zugesagt und müssen teilweise jährlich neu verhandelt werden.

Die Nibelungen-Festspiele als Freiluftveranstaltung unterliegen witterungsbedingten Risiken. So können sich langanhaltende Schlechtwetterperioden im Vorfeld der Festspiele negativ auf den Kartenvorverkauf auswirken oder Unwetter technisches Material beschädigen und zu einem Veranstaltungsabbruch führen.

Der Landeszuschuss für die Nibelungen-Festspiele unterliegt zunehmend verschärften Prüfkriterien und Auflagen. Änderungen in der Finanzierungsform oder Abweichungen gegenüber dem ursprünglichen Kosten- und Finanzierungsplan können zu anteiligen Rückforderungen von Landesmitteln führen.

8. Prognosebericht

Unter der Intendanz von Nico Hofmann finden die Nibelungen-Festspiele Worms in 2018 vom 20. Juli bis zum 05. August 2018 statt. Mit dem Stück "Siegfrieds Erben" von den Autoren Feridun Zaimoglu und Günter Senkel wird eine Fortsetzung der Nibelungengeschichte aufgeführt. Die Autoren knüpfen dort an, wo die Erzählung des Nibelungenmythos endet. Nach dem tödlichen Gemetzel auf Etzels Burg macht sich der Hunnenkönig nach Worms auf, um dort sein Erbe einzufordern: Den Schatz der Nibelungen. Im Rahmenprogramm wird u.a. das Gewinnerstück des letztjährigen Wettbewerbs für Nachwuchsautoren "Last. Exit Hunnenland" von Maximilian Lang uraufgeführt.

Mit den Festspielen 2018 übernimmt Nico Hofmann für weitere 5 Jahre die Intendanz der Nibelungen-Festspiele. Um größere Planungssicherheit zu gewinnen sowie eine stärkere künstlerische Lesbarkeit und Fokussierung der Nibelungen-Festspiele zu erreichen, wurden bereits konkrete Pläne der nächsten 5 Jahre vorgestellt. Jedes Jahr wird ein anderer Autor den Uraufführungstext liefern und sich näher an den Ur-Stoff der Nibelungenerzählung heranbewegen. Im Jahr 2021 steht zudem das Thema "Martin Luther" im Vordergrund, da sich in diesem Jahr der Reichstag zu Worms zum 500. Mal jährt.

Die Geschäftsleitung sieht den Herausforderungen für das Geschäftsjahr 2018 zwar positiv entgegen, immer jedoch vor dem Hintergrund der unter Punkt 7 beschriebenen Risiken. Es werden alle Anstrengungen unternommen, um die geplanten Sponsoren- und Spendengelder zu realisieren sowie gleichzeitig die technischen und künstlerischen Budgetvorgaben einzuhalten. Aufgrund der beschriebenen Kostensteigerungen im technischen und infrastrukturellen Bereich, konnte die vom Stadtrat im Jahr 2014 für 5 Jahre festgelegte Zuschussobergrenze in Höhe von 1,5 Mio €, nur durch Ausschöpfung aller Einsparpotentiale in anderen Bereichen und der Erzielung von nicht planbaren Mehrerträgen bei den Kartenverkäufen, Sponsoring und Spenden eingehalten werden. In Anbetracht dieser bisherigen Kostenentwicklungen, zu erwartenden weiteren zukünftigen Preissteigerungen durch allgemeine inflationäre Effekte, wurde eine Anhebung der Zuschussobergrenze ab dem Jahr 2018 auf 1,7 Mio € als unabdingbar erachtet, um die Nibelungen-Festspiele mit ihren hohen künstlerischen und technischen Qualitätsmerkmalen weiterhin zu sichern. Der Stadtrat hat in seiner Sitzung vom 26.02.2018 dieser Erhöhung zugestimmt.

Worms, den 23.03.2018
Nibelungenfestpiele gGmbH der Stadt Worms
Sascha Kaiser (Geschäftsführer)

4.6 Eigen- und Regiebetriebe

4.6.1 Entsorgungs- und Baubetrieb der Stadt Worms

Allgemeines

Rechtsform: Eigenbetrieb

Gründung: 01.01.1991 **Satzungsdatum**: 01.10.1990

Wirtschaftsjahr: Kalenderjahr

Stammkapital am Ende des Wirtschaftsjahres 2017: 13.000.000,00 €

Veränderung im Berichtsjahr: keine



Gegenstand des Unternehmens / Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks

(§ 90 Abs. 2 Satz 2 Nr. 1 und Nr. 2 GemO)

1. Abwasserentsorgung

- Die Beratung der Bevölkerung, des Gewerbes und der Industrie in Fragen der Abwasservermeidung.
- Die Ableitung und unschädliche Beseitigung von Schmutz- und Regenwasser von den in der Stadt gelegenen Grundstücken.
- Die Ausführung der Allgemeinen Entwässerungssatzung und der Abwasserentgeltsatzung einschließlich des Erlasses der daraus notwendigen Verwaltungsakte.

2. Abfallentsorgung

- Die Beratung der Bevölkerung, des Gewerbes und der Industrie in Fragen der Abfallverwertung.
- Die Wiederverwertung von Abfällen.
- Die Entsorgung von Abfällen, soweit diese nicht über eine Eigengesellschaft der Stadt Worms entsorgt werden.
- Die Ausführung der Abfallentsorgungssatzung und der Abfallentsorgungsgebührensatzung einschließlich des Erlasses der daraus notwendigen Verwaltungsakte.

3. Straßenreinigung

- Die Reinigung öffentlicher Straßen in der Stadt Worms.
- Die Ausführung der Straßenreinigungssatzung einschließlich des Erlasses der daraus notwendigen Verwaltungsakte.

4. Baubetrieb

- Durchführung von Unterhaltungsmaßnahmen (Baubetriebshof).
- Die Unterhaltung der öffentlichen Verkehrsflächen in der Stadt Worms.
- Die Unterhaltung der öffentlichen Grünflächen in der Stadt Worms einschließlich der Spiel- und Sportplätze.
- Die Unterhaltung der Liegenschaften (Gebäude und Außenanlagen) der Stadt Worms und ihrer Gesellschaften sowie die Durchführung sonstiger technischer Leistungen.

5. Allgemein

- Der Eigenbetrieb kann alle seinen Betriebszweck fördernde und ihn wirtschaftlich berührende Geschäfte betreiben.
- Der Eigenbetrieb verfolgt keine Gewinnerzielungsabsicht.
- Dem Eigenbetrieb ist die Betriebsführung des Winterdienstes übertragen.

Der Gegenstand des Unternehmens ist eine nicht-wirtschaftliche Betätigung (§ 85 Abs. 3 GemO).

Beteiligungsverhältnisse

(§ 90 Abs. 2 Satz 2 Nr. 1 GemO)

Am Stammkapital des Unternehmens sind beteiligt:

• die Stadt Worms zu 100 %

Beteiligungen des Unternehmens:

- GML Gemeinschafts-Müllheizkraftwerk Ludwigshafen GmbH mit 5,89 %
- Entsorgungsgesellschaft Worms mbH mit 100 %

Besetzung der Organe im Geschäftsjahr 2017

(§ 90 Abs. 2 Satz 2 Nr. 1 GemO)

Aufsichtsorgane (lt. Satzung) 2017:

- Stadtrat
- Werksausschuss

Werksausschuss 2017:

• Vorsitzender: Hans-Joachim Kosubek (Bürgermeister der Stadt Worms)

Mandatsträger:

- Centmayer, Marcus bis 05.11.2017
- Fuhrmann, Willi
- Gros, Uwe
- Henkes, Karlheinz bis 09.05.2017
- Lauer, Kurt ab 06.11.2017
- Müsel, Hans-Jürgen
- Neureuther, Dr. Jürgen
- Nock, Johann
- Perl-Haag, Astrid
- Rißberger, Peter
- Sonek, Patricia ab 10.05.2017
- Uzatmaz, Serdar
- Wirth, Barbara

Vertreter:

- Büssow, Annelie
- Fischer, Monika
- Grünewald, Richard
- Hartmann, Marion
- Horst, Timo
- Kundel, Daniela
- Müller, Karl
- Radmacher, Dr. Uwe
- Weiler, Hans-Peter
- Werth, Dr. Klaus

Beratende Mitglieder:

• Becker, Ralf

- Curdes, Berthold
- Immel, Matthias
- Ohlendorf, Rainer

Vertreter:

- Kundel, Jürgen
- Mucha, Angelika
- Näpfel, Anja
- Rausch, Thomas

Werkleitung 2017:

- Werkdirektor: Alfred König (bis 31.08.2017)
- Technischer Werkleiter: Hans-Dieter Gugumus (ab 01.10.2017)
- Kaufmännischer Werkleiter: Andreas Oberhaus (ab 01.10.2017)

Personalentwicklung

2017 2016

Anzahl der Mitarbeiter 6 Beamte 8 Beamte (nach § 267 Abs. 5 HGB) 399 Beschäftigte 398 Beschäftigte

Laufende Gesamtbezüge der Geschäftsführung

(§ 90 Abs. 2 Satz 2 Nr. 3 GemO)

(Gesamtbezüge der Mitglieder der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates oder der entsprechenden Organe)

Gem. § 286 Abs. 4 HGB wird auf eine Nennung der Bezüge der Werkleitung verzichtet. Die Aufwendungen für den Werksausschuss belaufen sich auf 3.480,00 € im Jahr 2017.

Kapitalzuführungen/-entnahmen

(§ 90 Abs. 2 Satz 2 Nr. 3 GemO)

Kapitalzuführungen/-entnahmen sind nicht erfolgt.

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft der Stadt Worms

(§ 90 Abs. 2 Satz 2 Nr. 3 GemO)

Kapitalzuführungen durch die Stadt Worms in den letzten 3 Jahren:

2015 - 2017: 0,00 €

Gewinnabführungen an die Stadt Worms in den letzten 3 Jahren:

2015 - 2017: 0,00 €

Vom Unternehmen **gezahlte Steuern an die Stadt Worms** in den letzten 3 Jahren:

2017: 3.526,03 € 2016: 3.526,03 € 2015: 3.152,29 €

Vom Unternehmen gezahlten Konzessionsabgaben an die Stadt Worms in den letzten 3 Jahren:

2015 - 2017: 0,00 €

Vorliegen der Voraussetzungen des § 85 Abs. 1 GemO

(§ 90 Abs. 2 Satz 2 Nr. 4 GemO)

Die Gemeinde darf wirtschaftliche Unternehmen nur errichten, übernehmen oder wesentlich erweitern, wenn

- 1. **der öffentliche Zweck das Unternehmen rechtfertigt** (§ 85 Abs. 1 Nr.1 GemO): Die notwendigen Angaben erfolgten hierzu unter "Gegenstand des Unternehmens".
- 2. das Unternehmen nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zu der Leistungsfähigkeit der Gemeinde und dem voraussichtlichen Bedarf besteht. (§ 85 Abs. 1 Nr. 2 GemO): Die notwendigen Angaben erfolgten hierzu unter "Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft".
- 3. der öffentliche Zweck nicht ebenso gut und wirtschaftlich durch einen privaten Dritten erfüllt wird oder erfüllt werden kann.
- ✓ Im Berichtsjahr gab es keinen Anlass, die bisherige Bewertung zu ändern.

Bilanz zum 31.12.2017

AKTIVA	31.12.2017	31.12.2016
	EUR	EUR
A. Anlagevermögen	62.570.610,94	62.893.803,59
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	191.071,85	194.176,15
II. Sachanlagen	61.429.237,20	61.749.325,55
III. Finanzanlagen	950.301,89	950.301,89
B. Umlaufvermögen	21.342.959,87	19.323.700,75
I. Vorräte	448.383,26	501.988,89
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	16.069.149,75	16.446.329,29
III. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben		
bei Kreditinstituten und Schecks	4.825.426,86	2.375.382,57
C. Rechnungsabgrenzungsposten	60.902,15	54.562,71
Bilanzsumme	83.974.472,96	82.272.067,05
PASSIVA	31.12.2017	31.12.2016
	EUR	EUR
A. Eigenkapital	64.556.739,84	64.826.059,24
I. Stammkapital	13.000.000,00	13.000.000,00
II. Zweckgebundene Rücklagen	3.594.536,24	3.594.536,24
III. Allgemeine Rücklage	46.747.274,95	46.318.382,08
IV. Gewinnvortrag	1.484.248,05	1.640.638,48
V. Jahresgewinn/Jahresverlust	-269.319,40	272.502,44
B. Empfangene Ertragszuschüsse	4.674.801,10	4.690.668,18
B. Rückstellungen	9.155.102,86	6.960.375,71
C. Verbindlichkeiten	5.587.829,16	5.794.963,92
Bilanzsumme	83.974.472,96	82.272.067,05

Gewinn- und Verlustrechnung zum 31.12.2017

		31.12.2017	31.12.2016
		EUR	EUR
1.	Umsatzerlöse	36.135.818,83	35.472.745,80
2.	Andere aktivierte Eigenleistungen	54.725,43	46.959,59
3.	Sonstige betriebliche Erträge	476.564,76	446.689,56
4.	Materialaufwand		
a)	Aufwendungen für Hilfs- und Betriebsstoffe		
	für bezogene Waren	-2.686.652,47	-2.771.776,09
b)	Aufwendungen für bezogene Leistungen	-7.419.803,00	-6.748.958,96
5.	Personalaufwand		
a)	Löhne und Gehälter	-15.177.744,06	-15.138.704,56
b)	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Alters-		
	versorgung und Unterstützung	-5.318.954,04	-4.806.622,08
6.	Abschreibungen auf immaterielle Vermögens-		
	gegenstände des Anlagevermögens und Sach-		
	anlagen	-4.351.662,00	-4.391.221,53
7.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	-1.500.617,14	-1.468.797,48
8.	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	14.422,41	79.054,34
9.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-450.628,77	-402.636,49
10.	Ergebnis nach Steuern	-224.530,05	316.732,10
11.	Sonstige Steuern	-44.789,35	-44.229,66
12.	Jahresergebnis	-269.319,40	272.502,44

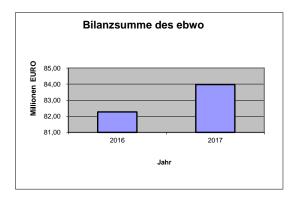
Kennzahlen zum 31.12.2017

Finanzkennzahlen	
EBITDA (in EUR)	4.563.338,31
	Jahresergebnis + Steueraufwand - Steuererträge +/- Finanzergebnis + außerordentliche Erträge + Abschreibungen auf das Anlagevermögen - Zulagen auf das Anlagevermögen
Wirtschaftlichkeit (in %)	100,43
(111 /0)	Ertrag (bzw. Leistung) : Aufwand (bzw. Kosten) x 100

Vermögenskennzahlen		
Eigenkapitalquote (in %)	76,88	
(in %)	(Eigenkapital x 100) : Gesamtkapital	
Fremdkapitalquote	23,12	
(in %)	(Fremdkapital x 100) : Gesamtkapital	
Personalkennzahl		
Personalaufwandsquote	55,98	
(in %)	Personalaufwand : Gesamtleistung x 100	

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2017

1. Geschäftsverlauf:



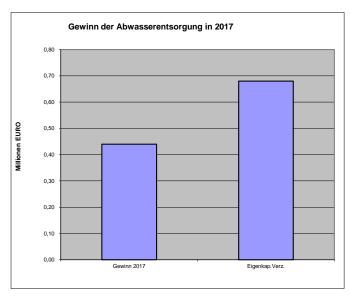
Der Gesamtbetrieb ebwo schließt das Jahr 2017 mit einem Jahresverlust von

269.319,40€

ab. Hierbei hat nur der Betriebszweig Abwasserentsorgung einen Gewinn erzielt. Die Betriebszweige Abfallentsorgung und Straßenreinigung weisen wie nachfolgend dargestellt jeweils einen Verlust aus. Der Baubetrieb weist ein ausgeglichenes Jahresergebnis aus. Dies kommt daher, weil die Stadt Worms in Höhe des Jahresverlustes einen Betriebskostenzuschuss zahlt.

Im Folgenden wird jeder Betriebszweig des ebwo gesondert behandelt.

Abwasserentsorgung



Der Gewinn der Abwasserentsorgung beträgt

443.377,88 €.

Die Eigenkapitalverzinsung gerechnet aus 1,6 % von 51.351.494,82 € beträgt 821.623,92 €. Hiervon ist der Anteil für die Straßenoberflächenentwässerung von 143.390,21 € in Abzug zu bringen. Für 2017 errechnet sich hiermit eine Eigenkapitalverzinsung von rd.

678.234,00 €.

Nach Abzug der Eigenkapitalverzinsung verbleibt ein **Jahresverlust** in Höhe von

234.856,12 €.

Beteiligungsbericht 2017 der Stadt Worms Entsorgungs- und Baubetrieb der Stadt Worms Seite 229 von 267

In der Kläranlage Worms wurden im Jahr 2017 insgesamt für die Stadt Worms und die angeschlossenen Umlandgemeinden 9.808.510 m³ Abwasser vollbiologisch gereinigt. Diese setzen sich aus 7.301.690 m³ Schmutzwasser und 2.506.820 m³ Oberflächenwasser zusammen. Der Fremdwasseranteil betrug hierbei 7,03 %.

Bei der Reinigung des Abwassers sind 8.757 Mg entwässerter Klärschlamm angefallen. Der Klärschlamm ist zu 100 % thermisch verwertet worden. Eine landwirtschaftliche Verwertung fand nicht statt. Das Zwischenlager wurde zum Jahresende bis auf eine kleine Restmenge geleert.

Die klärtechnischen Einrichtungen und die biologischen Verfahren arbeiteten im Berichtsjahr mit einer Ausnahme störungsfrei, so dass alle Grenzwerte der Erlaubnis zum Betrieb der Kläranlage im Normalbetrieb eingehalten werden konnten. Die von der Überwachungsbehörde durchgeführten Kontrollen ergaben keine Mängel bei der Betriebsführung, Eigenüberwachung und Reinigungsleistung.

Mit den beiden Blockheizkraftwerken wurden aus insgesamt 1.232.537 m³ produziertem Klärgas 2.718.502 kWh Strom erzeugt. Dies entspricht 78,59 % der in der Kläranlage verbrauchten Menge an elektrischer Energie von 3.459.263 kWh. Die Abwärme der Gasmotoren wurde soweit möglich zur Beheizung der Faulbehälter und der Gebäude verwendet.

Zukünftige Entwicklung

Die Abteilung 14 Kläranlage plant mit dem Neubau eines BHKW bis 2020 die Eigenversorgungsquote bei Strom und Wärme und die Notstromversorgungsmöglichkeiten der Kläranlage weiter zu verbessern. Die Sanierungen im Bestand sollen auch in 2018 weiter fortgeführt werden.

Chancen und Risiken Kläranlage

Ein Risiko für den Bereich Abwasser birgt die derzeitige Entwicklung im Bereich der Klärschlammentsorgung. Durch den Werkausschuss wurde der Empfehlung des Betriebes gefolgt keine landwirtschaftliche Verwertung mehr vorzunehmen. Für das kommende Jahr ist der derzeitige Entsorgungsweg gesichert. Durch eine ab 2019 laufende neue Ausschreibung wird mit einer Kostensteigerung im Bereich von ca. 60.000,00 € pro Jahr gerechnet.

Für die Erhaltung der Funktionsfähigkeit und Gewährleistung der erforderlichen Dichtheit des Kanalnetzes wurden im Jahr 2017 im Wesentlichen folgende Arbeiten ausgeführt:

- a) Unterhaltung
 - Reinigung des Kanalnetzes mit einer Gesamtlänge von ca. 375 km
 - Reparaturen an Kanalschächten
 - Reparaturen an Hausanschlussleitungen
 - Kanalinspektion (ca. 51 km Hauptkanäle sowie 133 Hausanschlussleitungen)
- b) Sanierung
 - Partielle Kanalauswechslung
 - Schlauchinliner
 - Partielle Hausanschlusserneuerung

Der gesamte Aufwand für Sanierungsmaßnahmen betrug im Jahr 2017 rund 784.177 € (im Vorjahr 592.517 €).

Beim Kanalbau wurden Maßnahmen u.a. in den Bereichen Seidenbenderstraße, Kantstraße, Carl-Schurz-Straße, Schlossergasse, Fischmarkt, Höhenstraße, Neubaugebiet "Südlich der Dalbergschule" realisiert. Darüber hinaus wurde im Rahmen des Projekts "Außengebietsentwässerung" in der Welschgasse ein Regenwasserkanal mit zwei Einlaufbauwerken hergestellt.

Für die gesamte Abwasserentsorgung wurden im Berichtsjahr rund 2.809.835 € in das Anlagevermögen investiert, die sich wie folgt verteilen:

- Erweiterungen des Kanalnetzes einschl. Schlauchrelining	rd.	2.454.924 €
- Investitionen in den Pumpwerken	rd.	28.259€
- Investitionen Kläranlage	rd.	157.297 €
- Betriebs- und Geschäftsausstattung	rd.	169.355 €

Für die Anlagen, die sich zurzeit noch im Bau befinden, wurden im Jahr 2017 rd. 1.101.801 € investiert. Im Wesentlichen sind dies folgende Maßnahmen:

- Gasreinigungsanlage Kläranlage	rd.	157.213 €
- Pflasterflächen Faultürme	rd.	93.090€
- Neue Toranlage Kläranlage	rd.	70.083 €
- Kanalerneuerungen	rd.	715.859€

Die begonnenen Maßnahmen werden im Jahr 2018 beendet. Die Investitionen wurden komplett aus den Abschreibungen (rd. 3.161.553 €) gedeckt.

Im Jahr 2017 wurden die zahlreichen im Vorjahr begonnenen Straßenausbaumaßnahmen (Am Wilden Birnbaum, Am Guten Brunnen, Knotenpunkt Mittelrheinstraße/Oberrheinstraße, Bebelstraße, Wollstraße, Fischmarkt) weitergeführt, die auch im Jahr 2017 vermehrte Hausanschlussreparaturen und -erneuerungen erforderlich machten.

Die Kanalanlage genügt den Forderungen des Generalentwässerungsplans, nach denen ein 5-jährliches Regenereignis im Kerngebiet und in Gewerbegebieten sowie ein 3-jährliches Regenereignis in den übrigen Gebieten schadlos abgeleitet werden muss. Das Wormser Kanalnetz hat jedoch bereits nachgewiesen, dass auch stärkere Regen schadlos abgeleitet werden können.

Die Genehmigung zur Durchführung weiterer Maßnahmen zur Fernhaltung von Außengebietswasser aus dem Kanalnetz des ebwo wurde gegen Jahresende 2016 erteilt. Die Planungen sind im Jahr 2017 zum Großteil erfolgt, aber müssen noch endgültig mit der SGD abgestimmt werden. Diese eigentlich städtische Aufgabe wurde auf den ebwo übertragen, da beim Betrieb aufgrund der Aufgabennähe zur Abwasserentsorgung die erforderliche fachliche Kompetenz vorhanden ist. Hinzu kommt, dass die Aufwendungen mit der Abwasserabgabe verrechnet werden können und so - in Verbindung mit einer Kostenerstattung - eine pekuniäre Mehrbelastung des ebwo bzw. der Gebührenzahler vermieden werden kann.

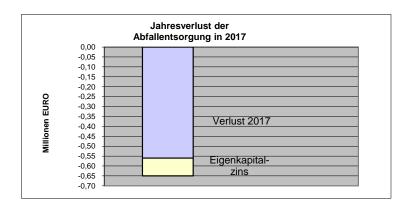
Die möglichst schadlose Ableitung von extremen Starkregen gilt als kommunale Gemeinschaftsaufgabe, da sich nicht allein der Kanal für die Ableitung von urbanen Sturzfluten verantwortlich zeigt. Das neu erschienene Merkblatt der DWA, M 119 "Risikomanagement in der kommunalen Überflutungsvorsorge - Analyse von Überflutungsgefährdungen und Schadenspotenzialen zur Bewertung von Überflutungsrisiken - Entwurf (Juli 2015)" fordert eine Überflutungsprüfung des gesamten Stadtgebietes. Der ebwo hat eine solche Prüfung beauftragt und ist somit seiner Verpflichtung nachgekommen. Erste Ergebnisse in Form von Starkregenkarten liegen vor und wurden Ende des Jahres 2017 im Werkausschuss und der breiten Öffentlichkeit am 02.12.2018 im "Wormser" ausführlich präsentiert.

Chancen und Risiken Entwässerung

Nach dem Wechsel auf der Stelle des Abteilungsleiters, der Erweiterung des Aufgabengebietes um die Themen Starkregenvorsorge und Außengebietsentwässerung sowie dem altersbedingten Ausscheiden eines Mitarbeiters, sind 2018 mind. zwei Ingenieur- und eine Technikerstelle neu zu besetzen. Aufgrund der momentanen Arbeitsmarktlage und den tariflichen Vergütungsmöglichkeiten des öffentlichen Dienstes ist zu befürchten, dass eine Stellenbesetzung mit ausreichend qualifizierten und erfahrenen Bewerbern vermutlich nur bedingt umzusetzen ist. Gelingt die Stellenbesetzung allerdings wie geplant, bieten sich Möglichkeiten zusätzliches

Fachwissen im Betrieb zu etablieren und die gewachsenen Aufgabenzuschnitte neu zu strukturieren und dadurch zu optimieren.

Abfallentsorgung



Der Jahresverlust der Abfallentsorgung beträgt

-563.465,29 €.

Die Eigenkapitalverzinsung gerechnet aus 1,6 % von 5.246.623,84 € beträgt rd. 83.946,00 €. Nach Hinzurechnung der Eigenkapitalverzinsung erhöht sich somit der Jahresverlust auf

-647.411,29 €.

Auch im Jahr 2017 gab es in der Abfallabfuhr keine nennenswerten Änderungen in der Sammellogistik. Die Sammelmengen für Restabfall und Hausrat bewegten sich auf nahezu unverändertem Niveau der letzten Jahre. Lediglich im Bereich Bioabfall sind die Sammelmengen nach einem "Zwischenhoch" 2016 um rund 500 Mg (~8%) gesunken.

Der seit Oktober 2015 praktizierte Umschlag der Bioabfälle im ehemaligen Biokompostwerk in Grünstadt wird seit 2017 im Rahmen einer Zweckvereinbarung durch den Landkreis Bad-Dürkheim betrieben und funktioniert reibungslos. Die Verwertung findet bei der ZAK (Zentrale Abfallwirtschaft Kaiserslautern) in einem kombinierten Vergärungs- und Kompostierungsprozess statt. Aufgrund neuer Grenzwerte für Störstoffe im Kompost wurde die Anlage technisch aufgerüstet um mehr Kunststoffe und Glas aus dem Stoffstrom auszusortieren.

Negativ auf das Jahresergebnis haben sich unter anderem zwei Faktoren ausgewirkt: Zum einen waren das die gestiegenen Entsorgungskosten für Altholz und zum anderen die überdurchschnittlichen Ausfälle von Fahrzeugen, die die Mietkosten für Ersatzfahrzeuge sowie die Reparaturkosten in die Höhe getrieben haben.

AWH: Die Anlieferungsmengen auf dem Wertstoffhof Bobenheimer Straße liegen wie in den Vorjahren auf einem hohen Niveau. Die Anlage wird unverändert gut frequentiert und das 2015 eingerichtete Spendenregal, in dem Kunden wiederverwendbare Gegenstände für das Gebrauchtwarenkaufhaus der Caritas spenden können, wird ebenfalls gut angenommen. Spürbar ist, dass in den angrenzenden Landkreisen das Angebot der jeweiligen Wertstoffhöfe deutlich eingeschränkter ist. Daraus resultierend erfolgen offensichtlich auch Anlieferungen von Personen, die außerhalb des Stadtgebietes der Stadt Worms angesiedelt sind.

BSD: Die Bauschuttdeponie Worms-Nord steht in Konkurrenz zu Deponien in Ludwigshafen und Heßheim. Wegen der vergleichsweise hohen Abfallentsorgungsgebühren auf der BSD schöpfen die benachbarten Deponien nach wie vor den überwiegenden Teil der in der Region anfallenden mineralischen Abfälle ab. Allerdings hat sich die Preisdifferenz in den vergangenen Jahren verringert und aufgrund des rückläufigen Deponieraums in Rheinland-Pfalz und den angrenzenden Bundesländern, nehmen ernstzunehmende Anfragen nach Ablagerungskontingenten in der BSD zu.

Da das Verfüllvolumen des derzeitigen Deponieabschnittes bald aufgebraucht ist, wurde 2016 die Vorplanung für den weiteren Deponieausbau an ein Ingenieurbüro vergeben.

Die seit mehreren Jahren angesammelten recyclingfähigen mineralischen Abfälle wurden 2016 aufbereitet und in verschiedene Sieblinien getrennt. Die gröbste Fraktion (0/45) konnte direkt über den Aufbereiter vermarktet werden, die Fraktionen "Vorsieb" und "0/32" stehen der Kanalunterhaltung für Baumaßnahmen und für den weiteren Ausbau der Deponie zur Verfügung.

Im Jahr 2017 wurde eine Halbtagskraft für das Sortieren von werthaltigen Abfällen und für das Aussortieren von Störstoffen auf dem Deponiegelände eingestellt.

GAKA: Die Grünabfallkompostanlage arbeitet seit der Übernahme der Grünabfälle des Wormser Friedhofs und der Fusion zwischen Baubetrieb und Entsorgungsbetrieb an der Kapazitätsgrenze. Die Planung für die Erweiterung der Anlage wurde 2016 in Auftrag gegeben. Im Dezember 2017 erfolgten erste Vorbereitungsarbeiten. Absatzprobleme für den produzierten Kompost sowie die Entsorgung des Siebüberlaufs gab es in 2017 nicht.

Investitionen

Größere Investition gab es in ein Tonnentausch- und ein Abfallsammelfahrzeug (~ 290.000 €) die bereits 2016 bestellt wurden. Weiterhin wurden ein weiteres Abfallsammelfahrzeug (~233.000 €) sowie ein Absetzkipper (~117.000 €) bestellt. Die Auslieferung erfolgt jedoch erst in 2018.

Chancen und Risiken Abfallentsorgung

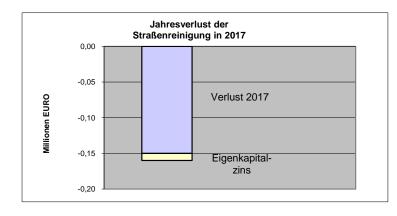
Aufgrund der Verabschiedung des Verpackungsgesetzes ist 2018 eine neue Abstimmungsvereinbarung mit den Dualen Systemen zu schließen. Darin wird die zukünftige Sammellogistik für Wertstoffe aus gebrauchten Verkaufsverpackungen festgelegt.

Für das Müllheizkraftwerk in Ludwigshafen stehen mit dem Projekt "Ignis", das den Neubau von zwei und die Sanierung eines der vorhandenen Verbrennungskessel beinhaltet, in den kommenden Jahren erhebliche Investitionen an (bis zu 90 Mio €). Dazu haben die Gesellschafter eine Konsortialvereinbarung abgeschlossen, mit der Sie gemeinsam die Finanzierung absichern. Trotz der hohen Investitionssumme soll der Verbrennungspreis stabil bleiben.

Geprüft wird derzeit, ob die Stadt Worms im Auftrag der GML ein Ballenzwischenlager für Restabfälle auf dem Gelände der Kläranlage einrichtet, um während der Revisionszeiten des Müllheizkraftwerkes Restabfälle zwischenzulagern, die der Anlage im Winter wieder zugeführt werden.

Aufgrund der Neuanschaffungen im Fuhrpark ist zu erwarten, dass auch die Kosten für Reparaturen und Mietfahrzeuge 2018 wieder deutlich sinken.

Straßenreinigung



Der **Jahresverlust** der Straßenreinigung beträgt

-149.231,99 €.

Die Eigenkapitalverzinsung gerechnet aus 1,6 % von 214.969,08 € beträgt rd.

3.440,00 €.

Nach Hinzurechnung der Eigenkapitalverzinsung erhöht sich somit der **Jahresver- lust** auf

-152.671,99 €.

In der Straßenreinigung wurde 2017 die Neukonzeption umgesetzt. Dazu wurden neben den Mitarbeitern der Innnenstadtkolonne vier weitere Trupps gebildet, die, jeweils geführt von einem Vorarbeiter in ihrem Bezirk –

verstärkt bedarfsorientiert - die Straßenreinigung erledigen. Der Aufgabenzuschnitt hat sich dabei nicht geändert. Nach wie vor werden auch Straßenreiniger als Springer in der Müllabfuhr eingesetzt und ein mobiler Einsatztrupp "Sauberes Worms" entsorgt kurzfristig illegale Abfallablagerungen.

Für die Unkrautbekämpfung stehen erstmals handgeführte Geräte mit vernünftiger Flächenleistung zur Verfügung, die die Defizite der vergangenen Jahre etwas reduzieren. Dennoch ist zu erwarten, dass die Leistungsdefizite der Straßenreinigung unter anderem auch aufgrund der Vielzahl der nur eingeschränkt einsetzbaren Mitarbeiter und des hohen Krankenstandes nicht vollständig abgebaut werden können.

Die erhoffte Verbesserung der Situation durch die Neukonzeption der Straßenreinigung und die Einstellung eines neuen Teamleiters für die Straßenreinigung ist noch nicht im erwarteten Umfang eingetreten.

Investitionen

Im Zuge der Neukonzeption wurde in vier neue Transporter und einen Materialcontainer für jeden der Trupps investiert. Die Umrüstung auf elektrisch betriebene Arbeitsgeräte (Laubbläser) um die Schadstoff- und Lärmbelastung für Mitarbeiter und Bürger zu reduzieren wurde vorangetrieben.

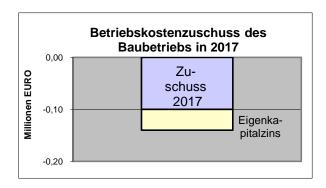
Darüber hinaus wurden eine Kompaktkehrmaschine (2 m³) angeschafft. Eine neue Großkehrmaschinen (4 m³) wurde bestellt; die Lieferung erfolgt in 2018.

Bei dem personalintensiven Betriebszweig der Straßenreinigung wirken sich Erhöhungen der Personalkosten besonders auf das Ergebnis aus. Aufgrund der Personalkostenentwicklung der letzten Jahre und dem Umstand, dass die Rücklagen durch die Ergebnisse der vergangenen Jahre nunmehr aufgebraucht sind, erfolgte zum 01.01.2018 eine Erhöhung der Straßenreinigungsgebühr linear um 15 %. Hierdurch ist – bei gleichbleibenden Rahmenbedingungen – eine Gebührenstabilität für die kommenden Jahre sichergestellt.

Chancen und Risiken Straßenreinigung

2018 soll die Straßenreinigungssatzung überarbeitet und den aktuellen Erfordernissen angepasst werden. Ziel ist es darüber hinaus die Straßenreinigung zukünftig mehr hin zur Stadtbildpflege zu entwickeln.

Baubetrieb



Der Baubetrieb weist zum 31.12.2017 ein ausgeglichenes Jahresergebnis aus. Dies ist dem Umstand geschuldet, dassl durch die Stadt Worms ein Betriebskostenzuschuss gezahlt wird. Dieser beträgt für 2017

99.763,07 €.

Die Eigenkapitalverzinsung gerechnet aus 1,6 % von 2.208.332,73 € beträgt rd.

35.333,00 €. Auch dieser Betrag konnte nicht erwirtschaftet werden.

Zum 01.01.2006 erfolgte die Zusammenführung des Baubetriebs mit dem Entsorgungsbetrieb zum Entsorgungs- und Baubetrieb der Stadt Worms unter Berücksichtigung betriebswirtschaftlicher, sozialer und ökologischer Aspekte. Die rund 200 Mitarbeiter sind in den Gewerken Elektrotechnik, Grüntechnik, Maler, Maurer, Sanitär/Heizung/Klimatechnik, Schlosser, Schreiner, Straßenbau und Veranstaltungsservice sowie der Stadt-

gärtnerei organisiert. Das Aufgabenportfolio umfasst die Instandhaltung bzw. Unterhaltung der Liegenschaften, Straßen und Grünflächen der Stadt Worms sowie die Erbringung von Dienstleistungen bei kulturellen Veranstaltungen im Stadtgebiet.

Die "neue" Stadtgärtnerei in Herrnsheim ist nun seit geraumer Zeit in Betrieb. Durch modernere Produktionsmittel ergaben sich Produktivitätssteigerungen. Zur nachhaltigen und fortwährenden Nutzung der Einrichtung und Produktionsmittel sind Investitionen im 6stelligen Bereich notwendig. Insbesondere die Elektroinstallation wurde bei der sicherheitstechnischen Begehung bemängelt und ist im Jahr 2018 zu modernisieren.

Im Jahr 2016 wurden Neuorganisationen in Kolonnen der Grüntechnik probeweise durchgeführt, welche nach positivem Beginn auch im Jahr 2017 als erfolgreich zu bewerten sind.

Solche Maßnahmen sind ein wichtiger Beleg für die potentielle Leistungsfähigkeit in diesem Bereich. Die hier gewonnenen Erfahrungen sind für eine Weiterentwicklung des Gewerkes relevant und sollen in den nächsten Jahren auch im Zuge von Personalveränderungen sowie insbesondere dem altersbedingt anstehenden Führungswechsel auf Meisterebene eines Pflegebezirks mit der Zielsetzung weiterer Verbesserungen zum Einsatz kommen.

Die weitere Optimierung von Verwaltungsvorgängen und kaufmännischen Abläufen in 2016 wirken sich weiterhin positiv aus. Die erstmals im September 2016 erfolgswirksam gewordene Zielvereinbarung wurde für 2017 modifiziert und neuerlich mit der Zielsetzung der Optimierung von Standards abgeschlossen. Nicht zuletzt hat dieses Führungsinstrument zur Verbesserung der Ergebnisse von 2016 und 2017 beigetragen und kann als Erfolg betrachtet werden.

Eine weitere positive Wendung konnte im Jahr 2017 im Gewerk der Schreinerwerkstatt erzielt werden. Veränderungen nach dem Wechsel der Gewerksleitung vor 2 Jahren führten nun zu dem erhofften besseren Ergebnis.

Eine weitere relevante Veränderung fand im Gewerk Sanitär-, Heizungs- und Klimatechnik statt. Nach dem Austritt eines Gesellen sowie des bisherigen Meisters und dem – die Funktion des Stellvertretenden Meisters ausübenden - Vorarbeiters, verschlechterte sich zunächst die Entwicklung des Gewerks. Die daraus resultierenden Belastungen schlugen im Jahr 2017 negativ zu Buche. Nach der Entscheidung des Betriebes, sollen künftig zwei Meister mehr fachliche Kompetenz einbringen, um mit weiteren Gesellen mehr Aufträge generieren zu können. Damit im Sinne der Auftraggeber die Aufträge auch zeitnah und optimal erfüllt werden. In Folge dessen sind die Weichen für eine positive künftige Entwicklung des Gewerkes wieder hergestellt.

Bereits 2017 wurde beschlossen, das Gewerk der Schlosser im Jahr 2018 auf dem Gelände der Abt. 14 Kläranlage anzusiedeln, da dort ebenfalls eine entsprechende Werkstatt für Instandhaltungen und Schweißarbeiten vorhanden ist. Dadurch eröffnet sich ein Einsparungspotential, da die somit obsolet werdende Schlosserwerkstatt der Abt. Baubetrieb bei den letzten sicherheitstechnischen Begehungen bemängelt wurde und nur mit unverhältnismäßig großem Aufwand gemäß den Bedingungen des zeitgemäßen Arbeitsschutzes umzurüsten wäre. Weitere positive Effekte können durch Synergien bei den Arbeitsmitteln entstehen, wobei der Aufwand für Personal, Unterhaltung und Investitionen auch künftig aus rechtlichen Gründen strikt zu trennen sind.

Investitionen erfolgten überwiegend in Fahrzeuge (~275.000 €) und Maschinen & Geräte (~157.000 €). Die Finanzierung erfolgte durch Abschreibungen (~488.000 €) und liquide Mittel.

Chancen und Risiken im Baubetrieb

Neben den bereits oben aufgeführten Szenarien wird die auch künftig eine große Herausforderung darin bestehen, den Betriebszweig unter den gegebenen Rahmenbedingungen zu einem leistungsfähigen und kostendeckenden Dienstleistungsbereich zu entwickeln. Die bisherigen Ergebnisse – insbesondere das deutlich niedrigere Defizit des Jahres 2017 – lassen erkennen, dass das Erreichen des o.g. Zieles dennoch möglich ist. Hierin

liegt gleichzeitig die Chance, nämlich wettbewerbsfähige Dienstleistungen für die auftraggebenden Bereiche des Konzerns Stadt Worms zu erbringen, somit Arbeitsplätze dauerhaft zu sichern und gleichzeitig nicht mehr defizitär, sondern mindestens kostendeckend zu arbeiten, was sich auch positiv auf den Haushalt der Stadt Worms auswirkt.

Ein Beispiel für die Leistungsfähigkeit dieses Betriebszweiges kann im Zuge des im Juni 2018 in Worms stattfindenden Rheinland-Pfalz-Tages gegeben werden. Der Baubetrieb wird hier vermehrt gefordert, da hier zusätzlich zu den üblicherweise anfallenden Arbeiten und stattfindenden Veranstaltungen Aufträge auszuführen sind, die unmittelbare Auswirkung auf die Außenwirkung der Stadt und des Betriebes haben werden.

Nebenbetriebe

Die Kfz-Werkstatt ist verantwortlich für die Instandhaltung der Vielzahl der im ebwo und den anderen Bereichen der Stadt Worms eingesetzten Fahrzeuge und Geräte und erledigt diese Aufgabe in kontinuierlicher Qualität. Darüber hinaus werden die Mitarbeiter der Kfz-Werkstatt zur Abdeckung von Arbeitsspitzen in anderen Arbeitsbereichen (Winterdienst, Fahrer) eingesetzt.

2017 wurde ein neuer Meister eingesetzt mit dem sich für den ebwo nun auch die Möglichkeit der Ausbildung zum Land- und Baumaschinenmechatroniker bietet.

Dem ebwo wurde im Wege des Betriebsführungsauftrages die federführende Durchführung des Winterdienstes und die daraus resultierende Verantwortung der Verkehrssicherungspflicht übertragen.

Um der Aufgabe gerecht zu werden, sind jederzeit Mitarbeiter, Material, Fahrzeuge und Winterdienstgeräte einsetzbar vorzuhalten. Darüber hinaus ist der ebwo für die Organisation und Einsatzleitung verantwortlich. Aufgrund der milden Witterung hielt sich die Anzahl der Einsätze 2017 im Vergleich zum langjährigen Mittel erneut sehr in Grenzen.

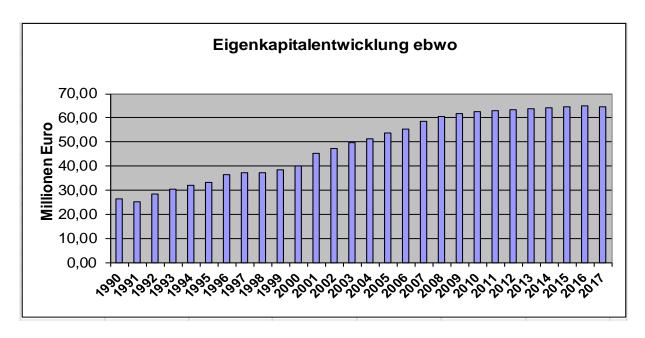
Chancen und Risiken

Zurzeit steht eine Kooperation mit einem Anbieter von Elektrofahrzeugen zur Diskussion, für den der ebwo als Servicewerkstatt fungieren soll. Dabei handelt es sich um Fahrzeuge, die auch beim ebwo eingesetzt werden sollen. Durch diese Aktivität kann Fachwissen in der Werkstatt erlangt und durch vermehrte praktische Erfahrung ergänzt werden; noch dazu auf einem Antriebssektor, der künftig mehr an Bedeutung erlangen wird. Unabhängig davon werden 2018 bereits mehrere Werkstattmitarbeiter eine Zusatzqualifikation für Arbeiten an elektrisch betriebenen Fahrzeugen erlangen.

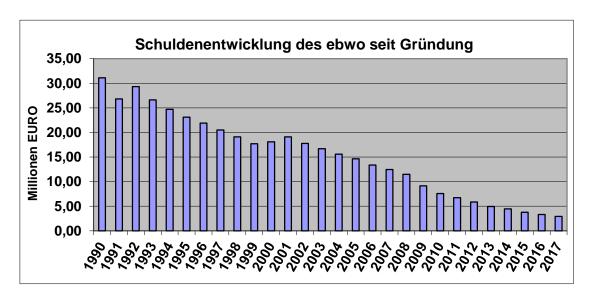
2. Vermögens-, Finanz- und Ertragslage:

Die Bilanzsumme des ebwo beläuft sich für 2017 auf 84,0 Mio. €, gegenüber 82,3 Mio. € im Vorjahr. Das Eigenkapital beträgt zum 31.12.2017 insgesamt 64,6 Mio. €. Die Eigenkapitalquote ist gegenüber dem Vorjahr (78,80 %) um 1,92 % auf 76,88 % gesunken. Im Wirtschaftsjahr 2017 wird ein Jahresverlust in Höhe von -269.319,40 € (Vorjahr, Jahresgewinn +272.502,44 €) ausgewiesen. Ursprünglich wurde im Wirtschaftsplan 2017 ein höherer Jahresverlust in Höhe von 504.000,00 € prognostiziert. Die Bilanz-Summe ist gestiegen, da im Wesentlichen auf der Aktiv-Seite sich die liquiden Mittel erhöht haben. Die vorhandenen liquiden Mittel wurden wie in 2016 nicht mehr bei den Banken angelegt (-0,40 % Strafzinsen), sondern bei der Stadt Worms. Gleichzeitig haben auf der Passiv-Seite die Rückstellungen zugenommen.

Die Eigenkapitalentwicklung des ebwo seit 1990:



Im Jahr 2017 wurde in das Anlagevermögen des ebwo 4.065.694,55 € (im Vorjahr 1.725 Mio. €) investiert. Die Investitionen wurden vollständig aus den erwirtschafteten Abschreibungen (4.351.662,00 €) finanziert. In den vorangegangenen Einzelberichten wurden die größeren Investitionen bereits aufgeführt. Darlehen mussten keine aufgenommen werden. Dadurch war es möglich, den Schuldenabbau planmäßig fortzusetzen. Zum 31.12.2017 beträgt die Darlehenssumme 2.921.889,35 € (Vorjahr 3.336.245,72 €). Aus der nachfolgenden Grafik ist die Schuldenentwicklung des ebwo seit seiner Gründung zu entnehmen.



Die Liquiditätssituation und die finanzielle Entwicklung des ebwo entwickelte sich im Vergleich zum Vorjahr weiter positiv. Für 2017 ist der Finanzmittelbestand um rd. 2.650 T€ angestiegen. Am 31.12.2017 beträgt der Finanzmittelbestand rd. 17.825 T€ (Vorjahr (15.175 T€).

Kapitalflussrechnung	2017	2016	Auswirkung
-	TEUR	TEUR	TEUR
Jahresüberschuss+/Jahresfehlbetrag-	-269	272	-541
zuzüglich liquiditätsneutraler Aufwendungen	-209	212	-041
- Abschreibungen und Abgänge	4.352	4.425	-73
- Zuschreibungen	0	0	0
- Erhöhung/Verminderung der Rückstellungen	2.195	-2.018	4.213
abzüglich liquiditätsneutraler Erträge			
abzüglich Verlustausgleich Baubetrieb	-100	-185	85
- Auflösungen und Abgänge Sonderposten	78	59	19
<u>-</u>			
= Cashflow	6.256	2.553	3.703
+ Veränderung der kurzfristigen Forderungen			
(ohne Barmittel)	577	868	-291
+ Veränderung der kurzfristigen Verbindlichkeiten			
(ohne Rückstellungen und ohne kurzfristige	007	4.070	074
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten)	207	1.078	-871
= Mittelzufluss aus laufender Geschäftstätigkeit	7.040	4.499	2.541
Erhaltene Zuschüsse für Investitionen	0	0	0
Auszahlungen für Investitionen	-4.066	-1.725	-2.341
= Mittelabfluss aus der Investitionstätigkeit	-4.066	-1.725	-2.341
Betriebskostenzuschuss Baubetrieb	100	185	85
Aufnahme von Darlehen	0	0	0
Tilgung von Darlehen	-424	-455	-31
= Mittelabfluss aus der Finanzierungstätigkeit	-324	-270	-54
= Zahlungswirksame Veränderung des			
Finanzmittelbestandes	2.650	2.504	146
+ Finanzmittelbestand am Anfang der Periode	15.175	12.671	2.504
- I manifernition bootains and American grade in Chicago	10.170	12.011	2.004
= Finanzmittelbestand am Ende der Periode	17.825	15.175	2.650

Ertragslage

Im Wirtschaftsjahr 2017 weist der ebwo einen Jahresverlust von -269.319,40 € (im Vorjahr +272.502,44 €) aus. Geplant wurde jedoch ein wesentlich höherer Verlust in Höhe von -504.000,00 €. Gegenüber dem Vorjahr bedeutet dies eine Verschlechterung von 541.821,84 €. Hierbei erzielte nur der Betriebszweig Abwasserentsorgung einen Jahresgewinn. Die Betriebszweige Abfallentsorgung und Straßenreinigung erwirtschafteten wie erwartet Verluste. Diese Verluste sind durch Rücklagen abgedeckt. Der Baubetrieb weist ein ausgeglichenes Jahresergebnis aus. Dies ist möglich, weil die Stadt Worms anstelle eines Verlustausgleiches nun einen Betriebskostenzuschuss zahlt.

Für die Betriebszweige ergibt sich somit folgende Gegenüberstellung:

	541.821,84 €			
	-	Insgesamt	<u>-269.319,40 €</u>	<u>272.502,44 €</u> -
•	Baubetrieb	0,00 €	0,00€	0,00€
•	Straßenreinigung	-149.231,99 €	-161.520,71€	+12.288,72 €
•	Abfallentsorgung	-563.465,29 €	-156.390,43 €	-407.074,86 €
•	Abwasserentsorgung	443.377,88 €	590.413,58€	-147.035,70€
		2017	2016	Veränderung

Die Ertragslage der **Abwasserentsorgung** hat sich gegenüber dem Vorjahr um rd. -147 T€ verschlechtert. Dabei sind die Aufwendungen (+356 T€) und die Erträge (+209 T€) angestiegen. Ursächlich verantwortlich für die Kostensteigerungen sind die Abteilungen Kläranlage und Entwässerung. Im Wirtschaftsjahr 2017 war es nicht mehr möglich den Klärschlamm teilweise landwirtschaftlich auszubringen. Eine Entsorgung konnte nur noch über die etwas teurere Verbrennungsanlage der BASF erfolgen. In der Entwässerung führten zusätzliche Sanierungsmaßnahmen am Kanalnetz gleichermaßen zu Mehrausgaben. Auf der Ertragsseite nahmen insbesondere die Umsatzerlöse zu, da auf Grund schlechterer Abwasserwerte die Umlandgemeinden im Vergleich zum Vorjahr ein höheres Nutzungsentgelt zu zahlen hatten.

Die Abfallentsorgung schneidet im Vergleich zum Vorjahr mit einer Ergebnisverschlechterung in Höhe von - 407 T€ ab. Dieses Resultat hat verschiedene Gründe. Zum einen sind die Personalaufwendungen (+316 T€) und die Entsorgungskosten für Altholz (+64 T€) weiter angestiegen. Zum anderen musste dieses Jahr für den Fuhrpark deutlich mehr ausgegeben werden (+176 T€) als erwartet. Alles zusammenfassend, sind somit im Vergleich zum Vorjahr Mehrkosten in Höhe von rd. +600 T€ angefallen. Andererseits konnten wiederum aber auch höhere Erträge generiert +193 T€ werden. So sind die Ist-Einnahmen aus Hausmüllgebühren und aus sonstigen Abfallgebühren weiter angestiegen. Zudem konnte die GML (Gemeinschafts-Müllheizkraftwerk Ludwigshafen GmbH) wieder einen Teil der Vorjahresumlage an den ebwo zurückerstatten.

Der Betriebszweig **Straßenreinigung** erwirtschaftete wie erwartet einen Jahresverlust in Höhe von -149 T€. Im Vergleich zum Vorjahr ergibt sich hierbei eine leichte Ergebnisverbesserung in Höhe von rd. 12 T€. Dies kommt überwiegend daher, weil die Instandhaltungskosten des Fuhrparks etwas zurückgegangen sind.

Der Betriebszweig **Baubetrieb** erreicht ein ausgeglichenes Ergebnis. Wie im Vorjahr wurde der Verlustausgleich, in Form eines Betriebskostenzuschusses, im betroffenen Wirtschaftsjahr gebucht, was optisch zu einem neutralen Jahresergebnis führt. Das um den genannten Betriebskostenzuschuss bereinigte Jahresergebnis beträgt für 2017 rd. -100 T€ (im Vorjahr-185 T€). Damit ist das Defizit im Vergleich zum Vorjahr um rd. 85 T€ gesunken. Den im Jahresvergleich leicht gesunkenen Einsatzkosten für die Erstellung von Leistungen (-28 T€), stehen deutlich gestiegene Erträge (+57 T€) gegenüber.

3. Zukünftige Entwicklung:

Für das Jahr 2018 wurde vom Entsorgungs- und Baubetrieb der Stadt Worms ein Wirtschaftsplan, der u. a. den Erfolgsplan und den Vermögensplan enthält, erstellt. Der Wirtschaftsplan wurde dem Werkausschuss in seiner Sitzung am 24.10.2017 vorgelegt und einstimmig beschlossen. Aus dem Erfolgsplan errechnet sich für den Entsorgungs- und Baubetrieb der Stadt Worms ein konsolidierter Jahresverlust von 570.000,00 €, der sich wie folgt auf die einzelnen Betriebszweige verteilt:

Abwasserentsorgung	Gewinn	100.000,00€
Abfallentsorgung	Verlust	-550.000,00€
Straßenreinigung	Verlust	-120.000,00€
Baubetrieb	ausgeglichenes (Ergebnis 0,00 €.

Für die Planungen des Jahres 2018 wurden in erster Linie die Werte des Wirtschaftsplans 2017 übernommen und soweit dies notwendig war, die Mittelansätze angepasst. Es wird erwartet, dass die Erträge um 556.500,00 € und die Aufwendungen um 622.500,00 € steigen. Dadurch errechnet sich gegenüber dem Wirtschaftsplan 2017 insgesamt eine Verschlechterung in Höhe von 66.000,00 €.

Die eingeplante Steigerung der **Ertragsseite** betreffen alle Betriebszweige des ebwo. Bei der Abwasserentsorgung und der Abfallentsorgung wurden überwiegend höhere Gebührenerträge aufgrund gestiegener Ist-Einnahmen veranschlagt. Im Baubetrieb konnte planmäßig eine weitere Erhöhung der Dienstleistungsentgelte und Leistungsverzeichnisse berücksichtigt werden. Dies ist notwendig, um die erwarteten Steigerungen der Personalkosten kompensieren zu können. Die planmäßige Erhöhung der Stundenverrechnungssätze um 1,00 €/Stunde (ab 01.01.2018) wurde mit dem Bereich 2 - Finanzen (Stadt Worms) abgestimmt. Für den Betriebszweig Straßenreinigung mussten die Straßenreinigungsgebühren planmäßig nach oben angepasst werden. Aus diesem Grund wurde eine Gebührenerhöhung in Höhe von 9% vorgesehen. Allerdings haben mittlerweile die politischen Gremien einer Erhöhung von 15 % (ab dem 01.01.2018) zugestimmt.

Auf der Ausgabenseite wurden im Wesentlichen höhere Kosten für Personalaufwendungen vorgesehen (+523.700,00 €). Der Personalaufwand wurde unter Berücksichtigung von Stellenbesetzungen, Stufensteigerungen und auf Grund einer geschätzten Tariflohnerhöhung von 2,5 % neu berechnet. Sollte jedoch die Gewerkschaft Verdi und Komba ihre aktuelle Tariflohnforderung von 6% durchsetzen, so würden die Personalkosten weiter ansteigen. Eine weitere Erhöhung um 3,5% würde die geplanten Jahresergebnisse weiter verschlechtern und somit auch die städtische Ausgleichszahlung für den Baubetrieb erhöhen.

Die geplanten Verluste der Abfallentsorgung und Straßenreinigung sind durch Rücklagen gedeckt. Für den Baubetrieb wird von der Stadt Worms ein Betriebskostenzuschuss (550.000,00 €) in Höhe des Jahresverlustes gezahlt.

Im Vermögensplan 2018 sind Investitionen in Höhe von insgesamt 15.811.400,00 € vorgesehen. Davon entfallen auf die Abwasserentsorgung (7.885.000,00 €), die Abfallentsorgung (1.377.000,00 €), die Straßenreinigung (230.000,00 €), die Nebenbetriebe (65.000,00 €), den Baubetrieb (944.400,00 €) und die Gemeinsamen Anlagen (5.310.000,00 €). Auf der Ausgabenseite sind außerdem die Auflösung der Ertragszuschüsse und langfristigen Rückstellungen 356.000,00 €, die Jahresverluste der Abfallentsorgung und der Straßenreinigung 670.000,00 € sowie die Tilgung der Kredite 398.700,00 € veranschlagt.

Als Finanzierungsmittel stehen u. a. die Abschreibungen mit 4.342.400,00 € zur Verfügung. Die Ertrags- und Kapitalzuschüsse machen eine Summe von 1.321.400,00 € aus, während die Zuführungen zu den langfristigen Rückstellungen 575.700,00 € betragen. Die Investitionen können unter Inanspruchnahme des Gewinns der Abwasserentsorgung in Höhe von 100.000,00 € und liquider Mittel in Höhe von 6.896.600,00 € durchgeführt werden Zusätzlich müssen Kredite in Höhe von 4.000.000,00 € aufgenommen werden.

4. Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

Der ebwo hat vor 18 Jahren ein Risikofrüherkennungssystem eingeführt und seitdem weiterentwickelt. Risiken, die für den ebwo als bestandsgefährdend oder wichtig definiert werden, werden halbjährlich von den Risikoverantwortlichen überprüft und im Bedarfsfall neu bewertet. Der Beauftragte für das Risikomanagement koordiniert die Risikoabfrage, fasst sie zusammen und meldet sie an die kaufmännische Werkleitung. Auf diese Weise wird sichergestellt, dass der ebwo die aktuelle Risikosituation aktiv gestaltet.

Insgesamt sind 33 Risiken dokumentiert. Davon werden 13 Risiken als bestandsgefährdend angesehen. Darunter sind Risiken wie die Konkurrenz durch private Anbieter beim Containerdienst oder bei der Müllabfuhr, Schadstoffverunreinigungen bei Anlieferungen auf der Bauschuttdeponie oder der Kompostanlage, sinkende Anlieferungsmengen, Schadensereignisse oder außergewöhnliche finanzielle Belastungen.

Bei allen bestandsgefährdenden Risiken müssen Ist- bzw. Soll-Gegenmaßnahmen definiert werden. Damit soll sichergestellt werden, dass Risiken gesteuert werden und eine positive Weiterentwicklung des ebwo gefördert wird.

Abteilungsübergreifende Entwicklungen

Neuorganisation der Werkleitung

Der bisherige Werkleiter Alfred König wurde Ende August 2017 in den Ruhestand verabschiedet. Bereits im Vorfeld wurde von der in der Betriebssatzung des ebwo enthaltenen Option Gebrauch gemacht, die Werkleitung auf zwei Werkleiter zu verteilen bzw. in einen technischen und einen kaufmännischen Bereich zu gliedern. Diese Neuerung in der Führungsstruktur trat nach den entsprechenden Beschlüssen des Werkausschusses und des Stadtrates ab dem 01.10.2017 in Kraft.

Fortan stehen nun zwei Werkleiter an der Spitze des Entsorgungs- und Baubetriebs, deren Aufgabengebiete in der Geschäftsordnung der Werkleitung definiert wurden: Hans-Dieter Gugumus ist als technischer Werkleiter für die Bereiche Abfallwirtschaft, Straßenreinigung, Abwasserentsorgung, Kfz.-Werkstatt, Winterdienst und Baubetrieb zuständig. Andreas Oberhaus obliegen als kaufmännischem Werkleiter alle Belange der Inneren Verwaltung, Personalwesen, Finanz- und Rechnungswesen sowie Controlling und EDV.

Die Zielsetzung dieser Änderung lag in den gestiegenen fachspezifischen Anforderungen an den Betrieb und seine Führung. Die kaufmännische wie auch insbesondere die technische Seite des Eigenbetriebes sollen in ihrer Handlungsfähigkeit gestärkt werden, um den anstehenden Herausforderungen der kommenden Jahre mit zielführenden und fundierten Strategien entgegen treten zu können. Als solche seien u. A. genannt: Die umfangreichen Baumaßnahmen sowohl hinsichtlich der Entwicklung der Betriebsgelände wie der Abwassertechnik, die dem Betrieb übertragenen Aufgaben der Außengebietsentwässerung und der Starkregenvorsorge, die Neustrukturierung der kaufmännischen Vorgänge im Hinblick auf die Folgen des § 2b Umsatzsteuergesetz, die anstehenden Projekte zur Digitalisierung (DMS oder auch E-Rechnung), der demografische Wandel und den daraus resultierenden Fachkräftemangel sowie die Revision der Handlungsgrundlagen des Betriebes nach zeitgemäßen Standards.

Personalmanagement

Der fortschreitende demografische Wandel und der damit einhergehende Fachkräftemangel stellen für einen Dienstleistungsbetrieb von der Größe des ebwo weiterhin ein relevantes Risiko im Bereich der Personalbeschaffung dar. Als Gegenmaßnahmen hat der Betrieb auch im Jahr 2017 den Fokus auf ein professionelles Recruiting sowie eine zweckgerichtete Personalentwicklung gerichtet.

Beide Instrumente werden beim ebwo auf einem zeitgemäßen Stand angewendet und - wie auch die Werbemaßnahmen für die betriebliche Ausbildung - ständig evaluiert und weiterentwickelt. Im Zusammenwirken mit einer vorausschauenden Personalplanung sollen so die personellen Ressourcen für die operative Auftragserledigung des Betriebes sichergestellt werden.

Maßnahmen der Personalentwicklung werden beim ebwo sowohl im gewerblich technischen Bereich (z. B. Förderung der Meisterausbildung) wie auch im kaufmännischen Bereich (z. B. Weiterbildungen im Rechnungswesen wie auch Verwaltungsbereich) umgesetzt. Bereits im Jahr 2016 konnten mehrere frei gewordene Stellen im Verwaltungsbereich bzw. kaufmännischen Bereich erfolgreich mit betrieblich ausgebildetem bzw. entwickelten Personal besetzt werden. Auch für freie bzw. in naher Zukunft frei werdende Stellen der Meisterebene konnten rechtzeitig Personalentwicklungsmaßnamen umgesetzt werden, die eine Besetzung gewährleisten.

Des Weiteren konnten 2017 durch erfolgreiche Ausschreibungs- und Werbemaßnahmen (z.B. auf Internet Plattformen oder auch in Amtsblättern der Region) auch mehrere - bereits länger vakante - Stellen im gewerblichen/technischen Bereich mit externen Bewerbern besetzt werden (insbesondere im Bereich der Elektroniker im Baubetrieb wie auch im abwassertechnischen Bereich der Kläranlage).

Für die Qualifizierung künftiger Leistungsträger im kaufmännischen Bereich stellt die seit 2015 bestehende Partnerschaft des ebwo mit der Dualen Hochschule Baden-Württemberg, welche die Umsetzung eines Dualen Studiums im Studiengang "BWL Öffentliche Wirtschaft" beinhaltet, ein wichtiges Element dar. Damit gehört der ebwo zu den Unternehmen, die neben einer soliden kaufmännischen Ausbildung auch Fach- und Führungskräfte mittels eines Studiums ausbilden können.

Neben der sich bietenden weiteren Qualifikationsebene unterstreicht dies gleichzeitig auch die Leistungsfähigkeit des ebwo als öffentlich-rechtlicher Dienstleistungsbereich auf dem kaufmännischen Sektor. Im Jahr 2017 wurde dementsprechend auch ein weiterer Studienplatz vergeben und die Entscheidung getroffen, auch die Möglichkeit für technische Studiengänge zu sondieren.

Um das Risiko einer Klage im Rahmen der Auswahlverfahren zur Besetzung von freien Stellen auszuräumen, wurde der bereits im Jahr 2016 eingeschlagene Weg einer rechtssicher dokumentierten Umsetzung auch 2017 weiter verfolgt und optimiert. Pekuniäre Folgen durch zugesprochenen Schadenersatz sollen hiermit weiterhin vermieden werden.

Hintergrund ist der bundesweite Trend einer gestiegenen Zahl von Rechtsstreitigkeiten im Zusammenhang mit Auswahlverfahren.

Als erster Eigenbetrieb in Rheinland-Pfalz hat der ebwo von der im neuen Landesgleichstellungsgesetz Rheinland-Pfalz gebotenen Möglichkeit Gebrauch gemacht, im Einvernehmen mit der Gleichstellungsbeauftragten der Stadt Worms eine betriebliche Ansprechpartnerin für Gleichstellungsfragen zu benennen. Neben der Vereinfachung betrieblicher Vorgänge bietet dies die Chance, Frauen den Einstieg in männerdominierte Berufe beim ebwo zu erleichtern und demonstriert die Haltung des Betriebes zum Thema Vereinbarkeit von Beruf und Familie.

Die Grundlage für die Implementierung von Zeitwertkonten als Instrument des Betrieblichen Gesundheitsmanagements und zur Steigerung der Attraktivität des ebwo als Arbeitgeber wurden mit dem Inkrafttreten der entsprechenden Dienstvereinbarung Ende 2016 gelegt. Nach vergaberechtlicher Behandlung dieses Themas hinsichtlich eines geeigneten Finanzdienstleisters für die insolvenzsichere Abwicklung der Zeitwertkonten (auch Langzeitkonten genannt) folgt Anfang 2018 die Schaffung ei Workflows sowie die strukturierte Information der Beschäftigten. Ab Mitte 2018 sollten erste Abschlüsse erfolgen

Mitarbeitergespräche und Zielvereinbarungen

Nachdem die Voraussetzungen des § 18 TVöD zur Zahlung des Leistungsentgeltes planmäßig umgesetzt wurden, konnten im Jahr 2017 auch Erfolge des Instrumentes Zielvereinbarungen festgestellt werden. Insbesondere im Baubetrieb – aber auch in anderen Bereichen des ebwo - konnte die Ausrichtung, unternehmerische Ziele an die Beschäftigten weiter zu vermitteln, mit Zielen Standards zu setzen oder zu manifestieren, erfolgreich umgesetzt werden.

Arbeitssicherheitsmanagement und Betriebliches Gesundheitsmanagement

Das Arbeitssicherheitsmanagement (ASM) des ebwo befand sich auch 2017 weiterhin auf einem guten Stand und wird stetig im Hinblick auf die betrieblichen Anforderungen weiterentwickelt, um gesundheitliche Risiken für das Personal sowie pekuniäre Risiken für den Betrieb zu minimieren. Im betrieblichen Arbeitsschutzausschuss (ASA), der vierteljährlich gemeinsam mit der Lenkungsgruppe des Betrieblichen Gesundheitsmanagements tagt, wurden zur Optimierung des ASM Fachthemen des mit vielseitigen Tätigkeitsfeldern betrauten

Betriebes umfassend behandelt. Das Fachpersonal wurde auch im Jahr 2017 stetig mittels erforderlicher Weiterbildungsmaßnahmen qualifiziert.

Die Bemühungen des Betriebes auf dem Gebiet des betrieblichen Gesundheitsmanagements (BGM) wurden im Jahr 2017 fortgesetzt. Neben obligatorischen Maßnahmen wie Investitionen in Fahrzeuge, Maschinen, Hilfs- und Arbeitsmittel und Gesundheitsangeboten sind die Gesprächsangebote im Rahmen des betrieblichen Eingliederungsmanagements (BEM) sowie des Sucht- und Disabilitymanagements beim ebwo ein wesentliches Element des BGM. Ein Kooperationsvertrag mit der Deutschen Rentenversicherung auf dem Gebiet des BEM eröffnet die Option finanzieller Förderungen von BEM-Maßnahmen. Die Silberzertifizierung des Betrieblichen Gesundheitsmanagements durch die AOK Rheinland-Pfalz/Saarland unterstreichen die Qualität der BGM-Struktur und der betrieblichen Maßnahmen.

Masterplan

Nach wie vor ungeklärt ist der zukünftige Betriebsstandort des ebwo. Auslöser ist der Wunsch der Stadt, den Standort in der Monsheimer Straße zu räumen und städtebaulich mit einer Wohnbebauung zu entwickeln. Favorisiert wird die Variante, die den Kauf des Schlachthofgeländes beinhaltet. Dort sollen die Gewerke Abfallabfuhr, Straßenreinigung und Winterdienst untergebracht werden. Im Anschluss würde die Neugestaltung des Standortes Hohenstaufenring erfolgen. Hier ist vorgesehen, die Gewerke des Baubetriebes, die Verwaltung und die Werkstatt anzusiedeln.

Das Ende 2016 angestoßene Projekt hängt derzeit an ein einer belastbaren Kostenschätzung für Sanierung und Erhaltung der verbliebenen Gebäudeteile des Schlachthofes. Nur wenn die vom ebwo dafür zu tragenden Kosten sich in einem Umfang unter 300.000 € bewegen, soll das Projekt in diese Richtung weiterverfolgt werden. Eine Entscheidung ist für die Werkausschusssitzung im Mai 2018 vorgesehen.

Scheitert diese Variante an zu hohen Kosten für die Denkmalpflege, muss die Standortfrage unter Berücksichtigung der zukünftigen Ausrichtung des ebwo erneut diskutiert werden.

Neustrukturierung der Verwaltung

Neben den bereits oben beschriebenen Chancen und Risiken auf abteilungsübergreifender Ebene ist auch relevant, dass die in der Abteilung 10 Zentral Dienste durch Personalfluktuation entstandenen Personaldefizite als Chance genutzt wurden, die Abteilung, deren Aufgaben Relevanz über alle Abteilungen hinweg besitzen, neu und optimiert zu strukturieren.

Zwar erfolgten auch in der Vergangenheit regelmäßig Anpassungen der Aufgabenfelder, nun jedoch wurde die Zuweisung der vorhandenen sowie neuer Aufgaben einer grundsätzlichen Überprüfung unterzogen mit der Zielsetzung einer optimierten und zielorientierten Erledigung. Dies wird sich auf Abläufe im gesamten Betrieb auswirken, insbesondere im Bereich Personalmanagement, Arbeitssicherheitsmanagement sowie zahlreicher anstehender Projekte.

Zum Zwecke einer optimierten Projektabwicklung ist für 2018 geplant, im kaufmännischen Bereich eine Stabsstelle "kaufmännisches Projektmanagement" einzurichten, die unmittelbar dem kaufmännischen Werkleiter unterstellt ist. Hierdurch sollen die Projektziele wirtschaftlicher und zeitnaher erreicht werden.

Worms, den 29.03.2018

Oberhaus Kfm. Werkleiter

4.6.2 Integrationsbetrieb Friedhof

Allgemeines

Rechtsform: Regiebetrieb

Gründung: 01.11.2011 **Satzungsdatum**: 06.12.2012

IBF

Integrationsbetrieb Friedhof Worms

Wirtschaftsjahr: Kalenderjahr

Stammkapital am Ende des Wirtschaftsjahres 2017: 25.000,00 €

Veränderung im Berichtsjahr: keine

Gegenstand des Unternehmens / Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks

(§ 90 Abs. 2 Satz 2 Nr. 1 und Nr. 2 GemO)

- (1) Der Zweck des Betriebes ist die Versorgung der Bevölkerung mit Bestattungsleistungen unter betriebswirtschaftlich optimierten Bedingungen. Er wird ohne Gewinnerzielungsabsicht geführt.
- (2) Aus der sozialen Verpflichtung heraus, Menschen mit Behinderungen auch in Arbeitsbereichen Perspektiven zu bieten, wird der Eigenbetrieb als Integrationsbetrieb i. S. d. § 132 SGB IX geführt.

Er verfolgt den Zweck, auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt Dauerarbeitsplätze für behinderte Menschen zu schaffen, deren Eingliederung in eine sonstige Beschäftigung auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt aufgrund von Art und Schwere der Behinderung oder wegen sonstiger Umstände, trotz Ausschöpfens aller Fördermöglichkeiten und des Einsatzes von Integrationsfachdiensten, auf besondere Schwierigkeiten stößt.

- (3) Im Rahmen der sachgerechten Bewirtschaftung wird der Betrieb insbesondere in folgenden Bereichen tätig:
 - Bereitstellung und Pflege von Friedhöfen und Gräbern
 - Vorhaltung von Bestattungseinrichtungen
 - Vorbereitung, Durchführung und Abwicklung von Bestattungen
 - Erhaltung künstlerisch oder geschichtlich wertvoller Grab- und Denkmäler in den Friedhöfen
 - Wahrnehmung der Aufgaben nach dem Gesetz über die Erhaltung der Gräber der Opfer von Krieg- und Gewaltherrschaft (Gräbergesetz)
 - Pflege der j\u00fcdischen Friedh\u00f6fe
 - Planung, Erstellung, Instandhaltung, Umbau, Ausbau und Modernisierung sowie laufende Unterhaltung von Friedhöfen

Der Betrieb ist dazu berechtigt, alle sonstigen die Betriebszwecke fördernden Maßnahmen und Geschäfte zu tätigen. Er kann sich zur Erfüllung seiner Aufgaben Dritter bedienen.

(4) Unter Berücksichtigung der Gesamtinteressen der Stadt Worms ist Kostentransparenz zu schaffen, den für die städtische Aufgabenerledigung notwendigen Bestand wirtschaftlich zu optimieren und die Betriebskosten zu minimieren, die von der Oberbürgermeisterin / dem Oberbürgermeister in Benehmen mit dem Stadtvorstand festzulegen sind.

Der Gegenstand des Unternehmens ist eine nicht-wirtschaftliche Betätigung (§ 85 Abs. 3 GemO).

Beteiligungsverhältnisse

(§ 90 Abs. 2 Satz 2 Nr. 1 GemO)

Am Stammkapital des Unternehmens sind beteiligt:

• die Stadt Worms zu 100 %

Die Beteiligungen haben sich im Berichtsjahr nicht verändert.

Besetzung der Organe im Geschäftsjahr 2017

(§ 90 Abs. 2 Satz 2 Nr. 1 GemO)

Aufsichtsorgane (lt. Satzung) 2017:

• Stadtrat, Friedhofausschuss

Friedhofausschuss 2017:

• Vorsitzender: Uwe Franz (Beigeordneter der Stadt Worms)

Mandatsträger:

- Alfred Haag
- Timo Horst
- Volker Janson
- Dr. Klaus Karlin
- Sabine Sackreuther
- Heinz Wössner
- Marcus Centmayer
- Waltraud Englert
- Dr. Jörg Koch
- Monika Stellmann
- Barbara Wirth

Betriebsleitung 2017:

• Betriebsleiter: Ralf-Quirin Heinz

Personalentwicklung		
	2017	2016
Anzahl der Mitarbeiter	51	51
(nach § 267 Abs. 5 HGB)		

Laufende Gesamtbezüge der Geschäftsführung

(§ 90 Abs. 2 Satz 2 Nr. 3 GemO)

(Gesamtbezüge der Mitglieder der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates oder der entsprechenden Organe)

Gem. § 286 Abs. 4 HGB wird auf eine Nennung der Bezüge der Betriebsleitung verzichtet. Die Aufwendungen für den Friedhofausschuss belaufen sich auf 840,00 € im Jahr 2017.

Kapitalzuführungen/-entnahmen

(§ 90 Abs. 2 Satz 2 Nr. 3 GemO)

Kapitalzuführungen/-entnahmen sind nicht erfolgt.

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft der Stadt Worms

(§ 90 Abs. 2 Satz 2 Nr. 3 GemO)

Kapitalzuführungen durch die Stadt Worms in den letzten 3 Jahren:

2015 - 2017: 0,00 €

Gewinnabführungen an die Stadt Worms in den letzten 3 Jahren:

2015 - 2017: 0.00 €

Vom Unternehmen **gezahlte Steuern an die Stadt Worms** in den letzten 3 Jahren:

2015 - 2017: 0,00 €

Vom Unternehmen gezahlten Konzessionsabgaben an die Stadt Worms in den letzten 3 Jahren:

2015 - 2017: 0,00 €

Vorliegen der Voraussetzungen des § 85 Abs. 1 GemO

(§ 90 Abs. 2 Satz 2 Nr. 4 GemO)

Die Gemeinde darf wirtschaftliche Unternehmen nur errichten, übernehmen oder wesentlich erweitern, wenn

- 1. **der öffentliche Zweck das Unternehmen rechtfertigt** (§ 85 Abs. 1 Nr.1 GemO): Die notwendigen Angaben erfolgten hierzu unter "Gegenstand des Unternehmens".
- 2. das Unternehmen nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zu der Leistungsfähigkeit der Gemeinde und dem voraussichtlichen Bedarf besteht. (§ 85 Abs. 1 Nr. 2 GemO): Die notwendigen Angaben erfolgten hierzu unter "Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft".
- 3. der öffentliche Zweck nicht ebenso gut und wirtschaftlich durch einen privaten Dritten erfüllt wird oder erfüllt werden kann.
- ✓ Im Berichtsjahr gab es keinen Anlass, die bisherige Bewertung zu ändern.

Bilanz zum 31.12.2017

AKTIVA	31.12.2017	31.12.2016	
	EUR	EUR	
A. Anlagevermögen	8.638.581,33	8.869.256,47	
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	3,00	3,00	
II. Sachanlagen	8.638.578,33	8.869.253,47	
B. Umlaufvermögen	1.782.085,04	1.349.537,18	
I. Vorräte	6.713,81	7.725,58	
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	1.775.371,23	1.341.811,60	
Bilanzsumme	10.420.666,37	10.218.793,65	
PASSIVA	31.12.2017	31.12.2016	
	EUR	EUR	
A. Eigenkapital	551.381,73	551.381,73	
I. Stammkapital	25.000,00	25.000,00	
II. Kapitalrücklage	6.476.202,48	6.476.202,48	
III. Allgemeine Rücklage	1.485.635,18	1.485.635,18	
IV. Verlustvortrag	-7.435.455,93	-7.435.455,93	
B. Sonderposten zum Anlagevermögen	399.125,54	428.928,28	
C. Rückstellungen	39.900,00	36.190,00	
D. Verbindlichkeiten	15.038,10	98.742,74	
E. Rechnungsabgrenzungposten	9.415.221,00	9.103.550,90	
Bilanzsumme	10.420.666,37	10.218.793,65	

Gewinn- und Verlustrechnung zum 31.12.2017

		31.12.2017	31.12.2016
		EUR	EUR
1.	Umsatzerlöse	1.791.416,93	1.748.459,72
2.	Andere aktivierte Eigenleistungen	0,00	26.874,00
3.	Sonstige betriebliche Erträge	1.479.078,63	1.396.307,76
4.	Materialaufwand		
a)	Aufwendungen für Hilfs- und Betriebsstoffe		
	für bezogene Waren	-51.205,56	-38.756,49
b)	Aufwendungen für bezogene Leistungen	-530.309,93	-543.266,94
5.	Personalaufwand		
a)	Löhne und Gehälter	-1.739.391,88	-1.653.376,65
b)	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Alters-		
	versorgung und Unterstützung	-492.867,39	-477.090,83
6.	Abschreibungen auf immaterielle Vermögens-		
	gegenstände des Anlagevermögens und Sach-		
	anlagen	-233.878,42	-239.074,62
7.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	-222.842,38	-220.075,95
8.	Ergebnis nach Steuern	0,00	0,00
9.	Sonstige Steuern	0,00	0,00
10.	Jahresergebnis	0,00	0,00

Kennzahlen zum 31.12.2017

Finanzkennzahlen				
EBITDA (in EUR)	233.878,42			
	Jahresergebnis + Steueraufwand - Steuererträge +/- Finanzergebnis + außerordentliche Erträge + Abschreibungen auf das Anlagevermögen - Zulagen auf das Anlagevermögen			
Wirtschaftlichkeit (in %)	100,00			
(/2/	Ertrag (bzw. Leistung) : Aufwand (bzw. Kosten) x 100			

Vermögenskennzahlen				
Eigenkapitalquote	5,29			
(in %)	(Eigenkapital x 100) : Gesamtkapital			
Fremdkapitalquote	94,71			
(in %)	(Fremdkapital x 100) : Gesamtkapital			
Personalkennzahl				
Personalaufwandsquote	68,25			
(in %)	Personalaufwand : Gesamtleistung x 100			

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2017

In den vorangegangenen Jahren wurde nach Gegenüberstellung der Erträge und Aufwendungen ein Jahresfehlbetrag festgestellt. Im Jahr 2015 wurde das Verfahren geändert. Es wird durch die Stadt Worms ein Betriebskostenzuschuss gezahlt der in der Gewinn- und Verlustrechnung als sonstige betriebliche Erträge ausgewiesen ist. Die GuV schließt mit je 3.270.495,56 Euro in Aufwendungen und Erträgen ausgeglichen ab. Das Ergebnis ist auf die Zahlung des laufenden Betriebskostenzuschusses durch den städtischen Haushalt in Höhe von 1.193.382,10 Euro zurückzuführen. Ohne diesen Betriebskostenzuschuss ergäbe sich ein Jahresverlust in eben dieser Höhe.

Die Mindererträge in Höhe von 111 T€ sind im Wesentlichen auf folgende Abweichungen vom Wirtschaftsplan zurückzuführen:

<u>Umsatzerlöse:</u> Verwaltungsgebühren (-) 26T€, Bestattungsgebühren (-) 56 T€, Grabnutzungsgebühren (+)10T€, Bilanzkonto RAP (-) 11 T€,

sonstige betriebliche Erträge:

Betriebskostenzuschuss (-) 55T€ Zuschüsse Integrationsbetrieb (+) 24 T€

Die Wenigeraufwendungen i. H. v. 111 T€ sind im Wesentlichen auf folgende Abweichungen vom Wirtschaftsplan zurückzuführen:

Aufwendungen für bezogene Leistungen:

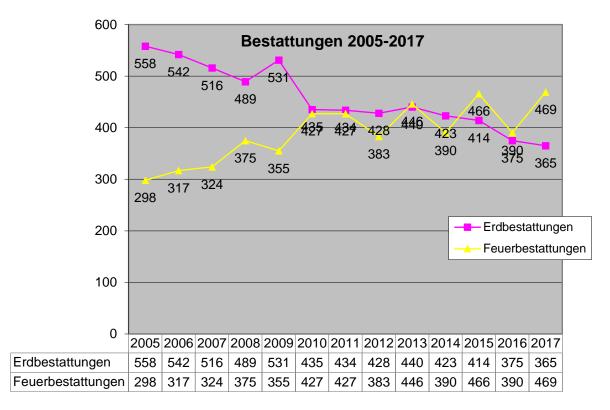
Aufw. f. GBB (-) 78 T€ (Rechnungsschluss 31.12. durch Umstrukturierung in Anwender 00) Fahrzeugbetriebskosten (-) 17 T€, VKB (+) 4 T€

sonst. betr. Aufwendungen: insbesondere EDV-Kosten, Wartung (-) 9 T€, Fortbildung (-) 3 T€

Personalaufwendungen: (+) 9 T€

Das eigentliche Rechnungsergebnis (ohne Berücksichtigung des Betriebskostenzuschusses) liegt mit einem Verlust von 1.193,382,10 Euro um 55.287,90 Euro unter dem geplanten Jahresverlust.

				Abweichung zum
	Ergebnis 2016	Planansatz 2017	Ergebnis 2017	Planansatz
Erträge				
Umsatzerlöse	1.748.459,72 €	1.864.000,00 €	1.791.416,93 €	-72.583,07 €
andere aktivierte Eigenleistungen	26.874,00 €	0,00€	0,00€	0,00€
sonstige betriebliche Erträge	1.396.307,76 €	1.517.500,00 €	1.479.078,63 €	-38.421,37 €
Erträge gesamt	3.171.641,48 €	3.381.500,00 €	3.270.495,56 €	-111.004,44 €
Aufwendungen				
für Hilfs- u. Betriebsstoffe	38.756,49 €	50.000,00€	51.205,56 €	1.205,56 €
für bezogene Leistungen	543.266,94 €	641.000,00€	530.309,93 €	-110.690,07 €
Personalaufwand	2.130.467,48 €	2.223.500,00 €	2.232.259,27 €	8.759,27 €
Abschreibungen auf Anlagevermögen	239.074,62 €	235.000,00€	233.878,42 €	-1.121,58 €
sonstige betriebliche Aufwendungen	220.075,95€	232.000,00€	222.842,38 €	-9.157,62 €
Aufwendungen gesamt	3.171.641,48 €	3.381.500,00 €	3.270.495,56 €	-111.004,44 €
Gewinn (+) / Verlust (-)	0,00€	0,00€	0,00 €	0,00 €



Die durchschnittliche Anzahl an Bestattungen der Jahre 2005-2017 liegt bei 850 Bestattungen. In 2016 lag die Anzahl der Bestattungen bei 834, das sind 16 Bestattungen weniger als der Durchschnitt der letzten 12 Jahre. Durch die geringe Anzahl der Bestattungsfälle im Jahr 2016 sind bei den Umsatzerlösen die Einnahmen gesunken (siehe Umsatzerlöse).

Die Neugründung des Integrationsbetriebs wurde am 25.11.2010 beschlossen und ab 01.01.2011 umgesetzt. Zum 31.12.2012 waren alle Stellen besetzt. Ziel des Integrationsbetriebs Friedhof (IBF) ist die Beschäftigung von schwerbehinderten Menschen, deren Eingliederung in eine sonstige Beschäftigung auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt aufgrund von Art und Schwere der Behinderung oder wegen sonstiger Umstände auf besondere Schwierigkeiten stößt. Die Umsetzung erfolgt, um behinderte Menschen auf den allgemeinen Arbeitsmarkt zu integrieren.

Der Arbeitsbereich der neuen Mitarbeiter ist die Unterhaltung der Grünanlagen auf den Friedhöfen. Der Aufgabenbereich des IBF umfasst den Hauptfriedhof Hochheimer Höhe, 11 Stadtteilfriedhöfe, 5 jüdische Friedhöfe sowie 1 islamischen Friedhofsteil mit einer Gesamtgröße von ca. 37 Hektar. Zusätzliche Betätigungsfelder bieten Instandhaltungsarbeiten, Wegebau Sanierung der Wasserleitungen, einfache Reparaturen an Gebäuden sowie die Pflege der Gartenbänke und des Schilderparks.

Mit der Einrichtung des Integrationsbetriebes sind kurzfristig Kosteneinsparungen und Optimierungen an vielen Stellen zu erwarten wie z. B. bei der Optimierung des Personal-, Maschinen- und Materialeinsatzes, der Optimierung von Pflegeplänen, der Beschaffung von umweltfreundlichen Transportfahrzeugen sowie der Reduzierung der Vergaben. Wege-, Zaun- und Mauerinstandsetzungsarbeiten werden mit der eigens neu gebildeten Instandsetzungsarbeitsgruppe ausgeführt, Vergaben in diesem Bereich werden abgeschafft.

Damit bei entsprechender Transparenz die angelaufenen Veränderungsprozesse erfolgversprechend umgesetzt werden können, sind alle Mitarbeiter/Innen aufgefordert, aktiv an dem Prozess mitzuwirken und eigene Ideen einzubringen. Ausgehend von den seitherigen Strukturen und Aufgaben, werden sich die Veränderungen sicher positiv auf die gesamten Betriebsabläufe auswirken. Regelmäßige Fortbildungsveranstaltungen werden die Verständigung untereinander verbessern und alle auf dem Laufenden halten, um eventuelle Fehlentwicklungen frühzeitig zu erkenn und an zu gehen. Weiterhin wird der Pflegezustand merkbar verbessert. Über ständige Öffentlichkeitsarbeit wird die soziale Verpflichtung des IBF den Bürgern erläutert.

Betriebsleiter Ralf-Quirin Heinz Worms, 04.06.2018

4.6.3 Integrations- und Dienstleistungsbetrieb

Allgemeines

Rechtsform: Regiebetrieb

Gründung: 01.01.2013 **Satzungsdatum**: 06.12.2012

Wirtschaftsjahr: Kalenderjahr

Stammkapital am Ende des Wirtschaftsjahres 2017: 25.000,00 €

Veränderung im Berichtsjahr: keine



Gegenstand des Unternehmens / Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks

(§ 90 Abs. 2 Satz 2 Nr. 1 und Nr. 2 GemO)

Aus der sozialen Verpflichtung heraus, Menschen mit Behinderungen auch in Arbeitsbereichen Perspektiven zu bieten, wird die eigenbetriebsähnliche Einrichtung als Integrationsbetrieb im Sinne des § 132 SGB IX geführt. Der IDB verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke nach § 52 Absatz 1 Satz 1 Abgabenordnung (AO) im Sinne des Dritten Abschnitts "Steuerbegünstigte Zwecke". Demnach ist gemeinnütziger Zweck des IDB nach § 52 Abs. 2 Satz 1 Nr. 7 AO die Förderung der Volks- und Berufsbildung, nämlich auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt Dauerarbeitsplätze für behinderte Menschen zu schaffen, deren Eingliederung in eine sonstige Beschäftigung auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt aufgrund von Art und Schwere der Behinderung oder wegen sonstiger Umstände trotz Ausschöpfens aller Fördermöglichkeiten und des Einsatzes von Integrationsfachdiensten auf besondere Schwierigkeiten stößt. Der Satzungszweck wird verwirklicht insbesondere durch die Integration von benachteiligten Menschen auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt sowie das Angebot von Dienstleistungen (Catering, Lager und Logistik) im Konzern Stadt Worms und für externe Auftraggeber unter betriebswirtschaftlich optimierten Bedingungen. Der BgA wird ohne Gewinnerzielungsabsicht geführt und verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.

Im Rahmen der sachgerechten Bewirtschaftung wird der Betrieb insbesondere in folgenden Bereichen tätig:

- Catering- und Veranstaltungsservice
- Bewirtschaftung der Rathauskantine
- Bewirtschaftung der Kantine "IDBistro" sowie des Schulungszentrums
- Dienstleistungen und Logistik
- Bildungsmaßnahmen

Der Gegenstand des Unternehmens ist eine wirtschaftliche Betätigung (§ 85 Abs. 1 GemO).

Beteiligungsverhältnisse

(§ 90 Abs. 2 Satz 2 Nr. 1 GemO)

Am Stammkapital des Unternehmens sind beteiligt:

• die Stadt Worms zu 100 %

Die Beteiligungen haben sich im Berichtsjahr nicht verändert.

Besetzung der Organe im Geschäftsjahr 2017

(§ 90 Abs. 2 Satz 2 Nr. 1 GemO)

Aufsichtsorgan (lt. Satzung) 2017:

• Stadtrat, Betriebsausschuss

Betriebsausschuss 2017:

• Vorsitzender: Uwe Franz (Beigeordneter der Stadt Worms)

Mandatsträger:

- Dr. Klaus Karlin
- Dirk Beyer
- Carlo Riva
- Katharina Schmitt

Betriebsleitung 2017:

- Kaufmännische Betriebsleitung: Stadt Worms Beteiligungs-GmbH
- Fachbereich Catering: Philipp Seiler
- Fachbereich Lager: Detlef Hirsch

Personalentwicklung		
	2017	2016
Anzahl der Mitarbeiter	16,5	15,5
(nach § 267 Abs. 5 HGB)		

Laufende Gesamtbezüge der Geschäftsführung

(§ 90 Abs. 2 Satz 2 Nr. 3 GemO)

(Gesamtbezüge der Mitglieder der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates oder der entsprechenden Organe)

Gem. § 286 Abs. 4 HGB wird auf eine Nennung der Bezüge der Geschäftsführung verzichtet. Die Aufwendungen für den Betriebsausschuss belaufen sich auf 160,00 € im Jahr 2017.

Kapitalzuführungen/-entnahmen

(§ 90 Abs. 2 Satz 2 Nr. 3 GemO)

Kapitalzuführungen/-entnahmen sind nicht erfolgt.

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft der Stadt Worms

(§ 90 Abs. 2 Satz 2 Nr. 3 GemO)

Kapitalzuführungen durch die Stadt Worms in den letzten 3 Jahren:

2015 - 2017: 0,00 €

Gewinnabführungen an die Stadt Worms in den letzten 3 Jahren:

2015 - 2017: 0.00 €

Vom Unternehmen gezahlte Steuern an die Stadt Worms in den letzten 3 Jahren:

2015 - 2017: 0.00 €

Vom Unternehmen gezahlten Konzessionsabgaben an die Stadt Worms in den letzten 3 Jahren:

2015 - 2017: 0,00 €

Vorliegen der Voraussetzungen des § 85 Abs. 1 GemO

(§ 90 Abs. 2 Satz 2 Nr. 4 GemO)

Die Gemeinde darf wirtschaftliche Unternehmen nur errichten, übernehmen oder wesentlich erweitern, wenn

- 1. **der öffentliche Zweck das Unternehmen rechtfertigt** (§ 85 Abs. 1 Nr.1 GemO): Die notwendigen Angaben erfolgten hierzu unter "Gegenstand des Unternehmens".
- 2. das Unternehmen nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zu der Leistungsfähigkeit der Gemeinde und dem voraussichtlichen Bedarf besteht. (§ 85 Abs. 1 Nr. 2 GemO): Die notwendigen Angaben erfolgten hierzu unter "Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft".
- 3. der öffentliche Zweck nicht ebenso gut und wirtschaftlich durch einen privaten Dritten erfüllt wird oder erfüllt werden kann.
- ✓ Im Berichtsjahr gab es keinen Anlass, die bisherige Bewertung zu ändern.

Bilanz zum 31.10.2017 (Rumpfgeschäftsjahr)

AKTIVA	31.10.2017	31.12.2016
	EUR	EUR
A. Anlagevermögen	0,00	118.445,00
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	0,00	53,00
II. Sachanlagen	0,00	118.392,00
B. Umlaufvermögen	471.262,81	383.218,89
I. Vorräte	0,00	33.044,54
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	471.262,81	343.693,55
III. Flüssige Mittel	0,00	6.480,80
C. Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	223,71
Bilanzsumme	471.262,81	501.887,60
PASSIVA	31.10.2017	31.12.2016
	EUR	EUR
A. Eigenkapital	410.774,19	365.325,83
I. Gezeichnetes Kapital	25.000,00	25.000,00
II. Kapitalrücklage	129.841,15	129.841,15
III. Gewinnvortrag	210.484,68	70.784,91
IV. Jahresüberschuss	45.448,36	139.699,77
B. Sonderposten für Investitionszuschüsse	0,00	17.462,90
C. Rückstellungen	3.200,00	42.441,01
D. Verbindlichkeiten	57.288,62	76.657,86
Bilanzsumme	471.262,81	501.887,60

Gewinn- und Verlustrechnung zum 31.10.2017 (Rumpfgeschäftsjahr)

		31.10.2017	31.12.2016
		EUR	EUR
1.	Umsatzerlöse	529.737,38	1.273.131,34
2.	Sonstige betriebliche Erträge	91.338,61	186.862,29
3.	Materialaufwand		
a)	Aufwendungen für Hilfs- und Betriebsstoffe		
	für bezogene Waren	-165.559,72	-475.022,36
b)	Aufwendungen für bezogene Leistungen	-17.932,71	-37.428,40
4.	Personalaufwand		
a)	Löhne und Gehälter	-236.084,72	-507.260,43
b)	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Alters-		
	versorgung und Unterstützung	-65.694,35	-124.905,39
5.	Abschreibungen auf immaterielle Vermögens-		
	gegenstände des Anlagevermögens und Sach-		
	anlagen	-16.209,44	-31.756,47
6.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	-72.262,54	-144.606,68
7.	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,00	2.989,21
8.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-15,70	-66,71
9.	Ergebnis nach Steuern	47.316,81	141.936,40
10.	Sonstige Steuern	-1.868,45	-2.236,63
11.	Jahresüberschuss	45.448,36	139.699,77

Kennzahlen zum 31.10.2017 (Rumpfgeschäftsjahr)

Finanzkennzahlen	
EBITDA (in EUR)	63.541,95 Jahresergebnis + Steueraufwand - Steuererträge +/- Finanzergebnis +
	außerordentliche Erträge + Abschreibungen auf das Anlagevermögen - Zulagen auf das Anlagevermögen
Wirtschaftlichkeit (in %)	108,25
, ,	Ertrag (bzw. Leistung) : Aufwand (bzw. Kosten) x 100

Vermögenskennzahlen		
Eigenkapitalquote (in %)	87,16	
(75)	(Eigenkapital x 100) : Gesamtkapital	
Fremdkapitalquote	12,84	
(in %)	(Fremdkapital x 100) : Gesamtkapital	
Personalkennzahl		
Personalaufwandsquote	48,59	
(in %)	Personalaufwand : Gesamtleistung x 100	

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2017

Lagebericht für das Rumpfgeschäftsjahr vom 01.01. – 31.10. 2017

Vorbemerkung

Der Integrations- und Dienstleistungsbetrieb (IDB) hat zum 30.06.2017 seine operative Tätigkeit eingestellt. Mit Wirkung zum 30.06.2017 wurde das Anlagevermögen sowie die Vorräte auf die Integrations- und Dienstleistungsbetrieb gGmbH übertragen. Auch die Mitarbeiter des IDB sind zum 30.06.2017 vom IDB zur Integrations- und Dienstleistungsbetrieb gGmbH gewechselt bzw. wurden von der Stadt Worms übernommen. Die Integrations- und Dienstleistungsbetrieb gGmbH führt seit dem 01.07.2017 die Geschäfte des IDB fort. Die bis zum 30.06.2017 entstandenen Forderungen und Verbindlichkeiten wurden bis zum 31.10.2017 weitestgehend abgewickelt. Es gibt lediglich noch Verbindlichkeiten gegenüber der Integrations- und Dienstleistungsbetrieb gGmbH aus der Weiterleitung von vereinnahmten Geldern die dieser zustehen sowie aus der Übertragung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse.

Die Betriebsleitung hat einen Abschluss für das Rumpfgeschäftsjahr vom 01.01. – 31.10.2017 aufgestellt. Nach der Feststellung dieses Abschlusses soll der IDB aufgelöst werden. Insofern ist die Going-Concern-Prämisse nicht mehr gegeben, da der Betrieb über den 31.10.2017 nicht fortgeführt wird. Auswirkungen auf die Bewertung haben sich daraus allerdings nicht ergeben, da außer dem Eigenkapital nur noch Forderungen aus einem Cash-Pool gegen den Einrichtungsträger und gegen das Finanzamt aus Umsatzsteuer sowie Rückstellungen für die Abschlussprüfung und Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen gegenüber der Integrations- und Dienstleistungsbetrieb gGmbH bestehen.

Das zum 31.10.2017 noch vorhandene Vermögen, Eigenkapital sowie die Schulden gehen nach dem Auflösungsbeschluss auf die Stadt Worms als Rechtsnachfolgerin über, die dann auch die Abwicklung übernimmt.

Der nachfolgende Lagebericht wurde deshalb unter dem Wegfall der Fortführung der Unternehmenstätigkeit des IDB erstellt.

1. Grundlagen des Unternehmens

1.1 Geschäftsmodell

Der Integrations- und Dienstleistungsbetrieb der Stadt Worms (IDB) wird seit dem 01.01.2013 als eigenbetriebsähnliche kommunale Einrichtung (Regiebetrieb) als Sondervermögen mit Sonderrechnung nach den Vor-

schriften der Gemeindeordnung, der Eigenbetriebs- und Anstaltsverordnung (§§ 10 - 27) und den Bestimmungen dieser Betriebssatzung geführt. Dieser Betrieb trat die Rechtsnachfolge der ehemaligen Arbeitsförderbetrieb gGmbH an.

Aus der sozialen Verpflichtung heraus, Menschen mit Behinderungen auch in Arbeitsbereichen Perspektiven zu bieten, wird die eigenbetriebsähnliche Einrichtung als Integrationsbetrieb im Sinne des § 132 SGB IX geführt. Der IDB verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke nach § 52 Absatz 1 Satz 1 Abgabenordnung (AO) im Sinne des Dritten Abschnitts "Steuerbegünstigte Zwecke". Demnach ist gemeinnütziger Zweck des IDB nach § 52 Abs. 2 Satz 1 Nr. 7 AO die Förderung der Volks- und Berufsbildung, nämlich auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt Dauerarbeitsplätze für behinderte Menschen zu schaffen, deren Eingliederung in eine sonstige Beschäftigung auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt aufgrund von Art und Schwere der Behinderung oder wegen sonstiger Umstände trotz Ausschöpfens aller Fördermöglichkeiten und des Einsatzes von Integrationsfachdiensten auf besondere Schwierigkeiten stößt. Der Satzungszweck wird insbesondere durch die Integration von benachteiligten Menschen auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt sowie das Angebot von Dienstleistungen (Catering, Lager und Logistik) im Konzern Stadt Worms und für externe Auftraggeber unter betriebswirtschaftlich optimierten Bedingungen verwirklicht.

Im Rahmen der sachgerechten Bewirtschaftung war der Betrieb bis zum 30.06.2017 insbesondere in folgenden Bereichen tätig gewesen:

- Catering- und Veranstaltungsservice (IB Catering)
- ♦ Dienstleistungen und Logistik (IB Lager)
- ♦ Maßnahmenabwicklung

Der Beigeordnete der Stadt Worms, Herr Uwe Franz, vertritt diese im Betriebsausschuss, vier weitere Mitglieder des Betriebsausschusses sind Mitglieder des Stadtrates der Stadt Worms.

Die kaufmännische Betriebsleitung obliegt der Stadt Worms Beteiligungs-GmbH, die operative Betriebsleitung des IDB wird von Herrn Philipp Seiler (Catering) sowie Herrn Detlef Hirsch (Lager, Archiv und Schulbuchausleihe) wahrgenommen.

Seit Bestehen des Integrations- und Dienstleistungsbetriebes wird das Unternehmen unter Beachtung sparsamer und wirtschaftlicher Betriebsführung nach kaufmännischen Gesichtspunkten geleitet.

1.2 Ziele und Strategien

Basis war die strategische Expansion des Bereiches IB Catering sowie die Implementierung und der Ausbau der Abteilung IB Lager sowie die projektbezogene Beibehaltung von arbeitsmarktpolitischen Bildungsprojekten (Arbeitsgelegenheiten). Zum 01.06. dieses Jahres hat der Bereich Catering den Betrieb des Kiosks im Heinrich-Völker-Bad (Freibad) übernommen, welches von der Freizeitbetriebe Worms GmbH, einer städtischen Tochtergesellschaft, betrieben wird. Damit sollte das Geschäftsfeld und somit auch der Einsatzbereich der integrierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erweitert und Synergien in der Personaldisposition geschaffen werden.

2. Wirtschaftsbericht

2.1 Geschäfts- und Rahmenbedingungen

2.1.1 Unternehmensentwicklung und Geschäftsverlauf in 2017

Im Zeitpunkt der Aufstellung des Wirtschaftsplans für das Jahr 2017 ging die Betriebsleitung noch von einer ganzjährigen operativen Tätigkeit aus. Durch die Beschlussfassung des Stadtrates, die Tätigkeiten zukünftig vollständig über einen Betrieb in der Rechtsform einer (gemeinnützigen) GmbH abzuwickeln, welche eigens dafür gegründet wurde, wurde die Tätigkeit des Eigenbetriebs zum 30.06.2017 eingestellt. Ein Vergleich des Planansatzes mit den tatsächlich erbrachten Leistungen kann daher nicht sinnvoll erfolgen. Generell bleibt

jedoch festzuhalten, dass der Eigenbetrieb zum Stichtag 31.10.2017 einen Jahresüberschuss – ohne Betriebskostenzuschüsse des Einrichtungsträgers – von 45.448,36 € ausweist, wodurch erkennbar wird, dass der Betrieb erfolgreich gewirtschaftet hat.

2.1.2 Finanzielle Leistungsindikatoren

Die Unternehmenssteuerung erfolgte nicht durch Kennzahlen, sondern über regelmäßige Soll-Ist-Vergleiche gegenüber dem Wirtschaftsplan.

2.1.3 Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Als Dienstleistungsunternehmen stellten unsere motivierten und qualifizierten Mitarbeiter den wesentlichen nichtfinanziellen Leistungsindikator dar.

2.2 Darstellung der Lage der Gesellschaft

2.2.1 Vermögenslage

Das Anlagevermögen sowie die Vorräte des Eigenbetriebes wurden zum 30.06.2017 auf die Integrations- und Dienstleistungsbetrieb gGmbH zu Buchwerten übertragen. Vor diesem Hintergrund kann die Vermögenslage nicht sinnvoll beurteilt und auch keine sinnvolle Vergleichbarkeit mit den Vorjahreswerten hergestellt werden.

2.2.2 Ertragslage

Um die Entwicklung der Ertragslage im Vergleich zum Vorjahr darzustellen, werden die Jahre nachfolgend jeweils zum 30.06. gegenübergestellt, da die operative Tätigkeit im Jahr 2017 mit diesem Stichtag endete.

Für die Betriebszweige ergibt sich somit folgende Gegenüberstellung:

	2017	2016	Veränderung
Maßnahmeabwicklung	4.077,36 €	1.378,10€	2.699,26€
IB Lager	73.121,16 €	130.192,48€	-57.071,32€
IB Catering	-31.543,05€	26.486,38 €	-58.029,43 €
Insgesamt	45.655,47 €	158.056,96 €	-112.401,49 €

Das Spartenergebnis der Sparte **Maßnahmenabwicklung** hat sich gegenüber dem Vorjahr um rd. 3 T€ verbessert. Dabei sind die Erträge um 5 T€ und die Aufwendungen um 2 T€ gestiegen.

Das Ergebnis des **IB Lager** hat sich im Vergleich zum Vorjahr um 57 T€ verschlechtert. Dabei sind die Erträge (108 T€) und die Aufwendungen (51 T€) gesunken. Auf der Ertragsseite hat der Rückgang der Ausstattungen von Flüchtlingsunterkünften das Ergebnis negativ beeinflusst. Auf der Aufwandsseite sind dadurch geringere Aufwendungen für Material angefallen.

Der Betriebszweig IB Catering erwirtschaftete einen Jahresverlust in Höhe von rd. 32 T€.

Im Wirtschaftsplan ging die Betriebsleitung noch von einem Verlust von 74 T€ aus. Neue Cateringaufträge, insbesondere im Kultur- und Tagungszentrum "Wormser", waren nicht im Plan enthalten.

2.2.3 Finanzlage

Der Integrations- und Dienstleistungsbetrieb nimmt am Cash Management der Stadt Worms teil und nutzt dieses zur Finanzierung seiner Geschäftstätigkeit.

Weiterhin hat der Betrieb in 2017 einen Investitionszuschuss des Landes Rheinland-Pfalz über 23 T€ erhalten. Insgesamt wurden bis zum 30.06.2017 Investitionen in das Anlagevermögen von 59 T€ getätigt. Davon entfielen 54 T€ für ein Schwerlastregal der Lagerhalle sowie 5 T€ auf die übrige Betriebs- und Geschäftsausstattung. Beteiligungsbericht 2017 der Stadt Worms

Integrations- und Dienstleistungsbetrieb

Der positive Finanzmittelfonds besteht zum 31.10.2017 lediglich aus dem positiven Saldo aus dem Cash Management mit der Stadt Worms. Der Finanzmittelfonds beträgt zum 31.10.2017 471 T€ und hat sich damit um 203 T€ gegenüber dem Vorjahr verbessert.

2.2.4 Gesamtaussage

Allgemein bleibt festzuhalten, dass die Entwicklung des Betriebs sich im Rumpfgeschäftsjahr sehr positiv darstellte. Der Betrieb hat bewiesen, dass er ein verlässlicher Partner der Stadt Worms bei der Bewältigung verschiedener Herausforderungen war.

Die Betriebsleitung ist mit dem erzielten Ergebnis sehr zufrieden und stolz auf das Team, das diese Leistung ermöglicht hat. Im Hinblick darauf, dass der Integrations- und Dienstleistungsbetrieb ein anerkannter Integrationsbetrieb nach § 132 SGB IX ist, war dieser Betrieb bei allen Startschwierigkeiten in der Vergangenheit ein Vorzeigebetrieb und stellte eine Erfolgsgeschichte der gelebten Integration im Konzern der Stadt Worms dar.

Aufgrund unserer Finanzierungsstrategie waren wir jederzeit in der Lage gewesen, unsere finanziellen Verpflichtungen vollumfänglich und zeitnah erfüllen zu können.

3. Zukunftsorientierte Angaben

Die Aufgaben und Geschäftsfelder des Integrations- und Dienstleistungsbetriebs werden seit dem 01.07.2017 von der Integrations- und Dienstleistungsbetrieb gGmbH ausgeführt, welche somit die operative Tätigkeit des Eigenbetriebs vollständig übernommen hat.

Mit der Feststellung des Jahresabschlusses zum 31.10.2017 soll der Stadtrat daher einen Beschluss darüber fassen, dass der Eigenbetrieb zu diesem Stichtag aufgelöst wird. Insofern entfallen der Prognosebericht sowie die Darstellung der Risiken und Chancen der voraussichtlichen Entwicklung.

Worms, den 07.11.2017 Integrations- und Dienstleistungsbetrieb

Baumann

(Geschäftsführer der Stadt Worms Beteiligungs-GmbH als kaufmännische Betriebsleitung)

4.6.4 Sondervermögen Vermietung und Verpachtung

Allgemeines

Rechtsform: Regiebetrieb

Gründung: 02.01.2003 **Satzungsdatum**: 02.01.2003



Sondervermögen Vermietung und Verpachtung

Wirtschaftsjahr: Kalenderjahr

Stammkapital am Ende des Wirtschaftsjahres 2017: 25.000,00 €

Veränderung im Berichtsjahr: keine

Gegenstand des Unternehmens / Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks

(§ 90 Abs. 2 Satz 2 Nr. 1 und Nr. 2 GemO)

Das Sondervermögen hat die Vermietung und Verpachtung der in ihm eingelegten Vermögensgegenstände zum Zweck.

Der Gegenstand des Unternehmens ist eine wirtschaftliche Betätigung (§ 85 Abs. 1 GemO).

Beteiligungsverhältnisse

(§ 90 Abs. 2 Satz 2 Nr. 1 GemO)

Am Stammkapital des Unternehmens sind beteiligt:

• die Stadt Worms zu 100 %

Die Beteiligungen haben sich im Berichtsjahr nicht verändert.

Besetzung der Organe im Geschäftsjahr 2017

(§ 90 Abs. 2 Satz 2 Nr. 1 GemO)

Aufsichtsorgane (lt. Satzung) 2017:

• Haupt- und Finanzausschuss, Stadtrat

Aufsichtsgremium 2017:

Haupt- und Finanzausschuss

Betriebsführung 2017:

Bereich 2 – Finanzen der Stadt Worms

Die notwendigen Beschlüsse werden im Stadtrat gefasst.

Personalentwicklung		
	2017	2016
Anzahl der Mitarbeiter (nach § 267 Abs. 5 HGB)	0	0

Laufende Gesamtbezüge der Geschäftsführung

(§ 90 Abs. 2 Satz 2 Nr. 3 GemO)

(Gesamtbezüge der Mitglieder der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates oder der entsprechenden Organe)

Das Sondervermögen Vermietung und Verpachtung verfügt über kein eigenes Personal und besitzt kein Aufsichtsgremium, das Sitzungsgeld erhält.

Kapitalzuführungen/-entnahmen

(§ 90 Abs. 2 Satz 2 Nr. 3 GemO)

Kapitalzuführungen/-entnahmen sind nicht erfolgt.

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft der Stadt Worms

(§ 90 Abs. 2 Satz 2 Nr. 3 GemO)

Kapitalzuführungen durch die Stadt Worms in den letzten 3 Jahren:

2015 - 2017: 0,00 €

Gewinnabführungen an die Stadt Worms in den letzten 3 Jahren:

2015 - 2017: 0,00 €

Vom Unternehmen gezahlte Steuern an die Stadt Worms in den letzten 3 Jahren:

2017: 2.795,98 € 2016: 2.795,98 € 2015: 2.795,98 €

Vom Unternehmen gezahlten Konzessionsabgaben an die Stadt Worms in den letzten 3 Jahren:

2015 - 2017: 0,00 €

Vorliegen der Voraussetzungen des § 85 Abs. 1 GemO

(§ 90 Abs. 2 Satz 2 Nr. 4 GemO)

Die Gemeinde darf wirtschaftliche Unternehmen nur errichten, übernehmen oder wesentlich erweitern, wenn

- 1. **der öffentliche Zweck das Unternehmen rechtfertigt** (§ 85 Abs. 1 Nr.1 GemO): Die notwendigen Angaben erfolgten hierzu unter "Gegenstand des Unternehmens".
- 2. das Unternehmen nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zu der Leistungsfähigkeit der Gemeinde und dem voraussichtlichen Bedarf besteht. (§ 85 Abs. 1 Nr. 2 GemO): Die notwendigen Angaben erfolgten hierzu unter "Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft".
- 3. der öffentliche Zweck nicht ebenso gut und wirtschaftlich durch einen privaten Dritten erfüllt wird oder erfüllt werden kann.
- ✓ Im Berichtsjahr gab es keinen Anlass, die bisherige Bewertung zu ändern.

Bilanz zum 31.12.2017

AKTIVA	31.12.2017	31.12.2016
	EUR	EUR
A. Anlagevermögen	74.249.903,16	73.607.270,89
I. Sachanlagen	58.056.546,79	57.413.914,52
II. Finanzanlagen	16.193.356,37	16.193.356,37
B. Umlaufvermögen	6.842.756,10	9.317.071,75
I. Vorräte	2.665,68	3.332,11
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	6.835.090,12	9.308.739,34
III. Guthaben bei Kreditinstituten	5.000,30	5.000,30
C. Rechnungsabgrenzungsposten	890,38	870,11
Bilanzsumme	81.093.549,64	82.925.212,75
PASSIVA	31.12.2017	31.12.2016
	EUR	EUR
A. Eigenkapital	19.762.419,09	19.457.453,88
I. Gezeichnetes Kapital	25.000,00	25.000,00
II. Zweckgebundene Rücklage	36.815,57	36.815,57
III. Allgemeine Rücklage	19.313.503,40	19.211.948,97
IV. Gewinnvortrag/Verlustvortrag (-)	82.134,91	82.134,91
V. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag (-)	304.965,21	101.554,43
B. Sonderposten für Investitionszuschüsse	22.513.140,22	23.833.162,86
C. Rückstellungen	36.651,10	56.911,60
D. Verbindlichkeiten	38.781.339,24	39.577.684,41
Bilanzsumme	81.093.549,65	82.925.212,75

Gewinn- und Verlustrechnung zum 31.12.2017

	31.12.2017 31		31.12.2016
		EUR	EUR
1.	Umsatzerlöse	2.229.635,85	2.280.589,25
2.	Sonstige betriebliche Erträge	1.717.918,39	1.704.736,17
3.	Materialaufwand		
a)	Aufwendungen für Hilfs- und Betriebsstoffe		
	für bezogene Waren	-25.884,11	-9.094,12
b)	Aufwendungen für bezogene Leistungen	-4.760,64	-17.212,33
4.	Abschreibungen auf immaterielle Vermögens- gegenstände des Anlagevermögens und Sach-		
	anlagen	-2.474.788,17	-2.486.138,17
5.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	-328.921,85	-541.421,70
6.	Erträge aus Beteiligungen	150.000,00	150.000,00
7.	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	2.568,43	2.687,49
8.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-877.263,07	-934.145,52
9.	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-80.743,64	-32.265,66
9.	Ergebnis nach Steuern	307.761,19	117.735,41
10.	Sonstige Steuern	-2.795,98	-16.180,98
11.	Jahresüberschuss	304.965,21	101.554,43

Kennzahlen zum 31.12.2017

Finanzkennzahlen		
EBITDA (in EUR)	3.737.987,64	
	Jahresergebnis + Steueraufwand - Steuererträge +/- Finanzergebnis + außerordentliche Erträge + Abschreibungen auf das Anlagevermögen - Zulagen auf das Anlagevermögen	
Wirtschaftlichkeit (in %)	139,28	
(/5/	Ertrag (bzw. Leistung) : Aufwand (bzw. Kosten) x 100	

Vermögenskennzahlen		
Eigenkapitalquote	24,37	
(in %)	(Eigenkapital x 100) : Gesamtkapital	
Fremdkapitalquote	75,63	
(in %)	(Fremdkapital x 100) : Gesamtkapital	
Personalkennzahl		
Personalaufwandsquote	0,00	
(in %)	Personalaufwand : Gesamtleistung x 100	

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2017

Geschäfts- und Rahmenbedingungen

Das Sondervermögen Vermietung und Verpachtung der Stadt Worms (nachfolgend Sondervermögen VuV genannt) verwaltet unbewegliches Sachanlagevermögen und Finanzanlagen, bestehend aus Anteilen an der Rhenania Worms AG, Worms, und der Beteiligung an der Stadt Worms Beteiligungs-GmbH, Worms.

An die Freizeitbetriebe Worms GmbH werden das Heinrich-Völker-Bad, das Paternusbad Pfeddersheim sowie der Tiergarten mit Vertrag vom 21. August 2003 verpachtet.

In 2015 wurde die Sanierung der Wege im Tiergarten über das Sondervermögen VuV begonnen. Seit Gründung des Tiergartens vor 40 Jahren sind die vorhandenen Wege nur ausgebessert worden. Der Zustand hat sich zwischenzeitlich so verschlechtert, dass Reparaturmaßnahmen nicht mehr wirtschaftlich sind, weshalb eine sukzessive Erneuerung des Wegenetzes vorgenommen werden muss, um die Unfallverhütungsvorschriften einzuhalten.

Um die Schließung des Heinrich-Völker-Bades zu verhindern, müssen umfassende Brandschutzmaßnahmen umgesetzt werden. Hierfür wurde mit der Bauaufsicht und dem Brandschutzgutachter ein Konzept ausgearbeitet, das in finanziell tragbaren Schritten umgesetzt werden soll. Durch die Umsetzung der vordringlichsten Maßnahmen wird der zeitlich befristete Weiterbetrieb des Bades ermöglicht.

Weiterhin bestehen zwischen der Stadt Worms, Sondervermögen VuV, und der Parkhausbetriebs GmbH Worms Pachtverträge für folgende Objekte/Grundstücke:

- Parkhaus am Dom (Pacht wird zurzeit ausgesetzt aufgrund der Neubaumaßnahme)
- Tiefgarage Ludwigsplatz
- Tiefgarage Friedrichstraße
- Das Grundstück für das P+R Parkhaus
- Tiefgarage "Das Wormser"
- Parkhaus am Theater

Es stehen umfassende Sanierungs- bzw. Neubaumaßnahmen in der Sparte Parkhaus an. So zeigen sich gegenwärtig altersbedingt massive Schäden an der Struktur der Tiefgarage Friedrichstraße. In der Zwischendecke und den Mittelstützen gibt es gravierende Korrosionsschäden durch Chlorideintrag. Die Decke über dem öffentlichen Garagenteil ist an mindestens 3 Stellen undicht. Die technische Ausrüstung (Lüftung, Brandschutz, Aufzug) ist bezogen auf die heute maßgeblichen Standards in einem unzureichenden Zustand.

Die Bauwerksuntersuchungen des Parkhauses am Dom führten zu dem Ergebnis, dass im Parkhaus erhebliche Beton- und Korrosionsschäden vorhanden sind. Das Parkhaus ist nur unter erheblichem finanziellem Aufwand zu wirtschaftlich nicht vertretbaren Konditionen sanierungsfähig, weshalb der Stadtrat am 4.3.2015 dem Vorschlag der Verwaltung gefolgt ist, das Parkhaus am Dom abzureißen und neu zu bauen. Der Neubau erfolgt derzeit.

Ende 2015 wurden Bauwerksuntersuchungen in der Tiefgarage Ludwigsplatz durchgeführt. Neben extrem hohen Einträgen von Tausalz in tragende Bauteile, Undichtigkeiten der Wände, Decken und Fugen wurden erhebliche Vorschäden durch mangelnde Bauausführung festgestellt. Ein weiteres Gutachten führte zu dem Ergebnis, dass eine zeitnahe Erneuerung von Bauteilen notwendig ist und auch die Außenwände der Tiefgarage nur bedingt tragfähig sind. Unterzüge, Decken und Wände müssen abgestützt werden. Um die Tiefgarage vorerst für etwa 3-4 Jahre weiter betreiben zu können, sind Sicherungsmaßnahmen notwendig. Die Sicherungsmaßnahmen stoppen den weiteren Eintrag von Tausalzen in den beschädigten Beton. Darüber hinaus werden einige geschädigte Bauteile abgestützt und wo möglich repariert. Regelmäßige Kontrollen durch Gutachter sind notwendig, um die Garage vorerst weiter betreiben zu können.

Das "Kultur- und Tagungszentrum", kurz KuTaZ, das nach langer Bauphase am 29. Januar 2011 eröffnet wurde, wird seit 2011 an die Kultur und Veranstaltungs GmbH Worms verpachtet. Über das Sondervermögen VuV werden Restinvestitionen in das KuTaZ durchgeführt.

In der Sitzung des Stadtrats vom 30.07.2008 wurde die Einrichtung der Sparte "Stadion" und die Übertragung des städtischen Stadions (EWR Arena) in das Vermögen des Sondervermögens beschlossen. Das Sondervermögen VuV übernimmt die Grünflächen- und Gebäudeunterhaltung in der EWR Arena.

Im September 2010 hat das Sondervermögen VuV den "Hessischen Hof" in Worms-Rheindürkheim erworben. Das Gebäude wurde aufgrund eines fehlenden Dorfgemeinschaftshauses zu einem solchen umgebaut und auf die räumlichen und heutigen technischen Erfordernisse angepasst. Das Sondervermögen VuV ist für die Gebäudeunterhaltung zuständig.

Ertragslage

Der Jahresüberschuss liegt bei TEUR 305 und somit um TEUR 203 über dem Vorjahresergebnis, was insbesondere auf die verbesserten Ergebnisse der Sparten Freizeit (+ TEUR 51 aufgrund eines Grundstückserlöses) und Parkhäuser (+ TEUR 180, durch höhere Sanierungsaufwendungen im Vorjahr) zurückzuführen ist.

Die Umsatzerlöse und die sonstigen betrieblichen Erträge liegen aufsummiert leicht unter dem Vorjahresniveau.

Der Materialaufwand ist um TEUR 4 höher als im Vorjahr.

Die Abschreibungen liegen mit TEUR 11 leicht unter dem Vorjahreswert.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind TEUR 212 niedriger als im Vorjahr, was insbesondere darauf zurückzuführen ist, dass das Vorjahresergebnis stark durch den Abbruch des Parkhauses am Dom belastet wurde.

Bei den Beteiligungserträgen (TEUR 150) handelt es sich um eine Dividende der Rhenania Worms AG.

Die sonstigen Zinsen und ähnlichen Erträge, die die Zinsen aus dem Darlehen, das dem VfR Wormatia 08 Worms e.V. zur Aufrüstung der Flutlichtanlage gewährt wurde, beinhalten, liegen auf Vorjahresniveau.

Die Zinsen und ähnlichen Aufwendungen liegen um TEUR 57 unter dem Ergebnis des Vorjahres.

Nachfolgend die Spartenbetrachtung im Einzelnen:

Die Sparte Parkhäuser erzielte im Jahr 2017 einen Jahresüberschuss in Höhe von TEUR 294. Dies ist eine Verbesserung des Ergebnisses um TEUR 179 gegenüber dem Vorjahr was insbesondere darauf zurückzuführen ist,

Beteiligungsbericht 2017 der Stadt Worms Sondervermögen Vermietung und Verpachtung dass das Vorjahr durch erhöhte sonstige betriebliche Aufwendungen aufgrund des Abbruchs des Parkhauses am Dom belastet wurde.

Der Jahresüberschuss 2017 der Sparte Freizeit liegt bei TEUR 114 und somit um TEUR 51 über dem Vorjahreswert. Grundstückserlöse in Höhe von TEUR 68 durch den Verkauf eines Teilgrundstückes des Paternusbades an die Stadt Worms führten zur Ergebnisverbesserung.

Die Sparte KuTaZ schloss im Jahr 2017 mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von TEUR 103 ab. Dies ist eine Verbesserung gegenüber dem Vorjahr um TEUR 30, die insbesondere aus geringeren sonstigen Zinsen und ähnlichen Aufwendungen resultiert.

Die Sparte Wormatia-Stadion erzielte im laufenden Jahr einen Jahresfehlbetrag von TEUR 149 vor Betriebskostenzuschuss. Gegenüber dem Vorjahresergebnis vor Betriebskostenzuschuss stellt dies eine geringfügige Verschlechterung von TEUR 16 dar.

Die Sparte Hessischer Hof schloss mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von TEUR 154 vor Betriebskostenzuschuss ab, was eine geringfügige Verbesserung gegenüber dem Vorjahresergebnis vor Betriebskostenzuschuss um TEUR 20 darstellt.

Finanzlage

Die Abwicklung der Finanzströme im Sondervermögen VuV erfolgt durch die Führung einer Sonderkasse gemäß den Vorschriften des § 82 GemO. Das Sondervermögen VuV hat je Sparte ein Girokonto. Diese Girokonten werden täglich mit dem Konto der Stadt Worms verrechnet.

Vermögenslage

Die Aktivseite der Bilanz (Gesamtsumme TEUR 81.094) der Gesellschaft wird vor allem geprägt durch das Sachanlagevermögen (TEUR 58.057) und durch das Halten von Beteiligungen (TEUR 16.193). Im Sachanlagevermögen wird insbesondere das verpachtete Immobilienvermögen ausgewiesen.

Die Passivseite der Bilanz setzt sich zusammen aus einem Eigenkapital in Höhe von TEUR 19.762, Sonderposten für Investitionszuschüsse in Höhe von TEUR 22.513, Rückstellungen von TEUR 37 und Verbindlichkeiten in Höhe von TEUR 38.781. Die Eigenkapitalquote liegt bei 24 %.

Gesamtbeurteilung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Die Betriebsleitung beurteilt die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Sondervermögens trotz der zu erwartenden weiteren finanziellen Belastungen aus den Sanierungen der Parkbauten insgesamt als gut.

Mitarbeiter

Das Sondervermögen VuV hat keine eigenen Mitarbeiter. Die Betriebsführung wird gemäß Satzung vom Bereich 2 – Finanzen – der Stadtverwaltung Worms übernommen.

Voraussichtliche Entwicklung mit ihren wesentlichen Chancen und Risiken

Im Jahr 2018 wird mit einem Jahresüberschuss in Höhe von TEUR 183 gerechnet.

Es wird mit Umsatzerlösen in Höhe von TEUR 2.438 und sonstigen betrieblichen Erträgen i.H.v. TEUR 1.714 kalkuliert. Erträge aus Beteiligungen sind in Höhe von TEUR 150 eingeplant.

Vor allem die Abschreibungen in Höhe von TEUR 2.492, die Zinsen und ähnliche Aufwendungen in Höhe von TEUR 982 und die sonstigen betrieblichen Aufwendungen in Höhe von TEUR 530 werden nach der Planung das Ergebnis 2018 belasten.

Im Wirtschaftsjahr 2018 erhalten die Sparten Stadion und Hessischer Hof von der Stadt Worms einen Betriebskostenzuschuss. In diesen Sparten handelt es sich um Aufgaben, die geprägt sind von hoheitlichem bzw. öffentlichem Interesse. Im Haushaltsplan 2018 der Stadt Worms wurden daher phasengleich Betriebskostenzuschüsse in Höhe von TEUR 195 (Wormatia) und TEUR 203 (Hessischer Hof) eingeplant.

Es wird mit einer Dividende der Rhenania AG Worms in Höhe von TEUR 150 gerechnet.

In 2018 wird das "Parkhaus am Dom", das in 2016 abgerissen und seitdem neu gebaut wird, fertiggestellt. Dies ist mit Investitionsausgaben in Höhe von TEUR 4.020 in 2018 verbunden. Die aktuelle Kostenentwicklung geht von Gesamtausgaben in Höhe von TEUR 8.860 aus. Die Fertigstellung des Parkhauses ist für das 4. Quartal 2018 geplant.

Die Umsetzung der in den vergangenen Jahren in den Wirtschaftsplänen vorgesehenen Sanierungsmaßnahme "Tiefgarage Friedrichstraße" wird sich verzögern. Die Tiefgarage wurde zum 16.03.2018 komplett gesperrt, da die Sprinkleranlage nicht mehr funktionsfähig ist. Eine Machbarkeitsstudie könnte verschiedene Sanierungsmöglichkeiten aufzeigen. Derzeit sind keine Mittel im Wirtschaftsplan für die Tiefgarage Friedrichstraße enthalten.

In 2018 stehen TEUR 250 für eine Machbarkeitsstudie "Tiefgarage Ludwigsplatz" zur Verfügung. Die Machbarkeitsstudie soll zeigen, wie eine Sanierung der Tiefgarage erfolgen kann und mit welchen Kosten die Sanierung verbunden ist. Ende 2018 werden die Ergebnisse der Machbarkeitsstudie erwartet. Die Prüfung, ob ein privater Bauträger in Frage kommt, sollte dann ebenfalls beantwortet werden können.

Außer der Fortführungsmaßnahme KUTAZ werden weitere TEUR 70 investiert für die Wegesanierung im Tiergarten, TEUR 105 für Beckenumrandungen im Heinrich-Völker-Bad und TEUR 800 für Brandschutzmaßnahmen im Heinrich-Völker-Bad. Die Brandschutzsanierung soll den Weiterbetrieb des Bades ermöglichen. Sie wird in finanziell tragbaren Schritten umgesetzt. Die Kostenschätzung für die mittelfristig erforderliche Brandschutzsanierung beläuft sich auf rund TEUR 7.500. Da das Warmwasseraußenbecken in ein Lehrschwimmbecken umgebaut werden soll, hat das Sondervermögen Vermietung und Verpachtung sein Interesse an der Teilnahme am Sonderprogramm "Investitionspakt Soziale Integration im Quartier" der Städtebaulichen Erneuerung mit der Maßnahme "Umbau und Sanierung des Heinrich-Völker-Bades in ein energetisch optimiertes und barrierefreies Sport- und Lehrschwimmbad" bekundet. Über eine Aufnahme der Maßnahme in das Sonderprogramm 2018 wurde noch nicht entschieden.

Die Betriebsführung des Sondervermögen Vermietung und Verpachtung forciert die Rückführung der Sparten Stadion und Hessischer Hof in den städtischen Haushalt – einhergehend mit der Auflösung dieser Sparten im Sondervermögen. Die steuerlichen Gesichtspunkte einer möglichen Übertragung zum 1.1.2019 werden derzeit geprüft.

Risiken, die den Fortbestand des Sondervermögens VuV gefährden, sind aus heutiger Sicht nicht erkennbar. Die vom Sondervermögen VuV gehaltenen Unternehmensbeteiligungen sind in das Beteiligungscontrolling der Stadt Worms mit dem bestehenden Reportingsystem einbezogen. Zinsänderungsrisiken aus Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten wird durch den Abschluss von Festzinsverträgen bzw. Verträgen mit langer Zinsbindung begegnet.

Worms, im Mai 2018

Sondervermögen Vermietung und Verpachtung der Stadt Worms Bereich 2 – Finanzen, Worms